

MONATSBERICHTE DER DEUTSCHEN BUNDESBANK

NOVEMBER 1958

INHALT

Die Wirtschaftslage des Bundesgebiets im Oktober/November 1958	3
Geld und Kredit	3
Öffentliche Finanzen	15
Produktion und Märkte	22
Preise und Löhne	29
Außenhandel und Zahlungsbilanz	36
Statistischer Teil	45
Geldversorgung, Bankkredit, Bankenliquidität	46
Deutsche Bundesbank	51
Bargeldumlauf, Kredite, Einlagen	51
Ausweis	54
Kreditinstitute	56
Kredite, Wertpapierbestände, Einlagen	56
Zwischenbilanzen	68
Zinssätze	81
Kapitalmarkt	85
Öffentliche Finanzen	94
Außenwirtschaft	99
Produktion, Auftragseingang, Arbeitsmarkt, Umsätze und Preise	103
Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse	105
Diskontsätze im Ausland	106

Abgeschlossen am 30. November 1958

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet

Die Wirtschaftslage des Bundesgebiets im Oktober/November 1958

Geld und Kredit

Bankenliquidität und Geldmarkt

Der Geldmarkt und die Bankenliquidität waren in der Berichtsperiode erheblichen Schwankungen unterworfen, die es nicht leicht machen, über die Grundtendenz der Entwicklung ein einheitliches Urteil abzugeben. Im Oktober hatte sich gegen Ende des Monats eine ziemlich starke Verflüssigung bemerkbar gemacht, nachdem der Markt in der ersten Hälfte des Monats ausgesprochen steif gewesen war. Im November stand die Entwicklung umgekehrt zu Beginn des Monats im Zeichen eines eindeutigen Übergewichts des Geldangebots, aber im weiteren Verlauf trat an dessen Stelle mehr und mehr ein Übergewicht der Geldnachfrage, und in den letzten Tagen war der Markt so angespannt, daß der Geldbedarf nur durch einen erheblichen Rückgriff auf die Bundesbank befriedigt werden konnte. Der Tagesgeldsatz stieg dabei nicht nur auf, sondern sogar um ein Geringes über den Stand des Diskontsatzes, obwohl die Bank an den Ende Oktober festgesetzten niedrigen Abgabe- und Rücknahmesätzen für die Offenermarktpapiere festhielt und die Inhaber von Schatzwechseln sich infolgedessen Geld zum Satze von $2\frac{1}{2}\%$ beschaffen konnten.

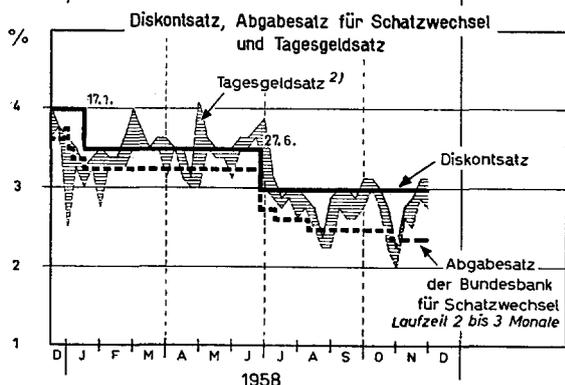
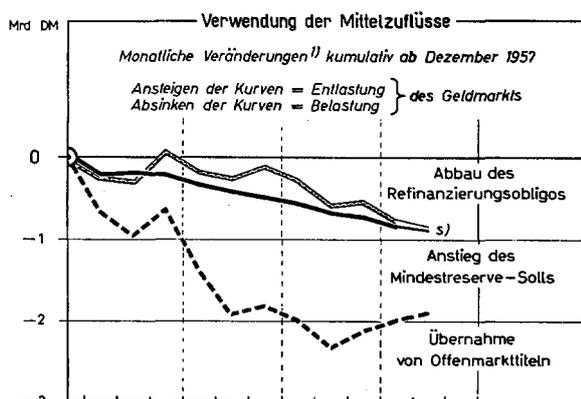
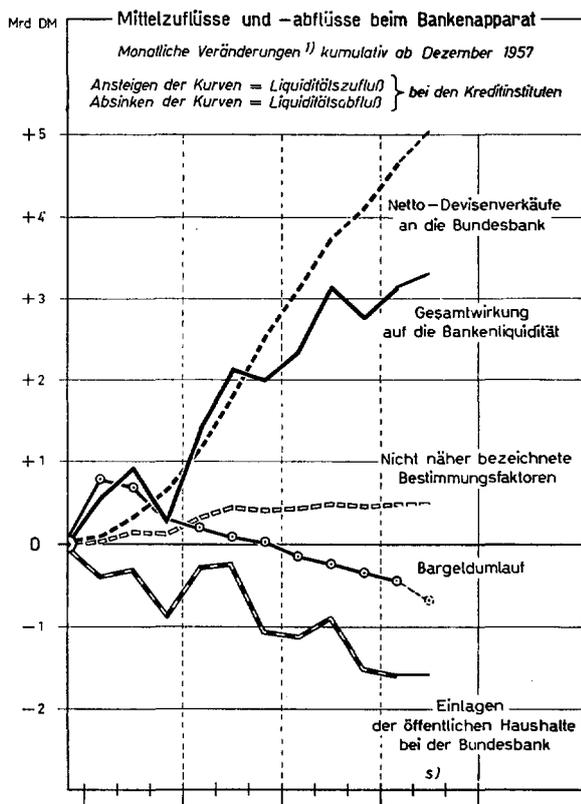
Eine große Rolle spielten bei diesen Schwankungen des Marktes offenbar die *Mindestreservedispositionen der Banken*. Zu Beginn des Monats November waren die Mindestreserveguthaben verhältnismäßig niedrig, da die Banken Ende Oktober einen großen Teil dieser Mittel eingesetzt bzw. angelegt hatten, weil sie im Oktober ihr Reserve-Soll in der ersten Hälfte des Monats erheblich übererfüllt hatten und am Schluß des Monats daher über relativ große freie Beträge verfügten. In der ersten Dekade des Monats war ein Teil der Institute offenbar auch nicht in gleichem Maße wie sonst bemüht, die Reserveguthaben zu stärken. Global betrachtet zogen es die Banken vielmehr vor, die ihnen zufließenden Mittel zumindest teilweise auszuleihen (und damit einen weiteren leichten Abbau des Refinanzierungsobligos bei der Bundesbank zu ermöglichen) oder aber auch zur Aufstockung ihrer Auslandsguthaben zu verwenden, die damals im Verhältnis zu den inländischen Anlagemöglichkeiten eine relativ günstige Rendite abwarfen. Im weiteren Verlauf des November mußte daher mehr zur Auffüllung der Mindestreserveverbindlichkeiten aufgewendet werden, als es sonst um diese Zeit des Monats der Fall zu sein pflegt. Dabei ist

zu berücksichtigen, daß das Reserve-Soll mit der Zunahme der mindestreservepflichtigen Verbindlichkeiten, vor allem der Einlagen, Monat für Monat wächst, wobei Beträge von mehr als 100 Mio DM beim derzeitigen Tempo der Einlagenentwicklung keineswegs eine Seltenheit darstellen.

Wenn sich auch im November, ebenso wie schon im Oktober und September, wieder der Eindruck ergab, daß der Markt bei weitem nicht mehr die noch aus den Sommermonaten gewohnte Flüssigkeit aufwies, so lag das allerdings nur zum Teil an den zunehmenden Mindestreserveanforderungen und dem vom Üblichen etwas abweichenden Rhythmus ihrer Erfüllung, sondern in erster Linie daran, daß die marktbestimmenden Kräfte per Saldo nicht mehr in gleichem Maße auf eine weitere Liquidisierung hingewirkt haben.

Wie schon im letzten Monatsbericht erwähnt, ist in diesem Zusammenhang einmal auf die veränderte Situation der *öffentlichen Haushalte* zu verweisen. Unter dem Einfluß vor allem der Entwicklung des Bundeshaushalts haben die öffentlichen Haushalte, deren Kasstransaktionen ganz oder doch zu einem erheblichen Teil über die Bundesbank abgewickelt werden, in letzter Zeit bei ihren „inlandswirksamen“ Transaktionen im allgemeinen wieder Überschüsse aufgewiesen. Die Folge war, daß dem inneren Geldkreislauf (und damit den Banken) in entsprechendem Umfang Mittel entzogen wurden, obwohl die Zentralbankguthaben der betreffenden Haushalte infolge der gleichzeitigen „Auslandsdefizite“ des Bundes nicht im gleichen Umfang gestiegen, sondern verschiedentlich sogar zurückgegangen sind. Auch im November scheint sich bei den hier in Betracht kommenden Haushalten, also beim Bundeshaushalt, beim Lastenausgleichshaushalt und bei den Haushalten der Länder, im Rahmen der „inlandswirksamen“ Einnahmen und Ausgaben zusammengenommen wieder ein leichter Einnahmeüberschuß ergeben zu haben, während sonst in diesem Monat größere Defizite üblich waren. Eine gewisse Rolle spielte dabei der Vierteljahrestermin für die Vermögensabgabe zum Lastenausgleich, aber dieser Einfluß wurde offenbar dadurch unterstützt, daß auch beim Bund die Einnahmen geringfügig größer waren als die „inlandswirksamen“ Ausgaben; die relativ hohen Defizite der Länder wurden hierdurch kompensiert, ja vielleicht gar überkompensiert.

ZUR ENTWICKLUNG DER BANKENLIQUIDITÄT UND DES GELDMARKTS



¹⁾ Durchschnitte aus den 4-Bankwochenlichtagen. — ²⁾ Spanne zwischen dem jeweils höchsten und niedrigsten in der betreffenden Woche gemeldeten Tagesgeldsatz in Frankfurt/Main. — s) Geschätzt.

BBK

Eine nicht geringe Rolle spielte ferner, daß der *Bargeldumlauf* im Tagesdurchschnitt des Monats November nach den bisher vorliegenden Angaben beträchtlich höher war als im Oktober. Besonders gegen Ende des Monats hat sich eine verhältnismäßig starke Ausweitung ergeben, da dieses Mal wiederum das Monatsende mit einem Wochenende zusammentraf und überdies ein Teil der Weihnachtsgratifikationen schon in den letzten Tagen des November ausgezahlt wurde. Dieser Faktor hat sicherlich wesentlich dazu beigetragen, daß sich der Markt gegen den Ultimo erheblich versteifte, zumal die Banken aus den oben erwähnten Gründen vielleicht nicht im gewohnten Maße ihre Reserveguthaben bei der Bundesbank reduzieren konnten.

Auf der anderen Seite waren allerdings die Mittelzuflüsse, die die Banken auf Grund ihrer *Devisentransaktionen mit der Bundesbank* verzeichnen konnten, im November, wenn man den Monat als Ganzes betrachtet, eher etwas größer als in den beiden Vormonaten. Nach den bisher vorliegenden Anhaltspunkten erhielten die Banken aus den Devisenverkäufen an die Bundesbank im November ungefähr 500 Mio DM gegen rd. 445 Mio DM im Oktober und rd. 385 Mio DM im September. Im Vergleich zu den Monaten April bis August d. J., in denen der Mittelzugang auf Grund der Devisentransaktionen durchschnittlich 625 Mio DM betragen hatte, war dieser Betrag allerdings nach wie vor wesentlich niedriger. In den letzten Tagen des Monats hatten überdies einige Banken, ebenso wie schon im Vormonat — trotz der möglicherweise erfolgten Rückziehung von Auslandsguthaben — größere Netto-Zahlungen an das Ausland zu leisten, so daß sie gerade in der Zeit ihrer stärksten Anspannung durch die Devisenbewegungen mehr belastet als entlastet wurden. Auch dies war ein Grund dafür, daß sich der Ultimo im November weit schwerer anließ als in den meisten vorangegangenen Monaten.

Wie schon eingangs erwähnt, haben die Banken den an sie gerichteten Ansprüchen im November zeitweilig nur dadurch genügen können, daß sie in ziemlich starkem Maße auf die Bundesbank zurückgriffen. In erster Linie wurden zu diesem Zweck *Geldmarktpapiere* eingesetzt. Insbesondere Offenmarktittel, die die Bundesbank auf Grund der sogenannten Mobilisierung ihrer Ausgleichsforderungen vormem abgegeben hatte, wurden — namentlich in der zweiten Hälfte des Monats — in beträchtlichem Umfang an die Bundesbank zurückgereicht, und zwar zu einem erheblichen Teil bereits vor Fälligkeit. Der Umlauf an Mobilisierungstiteln ging infolgedessen von 6 710 Mio DM am 31. Oktober auf 6 493 Mio DM am 15. November und 6 012 Mio DM am 30. November zurück. Gleichzeitig wurden der

Zur Entwicklung der Bankenliquidität und der Inanspruchnahme des Zentralbankkredits durch die Kreditinstitute
in Mio DM

Vorgänge	Veränderung im Monat (berechnet nach Monatsendständen)		
	August 1958	September 1958	Oktober 1958
A. Mittelzuflüsse bzw. -abflüsse bei den Kreditinstituten auf Grund von Veränderungen der folgenden Positionen	Die Vorzeichen geben an, ob die Veränderungen der in der Vorspalte genannten Positionen Mittelzuflüsse (+) oder -abflüsse (—) beim Banksystem bewirkt haben ^{o)}		
I. Noten- und Münzumlauf	— 102	— 73	— 189
II. Zentralbankeinlagen von Nichtbanken ¹⁾	— 54	— 758	+ 228
davon: 1) Bund (ohne Sondervermögen), Länder und Lastenausgleichsbehörden	(+ 87)	(— 797)	(+ 44)
2) Sonstige ¹⁾	(— 141)	(+ 39)	(+ 184)
III. Zentralbankkredite an Nichtbanken ²⁾	— 17	+ 1	— 17
IV. Netto-Devisenankäufe bzw. -verkäufe der Deutschen Bundesbank	+ 573	+ 386	+ 446
V. Sonstige Faktoren ³⁾	+ 59	+ 80	— 148
Gesamtwirkung der oben genannten Faktoren auf die Bankenliquidität	+ 459	— 364	+ 320
B. Mittelzuflüsse bzw. -abflüsse bei den Kreditinstituten auf Grund der Offenmarktoperationen der Deutschen Bundesbank, gesamt	— 161	+ 275	— 326
davon über Ankäufe bzw. Verkäufe von			
1) Geldmarkttiteln des Bundes, die im Umtausch gegen Ausgleichsforderungen erworben wurden,	(— 306)	(+ 274)	(— 77)
2) sonstigen Titeln	(+ 145)	(+ 1)	(— 249)
C. Veränderung der Guthaben der Kreditinstitute bei der Deutschen Bundesbank, gesamt ⁴⁾	Zunahme: +; bzw. Abnahme: —		
	+ 322	— 334	— 164
D. Veränderung der Zentralbankkredite an Kreditinstitute (Refinanzierungskredite)	+ 24	— 245	— 158
^{o)} Die Veränderungen der unter A und B in der Vorspalte der Tabelle genannten Vorgänge sind hier nur insoweit berücksichtigt, als sie mit einem Mittelzufluß bzw. -abfluß für die Kreditinstitute verbunden sind. Sie decken sich also nicht notwendig mit den Veränderungen der entsprechenden Positionen im Ausweis der Deutschen Bundesbank (bzw. für frühere Termine der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken). Nähere Erläuterungen zu diesen Abweichungen s.: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Januar 1957, S. 8. ¹⁾ Einschließlich der Mindestreserveguthaben der Bundespost für die Postscheck- und Postsparkassenämter, da sie sich seit der Einführung der fakultativen zentralen Mindestreservehaltung am 1. Mai 1958 von den übrigen Zentralbankeinlagen der Bundespost nicht mehr trennen lassen. — ²⁾ Einschließlich Kassenkredite an die Kreditanstalt für Wiederaufbau (im Rahmen einer festen Kreditlinie zur Vorfinanzierung von Arbeitsbeschaffungs-, Wohnungsbau- und Investitionsprogrammen), die nicht als Refinanzierungskredite im üblichen Sinne betrachtet werden können. Ohne die zur Regelung des Geldmarkts am offenen Markt vorgenommenen Ankäufe bzw. Verkäufe von Geldmarktpapieren (die unter B erfaßt sind). — ³⁾ Hauptsächlich schwebende Verrechnungen in den Zentralbankpositionen der Kreditinstitute, die nicht eindeutig den anderen Positionen zugerechnet werden können. — ⁴⁾ Ohne die Mindestreserveguthaben der Bundespost für die Postscheck- und Postsparkassenämter; vgl. dazu Anmerkung ¹⁾ .			

Bank von den im Markt befindlichen „sonstigen Geldmarktpapieren“ (hauptsächlich Schatzwechsel der Bundesbahn und Solawechsel der Einfuhr- und Vorratsstellen) vom 15. bis 30. November Titel im Betrage von rd. 135 Mio DM angedient, so daß sich ihr Bestand an solchen Papieren am Ende des Monats auf 153 Mio DM gegen 64 Mio DM am 31. Oktober belief.

Bei der Beurteilung dieser Bewegungen ist allerdings zu berücksichtigen, daß der Umlauf an Offenmarktpapieren in jedem Monat erheblichen Schwankungen unterliegt und daß deshalb ein Vergleich zweier Stichtage nicht allzu viel besagt. Vor allem wäre es falsch, aus den Veränderungen des Umlaufs zwischen Monatsanfang und Monatsende Schlüsse auf das Maß zu ziehen, in dem die Offenmarktoperationen in den betreffenden Monaten kontraktiv oder expansiv gewirkt haben. Aufschlußreicher ist in dieser Hinsicht vielmehr ein Vergleich der Tagesdurchschnitte des Umlaufs. Legt man diese zu Grunde, so ergeben sich nun zwischen den

beiden letzten Monaten wesentlich geringere Veränderungen als bei einem Vergleich der Differenz zwischen den jeweiligen Ständen an Monatsanfang und Monatsende. Im Tagesdurchschnitt betragen der Umlauf an Mobilisierungspapieren im November nämlich 6 452 Mio DM gegen 6 534 Mio DM im Oktober und der Bestand der Bank an sonstigen Geldmarktpapieren 69 Mio DM gegen 166 Mio DM. Gemessen an diesen Ziffern haben die Offenmarktgeschäfte der Bank den Kreditinstituten im November gegenüber dem Vormonat also Liquidität im Betrage von 15 Mio DM entzogen, während sich aus einem Vergleich der Bestände am Monatsanfang und Monatsende für den November eine Verflüssigung um fast 790 Mio DM ergibt. Im Rahmen einer auf den Monat als Ganzes bezogenen Betrachtung, wie sie in diesem Zusammenhang unzweifelhaft angebracht ist, kann von einem Rückgang des Umlaufs an Offenmarkttiteln — im Gegensatz zu der Stichtagsbe-

trachtung, die stark durch tagesbedingte Umstände beeinflusst ist — also praktisch nicht die Rede sein.

Bei der Beurteilung der in den letzten Monaten per Saldo zu verzeichnenden Abnahme des Umlaufs an Offenmarktstiteln ist ferner zu berücksichtigen, daß ihr eine nicht unbedeutliche Verminderung der *Refinanzierungskredite der Bundesbank* gegenübersteht. In den letzten Tagen des November haben die Kreditinstitute zwar wieder in ziemlich starkem Umfang auf die Notenbank zurückgegriffen, um die in dieser Zeit an sie herantretenden Ansprüche befriedigen zu können; wahrscheinlich wird das Refinanzierungsobligo der Kreditinstitute gegenüber der Bundesbank am Ende des Monats also wieder einen relativ hohen Stand erreicht haben. Während des größten Teils des Monats war es aber wesentlich niedriger als in der gleichen Zeit des Vormonats — so z. B. am 7. November um 206 Mio DM, am 15. November um 124 Mio DM und am 23. November um 14 Mio DM. Einen nicht unbedeutlichen Teil der Mittel, die sich der Kreditapparat durch die Rückgabe von Offenmarktstiteln bei der Bundesbank beschaffte, wurde — global gesehen — also nur dazu verwendet, um das Refinanzierungsobligo gegenüber der Bundesbank zu vermindern; was die Bundesbank auf dem einen Wege gab, floß mit anderen Worten auf einem zweiten zum Teil wieder zu ihr zurück. Ausschlaggebend hierfür war, daß es bei genauer Abschätzung der Relationen zwischen Diskontsatz, Tagesgeldsatz und Abgabe- bzw. Ankaufssatz für Offenmarktpapiere zeitweilig vorteilhaft war, sich nicht nur im Bedarfsfall eher durch die Rückgabe von Offenmarktstiteln als durch den Rediskont von Wechseln zu refinanzieren, sondern sogar Offenmarktstitel abzustößen bzw. sie bei Fälligkeit auslaufen zu lassen, um den Erlös am Geldmarkt auszuleihen und damit andere Institute zu befähigen, ihr Obligo gegenüber der Bundesbank — eventuell ebenfalls mit einem kleinen Vorteil — zu reduzieren. Zweifellos ist also in letzter Zeit das Rediskontgeschäft durch die Rückgabe von Offenmarktstiteln zeitweilig in den Hintergrund gedrängt worden. Die Gesamtinanspruchnahme der Bundesbank durch die Kreditinstitute war mithin nicht ganz so groß, wie es auf Grund einer isolierten Betrachtung des Offenmarktgeschäfts erscheinen könnte. Nur in den letzten Tagen des November, als sich die Ansprüche an die Geldinstitute vorübergehend stark massierten, wurde auf beiden Wegen verhältnismäßig stark auf die Bundesbank zurückgegriffen. Die Bank hat diesen Rückgriffen nicht nur selbstverständlich stattgegeben, sondern sie auch nicht zum Anlaß genommen, um ihre Geldsätze für Offenmarktpapiere zu erhöhen, da es sich hierbei um die Reflexe einer temporären An-

spannung des Geldmarktes handelte, die im Hinblick auf die währungspolitische Gesamtlage keinen Anlaß gaben, die Refinanzierungshilfe der Bank zu verteuern.

Kredite und Wertpapieranlagen der Banken

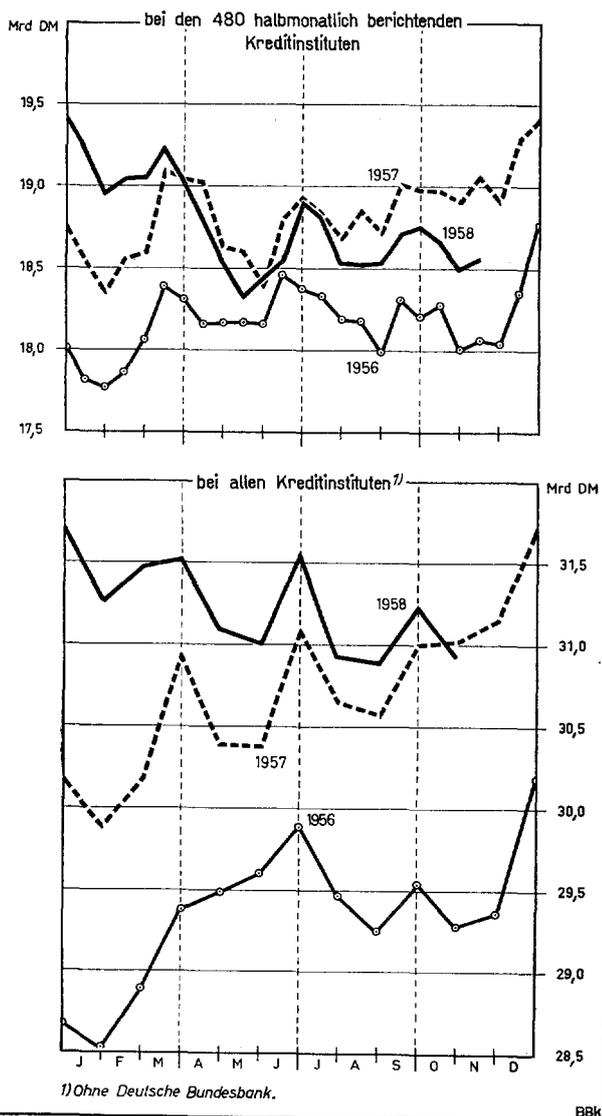
Das Aktivgeschäft der Banken war in letzter Zeit durch eine weitere Ausdehnung der längerfristigen Kredite und der Wertpapieranlagen gekennzeichnet. Gleichzeitig sind die kurzfristigen Bankkredite — zum Teil in unmittelbarem Zusammenhang damit — stärker gesunken als im bisherigen Verlauf des Jahres, so daß die gesamte Kreditexpansion trotz der weiteren Belebung des längerfristigen Kreditgeschäfts kaum größer war als bisher. Das Schwergewicht des Aktivgeschäfts der Banken hat sich damit noch mehr als in den vorangegangenen Monaten von der kurzfristigen auf die längerfristige Kreditgewährung und die Wertpapieranlagen verlagert.

Allein die *kurzfristigen Bankkredite an öffentliche Stellen*, die im Rahmen des gesamten kurzfristigen Kreditgeschäfts an sich nur eine relativ untergeordnete Rolle spielen, sind im Oktober (dem letzten Monat, für den die Angaben der monatlichen Bankenstatistik vorliegen) um fast 350 Mio DM gesunken, nachdem sie im bisherigen Verlauf des Jahres per Saldo um rd. 95 Mio DM zugenommen hatten. Ausschlaggebend hierfür war, daß die Bundesbahn den Erlös aus der im Oktober begebenen 400 Mio DM-Anleihe teilweise zu einer (offenbar nur vorübergehenden) Verringerung ihrer kurzfristigen Verbindlichkeiten verwandt hat. So war der Rückgang der gesamten Kassenkredite (Wechselkredite und offene Buchkredite) an öffentliche Stellen — um 172 Mio DM — zum überwiegenden Teil durch den Abbau der Kredite an die Bundesbahn bedingt. Auch die Tatsache, daß die Banken ihre Bestände an Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen, soweit diese nicht „Mobilisierungstitel“ darstellen (mit deren Übernahme durch die Banken bekanntlich keine zusätzliche Kreditgewährung verbunden ist), im Oktober um ebenfalls etwa 170 Mio DM verminderten, ist weitgehend mit der gleichzeitigen Verringerung der Geldmarktverschuldung der Bundesbahn (um rd. 110 Mio DM) zu erklären.

Die *kurzfristigen Bankkredite an Wirtschaftsunternehmen und Private* haben im Oktober um rd. 310 Mio DM abgenommen, nachdem sie im September unter dem Einfluß des Hauptsteuertermins um rd. 350 Mio DM gestiegen waren. Damit ist also der bei weitem größte Teil der zusätzlichen Kreditinanspruchnahme vom September d. J. bereits im Oktober wieder abgebaut worden. Im vergangenen Jahr waren die kurzfristigen Wirtschaftskredite im Oktober dagegen wei-

KURZFRISTIGE KREDITE AN WIRTSCHAFTSUNTERNEHMEN UND PRIVATE

Ausstehende Kredite



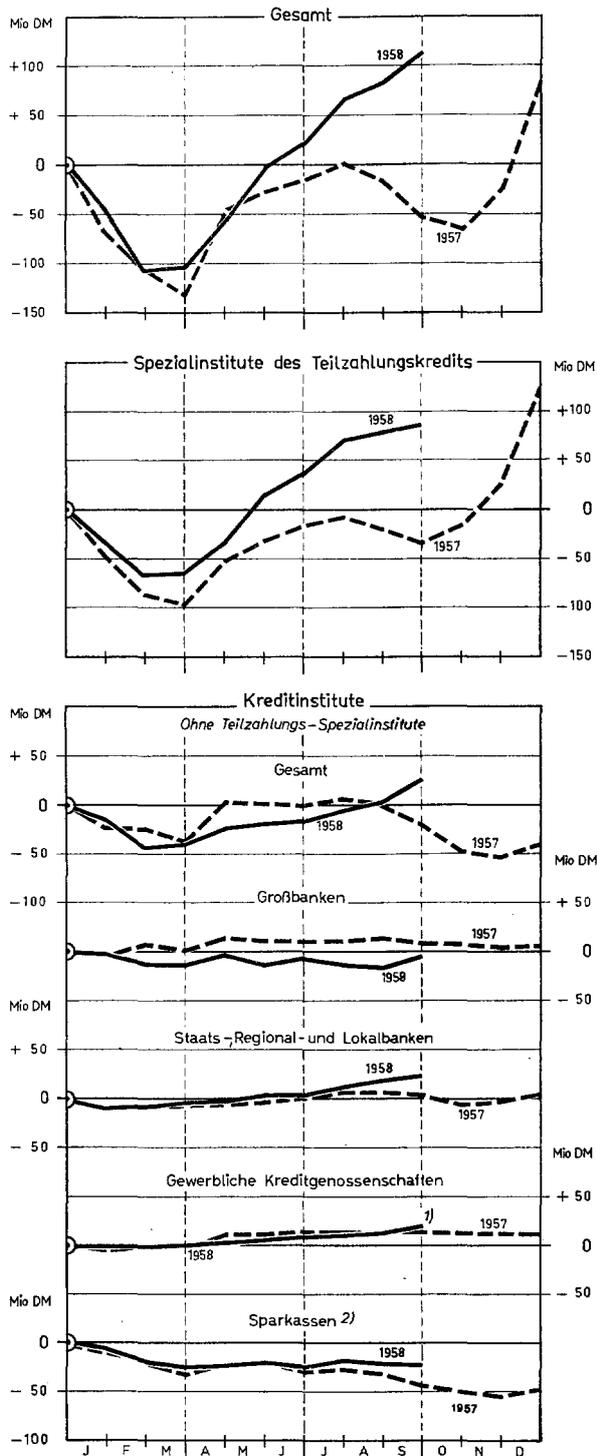
ter gewachsen, wenn auch nur geringfügig (um 20 Mio DM), nachdem sie im September um fast 430 Mio DM zugenommen hatten. Faßt man die Ergebnisse beider Monate zusammen, so steht also einem Anstieg von rd. 40 Mio DM im September/Oktober d. J. ein solcher von rd. 450 Mio DM in der gleichen Zeit des vergangenen Jahres gegenüber. Im Gesamtergebnis der ersten zehn Monate d. J. hat sich das Volumen dieser Kredite um 775 Mio DM vermindert, während es im entsprechenden Vorjahrszeitraum um fast 850 Mio DM ausgedehnt worden war. Auch im November scheint sich an dieser Entwicklungstendenz nichts geändert zu haben. Zwar sind die kurzfristigen Wirtschaftskredite bei den 480 halbmonatlich berichtenden Kreditinstituten in der ersten Monatshälfte wieder leicht gestiegen (wobei die

vierteljährliche Vermögensabgabe für den Lastenausgleich ausschlaggebend gewesen sein dürfte), jedoch war die Zunahme mit rd. 60 Mio DM wesentlich geringer als im Vorjahr, in dem sich die betreffenden Kredite in der ersten Novemberhälfte um rd. 145 Mio DM erhöht hatten.

Dabei sind die von den Banken gewährten *Teilzahlungskredite*, die nach dem Stande von Ende September d. J. etwa zur Hälfte in den Bereich der kurzfristigen Kredite an Wirtschaftsunternehmen und Private gehören (die andere Hälfte stellt mittelfristige Finanzierungen dar), seit einigen Monaten wieder kräftig gestiegen, nachdem ihr Wachstum über 1½ bis 2 Jahre nahezu stagniert hatte. Von Ende Februar, dem saisonalen Tiefpunkt, bis Ende September d. J. (für Oktober liegen zur Zeit noch keine Angaben vor) belief sich der Zuwachs auf rd. 220 Mio DM gegen rd. 55 Mio DM im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Gegenüber dem Stand von Ende 1957 hat sich das Volumen der ausstehenden Teilzahlungskredite der Banken um 115 Mio DM (auf nunmehr 3,07 Mrd DM) erhöht, während es im gleichen Vorjahrsabschnitt um rd. 50 Mio DM gesunken war. Wie das nachstehende Schaubild zeigt, war die Ausdehnung am stärksten bei den Spezialinstituten des Teilzahlungskredits, wobei eine Rolle gespielt zu haben scheint, daß diese Institute in wachsendem Maße zur Gewährung von Personalkrediten an Stelle der bisher fast ausschließlich objektgebundenen Kreditgewährung übergegangen sind, um die Kundschaft in die Lage zu versetzen, von den größeren Möglichkeiten, die der Barkauf im Hinblick auf die Rabattgewährung bietet, Gebrauch zu machen. Den entscheidenden Faktor für die neuerliche Belebung des Teilzahlungskreditgeschäfts dürften die beträchtlich gestiegenen Anschaffungen längerlebiger Gebrauchsgüter gebildet haben, wie daran zu erkennen ist, daß die Umsatzsteigerung in diesen Finanzierungssparten — jedenfalls bei den Teilzahlungs-Spezialinstituten, die hierüber vierteljährlich berichten — am größten ist. Die Anschaffungen von Kraftfahrzeugen standen dabei im Vordergrund: sie führten dazu, daß die Teilzahlungsbanken beispielsweise im zweiten und dritten Quartal d. J. um rd. ein Viertel mehr Kraftfahrzeug-Kredite herauslegten als im entsprechenden Vorjahrsabschnitt, während die Umsatzsteigerung bei der Summe der übrigen Finanzierungen nur knapp 12 vH betrug. Von den Bankengruppen, die das Teilzahlungsgeschäft nur als Nebenzweig betreiben, haben, wie das Schaubild zeigt, im bisherigen Verlauf des Jahres nur die Staats-, Regional- und Lokalbanken ihre ausstehenden Teilzahlungskredite in nennenswertem Umfang ausgedehnt. Rückläufig war das Volumen dagegen nach wie vor bei den Sparkassen,

ZUR ENTWICKLUNG DER TEILZAHLUNGSKREDITE

Kumulative Veränderungen, jeweils ab Ende des Vorjahres



1) Anstieg im September teilweise statistisch bedingt. — 2) Enthalten sind hier nur die sogenannten Kaufkredite der Sparkassen, nicht dagegen die sonstigen Klein-Tilgungsdarlehen.

BBK

wobei freilich zu berücksichtigen ist, daß die Sparkassen zu den Teilzahlungskrediten nur die sogenannten Kaufkredite zählen, die sie seit einigen Jahren nach be-

stimmten einheitlichen Grundsätzen vergeben, nicht dagegen die sonstigen Kleindarlehen, die schon immer einen — freilich nur geringen — Teil ihres Kreditgeschäfts bildeten, nun aber doch allmählich eine wachsende Bedeutung zu erlangen scheinen.

Die mittel- und langfristigen Kredite an Nichtbanken haben sich im Oktober, wie schon eingangs erwähnt, ziemlich kräftig erhöht. Der Zuwachs belief sich auf insgesamt rd. 1,3 Mrd DM und war damit etwa doppelt so groß wie im Oktober vorigen Jahres; auch gegenüber den drei vorangegangenen Monaten, in denen der Anstieg im Durchschnitt etwas weniger als 1 Mrd DM betragen hatte, hat sich das Wachstum erheblich beschleunigt. Ausschlaggebend hierfür war die starke Zunahme der mittel- und langfristigen Kredite an öffentliche Stellen, die mit rd. 460 Mio DM zwei- bis dreimal so groß war wie in den meisten Vormonaten. Sie erklärt sich einmal daraus, daß die Landesrentenbank im Oktober den Erlös zweier für den Lastenausgleich aufgelegter Anleihetranchen an den Ausgleichsfonds weiterleitete, wodurch sich die Summe ihrer langfristigen Ausleihungen an die öffentliche Hand um rd. 100 Mio DM erhöhte. Hinzu kommt, daß im Oktober neben den Gemeinden, die das Gros der öffentlichen Kreditnehmer bei den Banken bilden, auch einige Länder längerfristige Bankkredite in Anspruch genommen haben. Die mittel- und langfristigen Kredite an die private Kundschaft sind im Oktober um rd. 850 Mio DM gestiegen. Gegenüber den Vormonaten (+ 526 Mio DM bzw. + 772 Mio DM im Monatsdurchschnitt des zweiten und dritten Quartals) bedeutet das ebenfalls eine merkbare Steigerung, wenn diese auch kaum sehr viel stärker gewesen sein dürfte als der normalen Saisontendenz entspricht. Nach der Entwicklung der Hypothekenzusagen zu urteilen, wird auch in den kommenden Monaten weiterhin mit einem raschen Wachstum dieser Kredite zu rechnen sein. Allein die für den Wohnungsbau erteilten Hypothekenzusagen der Realkreditinstitute (einschließlich der Girozentralen und Sparkassen) waren nämlich im Oktober mit 430 Mio DM bedeutend höher als in den meisten vorangegangenen Monaten, in denen sie kaum mehr als jeweils etwa 300 Mio DM betragen hatten.

Besondere Beachtung unter den Ergebnissen der Bankenstatistik für den Oktober verdient die starke Zunahme des Wertpapierportefeuilles der Banken. Die Bestände der Banken an Wertpapieren und Konsortialbeteiligungen sind in diesem Monat um rd. 660 Mio DM auf nunmehr knapp 12,7 Mrd DM (bzw. rd. 9 vH der verbenden Aktiva der Kreditinstitute) gestiegen. Der Zugang war damit um etwa 150—250 Mio DM größer als im Durchschnitt der Monate des zweiten und

Zur Geld- und Kreditentwicklung im Bundesgebiet einschließlich West-Berlin außer Saarland*)

in Mio DM

Posten	1957				1958						Stand am Monatsende
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Aug.	Sept.	Oktober ^{p)}	
	Monatsdurchschnitte										
„Geldvolumen“ (Bargeldumlauf — ohne Kassenbestände der Banken — sowie Sichteinlagen von Nichtbanken bei allen Kreditinstituten, ausgenommen Sichteinlagen öffentlicher Stellen bei der Bundesbank; s. u.)	- 538	+ 557	+ 609	+ 722	- 219	+ 444	+ 442	+ 736	+ 521	+ 213	40 830
Kredite an Nichtbanken und Wertpapierbestände der Kreditinstitute											
1) Kreditinstitute (ohne Bundesbank ¹⁾)											
Kurzfristige Kredite an Wirtschaftsunternehmen und Private	+ 256	+ 47	- 30	+ 237	- 61	+ 17	- 112	- 44	+ 353	- 307	30 942
Öffentliche Stellen	+ 36	+ 20	- 14	+ 22	+ 54	- 13	- 26	- 46	- 85	- 172	499
Mittel- und langfristige Kredite an Wirtschaftsunternehmen und Private	+ 261	+ 405 ¹⁰⁾	+ 602	+ 601	+ 475	+ 526	+ 772	+ 839	+ 686	+ 851	52 837
Öffentliche Stellen	+ 112 ¹⁰⁾	+ 61	+ 116	+ 253	+ 268 ¹⁰⁾	+ 238	+ 205	+ 165	+ 173	+ 458	13 232
Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen ²⁾	+ 378	+ 291	+ 760	- 122	+ 504	+ 169	+ 169	+ 258	- 76	- 92	8 147
darunter: Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes aus dem Austausch gegen Ausgleichsforderungen ^{ts)}	(+ 392)	(+ 241)	(+ 589)	(- 255)	(+ 428)	(+ 229)	(+ 169)	(+ 332)	(- 203)	(+ 78)	(6 529)
Wertpapiere und Konsortialbeteiligungen	+ 89	+ 138	+ 153	+ 103 ¹⁰⁾	+ 368	+ 407	+ 479	+ 415	+ 470	+ 662	12 647
darunter: Bankschuldverschreibungen ^{u)}	(+ 64)	(+ 82) ¹⁰⁾	(+ 131)	(+ 151)	(+ 272)	(+ 258)	(+ 331)	(+ 304)	(+ 329)	(+ 206)	(7 575)
2) Deutsche Bundesbank ¹⁾)											
Kredite an Öffentlichen Stellen	- 42	+ 6	+ 6	+ 8	+ 18	+ 44	+ 10	+ 28	+ 3	- 2	690
Wirtschaftsunternehmen und Private	+ 1	- 2	- 18	- 12	- 1	- 1	-	- 1	-	-	1
Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen ²⁾	- 18	+ 7	- 31	+ 49	- 21	-	- 3	+ 134	- 83	- 20	63
Aktivsaldo der Forderungen und Verpflichtungen aus dem Auslandsgeschäft^{v)}	+ 326	+ 493	+ 905	+ 64	+ 163	+ 467	+ 411	+ 278	+ 563	+ 361	26 124
Bargeldumlauf											
insgesamt	+ 49	+ 264	+ 170	+ 79	+ 170	+ 109	+ 108	+ 102	+ 73	+ 189	18 622
darunter: Kassenbestände der Banken	(- 17)	(+ 8)	(+ 16)	(+ 26)	(+ 3)	(+ 8)	(- 4)	(- 145)	(+ 59)	(- 45)	(768)
Bankeinlagen und andere Passivposten											
1) Kreditinstitute (ohne Bundesbank ¹⁾)											
Sichteinlagen von Wirtschaftsunternehmen und Privaten	- 495	+ 308	+ 437	+ 521	- 369	+ 401	+ 314	+ 323	+ 390	+ 244	20 267
Öffentlichen Stellen	- 87	- 2	- 15	+ 138	- 23	- 54	+ 29	+ 133	+ 125	- 241	2 424
Termineinlagen ⁷⁾ von Wirtschaftsunternehmen und Privaten	+ 173	+ 106	+ 384	+ 73	+ 240	- 14	+ 85	+ 134	- 188	+ 305	10 607
Öffentlichen Stellen	+ 331	+ 28 ¹⁰⁾	+ 76	+ 29	+ 56	+ 37	+ 110	- 7	+ 88	- 44	6 779
Spareinlagen	+ 493	+ 272	+ 278	+ 661	+ 640	+ 434	+ 478	+ 461	+ 504	+ 612	34 655
Bei Nichtbanken aufgenommene Gelder und Darlehen	+ 202 ¹⁰⁾	+ 177 ¹⁰⁾	+ 329 ¹⁰⁾	+ 315	+ 188 ¹⁰⁾	+ 164	+ 123 ¹⁰⁾	+ 104 ¹⁰⁾	+ 55 ¹⁰⁾	+ 345	27 833
darunter: mit Kündigungsfrist oder Laufzeit ab 6 Monate	(+ 232) ¹⁰⁾	(+ 194) ¹⁰⁾	(+ 326) ¹⁰⁾	(+ 309)	(+ 171) ¹⁰⁾	(+ 213)	(+ 81) ¹⁰⁾	(+ 125) ¹⁰⁾	(+ 7) ¹⁰⁾	(+ 316)	(27 495)
Umlauf an Bankschuldverschreibungen ^{u)}	+ 109 ¹⁰⁾	+ 124	+ 247 ¹⁰⁾	+ 275	+ 396	+ 287	+ 503 ¹¹⁾	+ 487	+ 308	+ 379	19 350
2) Deutsche Bundesbank ¹⁾)											
Sichteinlagen von Öffentlichen Stellen ⁸⁾	- 22	- 138	- 329	- 379	- 193	+ 79 ¹⁰⁾	- 101	- 215	+ 519	- 262	3 979
Wirtschaftsunternehmen und Privaten	- 22	- 5	+ 33	+ 10	+ 6	- 4	- 13	+ 33	- 8	- 24	285
Wertpapierabsatz											
insgesamt	397	353	629	559	778	801	723	648	508	1 234	36 191 ¹²⁾
1) Festverzinsliche Papiere	279	236	405	475	685	701	634	610	410	1 176	29 027 ¹²⁾
2) Aktien	118	117	224	84	93	100	89	38	98	58	7 164 ¹²⁾

*) In dieser Tabelle sind die Angaben der Kreditinstitute West-Berlins enthalten; die Zahlen sind deshalb mit entsprechenden Veröffentlichungen vor Oktober 1957 nicht voll vergleichbar. — ¹⁾ Früher Bank deutscher Länder, Landeszentralbanken und Berliner Zentralbank. — ²⁾ Nur inländische Titel; die in den Beständen der Banken befindlichen ausländischen Schatzwechsel und unverzinslichen Schatzanweisungen sind in den Forderungen aus dem Auslandsgeschäft enthalten. — ³⁾ Der Erwerb dieser Geldmarkttitel stellt keine zusätzliche Kreditgewährung an inländische Nichtbanken dar. — ⁴⁾ Der Erwerb von Bankschuldverschreibungen durch Kreditinstitute stellt keine direkte Kreditgewährung an Nichtbanken dar. — ⁵⁾ Ohne Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes, die die Bundesbank im Austausch gegen ihre Ausgleichsforderungen zur Verfügung stellt. — ⁶⁾ Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten; vgl. Anm. 7) in Tab. I, 1, Aktiva und Passiva, des Statistischen Teils. — ⁷⁾ Einlagen mit Kündigungsfrist oder Laufzeit von mindestens einem Monat. — ⁸⁾ Ohne Schuldverschreibungen eigener Emissionen im Bestand der Kreditinstitute. — ⁹⁾ Einschließlich der zeitweilig in Ausgleichsforderungen angelegten Guthaben deutscher öffentlicher Stellen sowie der Einlagen der Dienststellen der ehemaligen Besatzungsmächte. — ¹⁰⁾ Statistisch bereinigt. — ¹¹⁾ Mit anderen Monatsergebnissen nicht voll vergleichbar, da ab Juli 1958 die „Vorverkauften Schuldverschreibungen“ mit den „Schuldverschreibungen im Umlauf“ zusammengefaßt werden. Netto-Absatz nach der Emissionsstatistik im Juli 1958: rd. 440 Mio DM. — ¹²⁾ Absatz seit der Währungsreform (20. 6. 1948) insgesamt. — ^{ts)} Teilweise geschätzt. — ^{v)} Vorläufig.

dritten Quartals. Maßgebend hierfür war in erster Linie die bereits erwähnte Groß-Emission der Bundesbahn über 400 Mio DM, die zu einem Teil bis heute noch nicht endgültig placiert werden konnte. Daneben haben die Institute des Sparkassensektors eine 100 Mio DM-Anleihe der Bundespost fest übernommen. Die Bankbestände an „Anleihen und verzinslichen Schatzanweisungen des Bundes“ (zu denen auch die der Bundesverwaltungen, u. a. also der Bundesbahn und der Bundespost, zählen) sind dementsprechend im Oktober sehr beachtlich, nämlich um rd. 375 Mio DM, gestiegen. Außerdem haben die Banken im Oktober für weitere 50 Mio DM Länderanleihen erworben, so daß ihr Portefeuille an öffentlichen Anleihen um insgesamt 425 Mio DM wuchs. Höher als in den Vormonaten war ferner der Zugang an börsengängigen Dividendenwerten; er betrug im Oktober rd. 94 Mio DM gegen nur jeweils knapp 40 Mio DM im August und September und nicht mehr als 10 Mio DM im Durchschnitt der vier vorangegangenen Monate. Dagegen haben die Banken ihre Käufe von Bankschuldverschreibungen etwas eingeschränkt. Mit gut 200 Mio DM waren sie um rd. 100—150 Mio DM geringer als jeweils in den Monaten Juli bis September. Die Konsortialbeteiligungen nahmen im Oktober um rd. 50 Mio DM ab und glichen damit den starken Zugang an den zuvor erwähnten Wertpapieren zum Teil wieder aus.

Das Passivgeschäft der Banken

Das Passivgeschäft der Banken stand im Oktober vor allem im Zeichen eines weiterhin sehr hohen Zugangs an *Spareinlagen*. In ihrer Gesamtheit sind die Sparguthaben in diesem Monat um 612 Mio DM gewachsen gegen rd. 480 Mio DM im Monatsdurchschnitt des dritten Quartals und rd. 450 Mio DM im Oktober vor einem Jahr. Dabei fällt auf, daß ein relativ großer Teil des Zuwachses, nämlich 66 Mio DM, auf *Spareinlagen öffentlicher Stellen* entfiel, während diese in den ersten neun Monaten des Jahres im Durchschnitt nur um rd. 25 Mio DM zugenommen hatten. Wie uns von Bankseite mitgeteilt wurde, erklärt sich der starke Anstieg der öffentlichen Sparguthaben hauptsächlich aus Umbuchungen, die damit zusammenhängen, daß einige Banken bei der Durchsicht ihrer Einlagenbestände aus Anlaß der für den 31. Oktober angesetzten Sondererhebung über die Spar- und Termineinlagen verschiedentlich Sparkonten öffentlicher Einleger, die bisher irrtümlich unter den privaten *Spareinlagen* verbucht waren, in die Gruppe der öffentlichen *Spareinlagen* übertragen haben. Daß die privaten *Spareinlagen* trotzdem um rd. 550 Mio DM gestiegen sind, ist ein deut-

licher Beweis dafür, daß die Intensivierung der privaten *Spartätigkeit* auch im Oktober weiter angehalten hat.

Im November scheint sich die Zunahme der *Spareinlagen* nach den bisher vorliegenden Teilangaben allerdings etwas verringert zu haben. Bei den 480 halbmonatlich berichtenden Kreditinstituten, auf die etwas mehr als die Hälfte des gesamten *Spareinlagenbestandes* entfällt, sind die Sparguthaben in der ersten Monatshälfte nur um knapp 60 Mio DM gestiegen gegen 152 Mio DM in der ersten Oktoberhälfte und 93 Mio DM in den ersten beiden Novemberwochen des vergangenen Jahres. Der Grund hierfür dürfte darin liegen, daß im November in großem Umfang steuerbegünstigte *Spareinlagen* freigegeben und nur zum kleineren Teil wieder auf Sparkonten festgelegt worden sind. Der Bestand an steuerbegünstigten *Spareinlagen* nahm bei dem genannten Kreis von Instituten in der ersten Monatshälfte jedenfalls um 80 Mio DM ab. Da die betreffenden Mittel zum Teil in andere Anlageformen überführt worden sein dürften, kann aus dem oben angestellten Zahlenvergleich über die *Spareinlagenentwicklung* in der ersten Novemberhälfte nicht ohne weiteres auf einen entsprechenden Rückgang der privaten *Spartätigkeit* geschlossen werden.

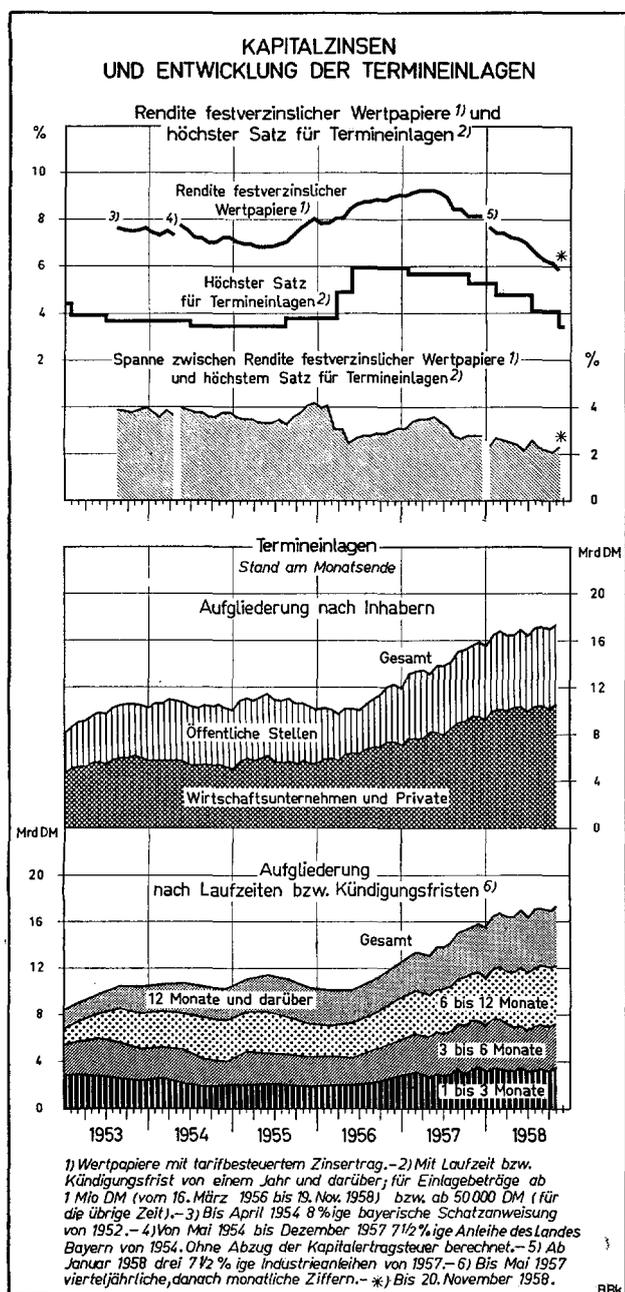
Die *Termineinlagen* sind im Oktober erneut gestiegen, und zwar um rd. 260 Mio DM, nachdem sie im September vorübergehend um rd. 100 Mio DM abgenommen hatten. Einer Zunahme der *Termineinlagen* von Wirtschaftsunternehmen und Privaten um etwas über 300 Mio DM stand dabei ein Rückgang der befristeten Guthaben öffentlicher Stellen um gut 40 Mio DM gegenüber. Im Hinblick auf die verschiedenen Befristungsstufen lag das Schwergewicht des Zugangs vor allem bei den zwischen 1 und 3 Monaten befristeten Einlagen; diese sind um insgesamt 323 Mio DM gestiegen. Auch die über ein Jahr laufenden privaten Einlagen haben im Oktober nach einer längeren Pause wieder relativ stark zugenommen (+ 124 Mio DM), während Abgänge hauptsächlich bei den zwischen 6 bis 12 Monaten befristeten öffentlichen Terminkonten (– 148 Mio DM) zu verzeichnen waren.

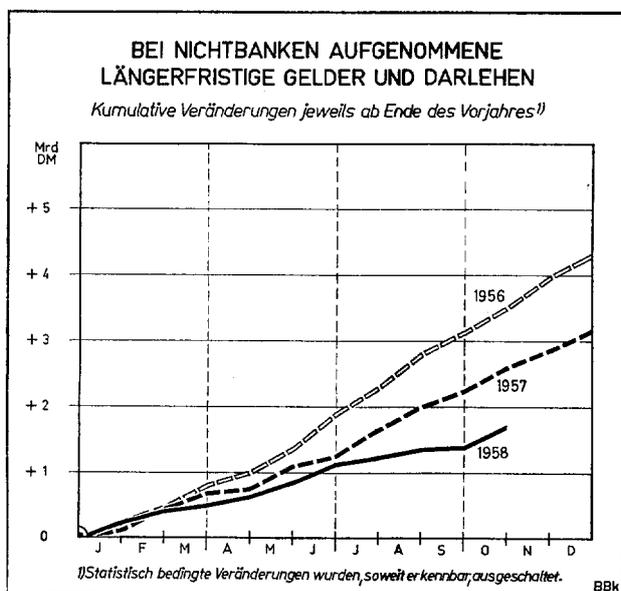
Verfolgt man die Entwicklung der *Termineinlagen* über einen längeren Zeitraum hinweg, so zeigt sich, daß sich das Wachstum dieser Einlagen im bisherigen Verlauf des Jahres verlangsamt hat. In den ersten zehn Monaten dieses Jahres war es mit 1,80 Mrd DM nur etwa halb so groß wie in der gleichen Zeit des vergangenen Jahres (+ 3,64 Mrd DM). Die Senkung der Habenzinsen für *Termineinlagen* im Oktober vorigen Jahres sowie im Februar und Juli dieses Jahres um insgesamt $1\frac{3}{8}$ bis $1\frac{7}{8}$ ‰ (je nach Fristigkeitsstufe und Einlagenhöhe) hat dabei sicher einen gewissen Einfluß

ausgeübt. Mit Wirkung vom 20. November sind nun die Höchstsätze für langfristige Nichtbankeneinlagen erneut herabgesetzt worden, und zwar die Zinsen für Termineinlagen um $\frac{1}{4}$ bis $\frac{5}{8}$ 0/0 und für Spareinlagen mit einer Kündigungsfrist von 12 Monaten und mehr um $\frac{1}{4}$ 0/0. Der höchste Zinssatz für Termineinlagen beträgt nunmehr $3\frac{1}{2}$ 0/0 (wobei für Großeinlagen keine Zuschläge mehr gewährt werden dürfen). Die Obergrenze für Kündigungs-Spareinlagen liegt dagegen bei 4 0/0. Um zu verhindern, daß sich aus dieser Diskrepanz Umbuchungen von Termineinlagen auf die höher verzinslichen Sparkonten ergeben, wurde für Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist eine

Kündigungssperrfrist von 6 Monaten eingeführt, wodurch die Mindestlaufzeit dieser Einlagen praktisch auf 12 bzw. 18 Monate ausgedehnt wird, je nachdem, ob es sich um Spareinlagen mit einer vereinbarten Kündigungsfrist von 6 oder 12 Monaten handelt. Ob die erneute Senkung der Habenzinsen bewirken wird, daß Mittel, die sonst auf Terminkonten bei Banken angelegt wurden, nunmehr in stärkerem Maße dem Wertpapiermarkt zufließen werden, bleibt abzuwarten. Ein großer Teil der Gelder, die bisher auf Terminkonten ihren Niederschlag fanden, kommt für die Anlage in Wertpapieren kaum in Frage. Immerhin dürften bisher auch Beträge als Termineinlagen angelegt worden sein, die ebensogut dem Wertpapiermarkt hätten zugeführt werden können. Die erneute Senkung der Habenzinsen für Termineinlagen wird hier vielleicht korrigierend wirken, doch ist dabei zu berücksichtigen, daß auch mit der jüngsten Ermäßigung der Zinsen höchstens der bisherigen Entwicklung am Kapitalmarkt Rechnung getragen, aber nicht etwa ein zusätzliches Zinsgefälle zugunsten des Wertpapiermarktes geschaffen wurde.

Die Aufnahme längerfristiger Gelder und Darlehen bei Nichtbanken belief sich im Oktober auf rd. 315 Mio DM; sie war damit größer als in jedem der vorangegangenen Monate d. J., in denen sie im Durchschnitt nur rd. 155 Mio DM betragen hatte. Im Trend gesehen hat dieser Teil des längerfristigen Passivgeschäfts der Banken in den letzten Jahren, wie das nachstehende Schaubild deutlich erkennen läßt, jedoch ständig an Bedeutung verloren, und zwar, wie die Entwicklung im dritten Quartal dieses Jahres zeigt, in zunehmendem Maße. Wie hier schon verschiedentlich angedeutet, dürfte das damit zusammenhängen, daß die öffentlichen Haushalte, die ihre Investitionsdarlehen (vor allem für Zwecke des Wohnungsbaus) den Begünstigten vielfach unter Zwischenschaltung bestimmter Kreditinstitute zuleiten, dies nicht mehr in gleichem Umfang wie in den vergangenen Jahren in der Form von Bankkrediten tun, so daß die betreffenden Mittel auch nicht mehr als ein Bestandteil der „bei Nichtbanken aufgenommenen längerfristigen Gelder und Darlehen“ in der Bankenstatistik erfaßt werden. Die betreffenden Mittel werden seit einiger Zeit vielmehr zu einem größeren Teil als „Verwaltungskredite“ ohne Mithaftung der Banken gegeben oder als Zweck- und Treuhandvermögen bereitgestellt, die von den Banken, da es sich nicht um Eigengeschäfte handelt, nicht bilanziert zu werden brauchen und die daher auch in unserer monatlichen Bilanzstatistik nicht enthalten sind. Die durch die Ziffern der Bankenstatistik widergespiegelte Abschwächung des Mittelzuflusses zu den Banken aus dem öffentlichen Sektor kann also nicht mit einer entspre-





chenden Verringerung des Kapitaleinsatzes der öffentlichen Haushalte gleichgesetzt werden, vielmehr hat sich dieser — nach Teilergebnissen der Finanzstatistik zu urteilen — auf einem wesentlich höheren Niveau gehalten als aus der Bankenstatistik hervorgeht.

Aus dem Absatz von *Bankschuldverschreibungen* flossen den Banken (nach Abzug von Tilgungen und Rückflüssen) im Oktober rd. 380 Mio DM zu. Hierüber wird im folgenden Abschnitt näher berichtet. Faßt man die Zugänge in allen erwähnten Bereichen des längerfristigen Passivgeschäfts der Banken zusammen, so ergibt sich für das *gesamte längerfristige Mittelaufkommen der Banken* im Oktober ein Betrag von 1,57 Mrd DM. Den Kreditinstituten sind damit von Seiten der Nichtbankenkundschaft wieder wesentlich mehr längerfristige Mittel zur Verfügung gestellt worden als in den drei vorangegangenen Monaten, in denen sich der Zugang im Monatsdurchschnitt auf rd. 1,26 Mrd DM belaufen hatte. Auch das entsprechende Vorjahrsergebnis (+ 1,37 Mrd DM) wurde damit noch um etwa 200 Mio DM übertroffen. Die Kreditausdehnung im Bankenapparat (die Aufstockung der Wertpapieranlagen inbegriffen) betrug demgegenüber im Oktober nur 1,32 Mrd DM. Sie ist in neuester Zeit also — teilweise im Gegensatz zu den vorangegangenen Monaten — wieder merklich hinter dem längerfristigen Mittelaufkommen bei den Banken zurückgeblieben.

Die Lage der Wertpapiermärkte

Die Wertpapiermärkte waren in den letzten Wochen im Zusammenhang mit dem sowjetischen Vorstoß wegen Berlin einem beträchtlichen psychologischen Druck ausgesetzt, der in der zweiten Hälfte des November besonders an den Aktienmärkten zu teilweise nicht

unbeträchtlichen Kursrückschlägen führte, aber auch Teile des Rentenmarktes in Mitleidenschaft zog. Diese Einflüsse von der Wirkung der ökonomischen Marktfaktoren zu trennen, ist nicht leicht. Bei den Kursrückschlägen an den Aktienmärkten hat neben den politisch bedingten Baissemomenten sicher auch eine Rolle gespielt, daß in letzter Zeit verschiedentlich — so auch von Seiten der Bundesbank — vor einer spekulativen Übersteigerung des Kursniveaus gewarnt wurde und manche Käuferschichten daraufhin offenbar eine vorsichtiger Haltung an den Tag legten. An den Rentenmärkten dürfte dagegen die erneute Unsicherheit in erster Linie politisch bedingt sein, da die materielle Konsolidierung der Märkte hier in der Berichtsperiode offensichtlich weitere Fortschritte gemacht hat.

Im Oktober war der *Rentenmarkt*, wie schon vor einem Monat an dieser Stelle erwähnt, allerdings noch einer erheblichen Belastungsprobe ausgesetzt. Nach den nunmehr vollständig vorliegenden Angaben wurden in diesem Monat — neben Aktienemissionen in Höhe von 56 Mio DM — festverzinsliche Wertpapiere im Betrage von nicht weniger als nahezu 1,4 Mrd DM (gegen 935 Mio DM im Monatsdurchschnitt des dritten und 720 Mio DM im Monatsdurchschnitt des zweiten Quartals) emittiert. Öffentliche Anleihen — wie die Anleihe der Bundesbahn im Betrage von 400 Mio DM, eine Anleihe des Landes Baden-Württemberg im Betrage von 100 Mio DM und zwei (zusammen 125 Mio DM ausmachende) Anleihebeträge der Post, die beide nach schon früher getroffenen Vereinbarungen von Instituten des Sparkassensektors übernommen wurden, — bildeten dabei den Hauptblock. Aber auch die Emission von Pfandbriefen und Kommunalobligationen war mit insgesamt 529 Mio DM noch verhältnismäßig hoch, wenn auch bei weitem nicht mehr so beträchtlich wie im September, als die Realkreditinstitute für etwa 1 Mrd DM neue Wertpapiere aufgelegt (wenn auch nur zum Teil effektiv angeboten) hatten.

Wie nicht anders zu erwarten war, steht diesen Emissionsziffern freilich auch eine hohe Absatzziffer gegenüber. So sind insbesondere die öffentlichen Anleihen und die (bisher noch nicht erwähnten) Industrieobligationen — es handelte sich dabei um drei Emissionen im Gesamtbetrag von 160 Mio DM — voll untergebracht worden, da sie durchweg durch Bankenkonsortien begeben wurden, die für die Abnahme der Emissionen in jedem Fall einzustehen haben. Da überdies der Absatz an Pfandbriefen und Kommunalobligationen einen Betrag von insgesamt 320 Mio DM erreichte und außerdem von einigen Spezialkreditinstituten Emissionen in Höhe von 70 Mio DM placiert wurden, erreichte der Gesamtabsatz an festverzinslichen Wertpapieren im

Auflegung und Absatz von Wertpapieren
in Mio DM

Zeitraum	Schuldverschreibungen von Realkreditinstituten	davon		Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Industrieobligationen	Anleihen der öffentlichen Hand	Sonstige Schuldverschreibungen	Festverzinsliche Wertpapiere insgesamt	Aktien	Festverzinsliche Wertpapiere und Aktien insgesamt
		Pfandbriefe	Kommunalobligationen							
Auflegung ¹⁾										
1957 1. Vj.	389,0	230,9	158,1	110,0	234,8	188,2	—	922,0	381,1	1 303,1
2. "	764,2	380,4	383,8	35,0	187,0	116,2	—	1 102,4	342,0	1 444,4
3. "	511,3	269,0	242,3	85,0	305,0	91,9	—	993,2	689,3	1 682,5
4. "	930,2	418,2	512,0	80,0	224,5	280,4	10,0	1 525,1	318,8	1 843,9
1958 1. Vj.	1 649,0	720,0	929,0	30,0	490,5	331,1	—	2 500,6	268,4	2 769,0
2. "	778,5	275,5	503,0	150,0	522,0	709,2	—	2 159,7	258,2	2 417,9
Juli	614,5	162,5	452,0	50,0	144,6	246,4	—	1 055,5	129,8	1 185,3
August	413,8	191,3	222,5	120,0	120,0	26,4	—	680,2	14,1	694,3
September	1 002,3	424,9	577,4	5,0	35,0	26,4	—	1 068,7	98,6	1 167,3
Oktober	529,3	227,5	301,8	80,0	160,0 ²⁾	626,4	—	1 395,7 ²⁾	56,1	1 451,8 ²⁾
Absatz										
1957 1. Vj.	369,1	237,5	131,6	44,4	230,8	192,7	0,0	837,0	355,1	1 192,1
2. "	396,6	196,5	200,1	39,4	179,9	93,0	—	708,9	350,2	1 059,1
3. "	679,6	330,9	348,7	91,7	318,4	124,8	0,0	1 214,5	673,7	1 888,2
4. "	841,0	396,2	444,8	89,7	202,0	280,4	10,0	1 423,1	252,7	1 675,8
1958 1. Vj.	1 189,9	480,4	709,5	32,1	501,8	331,1	—	2 054,9	277,7	2 332,6
2. "	711,5	262,8	448,7	157,7	525,5	708,2	—	2 102,9	299,7	2 402,6
Juli	446,1	139,2	306,9	44,8	144,6	246,4	0,0	881,9	129,2	1 011,1
August	366,3	117,7	248,6	97,1	120,0	26,4	—	609,8	38,1	647,9
September	335,9	130,7	205,2	12,9	35,0	26,4	—	410,2	98,3	508,5
Oktober	319,7	159,7	160,0	69,9	160,0 ²⁾	626,4	0,0	1 176,0 ²⁾	57,8	1 233,8 ²⁾

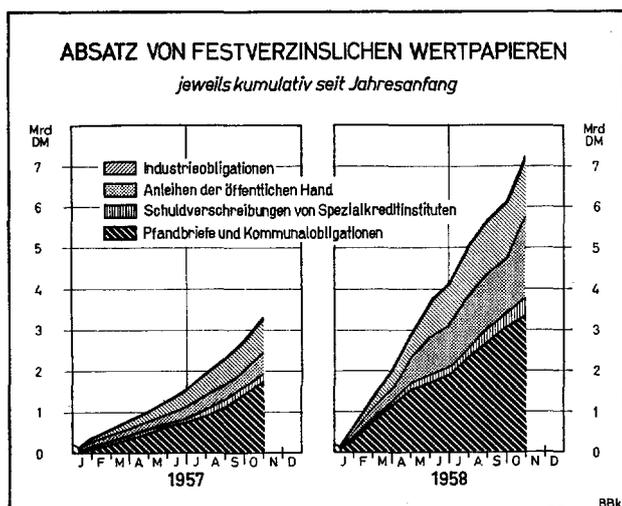
¹⁾ Ohne Berücksichtigung von zurückgezogenen Emissionen. — ²⁾ Darunter eine Auslandsanleihe im Betrag von 50 Mio DM.

Oktober also einen Betrag von 1 176 Mio DM. Dies ist die bei weitem höchste Absatzziffer, die je für einen Monat seit der Währungsreform zu verzeichnen war; selbst das an sich schon relativ hohe Ergebnis der ersten neun Monate des laufenden Jahres — 673 Mio DM im Monatsdurchschnitt — wurde durch sie weit in den Schatten gestellt.

Wie schon oben angedeutet, wurde dieser Erfolg allerdings nur dadurch erzielt, daß die Banken einen relativ großen Teil der neu emittierten Papiere übernahmen bzw. durch Eintritt in andere Wertpapierengagements bei Dritten für die Übernahme der Neuemissionen Platz schafften.

Der Gesamtbestand der Banken an inländischen Wertpapieren und Konsortialbeteiligungen ist im Oktober um 660 Mio DM gestiegen; dies entsprach 53 vH des im Oktober als abgesetzt gemeldeten Betrages an Wertpapieren, doch blieb dieser Prozentsatz hinter dem des dritten Quartals (66 vH) und auch hinter dem der ersten neun Monate des Jahres (55 vH) noch zurück. Daß diese weitere Aufstockung der Wertpapierportefeuilles der Banken nicht in voller Höhe freiwillig war, sondern sich zumindest teilweise aus den bereits erwähnten Konsortialverpflichtungen ergab, ist auch bei voller Würdigung des beträchtlichen Aufkommens an längerfristigen Mitteln, das die Banken gerade im Oktober wieder verzeichnen konnten, anzunehmen. Tatsächlich lasten die hohen Wertpapierbeträge, die die Banken im Oktober aufgenommen haben, immer noch etwas auf dem Markt. Sie werden unter Berücksichtigung der eingeräumten Bonifikationen zum Teil noch unter den Emissionskursen angeboten und üben damit auch auf die Konditionen der neuen Emissionen einen gewissen Druck aus, wenn dieser im Verlauf der letzten Wochen auch schon merklich nachgelassen hat.

Um so mehr ist es daher vom Standpunkt der Kapitalmarktpolitik zu begrüßen, daß die Ansprüche an den Markt im Verlaufe des November beträchtlich zurückgegangen zu sein scheinen. Die Realkreditinstitute z. B. haben in diesem Monat nach vorläufigen Angaben

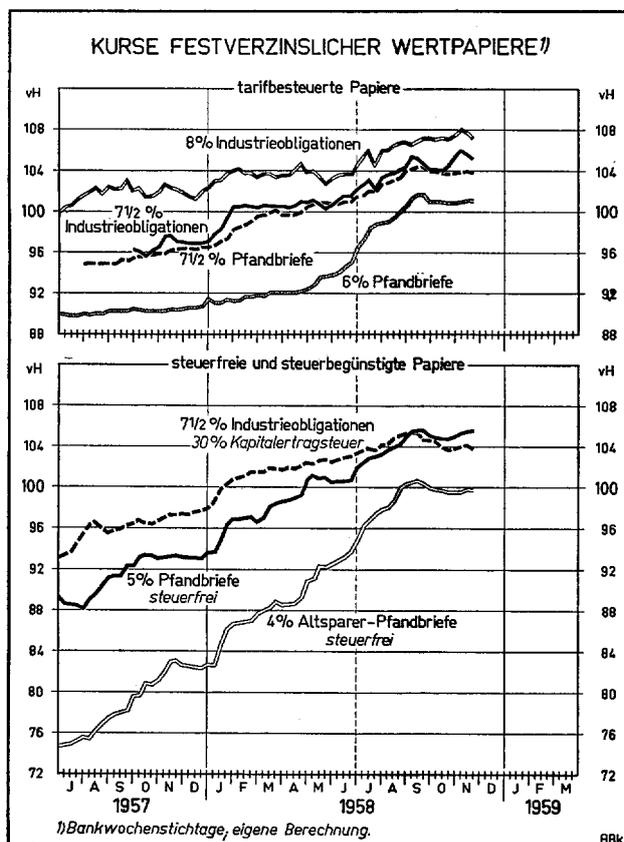


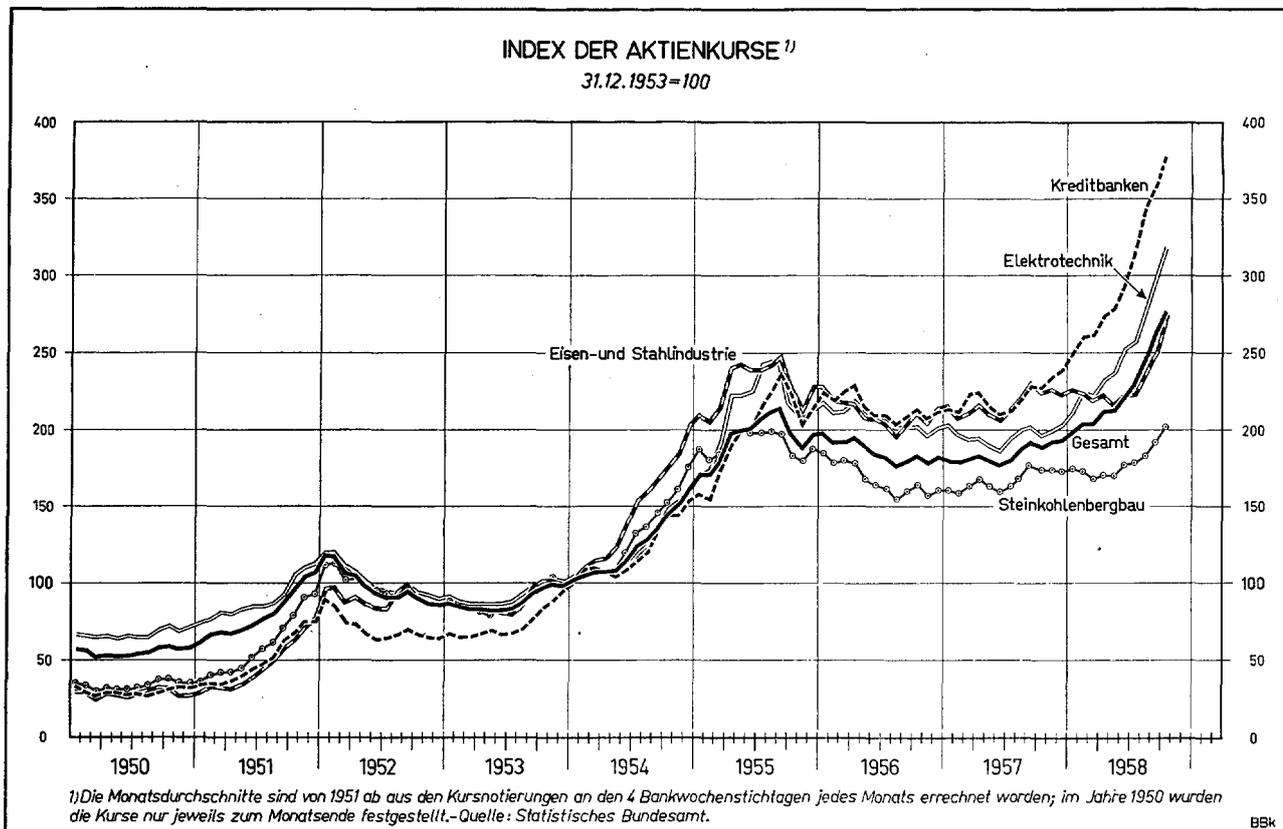
des Bundeswirtschaftsministeriums Emissionen im Betrage von nur etwa 270 Mio DM beantragt und genehmigt erhalten gegen 422 Mio DM im Oktober und 1,2 Mrd DM im September. Diese Institute sind also zur Zeit sichtlich bestrebt, den in den letzten Monaten entstandenen Emissionsüberhang abzubauen, wobei übrigens hervorgehoben zu werden verdient, daß auf eine Forcierung des Absatzes im Interesse der Kursbildung im allgemeinen weiter verzichtet wird. Aber auch die übrigen Emittenten haben im November den Markt nur geringfügig beansprucht. Soweit sich übersehen läßt, wurden bis zum Schluß des Monats nur je eine Stadtanleihe und eine Industrianleihe im Gesamtbetrag von 110 Mio DM öffentlich zur Zeichnung aufgelegt, und für den Rest des Jahres scheint mit einer weiteren starken Zurückhaltung zu rechnen zu sein, zumal sich einige größere Emittenten, wie vor allem der Lastenausgleichsfonds, entschlossen haben, ihre Anleihewünsche bis zu Beginn des nächsten Jahres zurückzustellen.

Der Markt hat also nunmehr Gelegenheit, die verhältnismäßig hohen Emissionen von September und Oktober zu „verdauen“ und sich damit weiter zu konsolidieren. Kursmäßig waren die Wirkungen dieses Prozesses in den letzten Wochen bereits deutlich zu erkennen. Zumindest in der ersten Hälfte des Monats war die Kurstendenz an den Rentenmärkten durchweg aufwärtsgerichtet. Ein Teil der Papiere, besonders die

höher verzinslichen Industrieobligationen und die steuerfreien Pfandbriefe, hatte Mitte des Monats den früheren Kurshöchststand im allgemeinen wieder erreicht. Allerdings haben die Realkreditinstitute vernünftigerweise nicht den Versuch gemacht, dem 5%igen Pfandbrief wieder stärkere Marktgeltung zu verschaffen, was sicher nur bei größeren Kursabschlägen möglich gewesen wäre. Sie haben sich vielmehr ganz überwiegend auf den 5 1/2%igen Typ konzentriert und auch ihre Neuemissionen im wesentlichen auf dieses Papier beschränkt. Die Marktposition der 5 1/2%igen Pfandbriefe konnte dabei bis Mitte November merklich verbessert werden, wie die rückläufige Tendenz der Bonifikationssätze erkennen ließ. In den letzten zwei bis drei Wochen hat sich der Markt, wie schon eingangs erwähnt, unter dem Einfluß des sowjetischen Vorstoßes in der Berlin-Frage allerdings wieder etwas versteift. Namentlich diejenigen Papiere, deren Kurse sich in den vorangegangenen Wochen beträchtlich erholt hatten, wie insbesondere die höher verzinslichen Industrieobligationen, wurden hiervon betroffen. Offensichtlich handelte es sich dabei aber nur um einen stimmungsmäßig bedingten Rückschlag, während sich die innere Position des Marktes zweifellos gefestigt hat.

An den Aktienmärkten haben sich die neuen politischen Spannungen, wie erwähnt, wesentlich stärker ausgewirkt als an den Rentenmärkten. Am 21. November lag der Aktienkursindex des Statistischen Bundesamtes mit 285 (Ende 1953 = 100) um 18 Punkte unter seinem am 7. November erreichten bisherigen Höchststand, und bis Ende des Monats hat er nur einen Teil dieser Einbuße wieder aufgeholt. Wie weit außer den politischen Ereignissen zu diesem Rückschlag auch endogene Marktendenzen beigetragen haben, läßt sich, wie schon eingangs erwähnt, schwer sagen. Sicher lag eine Unterbrechung der stürmischen Aufwärtsbewegung der vorangegangenen Monate aber auch deshalb im Zuge der Marktentwicklung, weil jene Hausse begrifflicherweise nicht ganz frei von Auswüchsen geblieben war. Die Bank ist gewiß nicht der Meinung, daß die im November erreichten Kurse auf der ganzen Linie „überhöht“ waren. Es gibt zweifellos eine Reihe von Gründen, die ein höheres Aktienkursniveau rechtfertigen, als es noch vor Jahresfrist zu verzeichnen war, so insbesondere die Senkung des landesüblichen Zinsfußes und die Aussicht auf höhere Dividendenausschüttungen. Aber in manchen Fällen hatte der Kursanstieg kaum mehr im Einklang mit der zu erwartenden Rendite gestanden, so daß die Entwicklung des allgemeinen Kursniveaus auf einer zum Teil nicht mehr ganz festen Grundlage ruhte. Betrachtet man das





vorstehende Schaubild, so drängt sich auch beinahe schon rein optisch der Eindruck auf, daß nach einer so steilen Aufwärtsbewegung wie von März bis November dieses Jahres früher oder später eine Pause, wenn nicht gar ein Rückschlag, fällig war. Insofern kann es vielleicht nichts schaden, daß durch die jüngste Kursentwicklung der Hausstimmung der letzten Monate ein Dämpfer aufgesetzt wurde. Ebensovienig wie zu spekulativen Übertreibungen besteht aber Grund zum Pessi-

mismus; denn der Markt ist im allgemeinen durchaus gesund, wie allein schon daraus hervorgeht, daß Effektenengagements auf Kreditbasis nur eine relativ geringe Rolle spielen dürften, und die allgemeine Wirtschaftsentwicklung steht, wie in einem der folgenden Abschnitte näher dargelegt werden wird, nach wie vor im Zeichen einer durch partielle Störungen zwar etwas beeinträchtigten, aber im Grunde doch deutlich wahrnehmbaren konjunkturellen Aufwärtsbewegung.

Öffentliche Finanzen

Die kassenmäßige Entwicklung der zentralen öffentlichen Haushalte — Bund, Länder, Lastenausgleichsfonds — war in der Berichtsperiode weiterhin verhältnismäßig günstig. Faßt man die Haushalte zusammen, so haben sich zwar im Oktober und November Kassendefizite ergeben, wie dies in den beiden ersten Monaten des Quartals, in die kein vierteljährlicher Einkommensteuertermin fällt, üblich ist, doch waren die Fehlbeträge niedriger als in den vergleichbaren Vormonaten. Dies gilt insbesondere für den Bund, der schon seit dem Beginn des laufenden Rechnungsjahres per Saldo kein Defizit mehr aufgewiesen hat. Auch bei den Ländern hat sich die Kassenlage — unter dem Einfluß der wachsenden Einnahmen aus den Einkommensteuern —

in letzter Zeit sichtlich verbessert. Lediglich beim Lastenausgleichsfonds ist, längerfristig gesehen, eine gewisse Verschlechterung festzustellen, wenn diese auch in der Berichtsperiode wegen der vierteljährlichen Eingänge aus der Vermögensabgabe nicht in Erscheinung getreten ist. Unter diesen Umständen sind die Einlagen, die die zuvor genannten Haushalte bei der Bundesbank unterhalten, nur verhältnismäßig wenig — um rd. 140 Mio DM im Oktober und um schätzungsweise 100 Mio DM im November — zurückgegangen. Auch der Rückgriff der Länder und des Lastenausgleichsfonds auf die Kreditmärkte scheint sich in relativ engen Grenzen gehalten zu haben. Zwar haben diese Haushalte im Oktober Anleihen begeben und längerfristige Bank-

kredite aufgenommen, aber gleichzeitig sind von den Ländern in größerem Umfang kurz- und mittelfristige Verbindlichkeiten getilgt worden.

Von nicht geringem Einfluß auf die kassenmäßige Entwicklung war, daß die *Steuereinnahmen* des Bundes und der Länder in letzter Zeit wieder stärker gestiegen sind. Nachdem sie bereits im dritten Vierteljahr um 5,8

Steuereinnahmen von Bund und Ländern

Steuerarten	1957	1958		Zunahme (+) Okt. 1958 gegen	
	Okt.	Juli	Okt. P)	Okt. 1957	Juli 1958
	Mio DM			vH	
Steuereinnahmen, gesamt	2 853	2 969	3 250	+ 13,9	+ 9,5
darunter:					
Lohnsteuer	462	534	575	+ 24,5	+ 7,7
Veranl. Einkommensteuer	164	104	191	+ 16,5	+ 83,7
Körperschaftsteuer	104	90	183 ²⁾	+ 76,0	+ 103,3
Umsatzsteuer ¹⁾	1 087	1 058	1 160	+ 6,7	+ 9,6
Zölle	193	193	217	+ 12,4	+ 12,4
Verbrauchssteuern	601	617	643	+ 7,0	+ 4,2
Von dem Gesamtbetrag entfallen auf					
den Bund	2 116	2 174	2 352	+ 11,2	+ 8,2
die Länder	737	795	898	+ 21,8	+ 13,0

¹⁾ Einschl. Umsatzausgleichsteuer. — ²⁾ Im Gegensatz zu den Vormonaten sind hierin auch Einnahmen aus dem früheren Notopfer Berlin enthalten. und zwar zum Teil auch für zurückliegende Monate d. J. — P) Vorläufig.

vH über ihren vergleichbaren Vorjahrsstand hinausgegangen waren (gegen 2,6 vH im zweiten und 1 vH im ersten Quartal), waren sie im Oktober mit 3¹/₄ Mrd DM um rd. 400 Mio DM oder 14 vH höher als vor Jahresfrist. Entscheidend hierfür war, daß nach der Überwindung der „Veranlagungspause“ hohe Nachzahlungen bei der veranlagten Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer eingegangen sind. Auch die Lohnsteuereinnahmen sind im Oktober — entgegen den Erwartungen — weiter gewachsen. Außer dem Einkommensteuerertrag sind im Oktober auch die Einnahmen aus einzelnen Bundessteuern ziemlich kräftig gestiegen. Dies gilt z. B. für die Zolleinnahmen, die um 12,4 vH über ihren Vorjahrsstand hinausgegangen sind. Dabei scheinen freilich, ebenso wie übrigens auch bei der Umsatzsteuer, gewisse zufallsbedingte Erhöhungen, wie sie gelegentlich in den Ergebnissen einzelner Monate zu beobachten sind, eine Rolle gespielt zu haben, wenn sich auch die Zolleinnahmen schon seit dem Sommer — offenbar bedingt durch das Vordringen des Anteils der höher verzollten Fertigwareneinfuhr — sichtlich erholt haben.

Der Bundeshaushalt

Der Bundeshaushalt wies im Oktober einen leichten Überschuß (56 Mio DM), im November dagegen einen Fehlbetrag auf. Für die beiden Monate zusammen genommen hat sich, wie in Monaten ohne großen

Steuertermin üblich, ein Kassendefizit ergeben, das auf etwa 80 Mio DM veranschlagt werden kann. Es war damit erheblich geringer als in den gleichen Monaten des Vorjahres, in denen es rd. 370 Mio DM betragen hatte. Abgesehen von der bereits erwähnten Einnahmesteigerung ist dies auf den nach wie vor niedrigen Stand der Ausgaben zurückzuführen. Im Oktober lagen diese zwar mit rd. 2,6 Mrd DM zum ersten Male seit dem Mai d. J. nicht mehr unter dem entsprechenden Stand des Vorjahres, aber sie haben diesen auch nicht nennenswert übertroffen. Der zu erwartende tendenzielle Anstieg der Ausgaben hat sich also auch in diesem Monat noch nicht durchgesetzt. Im gesamten bisherigen Verlauf des Rechnungsjahres (April bis Oktober) waren die Kassenausgaben mit insgesamt rd. 18 Mrd DM um mehr als 800 Mio DM niedriger als in den gleichen Monaten des vergangenen Jahres, die Kasseneinnahmen dagegen um nahezu 1,2 Mrd DM höher. Die Einnahmen haben sich damit im großen und ganzen im Rahmen der im diesjährigen Haushaltsplan niedergelegten Schätzungen gehalten, wobei die zunächst nicht unbeträchtlichen Mindereinnahmen aus den Steuern durch einmalige Einnahmen aus Kreditrückzahlungen (die zum Teil nicht veranschlagt waren) in gewissem Umfang wettgemacht wurden. Dagegen sind die An-

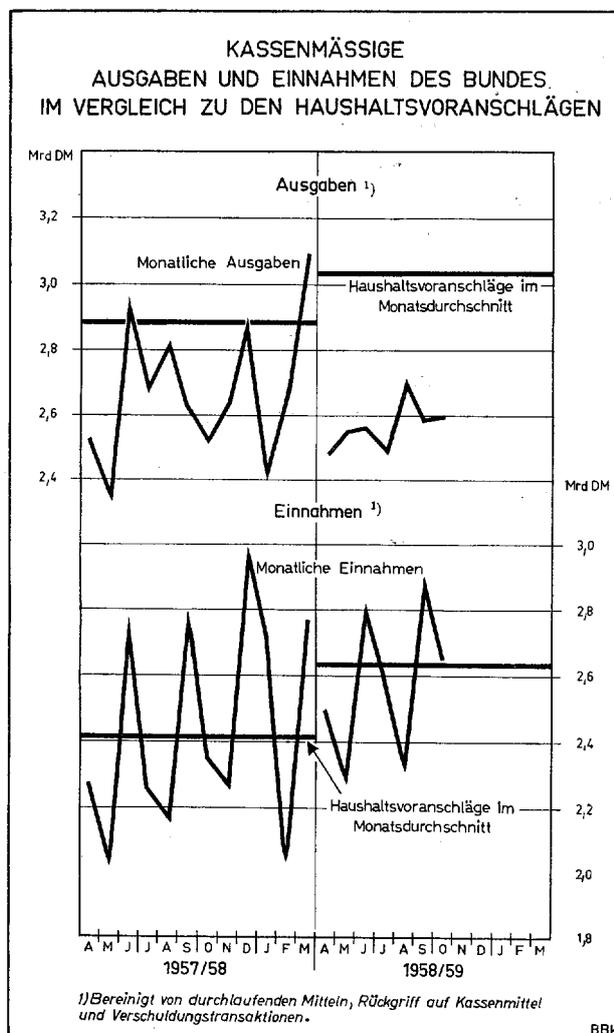
Zur kassenmäßigen Entwicklung des Bundeshaushalts in Mio DM

	1958		Zum Vergleich: 1957
	Oktober	April/ Oktober gesamt	April/ Oktober gesamt
I. Bundeshaushalt			
1) Kasseneinnahmen, gesamt ¹⁾	2 654	18 129	16 956
a) Steuern und sonstige aus dem Kreislauf stammende Einnahmen	2 653	17 919	16 953
b) Übertragung stillgelegter Gelder	—	200	—
c) Auslandseinnahmen	1	10	3
2) Kassenausgaben, gesamt ²⁾	2 598	18 006	18 835
a) Inlandsausgaben	2 489	16 559	17 153
b) Auslandsausgaben ³⁾	109	1 447	1 682
3) Überschuß (+) bzw. Fehlbetrag (—), gesamt	+ 56	+ 123	— 1 879
a) „inlandswirksam“ (1a -/. 2a)	+ 164	+ 1 360	— 200
b) „auslandswirksam“ (1c -/. 2b)	— 108	— 1 437	— 1 679
II. NATO-Mächte			
Zunahme (+) bzw. Abnahme (—) der aus dem Bundeshaushalt stammenden Mittel	—	— 61	+ 159
III. „Inlandswirksamer“ Überschuß (+) bzw. Fehlbetrag (—) des Bundes und der NATO-Mächte (I 3a + II)	+ 164	+ 1 299	— 41

¹⁾ Eingänge auf den bei der Deutschen Bundesbank unterhaltenen Konten des Bundes (ohne Gegenwert- und Steg-Konten) abzüglich der Eingänge aus Schuldaufnahmen. — ²⁾ Ausgänge aus den bei der Deutschen Bundesbank unterhaltenen Konten des Bundes (ohne Gegenwert- und Steg-Konten) abzüglich der Aufwendungen für Schuldentilgung. — ³⁾ Außerer Schuldendienst, Devisenzahlungen im Rahmen des Israel-Abkommens. Zahlungen und Anzahlungen für Rüstungseinfuhren, Beiträge an internationale Organisationen, Ausgaben für diplomatische Vertretungen u. dgl.

sätze auf der Ausgabeseite bisher verhältnismäßig stark hinter dem — auf Monatsdurchschnitte umgerechneten — Betrag der diesjährigen Bewilligungen zurückgeblieben. Das gilt insbesondere für die Verteidigungsausgaben. Von dem Ansatz für die eigenen Verteidigungstreitkräfte, der sich nach Abzug der Globaleinsparung auf rd. 9,5 Mrd DM beläuft, wurden im ersten Rechnungshalbjahr (für den Oktober liegen Angaben noch nicht vor) erst rd. 2,5 Mrd DM oder rd. 26 vH in Anspruch genommen. Hierbei spielte eine Rolle, daß die Auslandszahlungen des Verteidigungshaushalts — rd. 90 Mio DM im Durchschnitt der ersten sieben Monate gegen rd. 177 Mio DM im Monatsdurchschnitt des letzten Rechnungsjahres — bisher verhältnismäßig niedrig waren. Auch die zivilen Ausgaben sind nicht ganz an die Ansätze herangekommen; jedoch war der Grad der Ausschöpfung erheblich größer als bei den Verteidigungsausgaben. In einzelnen Fällen, so z. B. beim Wohnungsbau, wurde im ersten Rechnungshalbjahr bereits mehr als die Hälfte der diesjährigen Neubewilligungen ausgegeben, was sowohl durch den Saisonrhythmus als auch durch die Beanspruchung der aus früheren Jahren übernommenen Ausgabereste bedingt gewesen sein dürfte. In anderen Fällen waren dagegen die Ausgaben im Vergleich zu den Ansätzen verhältnismäßig niedrig, so z. B. für die Bundesfernstraßen. Hier sind offenbar die verwaltungsmäßigen Schwierigkeiten, die schon im Vorjahr einer vollen Verausgabung der bewilligten Mittel entgegengestanden hatten, immer noch nicht ganz behoben. Auch die Sozialausgaben haben bisher — bei sehr unterschiedlicher Entwicklung der einzelnen Leistungen — den Etatplanungen nicht in vollem Umfang entsprochen. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß die Ansätze des Haushaltsplans häufig nicht linear verausgabt werden, sondern daß sich wichtige Aufwendungen zu bestimmten Zeiten, u. a. zum Ende des Rechnungsjahres oder beim Inkrafttreten neuer Gesetze, massieren.

In den kommenden Monaten werden die Ausgaben aller Voraussicht nach ihr bisheriges Niveau übertreffen. So ist einmal mit einem Anstieg der Verteidigungsausgaben zu rechnen, und zwar — angesichts der kontinuierlichen Zunahme der „inneren“ Aufwendungen — auch dann, wenn die Auslandszahlungen vorerst noch niedrig bleiben sollten. Die zivilen Ausgaben, die allerdings schon im bisherigen Verlauf des Rechnungsjahres ihr vorjähriges Niveau überschritten haben, dürften in nächster Zeit ebenfalls weiter zunehmen. Zu erwähnen sind vor allem die Zuschüsse des Bundes an die Sozialversicherungsträger, deren Umfang sich nach der Entwicklung der allgemeinen Bemessungsgrundlage für die neu festzusetzenden Renten richtet. Da diese mit Wirkung vom 1. Januar 1959 voraus-



sichtlich um etwa 6 vH höher bemessen wird als für das Jahr 1958, wird der Bund erstmals Ende Dezember (für die im Januar auszahlenden Renten) mehr Mittel zur Verfügung stellen müssen. Gleichwohl ist damit zu rechnen, daß die Kassenausgaben des Bundes im gesamten laufenden Rechnungsjahr — ebenso wie in den Vorjahren — geringer bleiben werden als veranschlagt. Der kassenmäßige Abschluß wird daher wiederum günstiger sein als nach dem Haushaltsplan, auf Grund dessen sich ein — durch Kreditaufnahmen und den Einsatz von Reserven zu deckendes — Kassendefizit in Höhe von rd. 4,9 Mrd DM ergeben müßte. Infolgedessen wird der Bund keine Anleihen zu begeben brauchen und außerdem am Ende des Rechnungsjahres noch über einen beträchtlichen Teil des Kassenbestandes verfügen, den er in Höhe von rd. 2,8 Mrd DM aus dem Vorjahr übernommen hatte.

Der Haushaltsplan des Bundes für 1959/60

Der Entwurf des Bundeshaushaltsplans für das nächste, am 1. April 1959 beginnende Finanzjahr, der von der Bundesregierung am 8. November d. J. im Bun-

desrat eingebracht wurde, sieht (nach Abzug der den Bundeshaushalt nur durchlaufenden Mittel) Einnahmen und Ausgaben in Höhe von je rd. 37 Mrd DM vor gegen rd. 36,5 Mrd DM im laufenden Rechnungsjahr. Ebenso wie im Vorjahr sind die Ausgaben um rd. 4,9 Mrd DM höher festgesetzt als der Gesamtbetrag der laufenden Einnahmen, so daß zum Ausgleich des Haushalts entsprechend hohe „zusätzliche“ Finanzierungsmittel eingesetzt werden mußten. So ist vorgesehen, einmal 1,2 Mrd DM aus der Kassenreserve, die am Ende des Rechnungsjahres noch vorhanden sein wird, einzustellen (gegen 3,0 Mrd DM im laufenden Jahr) und zum anderen durch die Aufnahme von „Anleihen“ rd. 3,7 Mrd DM zu beschaffen (gegen rd. 1,9 Mrd DM im laufenden Jahr). Von dem zuletzt genannten Betrag sollen 680 Mio DM für die Finanzierung der an Frankreich im Zusammenhang mit der Währungsumstellung im Saarland zu leistenden Zahlungen verwendet werden. Die Bundesregierung hat die Absicht, diese Mittel im Wege eines vier- bis sechsjährigen Sonderkredits aufzunehmen, den die Bundesbank unter Inanspruchnahme des offenen Marktes beschaffen soll. Der verbleibende Betrag der vorgesehenen Kreditermächtigung — reichlich 3 Mrd DM von insgesamt 3,7 Mrd DM — ist für die Finanzierung der weitgehend in den außer-

ordentlichen Haushalt verlagerten Investitionsausgaben bestimmt.

Was die Ausgabeseite des nächstjährigen Haushaltsplans anlangt, so sind neben einigen Kürzungen zahlreiche Erhöhungen bei den einzelnen Ansätzen vorgesehen. Unter den reichlicher dotierten Ausgaben fällt vor allem der Ansatz für die Aufstellung eigener Verteidigungstreitkräfte ins Gewicht, der mit 11 Mrd DM um 1 Mrd DM höher bemessen werden soll als im diesjährigen Haushaltsgesetz; auch die Zahlungen an das Saarland bzw. an Frankreich sind mit rd. 960 Mio DM (gegen 200 Mio DM in 1958/59) erheblich aufgestockt worden, was vor allem mit den bereits erwähnten Aufwendungen für die Einführung der DM-Währung im Saarland zusammenhängt. Die Mittel für den Wohnungsbau wurden ebenfalls höher festgesetzt als 1958/59, und zwar um rd. 300 Mio DM. Wenn dem auch gewisse Kürzungen gegenüberstehen, z. B. bei den Zahlungen an einzelne Länder, den Entschädigungsleistungen und den Sozialausgaben — hier werden die steigenden Bewilligungen für die Zuschüsse an die Rentenversicherungen durch Abstriche bei anderen Leistungen (u. a. der Kriegsopferversorgung und der Kriegsgefangenenentschädigung) mehr als wettgemacht —, so liegt die Summe der Einzelpläne mit rd. 39 Mrd DM doch um reichlich 1,8 Mrd DM über dem dies-

Haushaltspläne des Bundes für die Rechnungsjahre 1958/59 und 1959/60
in Mrd DM

Einnahmen	Haus- halts- gesetz 1958/59	Regie- rungs- entwurf 1959/60	Zunahme (+) bzw. Abnahme (-) 1959/60 gegen 1958/59	Ausgaben	Haus- halts- gesetz 1958/59	Regie- rungs- entwurf 1959/60	Zunahme (+) bzw. Abnahme (-) 1959/60 gegen 1958/59
1. Steuereinnahmen, gesamt	29,56	30,16	+ 0,60	1. Verteidigungsausgaben, gesamt	10,70	11,58	+ 0,88
a) bundeseigene Steuern	23,51	23,77	+ 0,26	a) für eigene Streitkräfte	10,00	11,00	+ 1,00
b) Bundesanteil am Einkommen- steuerertrag	6,05	6,39	+ 0,34	b) sonstige ¹⁾	0,70	0,58	- 0,12
2. Sonstige ordentliche Einnahmen	2,07	1,99	- 0,08	2. Zivile Ausgaben, gesamt	26,51	27,47	+ 0,96
				darunter:			
3. Ordentliche Einnahmen, gesamt (1 + 2)	31,63	32,15	+ 0,52	a) Sozialausgaben	11,97	11,73	- 0,24
4. Anleihen, gesamt	1,89	3,70	+ 1,81	b) Entschädigungsleistungen	2,02	1,95	- 0,07
darunter:				c) Saarrückgliederung	0,20	0,96	+ 0,76
Sonderkredit im Zusammenhang mit der Währungsumstellung im Saarland	—	0,68	+ 0,68	darunter:			
5. Rückgriff auf Kassenmittel ¹⁾	3,00	1,20	- 1,80	an Frankreich im Zusammenhang mit der Währungsumstellung im Saarland	—	0,68	+ 0,68
				d) Zuschüsse und Darlehen an einzelne Länder ⁴⁾	1,20	0,96	- 0,24
6. Außerordentliche Einnahmen, gesamt (4 + 5)	4,89	4,90	+ 0,01	e) „Grüner Plan“	1,34	1,34	—
7. Haushaltseinnahmen im engeren Sinne (3 + 6)	36,52	37,05	+ 0,53	f) Förderung des Wohnungsbaus ⁵⁾	1,23	1,54	+ 0,31
8. Durchlaufende Mittel ²⁾	2,20	2,07	- 0,13	g) Bundeswasser- und -fernstraßen ⁶⁾	1,35	1,40	+ 0,05
9. Gesamtbetrag der Einnahmen (7 + 8)	38,72	39,12	+ 0,40	3. Gesamte Ausgaben (1 + 2)	37,21	39,05	+ 1,84
				4. Minderausgaben	0,69	2,00	+ 1,31
				5. Haushaltsausgaben im engeren Sinne (3 + 4)	36,52	37,05	+ 0,53
				6. Durchlaufende Mittel ²⁾	2,20	2,07	- 0,13
				7. Gesamtbetrag der Ausgaben (5 + 6)	38,72	39,12	+ 0,40

¹⁾ Im Haushaltsplan unter den ordentlichen Einnahmen nachgewiesen. — ²⁾ Lastenausgleichsabgaben und Kohlenabgabe. — ³⁾ Besatzungskosten in Berlin und Verteidigungsfolgekosten. — ⁴⁾ An Berlin, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. — ⁵⁾ Ohne die Ausgaben aus dem Aufkommen aus der Kohlenabgabe und ohne die Förderung der ländlichen Siedlung. — ⁶⁾ Ohne die Anteile des Bundes an Straßenbaukosten des Saarlandes, die unter 2 c) erfaßt sind.

jährigen Betrag (vgl. Pos. 3 der Tabelle). Eine Reduktion auf den durch die Einnahmen vorgeschriebenen Rahmen war daher nur dadurch möglich, daß Minderausgaben in Höhe von 2 Mrd DM veranschlagt wurden, die beträchtlich höher sind als im laufenden Jahr, in dem knapp 0,7 Mrd DM eingespart werden sollen. Während aber die diesjährige Globalkürzung in einer 6 %igen Sperre aller nicht durch Gesetz und Vertrag bestimmten Ausgaben besteht, wird die Veranschlagung einer globalen Minderausgabe im nächsten Haushaltsjahr vor allem damit begründet, daß erfahrungsgemäß die Ausgabebewilligungen im Laufe des Rechnungsjahres nicht voll in Anspruch genommen werden.

Inwieweit die kassenmäßige Entwicklung im kommenden Rechnungsjahr den Haushaltsplanungen entsprechen wird, bleibt auf Grund der Erfahrungen der letzten Jahre allerdings abzuwarten. Die Begebung von Bundesanleihen oder von mittelfristigen Bundespapieren in Höhe von über 3 Mrd DM ist jedenfalls noch keineswegs sicher; vor allem dürfte für den ersten Teil des Rechnungsjahres, in dem sich der Bund noch auf die im laufenden Jahr nicht verausgabten Kassenreserven stützen können, kaum mit einer stärkeren Beanspruchung des Marktes durch den Bund zu rechnen sein. Vom währungspolitischen Standpunkt verdient weiter Beachtung, daß ein erheblicher Teil der Ausgaben wieder auf Auslandszahlungen entfallen wird. Die Inlandsausgaben können daher aller Voraussicht nach voll durch ordentliche Einnahmen gedeckt werden und dürften — soweit diese nicht ausreichen sollten — nur verhältnismäßig geringe Kreditmittel erfordern.

Rentenversicherungen und Arbeitslosenversicherung

Unter den übrigen öffentlichen Haushalten stehen zur Zeit die gesetzlichen *Rentenversicherungen* infolge der Diskussion über die „Rentenanpassung“ im Mittelpunkt des Interesses. Ihre finanzielle Situation war im bisherigen Verlauf des Jahres durch eine deutliche Tendenz zu einer Verschlechterung gegenüber dem Vorjahr gekennzeichnet. Der Grund hierfür liegt in den wachsenden Rentenausgaben, mit denen die Zunahme der Einnahmen nicht Schritt gehalten hat. In den drei Versicherungszweigen — der Arbeiterversicherung, der Angestelltenversicherung und der Knappschaftsversicherung — sind die Rentenausgaben auf 3 632 Mio DM im dritten gegen 3 416 Mio DM im ersten Vierteljahr von 1958 und 3 075 Mio DM im dritten Vierteljahr von 1957 gestiegen. Zum Teil handelt es sich hierbei noch um die Auswirkung der Rentenumstellung vom alten auf das neue Recht. Dies gilt in besonderem Maße für die Knappschaften, bei denen die Rentenausgaben im dritten Vierteljahr um 57 Mio DM (12 vH) höher waren als im zweiten und um 141 Mio DM (35 vH) über den

Einnahmen und Ausgaben der Rentenversicherungen¹⁾
in Mrd DM

Zeit	Einnahmen ²⁾			Ausgaben ²⁾		Überschuß (+) bzw. Fehlbetrag (-)
	gesamt	darunter		gesamt	darunter Renten	
		Beiträge	Zahlungen des Bundes ³⁾			
1955 gesamt	10,48	7,14	2,99	8,25	7,16	+ 2,23
1956 gesamt	12,08	7,98	3,61	9,63	8,29	+ 2,45
1957 gesamt	15,67	10,50	4,59	13,78	12,12	+ 1,89
1. Vj.	3,20	2,11	0,99	2,46	2,14	+ 0,74
2. Vj.	3,97	2,64	1,18	4,07	3,67	- 0,10
3. Vj.	4,15	2,84	1,15	3,52	3,07	+ 0,63
4. Vj.	4,35	2,91	1,27	3,73	3,24	+ 0,62
1958 1. Vj.	4,17	2,81	1,24	3,84	3,42	+ 0,33
2. Vj.	4,19	2,83	1,18	4,03	3,50	+ 0,16
3. Vj.	.	3,06	.	.	3,63	+ 0,25

¹⁾ Rentenvorschüsse und -nachzahlungen sind ebenso wie die Bundeszuschüsse (im Gegensatz zur amtlichen Statistik) im Zeitpunkt ihrer kassenmäßigen Verausgabung bzw. Vereinnahmung erfaßt. — ²⁾ Ohne die gegenseitigen Verrechnungszahlungen der Versicherungsträger für die Kosten der Wanderversichertenrenten. — ³⁾ Hauptsächlich gesetzliche Zuschüsse, außerdem bis einschließlich 1956 Erstattungen nach dem Bundesversorgungsgesetz und von 1956 bis einschließlich 1. Quartal 1958 vom Bund übernommene Arbeitgeberbeiträge zur knappschaftlichen Rentenversicherung.

in der gleichen Zeit des Vorjahres erreichten Stand hinausgingen. Zum Teil aber sind die Ausgabesteigerungen auch darauf zurückzuführen, daß der hohe Überhang an unerledigten Rentenanträgen, der bis zum Beginn des Jahres aufgelaufen war, nunmehr rasch abgebaut wird. Dieser Überhang war dadurch entstanden, daß die Neuzugänge an Anträgen wegen der Umstellungsarbeiten nicht prompt erledigt werden konnten, zumal die Zahl der Anträge stark zugenommen hatte, weil die Reformgesetze zusätzliche Möglichkeiten für die Geltendmachung von Rentenansprüchen geschaffen haben. Neuerdings ist der Umfang der neu zugehenden Anträge allerdings wesentlich geringer geworden als in früheren Monaten, was zusammen mit der kürzeren Bearbeitungsfrist dazu geführt hat, daß die Zahl der unerledigten Anträge sich allmählich einem als normal anzusehenden Stand nähert. Damit scheint die erste große Phase der Rentenumstellung, die im Frühjahr 1957 mit der Neufestsetzung der damaligen Bestandsrenten ihren Anfang genommen hatte, zumindest für die Arbeiter- und Angestelltenversicherung weitgehend abgeschlossen zu sein.

Die Einnahmen der Rentenversicherungen — hauptsächlich Beiträge und Bundeszuschüsse — haben ihren Vorjahrsstand ebenfalls nicht unbeträchtlich überschritten, doch war ihre Zunahme bei weitem nicht so stark wie die der Ausgaben, unter denen außer den Rentenzahlungen vor allem die Krankenversicherungsbeiträge und die Aufwendungen für Heilverfahren fühlbar gestiegen sind. Der Überschuß der Rentenversicherungen war infolgedessen im dritten Quartal mit rd. 250 Mio DM erheblich geringer als im vergangenen Jahr um diese Zeit, in der er über 600 Mio DM betragen hatte;

Zur Entwicklung der öffentlichen Finanzen
in Mio DM

	1956	1957				1958						
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Juli ¹⁰⁾	Aug.	Sept.	Okt. ¹¹⁾
Einlagen der öffentlichen Haushalte bei der Bundesbank*)												
Gesamt ¹⁾	6 673	6 580	6 270	5 418	4 163	3 769	3 926	3 677	3 398	3 066	3 677	3 513
Bund ²⁾	6 136	5 874	5 150	3 941	3 238	2 790	2 955	3 041	2 988	2 727	3 041	3 078
Lastenausgleichsfonds	314	372	468	494	288	140	171	74	16	194	74	60
NATO-Mächte ³⁾	—	—	216	485	116	71	28	10	14	14	10	10
Länder	204	294	411	461	491	731	744	517	366	114	517	351
Gemeinden u. Sozialversicherungen	19	40	25	37	30	37	28	35	14	17	35	14
Einlagen öffentlicher Stellen bei Kreditinstituten*)⁴⁾												
Gesamt	9 192	9 898	9 998	10 190	10 737	10 924	10 967	11 420	11 053	11 219	11 420	11 190
Sichteinlagen	2 708	2 448	2 441	2 396	2 810	2 741	2 578	2 665	2 407	2 540	2 665	2 424
Termineinlagen	4 867	5 859	5 901	6 128	6 216	6 383	6 495	6 823	6 742	6 745	6 823	6 779
Spareinlagen	1 617	1 591	1 656	1 666	1 711	1 800	1 894	1 932	1 904	1 944	1 932	1 987
Verschuldung der öffentlichen Haushalte*)												
Inländische Kreditmarkverschuldung⁵⁾												
Gesamt	9 391	9 672	10 091	10 474	10 840	11 884	12 332	12 936	.	.	12 936	.
darunter:												
Bund	990	895	894	894	391	483	609	662	609	662	662	662
Lastenausgleichsfonds	816	820	818	751	727	653	748	727	737	737	727	823
Länder ⁶⁾	2 379	2 578	2 794	2 904 ⁷⁾	3 195 ⁷⁾	3 725 ⁷⁾	3 641 ⁷⁾	3 900	.	.	3 900	.
Gemeinden ⁸⁾	5 150	5 370	5 570	5 900	6 450	6 940	7 280	7 600	.	.	7 600	.
Ausgleichsforderungen												
Gesamt	20 569	20 629	20 597	20 570	20 523	20 457	20 389	20 442	20 389	20 391	20 442	20 444
Bund	8 082	10 694	10 693	10 689	10 698	10 618	10 714	10 767	10 714	10 716	10 767	10 769
Länder	12 487	9 935	9 904	9 881	9 835	9 839	9 675	9 675	9 675	9 675	9 675	9 675
Deckungsforderungen (Lastenausgleichsfonds)	.	2 275	.	.	.	2 329
Auslandsverschuldung												
Bund	8 056	8 076	8 061	7 972	7 982	7 993	7 981	7 792	.	.	7 792	.
Länder	184	204	187	183	183
Verschuldung öffentlicher Unternehmen*)												
Bundesbahn ⁹⁾	3 037	3 370	3 535	3 618	3 950	4 292	4 580	4 777	4 699	4 694	4 777	4 902
Bundespost ⁹⁾	2 371	2 479	2 516	2 682	2 845	3 044	3 307	3 394	3 291	3 337	3 394	3 474
Einnahmen aus Steuern und Abgaben												
Steuereinnahmen von Bund und Ländern												
Gesamt	10 283	10 215	9 868	10 199	10 641	10 312	10 120	10 787 ¹⁰⁾	2 969	3 026	4 791 ¹⁰⁾	3 250 ¹⁰⁾
darunter:												
Lohnsteuer	1 512	1 417	1 113	1 368	1 391	1 372	1 311	1 625	534	539	552	575
Veranl. Einkommensteuer	1 330	1 499	1 565	1 421	1 393	1 326	1 207	1 325	104	97	1 124	191
Körperschaftsteuer	1 072	1 133	1 041	1 051	1 282	1 294	1 156	1 212	90	89	1 033	183
Umsatzsteuer	3 201	3 097	3 063	3 128	3 310	3 201	3 090	3 217	1 058	1 105	1 055	1 160
Verbrauchssteuern und Zölle	2 198	2 100	2 083	2 206	2 316	2 123	2 189	2 402	809	770	823	860
Lastenausgleichsabgaben	555	551	534	462	532	508	523	480	84	340	56	96
Gemeindesteuern	1 660	1 658	1 754	1 765	1 834	1 705	1 716
Bundeshaushalt												
Kasseneinnahmen	7 283	7 256	7 118	7 231	7 900	7 663	7 625	7 850	2 607	2 345	2 898	2 654
Kassenausgaben	8 184	7 426	7 855	8 411	8 221	8 218	7 611	7 797	2 502	2 706	2 589	2 598
Kassenüberschuß (+) bzw. -fehlbetrag (-)	- 901	- 170	- 737	- 1 180	- 321	- 555	+ 14	+ 53	+ 105	- 361	+ 309	+ 56
Lastenausgleichsfonds												
Kasseneinnahmen ⁸⁾	898	913	803	838	945	881	877	833	171	501	161	206
Kassenausgaben ⁸⁾	963	859	700	788	1 112	950	951	862	310	281	272	331
Rentenversicherungen der Arbeiter und der Angestellten												
Beitragsaufkommen	1 927	1 942	2 457	2 649	2 702	2 623	2 584	2 813	965	911	937	951
Rentenzahlungen ⁹⁾	1 828	1 813	3 350	2 676	2 801	2 944	3 013	3 092	1 024	1 029	1 039	1 037
Arbeitslosenversicherung												
Beitragsaufkommen	435	340	305	354	343	334	351	379	131	121	127	129
Unterstützungszahlungen	138	442	155	109	159	633	207	124	47	37	40	41

Angaben für frühere Monate und Erläuterungen: Tabellen Nr. VI, Öffentliche Finanzen, im Statistischen Teil des vorliegenden Heftes und früherer Hefte.
¹⁾ Stand am Vierteljahres- bzw. Monatsende. — ²⁾ Bis 31. 7. 1957 einschließlich zeitweilig zurückerworbener Ausgleichsforderungen. — ³⁾ Einschließlich der Einlagen des Bundes bei den Landeszentralbanken. — ⁴⁾ Nur insoweit, als aus Bundesmitteln gespeist. — ⁵⁾ Hierin sind außer den Einlagen der vordringend aufgeführten Haushalte auch die Einlagen der Bundesbahn, der Bundespost und sonstiger öffentlicher Unternehmen (soweit diese keine eigene Rechtspersönlichkeit besitzen) sowie alliierter Dienststellen enthalten. — ⁶⁾ Neuverschuldung seit der Währungsreform; einschl. der Anleihenstücke im eigenen Bestand. — ⁷⁾ Zum Teil geschätzt. — ⁸⁾ Ohne Verschuldung beim Bund, rückständige Zahlungsverpflichtungen und Auslandsverschuldung. — ⁹⁾ Eingänge auf bzw. Ausgänge aus dem bei der Bundesbank unterhaltenen Konto des Bundesausgleichsamts abzüglich der Verschuldungstransaktionen. — ¹⁰⁾ Die auf Grund der Rentenaufbesserungsgesetze geleisteten Sonderzahlungen wurden im Zeitpunkt der kassenmäßigen Verausgabung erfaßt. — ¹¹⁾ Monate mit vergleichbaren Steuerterminen. — ¹²⁾ Vorläufig. — ¹³⁾ Berichtigt.

für das gesamte Jahr 1958 kann er — ohne die vorgesehenen nachträglichen Erstattungen an die Krankenkassen — auf höchstens 1 Mrd DM veranschlagt werden gegenüber 1,9 Mrd DM im Jahre 1957 und fast 2,5 Mrd DM im Jahre 1956.

Auch im kommenden Jahr werden sich die Überschüsse der Versicherungen aller Voraussicht nach weiter verringern. Falls sich nämlich der Gesetzgeber dem vor kurzem eingebrachten Vorschlag der Bundesregierung für eine Anhebung der sog. Bestandsrenten anschließt, werden mit Wirkung vom 1. 1. 1959 alle aus Versicherungsfällen vor dem 1. 1. 1958 entstandenen Renten um 6,1 vH erhöht. Diese Aufbesserung entspricht dem Betrag, um den die allgemeine Bemessungsgrundlage¹⁾ für die im Jahre 1958 hinzukommenden Rentenansprüche gegenüber der Bemessungsgrundlage für 1957 angehoben wurde. Die Kosten für eine derartige Anpassung der Bestandsrenten werden für die drei Zweige der gesetzlichen Rentenversicherung auf insgesamt 710 Mio DM geschätzt. Zusammen mit den Mehraufwendungen, die aus der Zunahme der Rentenbestände zu erwarten sind, würden sie erheblich über den Betrag der zusätzlichen Einnahmen aus Beiträgen und Bundeszuschüssen hinausgehen. In amtlichen Kreisen rechnet man daher bei Verwirklichung des Regierungsbeschlusses für das Jahr 1959 nur noch mit einem Überschuß in Höhe von rd. 400 Mio DM oder nur noch etwa einem Sechstel des im Jahre 1956, dem letzten Jahr vor der Reform, erzielten Betrags.

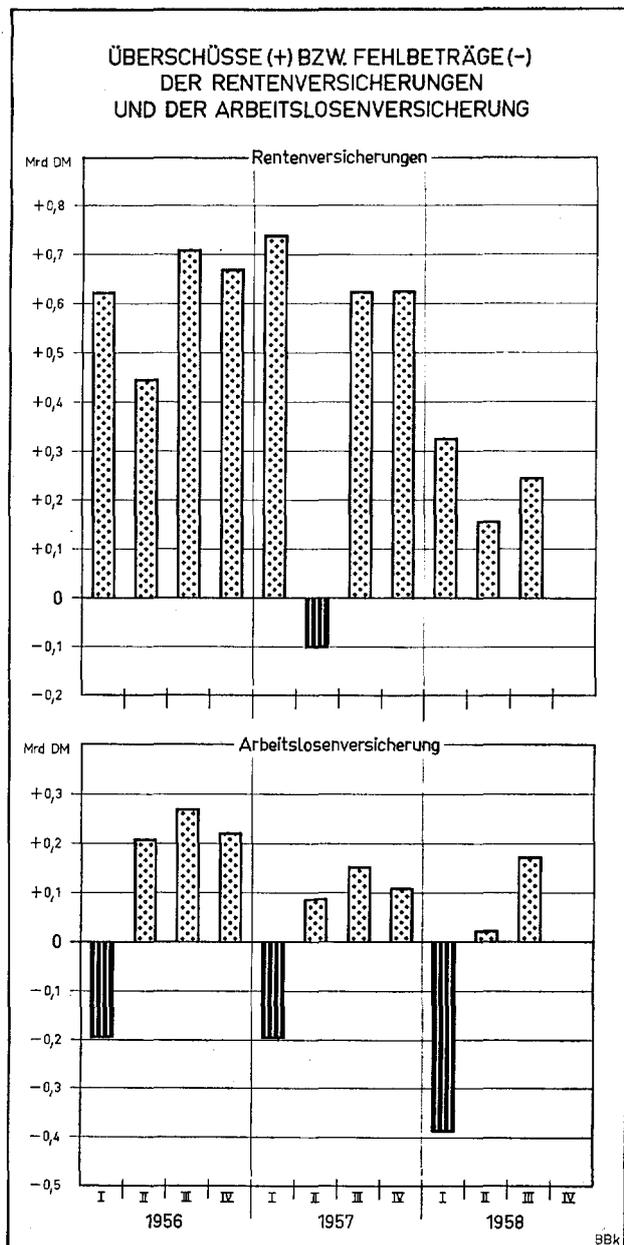
Dabei hat die Bundesregierung in dem oben erwähnten Gesetzentwurf darauf verzichtet, eine Anpassung der Bestandsrenten an die gestiegene Bemessungsgrundlage des Jahres 1958 schon für das Jahr 1958 selbst vorzuschlagen und zu empfehlen, daß die Bestandsrenten mit Wirkung vom 1. Januar 1959 nicht nur an die Bemessungsgrundlage für 1958, sondern auch an die für 1959 angepaßt werden. Eine solche Anpassung würde nämlich, da die allgemeine Bemessungsgrundlage für 1959 auf Grund der Lohn- und Gehaltsentwicklung voraussichtlich abermals um etwa 6 vH höher festgesetzt werden wird als für 1958 und damit um mehr als 12 vH über der des Jahres 1957 liegen dürfte, eine Erhöhung der im Jahre 1957 umgestellten Bestandsrenten um ebenfalls reichlich 12 vH bedeuten und außerdem Nachzahlungen für die im Jahre 1958 unverändert gebliebenen Renten notwendig machen. Die hieraus zu erwartenden Aufwendungen würden mit schätzungsweise 2 bis 2^{1/2} Mrd DM beträchtlich über die Kosten der von der Bundesregierung vorgeschlagene-

nen Anpassung hinausgehen mit der Folge, daß die Arbeiter- und die Angestelltenversicherung bereits 1959 ins Defizit kämen und der Bund noch beträchtlich höhere Zuschüsse an die Knappschaften zahlen müßte, als dies ohnehin der Fall sein wird.

Maßgebend für die Zurückhaltung der Bundesregierung dürfte vor allem die Rücksichtnahme auf die weitere finanzielle Entwicklung der Versicherungsträger gewesen sein. Wie aus den amtlichen Vorausberechnungen hervorgeht, die im einzelnen aus dem Sozialbericht der Bundesregierung zu ersehen sind, würden — unter der Annahme, daß die versicherungspflichtigen Einkommen bis zum Jahre 1966 um 4 vH pro Jahr zunehmen — bei einer vollen Anpassung aller Renten an die Entwicklung der Bemessungsgrundlage die Ausgaben der Arbeiter- und der Angestelltenversicherung in den noch verbleibenden acht Jahren (1959 bis 1966) des ersten zehnjährigen Deckungsabschnitts um zusammen etwa 12^{1/2} Mrd DM über die laufenden Einnahmen hinausgehen. Die Vermögensrücklagen (11,5 Mrd DM am 30. Juni d. J.) würden infolgedessen in der Angestelltenversicherung bereits im Jahre 1965 und in der Arbeiterrentenversicherung im Jahre 1967 völlig aufgezehrt werden, und das vorgeschriebene Deckungssoll (Betrag der zu Lasten der Versicherungsträger im Jahre 1966 zu finanzierenden Ausgaben) würde am Ende des ersten Deckungsabschnitts (31. Dezember 1966) in der Angestelltenversicherung um 8,9 Mrd DM und in der Arbeiterrentenversicherung um 10,8 Mrd DM unterschritten sein. Schon jetzt zeigt sich also, daß eine volle Gleichbehandlung von Bestandsrenten und Zugangsrenten bei der derzeitigen Höhe des Beitragsatzes (14 vH der Arbeitseinkommen) nicht durchzuführen ist, wenn nicht das gesamte Vermögen entgegen den gesetzlichen Vorschriften voll aufgebraucht werden oder eine Kürzung aller Rentenansprüche — durch Änderung der Vorschriften über die allgemeine Bemessungsgrundlage oder eine Herabsetzung der Steigerungsbeträge — in Kauf genommen werden soll. Ob es unter diesen Umständen zweckmäßig ist, die neu festzusetzenden Renten laufend an die allgemeine Bemessungsgrundlage anzupassen und damit einen starken Druck auch auf eine ständige Erhöhung der Bestandsrenten zu schaffen, ohne sicher zu sein, daß durch eine entsprechende Erhöhung der Einnahmen eine Deckung für die hierdurch wachsenden Rentenausgaben geschaffen wird, ist eine Frage, mit der sich der Gesetzgeber wohl bald zu beschäftigen haben wird.

Im übrigen hat sich nicht nur die Finanzlage der Rentenversicherungen, sondern auch diejenige der *Arbeitslosenversicherung* im Zusammenhang mit der zu Beginn des Jahres 1957 verabschiedeten Rentenreform grund-

¹⁾ Die allgemeine Bemessungsgrundlage ist gleich dem durchschnittlichen Bruttojahresentgelt der Versicherten im Mittel der drei Jahre, die dem Jahr vor dem Eintritt des Versicherungsfalles vorausgegangen sind.



legend geändert. Nachdem dieser Versicherungszweig bis einschließlich 1956 noch sehr beachtliche Über-

schüsse erzielen konnte, besteht hier, hauptsächlich infolge des im Frühjahr 1957 von 3 auf 2 vH der Arbeitseinkommen herabgesetzten Beitragssatzes, bereits die Gefahr einer defizitären Entwicklung. Zwar sind in den vergangenen Sommer- und Herbstmonaten, wie üblich, wieder gewisse Überschüsse entstanden. Es ist aber kaum anzunehmen, daß die hieraus angesammelten Reserven ausreichen werden, um bei einem größeren Umfang der winterlichen Arbeitslosigkeit die bis zum Frühjahr n. J. zu erwartenden Defizite voll zu decken, zumal die Ausgaben schon seit einiger Zeit eine eindeutig nach oben gerichtete Tendenz aufweisen, was teils auf die mit den Löhnen und Gehältern wachsenden Unterstützungssätze zurückzuführen ist, teils aber auch auf der — trotz rückläufiger konjunktureller Arbeitslosigkeit — im Anstieg begriffenen Zahl der Unterstützungsempfänger beruht. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß die Arbeitslosenversicherung im laufenden Haushaltsjahr, ebenso wie schon im Rechnungsjahr 1957/58, wieder mit einem Fehlbetrag abschließt, der durch Inanspruchnahme des Rücklagevermögens finanziert werden müßte. Um dem entgegenzuwirken, versuchen die Verwaltungsorgane der Arbeitslosenversicherung, den Anstieg der Ausgaben soweit wie möglich abzubremsen. So sollen künftig schärfer als bisher die Gründe überprüft werden, die bei der Entlassung insbesondere von Bauarbeitern angeführt werden, um gegebenenfalls — wenn der Kündigungsgrund nicht ordnungsgemäß angegeben ist oder wenn Massenentlassungen, die nicht aus Witterungsgründen vorgenommen werden, nicht vorher schriftlich angezeigt wurden — die Arbeitgeber zum Ersatz des der Versicherung entstandenen Schadens heranzuziehen. Außerdem bemüht sich die Arbeitslosenversicherung um eine stärkere Anwendung der technischen Verfahren für den Winterbau, wengleich sie im Rahmen der für sie geltenden haushalts- und vermögensrechtlichen Vorschriften nicht in der Lage ist, auf diesem Gebiet weitreichende finanzielle Hilfen zu leisten.

Produktion und Märkte

Stärkerer Produktionsanstieg bei nachlassendem Arbeitskräftebedarf

Die Erörterungen über die allgemeine Konjunktur-entwicklung stehen neuerdings weitgehend im Schatten der Absatzschwierigkeiten, die in einigen Grundstoffindustrien, wie vor allem im Kohlenbergbau und in der Eisen- und Stahlindustrie, sowie in Teilen der Textilindustrie und der Bekleidungsindustrie zu beobachten sind. Daß diese Schwierigkeiten aber nur eine Seite,

und zwar die bisher nicht ausschlaggebende Seite des allgemeinen Konjunkturbildes darstellen, geht deutlich aus der Entwicklung der Industrieproduktion hervor, die in der Berichtsperiode, zumindest aber im Oktober, wieder deutlich die um diese Jahreszeit üblichen Auftriebstendenzen erkennen ließ.

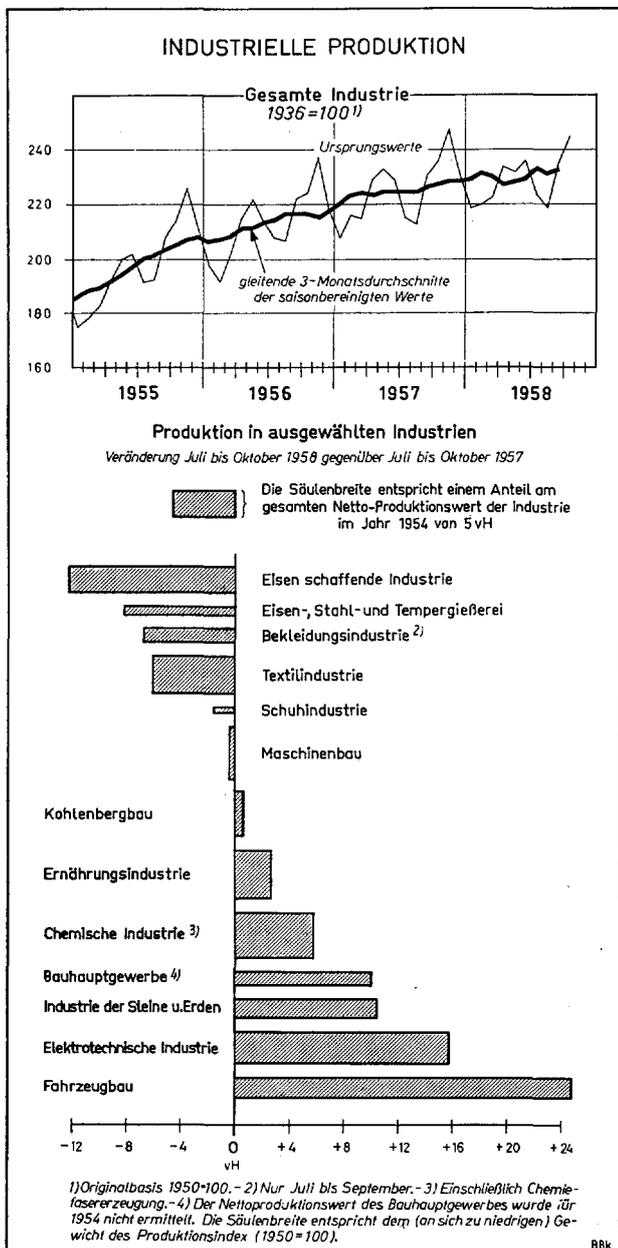
Der vom Statistischen Bundesamt berechnete Index der *Industrieproduktion* ist im Oktober um gut 10 Punkte, nämlich von 235 auf 245 (1936 = 100) ge-

stiegen. Er hat damit wieder wettgemacht, daß er sich im September schwächer als sonst in diesem Monat erhöht hatte, so daß die Herbstbelegung nunmehr im großen und ganzen als durchaus normal zu bezeichnen ist. Auch der längerfristige Wachstumstrend, der in der Wirtschaftsentwicklung der Bundesrepublik im Gegensatz zu manchen anderen Ländern der westlichen Welt auch im laufenden Jahr noch nie ganz unterbrochen, sondern höchstens einmal durch zufällige Schwankungen verdeckt wurde, ist im Oktober wieder deutlich in Erscheinung getreten: im Vergleich zum entsprechenden Vorjahrsmonat war der Index um 3,9 vH höher, nachdem seine jährliche Zuwachsrate im September auf 1,6 vH gesunken war. Für die ersten zehn Monate des Jah-

res ergibt sich damit ein Zuwachs um 2,8 vH, für die Zeit von Juli bis Oktober allein ein solcher um 3,2 vH.

Ebenso ist die *Beschäftigungsentwicklung* im allgemeinen nach wie vor verhältnismäßig günstig. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Oktober (dem letzten Monat, für den bei Abschluß des Berichts Angaben vorlagen) zwar um fast 30 000, d. h. etwas stärker als sonst um diese Jahreszeit, gestiegen, aber im ganzen war sie mit 357 000 — was kaum mehr als 1,8 vH der gleichzeitig Beschäftigten entsprochen haben dürfte — noch immer um 12 000 niedriger als Ende Oktober 1957. Diese Entwicklung ist um so bemerkenswerter, als in der gesamten Industrie zur Zeit zweifellos ein Rationalisierungsprozeß im Gange ist, der den Arbeitskräftebedarf fühlbar verringert. Nach den letzten Beschäftigungsziffern waren Ende September in der Industrie bereits 31 000 Kräfte weniger beschäftigt als vor einem Jahr, obwohl die Produktion um etwa 4 vH höher war. Auch die Tatsache, daß sich die Zunahme der Arbeitslosigkeit im Oktober hauptsächlich auf die Nichtaußenberufe konzentrierte, dürfte damit zusammenhängen, daß der weit verbreitete Druck auf das Preisniveau bei anhaltendem Anstieg der Lohnkosten in nahezu allen Branchen in zunehmendem Maße zur Einsparung von Arbeitskräften zwingt. Die Erhöhung der Arbeitslosigkeit erstreckte sich jedenfalls keineswegs nur auf diejenigen Wirtschaftszweige, die zur Zeit unter gewissen Absatzschwierigkeiten leiden, sondern sie betraf zum Teil auch Branchen, in denen die Konjunktur nach wie vor relativ günstig ist.

Allerdings war dabei deutlich zu spüren, daß in den Bereichen mit flauerer Konjunktur die Aufrechterhaltung des bisherigen Produktions- und Beschäftigungsniveaus allmählich auf Schwierigkeiten stößt, weil sie zum Teil nur unter Inkaufnahme eines erheblichen Anstiegs der Lagervorräte bzw. unter weitgehender Aufarbeitung der vorhandenen Auftragsbestände möglich war. In besonderem Maße gilt das vom Kohlenbergbau und der Eisen schaffenden Industrie, aber zum Teil auch von der Textilindustrie. Durch die Einlegung von Feierschichten, durch den Verzicht auf Neueinstellungen und durch Kurzarbeit ist der schlechteren Absatzlage hier bereits Rechnung getragen worden. Ins Gewicht fallende Arbeiterentlassungen konnten dagegen fast durchweg vermieden werden, und die wenigen entlassenen Arbeitskräfte fanden bisher zum größten Teil alsbald wieder Aufnahme in den stark expandierenden Wirtschaftszweigen innerhalb und außerhalb der eigentlichen Industrie. Die Zahl der Arbeitslosen war daher auch in den Nichtaußenberufen Ende Oktober praktisch nicht höher als vor einem Jahr. Gleichwohl hat sich die Bundesregierung kürzlich entschlossen, zu-



gunsten des Kohlenbergbaus und der Eisen- und Stahlindustrie besondere Maßnahmen zu treffen, um der rückläufigen Beschäftigungstendenz in diesen Wirtschaftszweigen entgegenzuwirken, zumal in den Wintermonaten nicht im gleichen Maße wie bisher sichergestellt erscheint, daß etwa freigesetzte Arbeitskräfte alsbald wieder von anderen Wirtschaftszweigen, wie vor allem vom Baugewerbe, absorbiert werden.

Die Lage des Kohlenbergbaus und der Stahlindustrie

An erster Stelle stehen dabei Maßnahmen zugunsten des Kohlenbergbaus. Ihr Ziel ist vor allem die Belebung des Kohlenabsatzes, der, wie im letzten Monatsbericht näher dargelegt, unter dem Einfluß konjunktureller und struktureller Faktoren auf ein Niveau gesunken ist, das weit unter der derzeitigen, durch Rationalisierungsmaßnahmen ständig steigenden Förderkapazität liegt, so daß die Haldenbestände an Steinkohle und Steinkohlenkoks bis Ende November auf etwa 12,7 Mio t, d. h. auf eine Förderung von 28 bis 29 Arbeitstagen, gestiegen sind. Im einzelnen sucht man dieser Entwicklung nun entgegenzuwirken, indem man einmal die Eisen schaffende Industrie, deren Kohlenverbrauch, auf Jahresbasis gerechnet, zur Zeit um ungefähr 3,5 Mio t niedriger ist als noch vor einem Jahr, in die Lage zu versetzen trachtet, durch die Aufrechterhaltung oder gar Wiederausdehnung ihrer Produktion auch dem Kohlenabsatz wieder eine stärkere Stütze zu bieten. In diesem Punkte decken sich die Förderungsmaßnahmen zugunsten des Kohlenbergbaus also weitgehend mit denen zugunsten der Stahlindustrie, auf die unten noch eingegangen wird. In Aussicht genommen ist ferner der Abschluß eines Lieferabkommens mit der Ostzone, nach dem die Bundesrepublik alsbald 1 Mio t Steinkohle und Steinkohlenkoks liefern soll, wofür ihr als Gegenleistung im Verlaufe der nächsten zwei Jahre bestimmte Mengen an Braunkohle und Weizen angedient werden sollen. Eine entscheidende Entlastung soll weiter durch eine Beschränkung der Kohleneinfuhr erzielt werden, deren relativ großer Umfang sich seit etwa einem Jahr als ein überaus störender Faktor erweist. Eine große Schwierigkeit liegt hier nun darin, daß die Kohleneinfuhr zum größten Teil auf mehrjährigen Lieferverträgen beruht, die seinerzeit auf Grund von irrigen Vorausschätzungen über die Entwicklung des Kohlebedarfs abgeschlossen wurden und von denen nicht leicht abzukommen ist. Neuere Schätzungen besagen, daß selbst nach den in letzter Zeit erfolgten Stornierungen noch immer Einfuhrverpflichtungen in Höhe von rd. 35 Mio t bestehen, die allerdings zum Teil erst in späteren Jahren fällig werden. Um die Lösung der aus den bestehenden

Einfuhrverträgen resultierenden Probleme nicht durch weitere Einfuhrvereinbarungen zu komplizieren, ist im September zunächst einmal der Neuabschluß von Kohleneinfuhrverträgen genehmigungspflichtig gemacht worden. Die Hauptaufgabe besteht also nunmehr in der Stornierung bzw. Hinausschiebung der bereits eingegangenen Abnahmeverpflichtungen, was in der Regel nur unter nicht unbeträchtlichen finanziellen Opfern möglich ist. Eine finanzielle Beteiligung der Bundesregierung an diesen Lasten ist allerdings nicht vorgesehen. Doch ist die Bundesregierung bestrebt, in anderer geeigneter Weise den Kohlenimporteuren bei der Lösung ihrer Verpflichtungen nach Möglichkeit behilflich zu sein, wobei vor allem an zweckdienliche Schritte bei der Montanunion gedacht zu sein scheint.

Lebhaft diskutiert wird zur Zeit auch die Frage einer Verbesserung der Wettbewerbslage der Kohle gegenüber dem in den letzten Jahren stark vorgedrungenen Heizöl durch eine steuerliche Belastung dieses Energieträgers, zumal vielfach behauptet wird, daß das Heizöl steuerlich zur Zeit günstiger dastehe als die Kohle. Eine Entscheidung in dieser Angelegenheit ist bisher noch nicht getroffen. Sie bedarf um so sorgfältiger Prüfung, als von fachmännischer Seite eingewandt wird, daß die Einführung einer speziellen Heizölsteuer eine Beeinträchtigung des technischen Fortschritts darstellen würde, die auch bei voller Berücksichtigung der überragenden Bedeutung, die der Kohle als Energieträger in Deutschland schon im Hinblick auf mögliche Störungen der Ölbezüge aus dem Ausland zukomme, auf längere Sicht nicht unbedenklich wäre.

Was die Stahlindustrie anlangt, so soll ihre konjunkturelle Situation in nächster Zeit vor allem durch Aufträge der Bundesbahn verbessert werden. Zu diesem Zweck ist beabsichtigt, der Bundesbahn für das nächste Jahr eine Kreditaufnahme zu ermöglichen, die sie instandsetzen soll, zusätzliche bzw. bisher zurückgestellte Stahlaufträge nun endgültig zu erteilen. Gedacht ist dabei an einen Betrag von einer halben Milliarde DM, der teils aus Rückflüssen des ERP-Sondervermögens, teils durch die Begebung von dreijährigen Kassenobligationen der Bundesbahn am offenen Markt aufgebracht werden soll, wobei die Bundesregierung bestimmte Garantien für die Ablösung der Obligationen stellt, sofern eine anderweitige Mittelbeschaffung im Zeitpunkt der Fälligkeit nicht möglich ist. Wie schon oben angedeutet, nimmt man an, daß diese Förderung der Stahlindustrie indirekt auch dem Kohlenbergbau zugute kommen wird. Erwogen wird auch, den Kohlenverbrauch der Stahlindustrie dadurch zu stimulieren, daß durch geeignete Maßnahmen bei der Stahlgewin-

Zur Entwicklung von Produktion, Umsatz und Beschäftigung

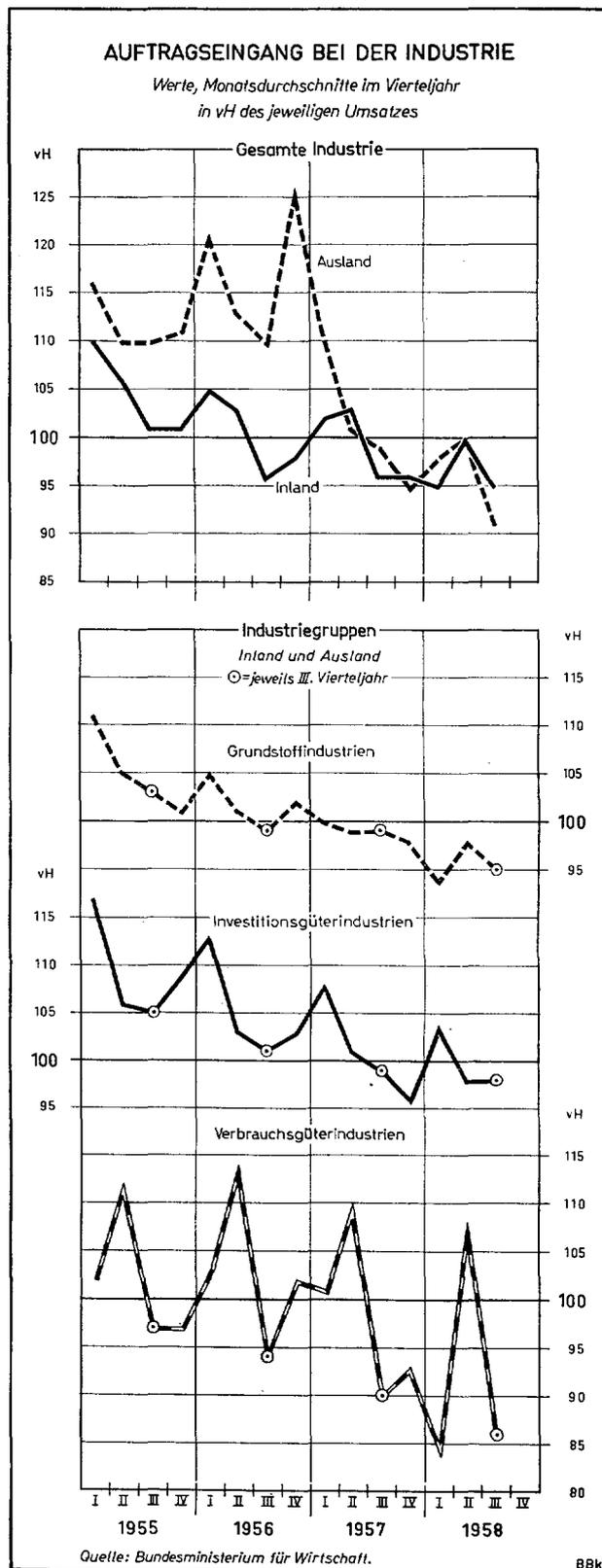
	1956		1957				1958			Aug.	Sept. ^{P)}	Okt. ^{P)}
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj. ^{P)}			
	Monatsdurchschnitte											
Index der Industrieproduktion (arbeitstäglich, 1936 = 100) ¹⁾												
Gesamt	212	226	213	230	219	239	221	234	226	219	235	245
Bauwirtschaft	234	210	148	227	212	199	119	231	233	231	236	228
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	199	197	195	211	205	207	198	215	211	207	214	216
Investitionsgüterindustrien	266	281	275	298	272	299	293	313	291	277	309	317
darunter:												
Maschinenbau	261	267	264	291	260	284	271	291	259	250	266	267
Fahrzeugbau	400	424	451	494	414	462	527	561	508	475	579	602
Verbrauchsgüterindustrien	195	219	206	210	204	226	208	206	201	190	218	223
darunter:												
Textilindustrie	190	207	206	197	194	208	196	185	183	169	195	198
Steinkohlenbergbau (Tsd t)												
Förderung, arbeitstäglich	430,4	452,4	450,8	459,8	409,3	452,4	448,5	459,6	418,7	405,2	424,4	434,0
Haldenbestände (Steinkohle und -koks) ²⁾	201	269	256	186	371	753	3 829	7 425	10 359	9 451	10 359	11 614
Steinkohleneinfuhr (ohne Koks)	1 781	1 547	1 424	1 950	1 969	1 854	1 464	1 251	1 471	1 373	1 490	1 320
Eisen- und Stahlindustrie (Tsd t)												
Roheisenerzeugung, kalendertäglich	48,7	49,1	49,6	48,6	50,6	52,3	50,8	44,6	44,2	44,1	43,4	44,2
Rohstahlerzeugung, arbeitstäglich	76,2	79,0	79,3	82,1	79,3	84,1	82,4	79,1	70,5	71,9	68,6	69,9
Walzstahlfertigerzeugnisse ³⁾												
Lieferungen	1 322	1 304	1 363	1 270	1 367	1 394	1 355	1 230	1 296	1 259	1 320	1 256
Auftragseingänge	1 333	1 394	1 377	1 325	1 333	1 325	1 162	1 165	1 093	1 045	1 030	1 180
Auftragsbestände ⁴⁾	6 219	6 302	6 179	6 128	5 782	5 420	4 551	4 115	3 344	3 689	3 344	3 197
Auftragsingang bei der Industrie (Werte; kalendermonatlich in vH des Umsatzes von 1954 ⁵⁾												
Gesamt	134	146	143	142	142	146	136	141	141	128	144	...
Grundstoffindustrien	138	142	139	139	148	142	129	137	142	130	138	...
Investitionsgüterindustrien	141	154	156	151	152	157	161	158	163	151	167	...
darunter:												
Maschinenbau	141	162	163	151	151	154	158	151	148	142	149	...
Fahrzeugbau	141	130	156	155	146	152	176	178	173	157	187	...
Verbrauchsgüterindustrien	115	143	131	133	118	135	111	124	109	92	120	...
darunter:												
Textilindustrie	113	144	137	124	107	120	101	104	94	78	104	...
Bauwirtschaft												
Geleistete Arbeitsstunden (Mio) ⁶⁾												
Gesamt	254,0	218,8	153,4	218,7	222,9	198,1	117,8	212,5	235,8	229,6	235,0	235,9
Wohnungsbauten	120,3	102,5	70,4	104,9	104,6	90,0	50,1	100,9	111,1	107,8	110,9	...
Öffentliche und Verkehrsbauten	73,5	64,1	43,2	62,1	65,6	61,1	34,4	63,1	72,9	71,4	73,7	...
Gewerbliche und industrielle Bauten	51,2	46,5	36,6	42,4	44,4	41,6	31,5	40,5	43,4	42,5	42,8	...
Geplanter Bauaufwand für genehmigte Hochbauten (Mio DM)												
Gesamt	1 437,2	1 350,1	1 101,4	1 384,5	1 565,2	1 348,8	1 208,8	1 607,3	1 827,0	1 821,0	1 924,3	...
Wohngebäude	920,9	825,4	695,5	893,1	1 002,6	860,0	746,6	1 053,9	1 216,0	1 218,2	1 274,4	...
Übrige Gebäude	516,3	524,7	405,9	491,4	562,6	488,8	462,2	553,4	611,0	602,8	649,9	...
Wohnungsbauhypotheken von Kapital- sammelstellen (Mio DM) ⁴⁾												
Monatliche Zusagen	315,2	290,9	344,6	357,2	432,3	427,1	458,3	507,1	551,5	441,2	521,0	623,0
Monatliche Auszahlungen	391,3	423,6	284,6	289,9	352,5	403,6	289,0	340,4	428,3	416,2	456,8	471,3
Umsätze im Einzelhandel (1954 = 100)												
Werte												
Gesamt	115	153	114	128	126	160	124	132	129	125	123	142
davon:												
Nahrungs- und Genussmittel	116	135	114	126	127	144	125	133	131	131	126	136
Bekleidung, Wäsche und Schuhe	103	175	106	131	116	177	113	126	112	101	98	143
Hausrat und Wohnbedarf	128	175	122	128	139	185	132	132	143	139	146	163
Sonstiges	122	149	119	132	134	160	132	140	143	137	138	144
Arbeitsmarkt (Tsd)												
Arbeitslose ⁷⁾												
Gesamt	411,1	1 088,6	702,2	453,7	367,5	1 212,9	1 108,2	401,3	327,6	332,6	327,6	356,8
Männer	179,7	769,5	402,5	237,3	189,5	930,1	833,7	204,1	160,7	165,9	160,7	178,8
Frauen	231,4	319,1	299,7	216,4	178,0	282,8	274,5	197,2	166,9	166,7	166,9	178,0
Unselbständig Beschäftigte ⁸⁾	18 609,4	18 002,5	18 464,6	18 920,4	18 966,9	18 185,5	18 319,8	19 201,2	19 364,6	.	19 364,6	.

Angaben für frühere Monate und Erläuterungen: Tabellen Nr. VIII (Produktion, Auftragsingang, Arbeitsmarkt, Umsätze und Preise) im Statistischen Teil des vorliegenden Heftes. — ¹⁾ Stand jeweils am Monats- bzw. Vierteljahresende. — ²⁾ Ohne gesamtes Halbzeug, Brettband und Stahlrohre einschl. Vorprodukte; ab Januar 1953 einschl. Halbzeug für Röhrenwerke. — ³⁾ Bauhauptgewerbe insgesamt. — ⁴⁾ Ohne Lebensversicherungen. — ⁵⁾ Stand am Vierteljahresende. — ⁶⁾ Vorläufig. — ⁷⁾ Originalbasis 1950 = 100. — Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

nung der — mehr Koks erfordernde — Einsatz von Roheisen anstelle von Schrott gefördert wird.

Aus dieser konjunkturpolitischen Aktivität darf nun freilich nicht der Schluß gezogen werden, daß sonst die Lage in der Montanindustrie ausgesprochen kritisch wäre. Vor einem Monat ist an dieser Stelle nachdrücklich der Standpunkt vertreten worden, daß auf etwas längere Sicht auch die allgemeine Konjunkturdynamik offenkundig auf eine Konsolidierung zumindest in der Stahlindustrie hinwirke, und die inzwischen angefallenen Daten haben diesen Eindruck eher noch verstärkt. Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang der Abbau der Lagerbestände an Stahl. Er hat in der Berichtszeit sowohl bei den Produzenten als auch im Handel und bei den Verarbeitern weitere Fortschritte gemacht. Hervorzuheben ist dabei namentlich die Verminderung bei den Verarbeitern, die sich bis in den Sommer hinein auf Grund der allmählichen Erfüllung ihrer früheren Bestellungen mit einer nicht unbedeutlichen unfreiwilligen Aufstockung ihrer Lagerbestände hatten abfinden müssen. Nach den neuesten Angaben sind nun die Walzstahlläger bei den Investitionsgüterindustrien im September und Oktober verstärkt gesunken, nachdem sie schon von Juni auf August um etwa 5 vH zurückgegangen waren. Beim gegenwärtigen Produktionsniveau entsprachen sie damit Ende Oktober dem Bedarf von 92 Produktionstagen gegen 110 im Mai und Juni dieses Jahres. Im Vergleich zu früheren Jahren ist dieser Stand zwar auch noch hoch, war man doch z. B. 1954 mit einem Lagerbestand in Höhe des Bedarfs von etwa 54 Produktionstagen ausgekommen; aber es bedeutet zweifellos einen wesentlichen Fortschritt, daß die Lagerbestände in den verarbeitenden Stufen nun zurückgehen, während gleichzeitig der Verbrauch an Stahl nach allen vorhandenen Anhaltspunkten weiter steigt. Anscheinend sind die Verarbeiter daher auch nicht mehr im gleichen Maße bemüht, ihre — ohnehin schon unter dem Niveau des laufenden Bedarfs liegenden — Aufträge an die Eisen schaffende Industrie zu vermindern. So ist es z. B. bemerkenswert, daß die Inlandsbestellungen an Walzstahl im Oktober auf 980 000 t gestiegen sind, nachdem sie sich im Durchschnitt der Monate April bis September auf nur 840 000 t gestellt hatten, wobei in keinem Monat mehr als 890 000 t aufgegeben worden waren. Zusammen mit den Auslandsbestellungen dürfte sich damit der Auftragseingang dem laufenden Produktionsniveau wieder weitgehend angenähert haben. Ob er in den nächsten Monaten dieses Niveau halten oder sich gar weiter erhöhen wird, läßt sich allerdings nicht voraussagen. Angesichts der noch immer hohen Lagerbestände der Abnehmer wird man vorsichtigerweise

eher mit dem Tatbestand einer gewissen Diskrepanz zwischen Auftragseingang und Produktionsniveau und infolgedessen mit einem zunächst vielleicht noch anhaltenden Druck auf das Produktionsniveau rechnen



müssen. Aber die Chance, daß die Eisen schaffende Industrie bei ihren Produktionsplanungen in absehbarer Zeit wieder festeren Grund unter die Füße bekommt, ist bei der derzeitigen Abnahme der Lagerbestände durchaus gegeben, und es ist klar, daß eine Konsolidierung in der Eisen- und Stahlindustrie auf weitere Sicht auch nicht ohne positive Rückwirkung auf den Kohlenbergbau bleiben würde.

Die Grundlage dieser Konsolidierungschance besteht natürlich darin, daß sich in den meisten übrigen Wirtschaftszweigen, wie schon eingangs erwähnt, die Konjunktur im allgemeinen nach wie vor relativ günstig entwickelt und die Gesamtnachfrage sich infolgedessen nach wie vor in einer, wenn auch nur leichten Aufwärtsbewegung befindet, die zumindest den „lagerzyklischen“ Abschwächungserscheinungen in einzelnen Bereichen entgegenwirkt.

Investitionen und privater Verbrauch

Von besonderer Bedeutung ist dabei die anhaltende Zunahme der *Investitionstätigkeit*. Nach den nunmehr vorliegenden Angaben kann man annehmen, daß das Volumen der Brutto-Anlageinvestitionen im dritten Quartal d. J. um ungefähr 6 vH höher war als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Auf die Bauinvestitionen entfiel dabei der größte Teil der Zunahme, wobei vor allem die Steigerung des Wohnungsbaus und des öffentlichen Baus ins Gewicht fiel, während sich die Ausweitung der Bauinvestitionen der Unternehmungen in wesentlich engeren Grenzen hielt. Auch im Oktober war die Bautätigkeit noch relativ lebhaft. Allein die Produktionsleistung des Bauhauptgewerbes, das sich im wesentlichen mit der Erstellung der Rohbauten befaßt, übertraf in diesem Monat ihren Vorjahrsstand um nahezu 10 vH, und für die Ausbaurbeiten, deren Anteil an der gesamten Bauleistung seit Jahren ständig wächst, ist eher noch mit einer größeren Zunahme zu rechnen. Zumindest im Bauhauptgewerbe ist nun allerdings der saisonale Höhepunkt der Produktion überschritten. Wenn es die Wetterverhältnisse einigermaßen gestatten, wird die Bautätigkeit in diesem Winter jedoch ein wesentlich höheres Niveau behaupten als im letzten, da sich die Auftragslage des Baugewerbes unter dem günstigen Einfluß, den die Senkung des Kapitalzinses und die reichlichere Kapitalversorgung auf die Bauplanungen zumindest im besonders zins- und kapitalmarktreagiblen Wohnungsbau und öffentlichen Bau ausgeübt haben, erheblich verbessert hat. Der veranschlagte Bauaufwand für die im dritten Quartal d. J. baupolizeilich genehmigten Hochbauten war mit insgesamt 5,5 Mrd DM um 17 vH höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres, nachdem

Entwicklung der Brutto-Anlageinvestitionen seit 1956¹⁾

Jahr	Brutto-Anlageinvestitionen					
	in jeweiligen Preisen			in Preisen von 1954		
	Ausrüstungs- investitionen	Bau- investitionen	Ins- gesamt (1+2)	Ausrüstungs- investitionen	Bau- investitionen	Ins- gesamt (4+5)
1	2	3	4	5	6	
	Mrd DM					
1956	23,4	20,9	44,3	22,3	18,7	41,0
1957	24,1	22,0	46,1	22,3	18,9	41,1
1957 1. Vj.	5,6	4,4	10,0	5,2	3,9	9,1
2. Vj.	5,8	5,4	11,3	5,4	4,6	10,0
3. Vj.	6,1	6,0	12,1	5,7	5,1	10,7
4. Vj.	6,6	6,2	12,7	6,1	5,3	11,3
1958 1. Vj.	6,2	4,2	10,4	5,6	3,5	9,1
2. Vj.	6,2	5,5	11,7	5,6	4,5	10,2
3. Vj. ²⁾	6,6	6,6	13,2	6,0	5,5	11,4
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr vH					
1956	+10,8	+12,0	+11,4	+ 7,0	+ 7,8	+ 7,4
1957	+ 3,0	+ 5,3	+ 4,1	- 0,1	+ 0,7	+ 0,3
1958 1. Vj.	+10,4	- 4,5	+ 3,9	+ 9,3	- 9,9	+ 1,0
2. Vj.	+ 6,3	+ 1,1	+ 3,8	+ 4,5	- 1,6	+ 1,7
3. Vj. ²⁾	+ 7,2	+10,7	+ 8,9	+ 5,6	+ 7,0	+ 6,3

¹⁾ Jahreszahlen vom Statistischen Bundesamt, Vierteljahreszahlen: Schätzung der Deutschen Bundesbank. — Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — ²⁾ Vorläufig.

er schon in den ersten beiden Quartalen den Vorjahrsstand um 10 bzw. 16 vH übertroffen hatte. Wie aus der Tatsache zu ersehen ist, daß die September-Ziffer allein mit 1,9 Mrd DM um 23 vH höher war als im gleichen Vorjahrsmonat, ist die Tendenz dabei ständig nach oben gegangen.

Aber auch die Ausrüstungsinvestitionen sind seit geraumer Zeit in deutlicher Zunahme begriffen. Nach den bisher vorliegenden Angaben waren sie im dritten Quartal dem Volumen nach um rd. 5 vH höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Dabei handelte es sich allerdings zu einem nicht unbeträchtlichen Teil um Investitionen, die auf bereits länger zurückliegenden Bestellungen fußten, so daß jene Steigerung nicht unbedingt typisch für die laufenden Investitionsplanungen ist. Tatsächlich ist das Bild, das der laufende Auftragszugang bei den Investitionsgüterindustrien bietet, nicht ganz so günstig. So waren beispielsweise die Inlandslieferungen des Maschinenbaus im dritten Quartal um 8 vH höher als im entsprechenden Vorjahrsquartal, während die Auftragseingänge aus dem Inland nur um 1 vH zugenommen haben; auch in anderen ausgesprochenen Investitionsgüterindustrien sind teilweise ähnliche Relationen zu beobachten. Immerhin gibt es daneben Industrien, in denen gerade in jüngster Zeit deutlich die Reflexe verstärkter Investitionsplanungen zu spüren waren. In besonderem Maße gilt das vom Fahrzeugbau und von der Elektrotechnischen Industrie. In beiden Industrien ist es zwar nicht leicht zu scheiden, wieviel von den höheren Bestellungen auf eigentliche Investitionsgüter und nicht auf langlebige Kon-

sumgüter entfällt, deren Produktion bekanntlich in beiden Industrien eine große Rolle spielt. Soweit aber eine Aufgliederung der Globalangaben möglich ist, zeigt sich doch, daß auch die Auftragseingänge für solche Güter gestiegen sind, deren Anschaffung eindeutig den Ausrüstungsinvestitionen zuzuordnen ist. Im Fahrzeugbau hat in letzter Zeit z. B. gerade die Nachfrage nach Lastkraftwagen und Omnibussen zugenommen, was bei Lastkraftwagen sicher zum Teil eine Reaktion auf die durch den Erlaß gesetzlicher Vorschriften über die Höchstmaße ausgelöste Zurückhaltung der Käufer im Vorjahr darstellen mag. Ebenso profitiert die Elektrotechnische Industrie zur Zeit sehr stark von den umfangreichen Investitionsvorhaben der Bundesbahn und der Bundespost, unter denen die Elektrifizierung bestimmter Bahnstrecken bzw. die Modernisierung und der Ausbau des Fernmeldewesens einen hervorragenden Platz einnehmen; auch die — durch die Auflockerung des Kapitalmarkts wesentlich begünstigte — Erweiterung der kommunalen Elektrizitätswirtschaft hat der Elektrotechnischen Industrie in diesem Jahr einen beträchtlichen Impuls gegeben. Nicht zuletzt aber gehen von dem erneuten kräftigen Aufschwung der Bautätigkeit auch auf die meisten übrigen Investitionsgüterindustrien deutliche Rückwirkungen aus. Neben dem wachsenden Bedarf an Baumaschinen ist hier vor allem an die zunehmende Nachfrage nach Installationsgütern zu denken, die für den Innenausbau der neuen Bauten benötigt werden.

Von großer Bedeutung für die Gegenwirkung gegen die „lagerzyklischen“ Abschwächungstendenzen in einem Teil der Wirtschaft ist schließlich die anhaltende Ausdehnung des *privaten Verbrauchs*. Sie ist in erster Linie dem Umstand zu danken, daß mit der günstigen Entwicklung der Investitionstätigkeit das Beschäftigungsniveau weiter gestiegen ist und das Masseneinkommen, aus dem etwa vier Fünftel des privaten Verbrauchs finanziert werden, infolgedessen nach wie vor eine beachtliche Zunahme aufweist. Nach unseren vorläufigen Berechnungen hat sich das Gesamteinkommen aus unselbständiger Arbeit sowie aus Renten und Unterstützungen im dritten Quartal auf gut 28 Mrd DM erhöht; es war damit um 6,6 vH höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres, wobei die Renten und Unterstützungen schwächer, die Löhne und Gehälter jedoch etwas stärker zugenommen haben. Allerdings hat sich gleichzeitig die Zunahme des Einkommens der Selbständigen beträchtlich verlangsamt, ja es ist nach den vorhandenen Anhaltspunkten sogar fraglich, ob es überhaupt noch nennenswert gestiegen ist, da die starke Steigerung der Löhne und Gehälter bei annähernd stabilen Preisen und nicht ganz so stark erhöhter Produktion

Entwicklung des Masseneinkommens ¹⁾

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter ²⁾		Abzüge ³⁾	Nettolöhne und -gehälter (1.-3.)	Pensionen ⁴⁾ , Renten und Unterstützungen	Masseneinkommen (4+5)
	insgesamt	je Beschäftigten				
	1	2				
	Mrd DM	DM		Mrd DM		
1950	39,8	2 880	5,1	34,7	11,6	46,3
1955	73,8	4 310	10,5	63,2	19,9	83,2
1956	82,9	4 600	12,1	70,8	22,4	93,2
1957	89,5	4 800	12,8	76,8	27,5	104,2
1957 1. Vj.	20,4	1 130	2,5	17,9	6,0	23,9
2. Vj.	22,3	1 190	3,2	19,2	6,9	26,1
3. Vj.	22,9	1 200	3,4	19,5	7,1	26,6
4. Vj.	23,9	1 260	3,8	20,1	7,5	27,6
1958 1. Vj.	21,8	1 190	3,0	18,8	8,1	26,9
2. Vj.	24,1	1 260	3,7	20,4	7,4	27,8
3. Vj. ^{P)}	24,8	1 270	3,9	20,9	7,4	28,3
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr vH					
1956	+12,4	+ 6,9	+14,9	+12,0	+12,1	+12,0
1957	+ 8,0	+ 4,2	+ 5,5	+ 8,4	+22,9	+11,9
1958 1. Vj.	+ 7,0	+ 5,4	+21,0	+ 5,1	+33,9	+12,3
2. Vj.	+ 7,7	+ 5,9	+15,9	+ 6,4	+ 6,7	+ 6,5
3. Vj. ^{P)}	+ 8,2	+ 5,8	+14,4	+ 7,1	+ 5,0	+ 6,6

¹⁾ Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — ²⁾ Ohne Arbeitgeberbeiträge zu den Sozialversicherungen und ohne freiwillige Sozialleistungen. — ³⁾ Steuern und Arbeitnehmerbeiträge zu den Sozialversicherungen einschl. freiwillig gezahlter Beiträge. — ⁴⁾ Nach Abzug direkter Steuern. — ^{P)} Vorläufig.

weitgehend auf Kosten des Unternehmerprofits gegangen ist. Doch dürfte bei der im Vergleich zum Masseneinkommen relativ geringen Größenordnung der Privatentnahmen der Unternehmer das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte kaum sehr viel weniger als das Masseneinkommen gewachsen sein.

Ein nicht unbeträchtlicher Teil der gesamten Einkommenserhöhung ist freilich in letzter Zeit nicht verbraucht, sondern gespart worden. Nach den bisher vorliegenden Angaben hat die Gesamtersparnis der privaten Haushalte im dritten Quartal d. J. 2,8 Mrd DM betragen; das sind 16 vH mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Vergleicht man diese Zunahme mit der (geschätzten) Erhöhung aller privaten Einkommen, so ergibt sich eine Steigerung der „Sparquote“ von etwa 8,2 vH im vergangenen Jahr auf mindestens 9 vH im laufenden, gegen nur 5,7 vH im Jahre 1956. Von der Gesamterhöhung der Einkommen wäre also etwa ein Fünftel nicht dem Konsum, sondern der Ersparnis zugeführt worden. Immerhin verbleibt auch damit — nach den Verhältnissen des dritten Quartals — noch eine Zunahme des privaten Verbrauchs um rd. 5 vH dem Werte und etwa 3 vH der Menge nach; eine Steigerung, die hinter der des Sozialprodukts nicht wesentlich zurückbleibt.

Bei der konkreten Konjunkturanalyse ist nun allerdings zu berücksichtigen, daß sich diese Zunahme nicht gleichmäßig auf alle Sparten des Verbrauchs erstreckt

hat, sondern daß dabei erhebliche Verbrauchsumschichtungen zu verzeichnen waren, die zu einer überaus differenzierten Konjunktorentwicklung in den einzelnen, unmittelbar vom Verbrauch abhängigen Wirtschaftszweigen geführt haben. Es ist bekannt, daß namentlich die dienstleistenden Gewerbe und die Industrien, die längerlebige Verbrauchsgüter herstellen, hiervon außerordentlich profitiert haben, während einige der traditionellen Verbrauchsgüterindustrien, insbesondere die Textil- und die Bekleidungsindustrie, sowie ein Teil des Handels offensichtlich die Leidtragenden der vor sich gehenden Verbrauchsverlagerungen waren. Immerhin hat es sich dabei kaum um eine nennenswerte Verminderung des Endverbrauchs gehandelt, sondern in der Regel nur um eine Abschwächung oder eine vorläufige Stagnation, die sich weitgehend daraus erklären dürfte, daß sich unter dem Einfluß einiger exogener Ereignisse im Verlaufe der letzten Jahre ein gewisser Eindeckungsrhythmus eingeschoben zu haben scheint. Für die Industrie war das teilweise freilich recht schmerzlich, weil der Handel auf die daraus resultierenden Absatzrückgänge alsbald mit einer scharfen Einschränkung seiner Aufträge reagierte, die die Industrie den Rückgang des Endabsatzes in teilweise erheblich potenziertem Grade fühlen ließ, zumal andere Einflüsse, wie vor allem die im letzten Monatsbericht eingehender behandelte ausländische Konkurrenz, in der gleichen Richtung wirkten.

Vom Standpunkt der längerfristigen Konjunkturbeurteilung aus war es jedoch von großer Bedeutung, daß dabei der Endverbrauch hoch blieb oder, dank der allgemeinen Beschäftigungs- und Einkommensentwick-

lung, auf weitere Sicht doch kaum gefährdet erschien; denn damit war die Aussicht gegeben, daß sich nach einiger Zeit auch die Auftragserteilung des Handels wieder stabilisieren und damit weitere Produktionseinschränkungen überflüssig machen würde. Ob die Entwicklung jetzt schon an diesem Punkte angelangt ist, läßt sich freilich schwer sagen, zumal nur spärliche Angaben über die Höhe der Warenvorräte im Handel und bei der Industrie existieren. Einige Bessersymptome sind jedoch auf Grund der neuesten statistischen Daten zu registrieren. So bieten vor allem die Einzelhandelsumsätze in letzter Zeit wieder ein wesentlich günstigeres Bild. Im Oktober waren sie — nach dem Index des Statistischen Bundesamtes — um etwa 4 vH höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres, gegen nur 2 vH im dritten und etwa 3 vH im zweiten Quartal; mengenmäßig dürfte die Entwicklung des Abstandes gegenüber dem Vorjahr sogar noch etwas günstiger verlaufen sein, weil sich der Verlauf der Preiskurve seit Beginn dieses Jahres merklich abgeflacht hat. Auch in denjenigen Sparten, die bisher deutlich auf der Schattenseite der Konjunktur gestanden hatten, wie in denen für Bekleidung, Wäsche und Schuhe, sind die Umsätze dabei wesentlich stärker als saisonüblich gestiegen, und es heißt, daß sich diese Entwicklung auch im November fortgesetzt habe. Trifft dies zu, so würde also auch im Bereich der traditionellen Verbrauchsgüterindustrien zwar noch nicht mit einem Ende der zumindest teilweise strukturell bzw. durch eine unzureichende Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland bedingten Flaute, aber doch wenigstens mit einer Abschwächung ihrer konjunkturellen Ursachen zu rechnen sein.

Preise und Löhne

Die neueren Preisveränderungen

An den neueren Ergebnissen der Preisstatistik fällt auf, daß einige der großen Gruppenindizes, nämlich der Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte, der Index der Grundstoffpreise und der Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte im Oktober um ein Geringes gestiegen sind, nachdem sie in den letzten Monaten fast durchweg gesunken waren. Exogene Momente spielen dabei eine entscheidende Rolle. Die — an Zahl übrigens sehr geringen — Preiserhöhungen im *gewerblichen Sektor* erklärten sich z. B. so gut wie ausschließlich aus der Erhöhung einiger stark weltmarktabhängiger Preise und bildeten insofern einen Reflex der etwas festeren Haltung, die einige internationale Rohstoffmärkte in letzter Zeit erkennen ließen; namentlich die oft durch beträchtliche Schwan-

kungen gekennzeichnete Entwicklung der NE-Metallpreise war dabei von Einfluß. Die Erhöhung des Index der *Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte* ist zum Teil saisonmäßiger Natur, so vor allem bei Brotgetreide, wo am 1. Oktober die für diesen Zeitpunkt gesetzlich festgelegten Saisonzuschläge in Kraft traten. Eine Rolle spielte ferner der relativ schwache Ausfall der Kartoffelernte, und schließlich machte sich erneut bemerkbar, daß sich die Schlachtviehpreise seit Frühjahr d. J. wieder allgemein im Anstieg befinden, da seitdem das Angebot an Schlachtschweinen nur noch wenig zugenommen hat und deshalb von der Zunahme der Nachfrage zunächst wieder überflügelt wird. Die Anstiegtendenz der Fleischpreise konnte sich dabei um so eher durchsetzen, als die Einfuhr- und Vorratsstelle bei der Auslagerung von Fleischbeständen bisher eine ziemlich

abwartende Haltung einnahm, obwohl die Schlachtviehpreise den Rückgang, den sie im Vorjahr und in den ersten Monaten des laufenden Jahres erlitten hatten, inzwischen wieder mehr als aufgeholt haben.

Auf der *Verbraucherstufe* hat sich jedoch die seit Beginn dieses Jahres herrschende rückläufige Tendenz in der Berichtsperiode, soweit sich bisher feststellen läßt, fortgesetzt. Zumindest der Preisindex für die

Zur Preisentwicklung¹⁾

	1957		1958			Veränderung Okt. 1958 gegenüber		
	Okt.	July	Aug.	Sept.	Okt.	Okt. 1956 ⁴⁾	Okt. 1957 ⁴⁾	Sept. 1958 ⁴⁾
	1950 = 100					vH		
Binnenmarkt								
Grundstoffe insgesamt	133	131	131	130	131	+ 1,6	- 1,3	+ 0,5
davon: industrieller Herkunft	145	146	146	146	146	+ 2,8	+ 0,3	+ 0,1
darunter: Mauerziegel	128	129	128	128	128	+ 2,0	+ 0,0	+ 0,2
Kupfer	94	103	106	106	117	- 10,1	+ 23,8	+ 10,0
land-, forst- und plantagenwirtschaftlicher Herkunft	122	118	118	117	118	+ 0,3	- 3,3	+ 1,0
darunter: Baumwolle	96	92	91	92	89	- 1,8	- 7,3	- 2,5
Rohwolle, ausländische	78	58	58	53	51	- 35,8	- 34,6	- 3,7
Rohholz (Stamm) inländisches	212	194	189	186	186	- 13,7	- 12,1	± 0
Rohkautschuk	80	77	78	79	84	- 8,7	+ 4,3	+ 5,8
Speisekartoffeln	97	140	119	103	125	+ 15,9	+ 28,5	+ 21,5
Schweine	100	98	107	110	112	+ 3,4	+ 12,1	+ 2,0
Erzeugerpreise der Industrie insgesamt	124	125	125	125	125	+ 2,5	+ 0,5	+ 0,1
darunter: Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	138	138	139	139	139	+ 1,4	+ 1,2	+ 0,5
darunter: Eisen- und Stahlindustrie	191	200	200	200	200	+ 5,9	+ 4,5	+ 0,0
NE-Metallindustrie	95	98	99	100	108	- 13,2	+ 14,2	+ 8,7
Papierherzeugung	140	137	137	137	137	+ 0,3	- 2,5	- 0,7
Investitionsgüterindustrien	132	134	134	134	134	+ 4,6	+ 1,8	- 0,0
darunter: Maschinenbau	141	144	144	144	144	+ 6,0	+ 1,7	- 0,1
Fahrzeugbau	108	109	109	109	109	+ 2,4	+ 0,5	- 0,2
Verbrauchsgüterindustrien	102	100	100	100	99	+ 0,5	- 2,9	- 0,4
darunter: Textilindustrie	93	88	88	87	86	- 3,9	- 7,9	- 1,1
Schuhindustrie	105	107	107	107	107	+ 3,5	+ 1,4	± 0
Holzverarbeitung	129	130	130	130	130	+ 3,6	+ 0,6	- 0,0
Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ⁸⁾								
insgesamt	130	131	128	126	128	+ 2,4	- 1,4	+ 2,1
davon: Pflanzliche Produkte	145	157	139	129	135	- 4,3	- 7,4	+ 4,3
Tierische Produkte	123	119	123	124	125	+ 6,1	+ 1,8	+ 1,0
Einzelhandelspreise insgesamt	110	112	111	111	111	+ 4,0	+ 0,7	+ 0,1
darunter: Lebensmittelgeschäfte	111	115	112	111	111	+ 1,8	- 0,4	+ 0,3
Gemüsegeschäfte	136	173	136	120	116	- 1,5	- 14,7	- 2,7
Geschäfte für Textilwaren u. Schuhwerk	98	99	99	99	99	+ 6,2	+ 1,2	- 0,1
Geschäfte für Hausrat und Wohnbedarf	121	123	123	123	123	+ 6,1	+ 1,7	- 0,0
darunter: Geschäfte für								
Eisenwaren	141	144	144	145	144	+ 8,0	+ 2,5	- 0,1
Möbel	123	123	123	123	123	+ 5,2	+ 0,5	+ 0,0
Elektrogeräte (ohne Rundfunkgeräte)	104	107	107	107	107	+ 4,9	+ 2,9	+ 0,1
Preisindex für die Lebenshaltung								
insgesamt	117	120	119	118	118	+ 4,5	+ 0,9	- 0,2
darunter: Ernährung	124	126	124	124	123	+ 3,4	- 0,8	- 0,5
Bekleidung	103	105	105	105	104	+ 6,5	+ 1,6	- 0,1
Preisindex für den Wohnungsbau	141 ²⁾	.	146	.	.	+ 8,6 ⁶⁾	+ 3,1 ⁶⁾	+ 0,2 ⁶⁾
Weltmarkt⁷⁾								
Preisindex des „Volkswirt“ ²⁾								
insgesamt	95	94	94	94	94	- 5,8	- 0,7	+ 0,6
davon: Nahrungsmittel ⁸⁾	98	99	98	99	99	- 3,2	+ 1,0	+ 0,0
Gewerbliche Rohstoffe ⁸⁾	95	93	93	92	93	- 7,1	- 1,6	+ 0,7
Moody's Index ⁸⁾	91	96	95	94	93	- 7,0	+ 0,4	- 0,7
Reuter's Index ⁸⁾	84	81	81	80	80	- 12,9	- 4,3	+ 0,6

¹⁾ Angaben für frühere Monate und Erläuterungen: Tabelle VIII, 5 (Preisindexziffern im Statistischen Teil des vorliegenden Heftes). — ²⁾ Berechnet von R. Schulze. — ³⁾ Veränderungsprozentsätze unter Berücksichtigung einer Dezimalstelle des Index. — ⁴⁾ Veränderungsprozentsätze unter Berücksichtigung von zwei Dezimalstellen der Indizes. — ⁵⁾ Aug. 1957. — ⁶⁾ Veränderung Aug. 1958 gegenüber Aug. 1956, Aug. 1957 und Mai 1958. — ⁷⁾ Veränderung in vH errechnet auf Grund der Indizes auf Originalbasis. — ⁸⁾ Originalbasis 1950/51 = 100.

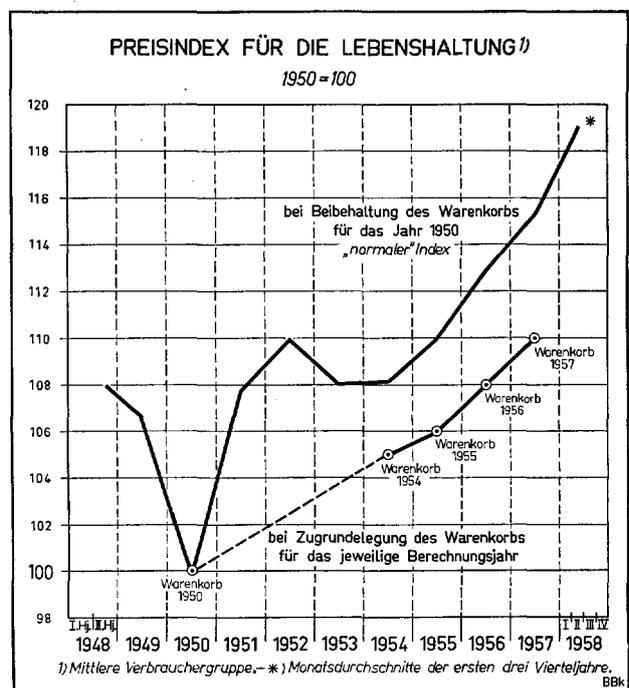
Lebenshaltung hat sich im Oktober, dem letzten Monat, für den Angaben vorliegen, erneut um 0,2 vH ermäßigt. Neben einem weiteren Rückgang der Ernährungskosten (um 0,5 vH) hat hierzu auch die Senkung der Preise für Bekleidung und Hausrat beigetragen, während die Kosten für Verkehr, Bildung und Unterhaltung, Heizung und Beleuchtung und auch die durchschnittlichen Mieten, teils im Zuge der „Angleichung“ bestimmter öffentlich kontrollierter Preise, teils infolge der „strukturellen“ Erhöhung der Preise für Dienstleistungen, weiter gestiegen sind. Im Vergleich zu Ende 1957 ist der offizielle Preisindex für die Lebenshaltung nun nur noch geringfügig höher, während er sich im Jahre 1957 um 2,3 vH und im Durchschnitt der zwei vorangegangenen Jahre um 2,1 vH erhöht hatte.

Ob dabei die tatsächliche Entwicklung der Lebenshaltungskosten auf Grund von „inoffiziellen“ Preisermäßigungen in Gestalt von Rabatten und ähnlichen Vergünstigungen, die sich aus dem verschärften Wettbewerb des Handels und der Produzenten ergaben, nicht noch etwas günstiger verlaufen ist, ist eine Frage, die an dieser Stelle schon mehrfach angeschnitten wurde. Aus vielen Beobachtungen im täglichen Leben ergibt sich nach wie vor der Eindruck, daß dem Konsumenten in letzter Zeit verschiedentlich Preissenkungen zugute gekommen sind, die in den offiziellen, naturgemäß auf den sogenannten Listenpreisen basierenden Preisindizes keinen Ausdruck finden konnten. In diesem Zusammenhang sei z. B. nur darauf verwiesen, daß der Übergang vieler Teilzahlungskreditinstitute zum persönlichen, nicht verwendungsgebundenen Barkredit häufig damit motiviert wurde, daß der barzahlende Kunde sich im Gegensatz zum Teilzahlungskäufer eher in den Genuß der mannigfachen Preisvergünstigungen bringen könne, die im Handel heute in nicht unbedeutendem Umfang gewährt werden. Seit einiger Zeit wirkt den verschiedenen Rabattgewährungen allerdings die durch das Kartellgesetz sanktionierte sogenannte Preisbindung der zweiten Hand entgegen. Es ist jedoch wenig wahrscheinlich, daß damit die Praxis der „inoffiziellen“ Preissenkungen auf der ganzen Linie unterbunden wurde.

Verbrauchsgewohnheiten und Lebenshaltungskosten

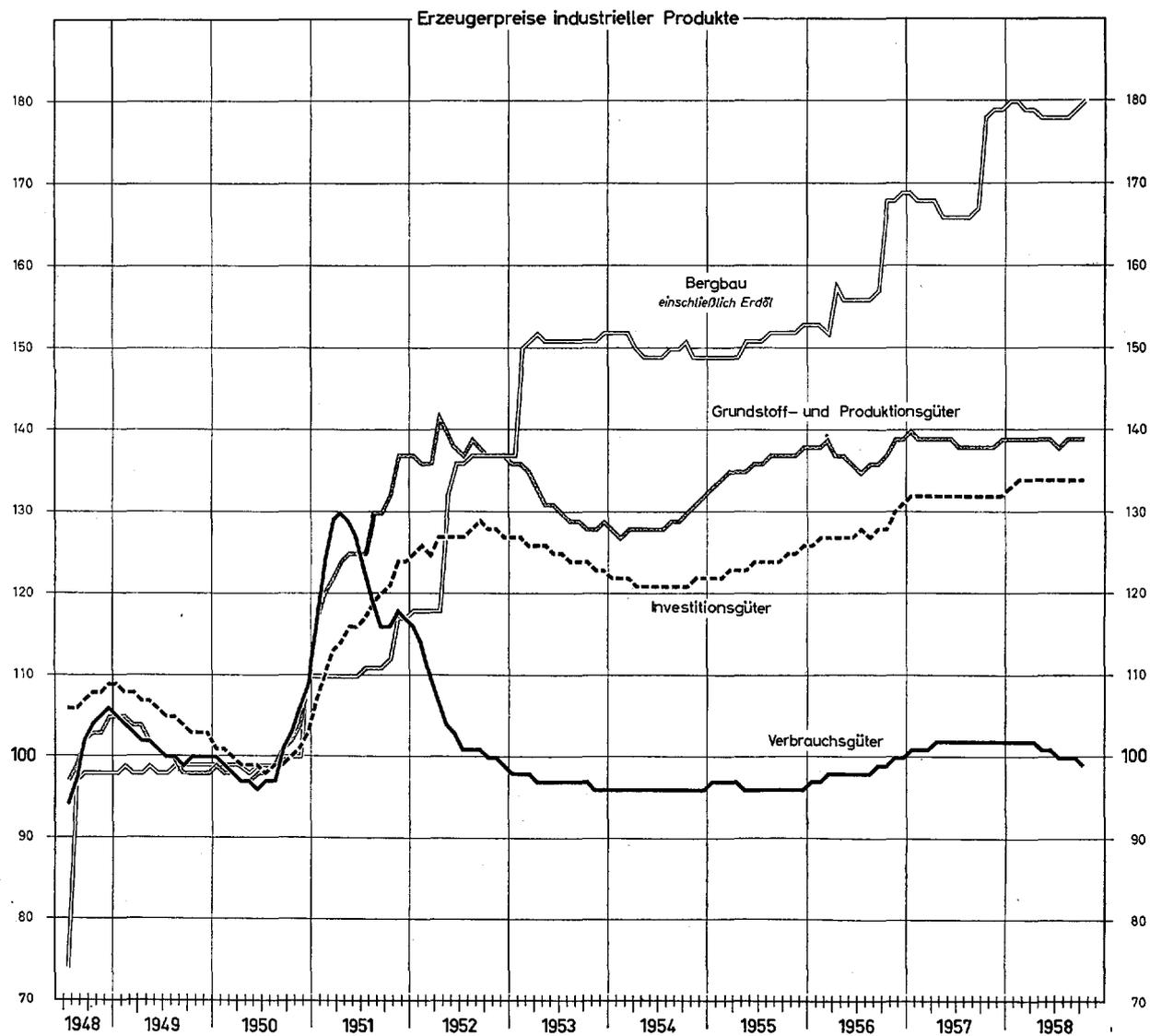
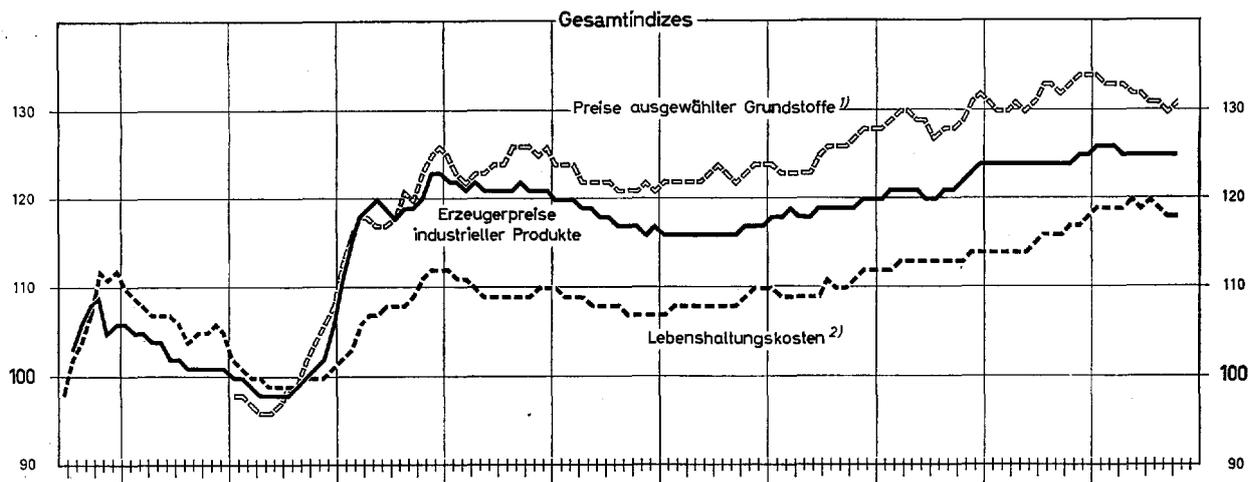
Bei der Beurteilung des Aussagewerts der Preisindexziffern des Konsumentenbereichs ist ferner zu bedenken, daß sich im Verlaufe der letzten Jahre die Verbrauchsgewohnheiten beträchtlich gewandelt haben und dabei Waren ein stärkeres Gewicht im Gesamtverbrauch erhielten, deren Preise wesentlich weniger als die anderer Verbrauchsgüter gestiegen oder gar stabil geblieben bzw. zurückgegangen sind. In diesen Berichten ist bereits

mehrfach auf diesen Tatbestand hingewiesen worden. Eine Bestätigung der hieraus gezogenen Schlußfolgerungen bietet nun eine kürzlich erschienene Untersuchung des Statistischen Bundesamtes, in der die Veränderungen der Lebenshaltungskosten unter Zugrundelegung von zeitnäheren „Warenkörben“ und nicht auf der Basis der Verbrauchsgewohnheiten einer nun schon um Jahre zurückliegenden Periode berechnet wurden. Das Ergebnis ist bemerkenswert. Wie aus dem untenstehenden Schaubild ersichtlich, zeigt sich nämlich, daß unter Zugrundelegung eines nach den Verbrauchsgewohnheiten von 1957 gebildeten „Warenkorbes“ die Lebenshaltungskosten von 1950 bis 1957 (eine Berechnung für 1958 liegt noch nicht vor) nicht um 15 vH — wie es bei Zugrundelegung des Warenkorbes von 1950 der Fall ist — gestiegen sind, sondern nur um etwa 10 vH. Der Konsument ist also durch die seitdem erfolgten Preiserhöhungen für einen Teil der Verbrauchsgüter bei weitem nicht so betroffen worden, wie es bei gleichgebliebenen Verbrauchsgewohnheiten der Fall gewesen wäre. Berücksichtigt man außerdem, daß 1950, wie das Schaubild klar erkennen läßt, ein Jahr mit relativ niedrigem Preisstand war — der Zwang zur Anpassung an die preislichen Auswirkungen der stärkeren Währungsabwertungen einiger anderer Länder im Jahre 1949 spielte dabei eine Rolle —, so zeigt sich also, daß der Anstieg des Konsumentenpreisniveaus seit dem Einspielen eines neuen Preisniveaus nach der Währungsreform von 1948 in Wirklichkeit doch wesentlich geringer war als auf Grund der Entwicklung der offiziellen Preisindizes gefolgert werden konnte.



DIE ENTWICKLUNG DER PREISE

1950 = 100



1) Inländischer und ausländischer Herkunft. - 2) Mittlere Verbrauchergruppe. - Quelle: Statistisches Bundesamt.

BBk

Der Einfluß der Lohnentwicklung

Daß seit Beginn dieses Jahres, wie oben erwähnt, das allgemeine Preisniveau, und zwar auch das Konsumentenpreisniveau, stabil geblieben ist und in den letzten Monaten sogar im Zeichen einer leichten Ermäßigung stand, ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß der Auftrieb der Löhne und Gehälter in diesem Jahr nicht mehr ganz so stark war wie in den beiden Vorjahren und sich daher besser in den Rahmen der allgemeinen Expansionsmöglichkeiten einfügte. Soweit im bisherigen Verlauf des Jahres neue Tarifverträge abgeschlossen wurden, haben sie in der Regel zu einer Heraufsetzung der tariflichen Stundenverdienste um etwa 6 vH geführt. Im Jahre 1957 sind die tariflichen Stundenverdienste dagegen um 8,5 bis 9 vH gestiegen. Im dritten Quartal sind außerdem nur für eine verhältnismäßig geringe Zahl von Arbeitskräften — nämlich nur für knapp 2 Millionen — Tarifloohnerhöhungen in Kraft getreten. Der Grund hierfür lag vor allem darin, daß in dieser Zeit nur wenige bedeutendere Tarifverträge abliefen oder kündbar wurden. Es wurden aber auch nicht alle der an sich kündbaren Verträge sofort gekündigt, und der Abschluß neuer Verträge zog sich vielfach länger hin als früher, so daß sich die praktische Geltungsdauer der alten Verträge im Durchschnitt verlängert hat und der Abstand zwischen den einzelnen Tarifloohnerhöhungen infolgedessen größer geworden sein dürfte.

Neue Lohnwelle?

In den nächsten Monaten wird die Lohnentwicklung möglicherweise jedoch wieder in eine kritischere Phase eintreten. Bis zum Ende des Jahres wird die Kündigung der Tarifverträge für etwa 5 Millionen Beschäftigte möglich; vor allem handelt es sich dabei um die Tarifverträge für die Metall verarbeitende Industrie (ohne Bayern), für das Bauhauptgewerbe, für die Eisen schaffende Industrie und die Bekleidungsindustrie. In die ersten drei Monate des nächsten Jahres fallen Kündigungstermine für zahlreiche weitere Tarifverträge, so insbesondere für die Verträge der Landarbeiter, der Metallindustrie in Bayern, für große Teile der Textilindustrie und für die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst, einschließlich der Bundesbahn und der Bundespost. Die Gesamtzahl der im Geltungsbereich dieser Verträge beschäftigten Arbeitskräfte kann auf rd. 4 Millionen veranschlagt werden.

Selbstverständlich ist es eine offene Frage, wieweit von diesen Kündigungsmöglichkeiten Gebrauch gemacht werden wird und in welcher Frist dann eventuell neue Lohnabkommen zustande kommen werden. Vorerst hat es nicht den Anschein, als würden alsbald auf breiterer Front neue Lohnkämpfe entbrennen, da die

Tarifloohnerhöhungen im Bundesgebiet ¹⁾

Zeit	Zahl der Beschäftigten, für die Tarifloohnerhöhungen in Kraft getreten sind		Ausmaß der jeweiligen Tarifloohnerhöhung			Tarifloohniveau ²⁾	
	insgesamt	in vH der Gesamtbeschäftigten	Stundenverdienste	Lohnausgleich für Arbeitszeitverkürzung	Wochenverdienste	Stundenverdienste	Wochenverdienste
	Tsd	vH		vH		Ende 1956 = 100	
1956	12 810	69	7,5	2,1	5,4	100,0	100,0
1957	12 390 ³⁾	65 ⁴⁾	8,7	3,5	5,2	105,8	103,4
1957 1. Vj.	2 920	15	6,2	2,1	4,1	101,0	100,6
2. Vj.	7 900	42	8,1	3,4	4,7	104,4	102,6
3. Vj.	2 700	14	6,1	2,1	4,0	105,3	103,2
4. Vj.	1 440	8	6,4	3,7	2,7	105,8	103,4
1958 1. Vj.	5 990	32	5,9	0,7	5,2	107,8	105,1
2. Vj.	6 560	35	5,8	0,5	5,3	109,9	107,0
3. Vj.	1 890	10	6,2	0,9	5,3	110,6	107,6

¹⁾ Zu den Tarifloohnerhöhungen werden hier auch die Erhöhungen der Verdienste der Angestellten und Beamten gerechnet. Wird für Angestellte und Beamte die Arbeitszeit verkürzt, ohne daß die Monatsverdienste geändert werden, so wird eine entsprechende Erhöhung der Stundenverdienste und ein entsprechender Lohnausgleich unterstellt. — ²⁾ Stand jeweils am Ende des angegebenen Zeitraumes. — ³⁾ Die Summe der Vierteljahre ergibt nicht die Jahressumme, da hier die Beschäftigten, die im Laufe eines Jahres mehrmals Tarifloohnerhöhungen erhalten haben, nur einmal gezählt werden.

Gewerkschaften bisher eher eine abwartende Haltung an den Tag gelegt haben. So wurde z. B. für einen so wichtigen Bereich wie die Metallindustrie in Nordrhein-Westfalen erst kürzlich mitgeteilt, daß die zuständige Gewerkschaft von dem auf den 31. Dezember fallenden Kündigungstermin vorerst keinen Gebrauch machen wolle. Ob sich diese Haltung im weiteren Verlauf des Winters ändern wird, läßt sich im Augenblick allerdings nicht übersehen.

Im Interesse der Währungspolitik läge es zweifellos, wenn sich etwaige neue Lohnerhöhungen in einem Rahmen hielten, in dem sie keinen neuen Auftrieb der Preise auslösen. Dazu ist erforderlich, daß sie die Lohnbelastung der Unternehmungen nicht stärker in die Höhe treiben, als durch die Entwicklung der Arbeitsproduktivität gerechtfertigt ist oder mit den — auch aus objektiven, ökonomischen Gründen begrenzten — Möglichkeiten einer Komprimierung der Gewinnspanne in Einklang gebracht werden kann. Zweifellos besteht in dieser Hinsicht eine gewisse Flexibilität. Die Rationalisierungsmöglichkeiten der Wirtschaft sind noch längst nicht erschöpft, und in manchen Wirtschaftszweigen könnte auch die Gewinnmarge noch etwas verringert werden.

Aber dabei ist nicht zu übersehen, daß sich in letzter Zeit der Anteil der Lohnkosten am Gesamterlös aus der Produktion bereits merklich erhöht hat. Wie das umstehende Schaubild zeigt, sind seit etwa drei Jahren nicht nur die Nominallöhne, sondern auch die Real-löhne wesentlich stärker gewachsen als die Produk-

tivität. Im dritten Quartal z. B. war allein in der Industrie (einschließlich des Bauhauptgewerbes) das Produktionsergebnis je geleistete Arbeiterstunde um 3,6 vH höher als vor Jahresfrist, die Erhöhung der durchschnittlichen Stundenverdienste dagegen betrug 6,8 vH. Nun ist es gewiß richtig, daß die Zunahme des Produktionsergebnisses je Arbeitsstunde nicht allein dadurch beschränkt wurde, daß die Arbeitsproduktivität heute nicht mehr in dem Maße steigen kann wie in früheren Jahren, in denen die Expansionsmöglichkeiten der Wirtschaft noch weit größer waren, sondern auch deshalb, weil in einigen Industriezweigen die Auslastung der Produktionskapazitäten zurückgegangen ist. Es wäre aber falsch, hieraus den Schluß zu ziehen, daß eben gerade deshalb die Löhne heraufgesetzt werden sollten, da Lohnsteigerungen die Nachfrage erhöhen und damit eine bessere Ausnutzung der Produktionskapazitäten ermöglichen würden. Gegen dieses „Kaufkraftargument“ der Lohnpolitik ist schon in zahlreichen früheren Diskussionen mit Recht geltend gemacht worden, daß eine

Löhne und Arbeitszeiten in der Industrie¹⁾

Durchschnittswerte

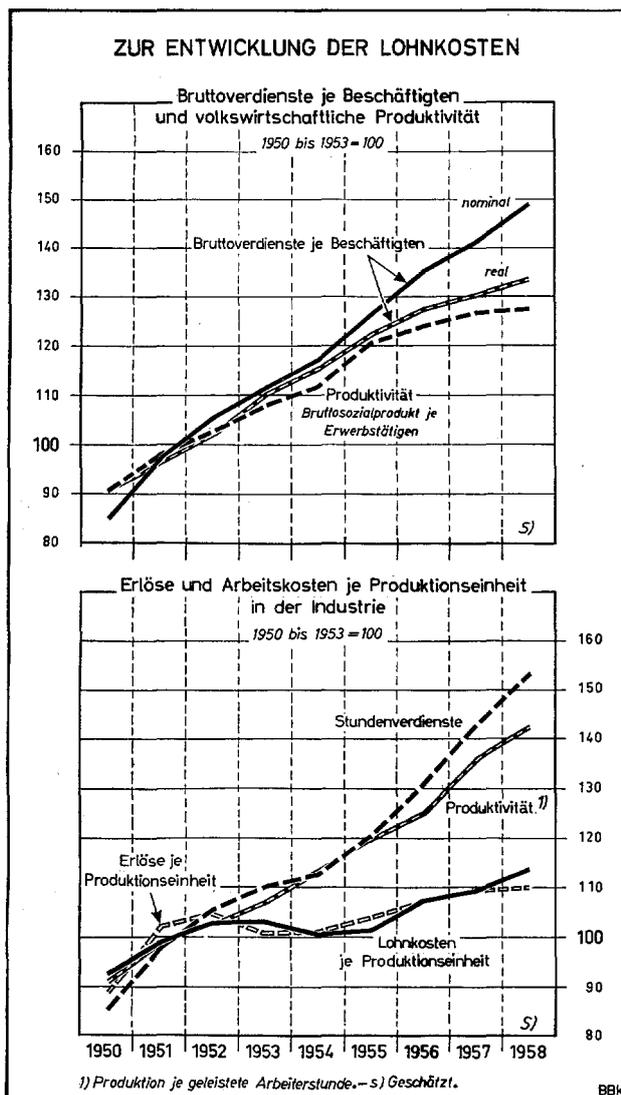
Zeit	Bruttostundenverdienste			Wochenarbeitszeit ²⁾ Männer u. Frauen	Wochenverdienste Männer u. Frauen
	Männer	Frauen	Insgesamt		
		Pf.		Stunden	DM
1950	138,7	86,3	127,1	48,2	61,33
1956	214,2	132,7	195,0	48,2	94,17
1957	232,9	146,0	212,5	46,5	98,75
1957 Febr.	224,5	140,8	204,4	46,9	95,95
Mai	232,8	146,0	213,3	46,2	98,46
Aug.	234,8	147,5	214,9	46,3	99,45
Nov.	238,2	149,6	217,2	46,6	101,34
1958 Febr.	243,6	153,5	221,2	45,1	99,82
Mai	247,7	158,4	228,3	45,7	104,36
Aug.	248,8	160,0	229,5	45,9	105,38
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr vH				
1957	+ 8,7	+10,0	+ 9,0	- 3,5	+ 4,9
1958 Febr.	+ 8,5	+ 9,0	+ 8,2	- 3,8	+ 4,0
Mai	+ 6,4	+ 8,5	+ 7,0	- 1,1	+ 6,0
Aug.	+ 6,0	+ 8,5	+ 6,8	- 0,9	+ 6,0

¹⁾ Einschl. Bau, ohne Bergbau und Energie. — ²⁾ Bezahlte Arbeitsstunden.

derartige „Ankurbelung“ der Wirtschaft nicht unbedenklich sei, weil Lohnerhöhungen zunächst einmal Kostenerhöhungen darstellen und mit Kostenerhöhungen immer die Gefahr von Preiserhöhungen (die die Kaufkraft anderer Schichten schmälern und auf die Dauer auch sonst leicht zu Wachstumsstörungen führen) oder der Beeinträchtigung der Investitionsneigung verbunden sei.

Auch der letzte dieser beiden Gesichtspunkte — also die Befürchtung, daß kostenerhöhende Lohnsteigerungen die Investitionen hemmen könnten — ist heute keineswegs bedeutungslos; denn wenn auch die Investitionstätigkeit, wie oben erwähnt, zur Zeit wieder in einer beachtlichen Ausdehnung begriffen ist, so hinkt dabei doch, wie ebenfalls mehrfach betont, die Zunahme der gewerblichen Investitionen, die für die Erhöhung der Produktivität in der Regel entscheidend sind, beträchtlich hinter der allgemeinen Steigerung nach. Vom Standpunkt der Wachstumsförderung sollte man daher mit Ankurbelungsmaßnahmen, die Kostenerhöhungen mit sich bringen und insofern die Investitionsneigung eher zu beeinträchtigen als zu fördern drohen, gerade gegenwärtig sehr vorsichtig sein.

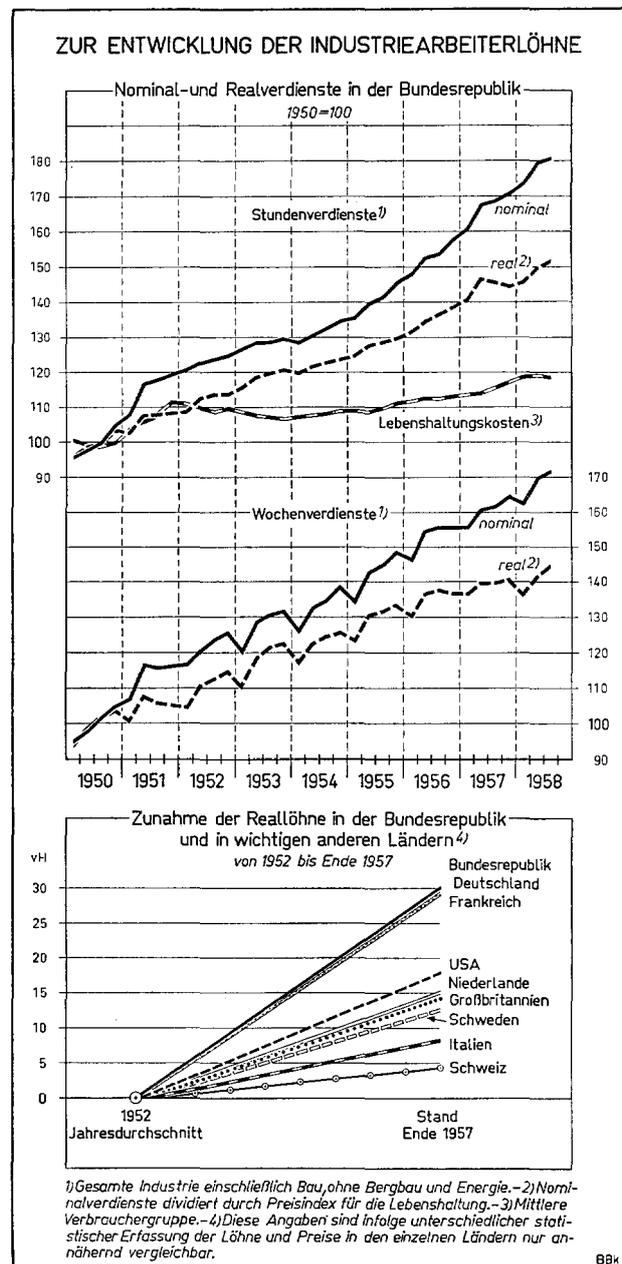
Vor allem aber ist nicht von der Hand zu weisen, daß Lohnerhöhungen, die nicht durch die Senkung anderer Kostenelemente kompensiert werden, leicht zu neuen Preissteigerungen führen könnten. Der Wettbewerb unter den Anbietern hat zwar zugenommen, aber doch nicht so, daß eine stärkere Erhöhung des allgemeinen Kostenniveaus nicht zum Anlaß entsprechender Preisforderungen genommen werden würde. Zwar ist es richtig, daß eine effektive Abwälzung gestiegener Kosten auf die Preise nur möglich ist, wenn die Nachfrage dies gestattet oder m. a. W. die Abnehmer bereit und in der Lage sind, für das gleiche Produkt mehr



Geldeinheiten hinzugeben. Aber auch in dieser Hinsicht soll man die Flexibilität der Wirtschaft nicht unterschätzen. Es existieren heute genug finanzielle Reserven, die selbst bei restriktiver Geldpolitik nachfragemäßig die Realisierung höherer Preisforderungen ermöglichen würden, wenn die Anbieter geschlossen hinter ihnen stehen. Hiermit aber müßte zumindest teilweise gerechnet werden, weil es gegenwärtig bereits eine nicht geringe Zahl von Branchen gibt, in denen die Gewinnspanne nur noch gering ist oder zur Zeit überhaupt keine Profite erzielt werden, so daß ein internes Auffangen von etwaigen Lohnerhöhungen bei ihnen kaum in Frage käme. Aller Wahrscheinlichkeit nach würden aber auch diese Zweige von einer etwaigen neuen Lohnwelle nicht verschont bleiben, denn bei den Löhnen gibt es bei der derzeit möglichen Fluktuation der Arbeitskräfte eine unbedingte Interdependenz: Lohnerhöhungen in einer Branche oder in einem Gebiet ziehen, wenn sie das Gleichgewicht der traditionellen Lohnpyramide stören, alsbald Lohnerhöhungen in den übrigen Wirtschaftszweigen und Wirtschaftsregionen nach sich. Gerade deshalb wirkt es auch so verhängnisvoll, daß die Lohnforderungen in den letzten Jahren mehr und mehr an der branchenmäßig stärksten Produktivitätssteigerung orientiert wurden und vielfach auch deren Ausmaß erreicht haben. In den Wirtschaftszweigen mit überdurchschnittlichen Produktivitätssteigerungen können infolgedessen die Preise nicht mehr oder nur noch verhältnismäßig wenig gesenkt werden, während sie in den übrigen Wirtschaftszweigen zwangsläufig steigen müssen, da die betreffenden Unternehmen sonst zum Erliegen kämen. Die Gefahr eines mehr oder weniger permanenten, auch die konjunkturellen Stagnationsperioden überdauernden Auftriebs des allgemeinen Preisniveaus ist hiermit unvermeidlich verbunden.

In eine solche Bahn sollte die Preisentwicklung nach den verheißungsvollen Stabilisierungsansätzen, die sich in den letzten Monaten gezeigt haben, unter keinen Umständen einschwenken. Der gegenwärtige ruhige Konjunkturverlauf und der beträchtliche Rückgang der internationalen Rohstoffpreise sollten vielmehr dazu führen, daß das Preisniveau in nächster Zeit eher etwas sinkt und damit wenigstens ein Teil der Preiserhöhungen der vorangegangenen Jahre rückgängig gemacht wird. Ohne eine gemäßigte Lohnpolitik wird dieses Ziel kaum zu erreichen sein.

Ebenso wichtig ist aber, daß die Unternehmen die aus der Produktivitätsentwicklung und aus der Baisse der internationalen Rohstoffpreise sich ergebenden Möglichkeiten der Preisermäßigung unverzüglich realisieren und nicht unter Ausnutzung einer gewissen



Trägheit des Spiels von Angebot und Nachfrage oder von Monopolstellungen die Preise hochhalten oder eher die Produktion als die Preise senken. Denn wenn nicht der Nachweis erbracht werden kann, daß Produktivitätsfortschritte, die nicht von den Lohnerhöhungen und den in der Regel ja ebenfalls steigenden Kapitalaufwendungen aufgezehrt werden, über entsprechende Preisermäßigungen auch den Konsumenten zugutekommen, wird schwer von den Arbeitnehmern Maßhalten gefordert werden können. Eine kurzfristige, nur auf den unmittelbaren Vorteil bedachte Preispolitik kann sich also an den Unternehmern auf längere Sicht ebenso rächen, wie eine die Vollbeschäftigung bedenkenlos ausnutzende Lohn- und Gehaltspolitik an den Arbeitnehmern.

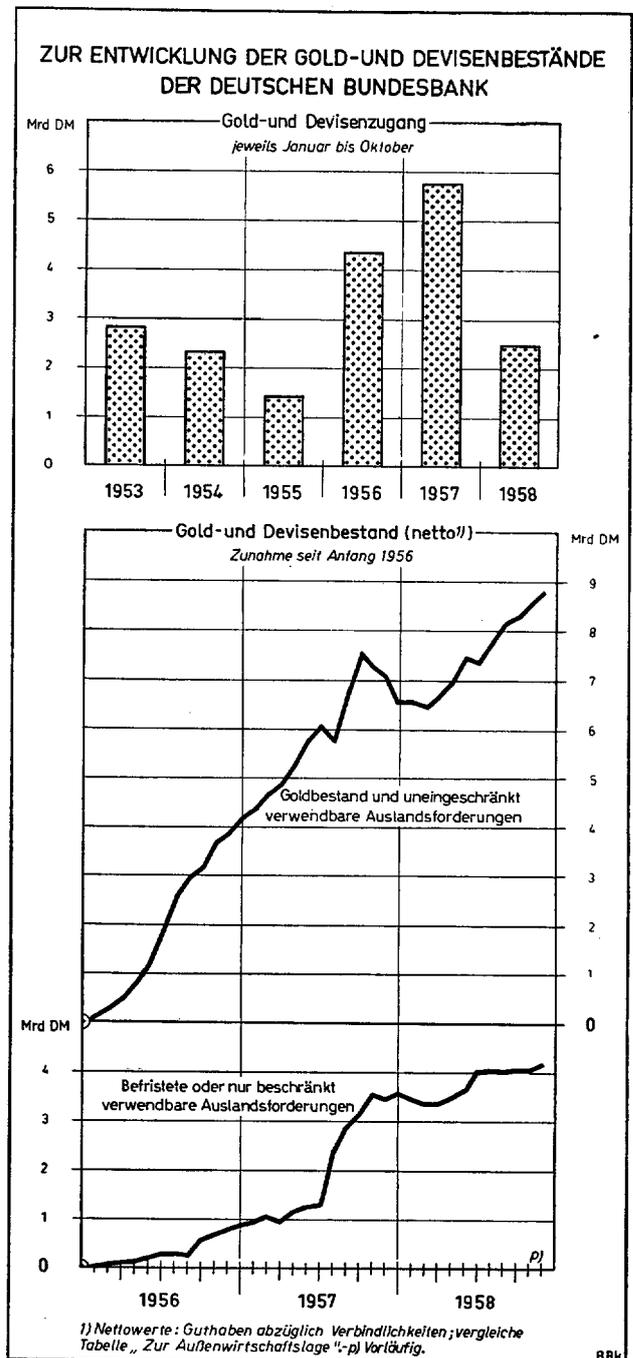
Außenhandel und Zahlungsbilanz

Die Devisenposition der Bundesbank und der Geschäftsbanken

Die außenwirtschaftliche Entwicklung war in der Berichtsperiode weiter durch relativ hohe Überschüsse der Devisenbilanz gekennzeichnet, aber es ist hervorzuheben, daß damit nach wie vor kein entsprechender Druck auf die monetären Reserven des Auslands verbunden war. Von den Devisenzugängen bei der Bundesbank entfällt in der Regel ein nicht unbedeutlicher Teil auf Forderungen, die im Grunde genommen auf einem Zahlungsaufschub für das Ausland beruhen, wie z. B. die Kredite an die EZU, die in der Bundesrepublik seit jeher zu den zentralen Devisenreserven gerechnet werden. Vor allem aber werden in der Bundesrepublik — auf Grund ihrer im Vergleich zu vielen anderen Ländern viel umfassenderen Zahlungsbilanzstatistik — zu den laufenden Devisenüberschüssen auch diejenigen Beträge gezählt, um die sich die Devisenposition der Geschäftsbanken verbessert hat, und dies ist ein Faktor, der seit dem Herbst des vergangenen Jahres recht erheblich in die Waagschale gefallen ist. Mit einer Verbesserung der Devisenposition der Geschäftsbanken ist aber in der Regel eine weitgehende Schonung der Liquidität des Auslands verbunden, weil die Auslandsguthaben, selbst wenn sie in bestimmten Währungen konzentriert werden, gewöhnlich in Geldmarktpapieren oder als Festgeld bei den Banken angelegt werden.

Der Netto-Gold- und Devisenzugang bei der Bundesbank stellte sich im Oktober und November auf 251 bzw. 360 Mio DM (die letzte Ziffer ist vorläufig) gegen 325 Mio DM im Monatsdurchschnitt des dritten und 431 Mio DM im Monatsdurchschnitt des zweiten Quartals. Im Vergleich zum Sommerhalbjahr ist hier also weiter eine Abnahme zu verzeichnen, und noch größer ist der Abstand gegenüber dem Jahre 1957, in dem die Gold- und Devisenbestände der Bundesbank im Monatsdurchschnitt um 427 Mio DM gewachsen waren. Von den Zugängen im Oktober und November d. J. zusammengenommen entfielen rd. 500 Mio DM auf Gold und uneingeschränkt verwendbare Auslandsforderungen und rd. 100 Mio DM auf befristete oder nur beschränkt verwendbare Forderungen. Der Gesamtbestand der Bank an Gold und uneingeschränkt verwendbaren Auslandsforderungen ist damit bis Ende November auf 18,8 Mrd DM, der Bestand an sonstigen Auslandsguthaben auf 7,0 Mrd DM gestiegen; unter den letztgenannten Guthaben spielen die Kredite an die EZU und Schuldverschreibungen der Weltbank nach wie vor die entscheidende Rolle.

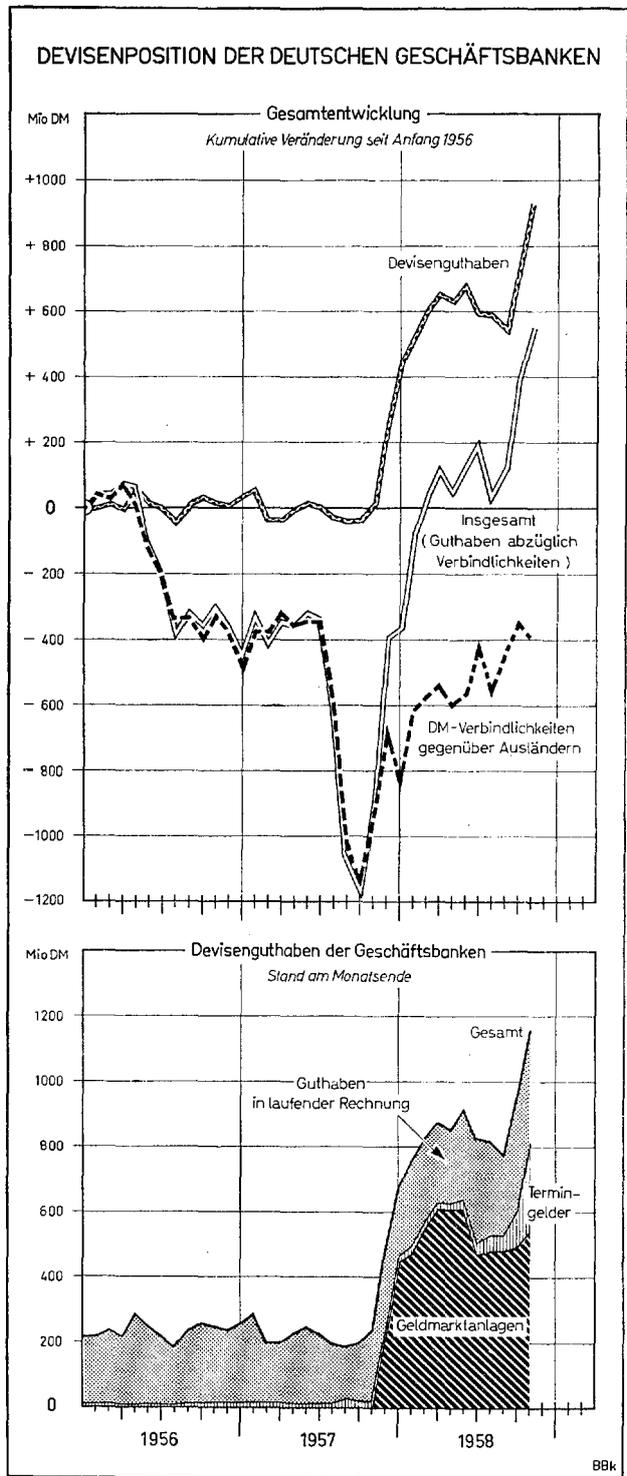
Daß die Devisenzugänge bei der Bundesbank im Oktober und November wieder etwas stärker waren als im September, in dem sie mit 176 Mio DM auf einen relativ geringen Betrag zurückgegangen waren, hängt in erster Linie damit zusammen, daß sich die Devisenposition der Geschäftsbanken in den beiden letzten Monaten nicht so stark verbessert hat wie im September und infolgedessen ein größerer Teil des gesamten Devisenüberschusses wieder bei der Bundesbank seinen Niederschlag fand. Im September d. J. hatte sich die



Devisenposition der Geschäftsbanken — über die im Rahmen der laufenden Zahlungsbilanzstatistik nur in sehr wenigen anderen Ländern überhaupt Aufschluß gegeben wird — um 271 Mio DM verbessert, und zwar in Höhe von 180 Mio DM durch eine Zunahme der Auslandsguthaben (einschließlich der Geldmarktanlagen) und in Höhe von 91 Mio DM durch eine Verminderung der Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland. Im Oktober dagegen hat sich das Verhältnis zwischen den Auslandsguthaben und den Auslandsverbindlichkeiten der Geschäftsbanken nach den nunmehr vorliegenden Angaben nur um 155 Mio DM verbessert, und im November scheint sogar — wenn überhaupt — nur noch ein relativ geringer Fortschritt erzielt worden zu sein. Soweit sich die Entwicklung übersehen läßt — vollständige Angaben liegen allerdings nur für den Oktober vor — hing das nicht zuletzt damit zusammen, daß die DM-Verbindlichkeiten der Banken gegenüber dem Ausland wieder etwas zunahmen. Im übrigen jedoch war die Entwicklung der Devisenposition der Geschäftsbanken zumindest im Oktober weiter durch eine beträchtliche Erhöhung ihrer Auslandsguthaben, also durch den schon im letzten Bericht mehrfach erwähnten „Geldexport“, charakterisiert. Die Devisenguthaben der Geschäftsbanken nahmen im Oktober mit 195 Mio DM sogar um 15 Mio DM mehr zu als im

Wichtige Daten der deutschen Devisenbilanz
Januar bis Oktober 1956, 1957 und 1958
in Mio DM

Positionen	Januar bis Oktober		
	1956	1957	1958
1) Zugang an Gold und Auslandsforderungen der Deutschen Bundesbank, insgesamt	+ 4 364	+ 5 772	+ 2 467
davon: a) Gold und uneingeschränkt verwendbare Auslandsforderungen (netto)	+ 3 670	+ 3 067	+ 1 964
b) Befristete oder nur beschränkt verwendbare Auslandsforderungen (netto)	+ 694	+ 2 705	+ 503
2) Veränderung der Devisenposition der Geschäftsbanken, insgesamt (Verbesserung +, Verschlechterung —)	— 292	— 466	+ 911
davon: a) DM-Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland (Abnahme +, Zunahme —)	— 315	— 443	+ 430
b) Guthaben bei ausländischen Banken (einschl. Geldmarktanlagen)	+ 23	— 23	+ 481
darunter: Geldmarktanlagen	(—)	(—)	(+ 95)
Festgeldanlagen	(+ 7)	(+ 5)	(+ 250)
Guthaben auf Konten in laufender Rechnung (netto)	(+ 16)	(— 25)	(+ 136)
Nettoüberschuß in der Devisenbilanz (1 + 2)	+ 4 072	+ 5 306	+ 3 378



September, nachdem sie in den vorangegangenen vier Monaten per Saldo um 83 Mio DM zurückgegangen waren. Neben dem Erwerb von ausländischen Schatzwechseln war hieran vor allem die Anlage von Festgeldern bei ausländischen Banken beteiligt, da hiermit beim gegenwärtigen Zinsgefälle zum Teil höhere Erträge als durch ähnliche Anlagen in der Bundesrepublik erzielt werden können.

Dies ist insofern bemerkenswert, als die Geschäftsbanken damit unter dem Einfluß der veränderten Zins-situation begonnen haben, sich in stärkerem Umfang als bisher in die Haltung der nationalen Devisenreserven einzuschalten. Zweifellos ist das eine begrüßenswerte Angleichung an die Verhältnisse des Auslands, wo es durchaus üblich ist, daß die Geschäftsbanken in größerem Umfang Auslandsguthaben unterhalten und dies nicht ausschließlich der Notenbank überlassen. In der Bundesrepublik dagegen waren die Auslandsguthaben der Geschäftsbanken bisher gering; im allgemeinen liegen sie sogar heute noch unter den Verbindlichkeiten, die die Geschäftsbanken gegenüber dem Ausland haben. Die Devisenreserven der Bundesrepublik sind daher bisher so gut wie ausschließlich bei der Bundesbank konzentriert — ein Tatbestand, der in der internationalen Diskussion fast immer übersehen wird, wenn man den Gold- und Devisenbestand der Bundesbank mit den zentralen Devisenreserven anderer Länder vergleicht, in denen — wie erwähnt — neben der Zentralbank gewöhnlich auch die Privatbanken größere Auslandsguthaben unterhalten. Daß die deutschen Geschäftsbanken sich diesem Zustand allmählich anpassen, liegt also durchaus in der Linie unserer außenwirtschaftlichen „Normalisierung“. Zweifellos könnte in dieser Hinsicht auch noch mehr geschehen, da die Auslandsguthaben der deutschen Geschäftsbanken bisher noch beträchtlich hinter dem Stande zurückbleiben, der auf Grund des inzwischen erreichten Volumens ihrer Transaktionen mit dem Ausland im Lichte der in anderen Ländern bestehenden Relationen als normal zu betrachten wäre.

Die Entwicklung der Leistungs- und Kapitalbilanz

Das Ergebnis der Leistungsbilanz ist in der Berichtsperiode wiederum durch einen relativ hohen Aktivsaldo der Handelsbilanz bestimmt worden. Der Ausfuhrüberschuß stellte sich im Oktober, dem letzten Monat, für den Angaben vorliegen, auf 620 Mio DM; er war damit um 80 Mio DM höher als im Monatsdurchschnitt des dritten Quartals. Im Vergleich zum Oktober 1957 betrug die Steigerung sogar beinahe 270 Mio DM, und für die ersten zehn Monate des Jahres zusammengenommen ergibt sich gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme um 1,5 Mrd DM auf reichlich 4,8 Mrd DM.

Die *Einfuhr* hat sich dabei in letzter Zeit keineswegs ungünstig entwickelt. Sie belief sich im Oktober auf 2 736 Mio DM und ging damit um beinahe 160 Mio DM über den Monatsdurchschnitt des dritten Quartals hinaus. Dies ist um so bemerkenswerter, als die Zunahme der Einfuhrwerte bis in die letzte Zeit hinein

Einfuhr der Bundesrepublik Deutschland aus wichtigen Ländern Januar bis September 1958

Ländergruppen und Länder	Einfuhr ¹⁾	Veränderungen gegenüber Jan./Sept. 1957
	Mio DM	in vH
Europäische Länder	14 865	+ 4,9
darunter:		
Italien	1 251	+ 15,9
Belgien-Luxemburg	1 185	+ 8,0
Großbritannien	2 599	+ 6,1
Schweiz	1 167	+ 5,9
Österreich	664	+ 1,9
Niederlande	2 127	+ 1,0
Frankreich	1 339	+ 0,2
Schweden	1 006	— 6,3
Überseeeländer	7 856	— 13,4
darunter:		
Sterling-Länder	754	— 5,5
Lateinamerikanische Länder	1 608	— 16,3
Vereinigte Staaten von Amerika	4 140	— 19,8

¹⁾ Einfuhr erfaßt nach Einkaufsländern.

durch die Preisentwicklung an den Weltmärkten erheblich beeinträchtigt wurde. Im Oktober waren die Durchschnittswerte der Einfuhr mit 94 vH des Standes von 1954 um 2,8 vH niedriger als im Juni d. J. und um 8,6 vH niedriger als im Oktober 1957. Diesem Einfluß wirkt jedoch die Zunahme des Einfuhrvolumens nach wie vor fühlbar entgegen. Im dritten Quartal dieses Jahres war das Einfuhrvolumen um fast 9 vH höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres, während der Einfuhrwert seinen damaligen Stand um rd. 2 vH unterschritt. Dies ist ein deutlicher Beweis dafür, daß die innere Konjunktorentwicklung und die inzwischen vorgenommenen Zollsenkungen und Einfuhr liberalisierungen dem Import nicht nur eine beträchtliche Stütze, sondern sogar erhebliche Impulse gegeben haben. Wie schon im letzten Monatsbericht erwähnt, hat sich die Einfuhr der Bundesrepublik deshalb in letzter Zeit weit günstiger entwickelt als die der meisten übrigen Industrieländer, in denen der Import im laufenden Jahr zum Teil nicht nur wertmäßig, sondern auch mengenmäßig beträchtlich gesunken ist. Zweifellos hat also die Nachfrage der Bundesrepublik stabilisierend auf die Entwicklung des Welthandelsvolumens gewirkt. Insbesondere haben davon die Exporte der europäischen Handelspartner der Bundesrepublik profitiert, wobei eine wichtige Rolle spielte, daß es sich bei diesen Lieferungen zu einem erheblichen Teil um industrielle Fertigwaren handelte, deren Bedeutung innerhalb des gesamten Einfuhrsortiments der Bundesrepublik seit einiger Zeit ganz erheblich zugenommen hat. Die Einfuhr aus dem europäischen Bereich war in den ersten drei Quartalen von 1958 jedenfalls auch dem Wert nach um 5 vH höher als im ent-

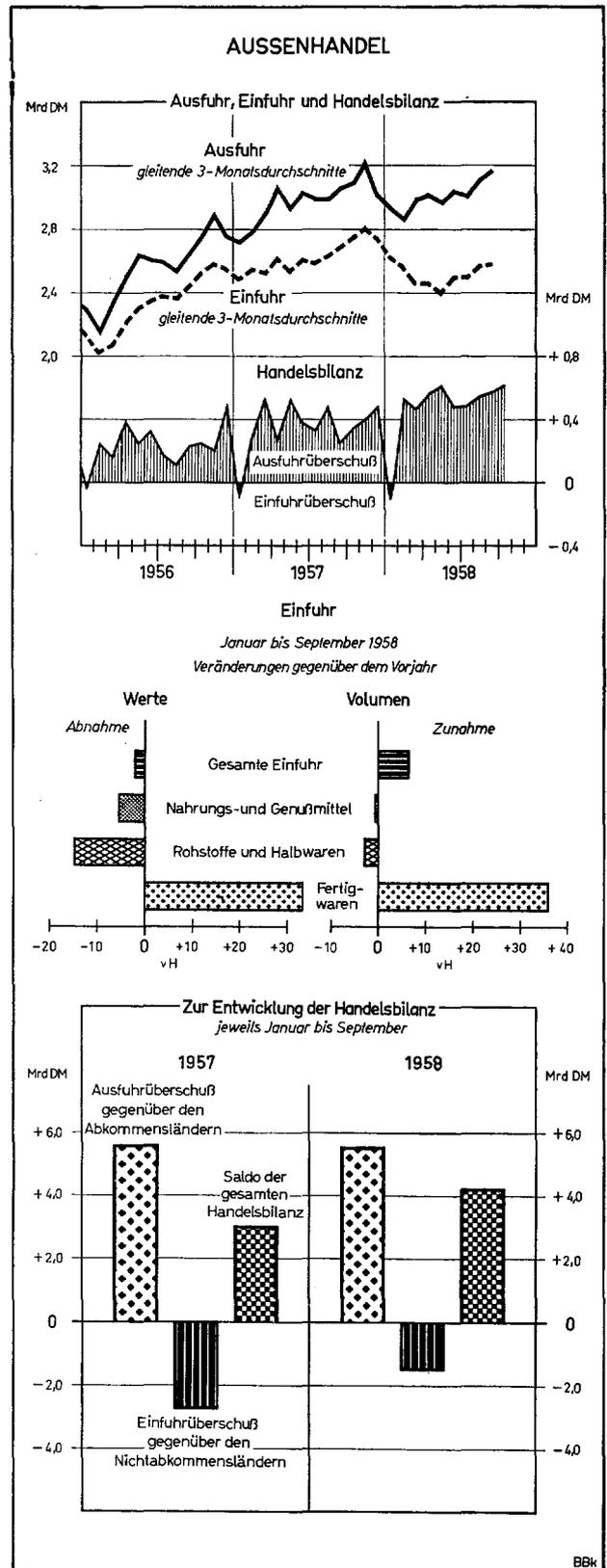
Zur Außenwirtschaftslage
in Mio DM

	1956		1957				1958				
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	August	Sept.	Okt. *)
Außenhandel ¹⁾											
Monatsdurchschnitte bzw. Monate											
Ausfuhr, gesamt	2 906	2 795	2 954	3 003	3 238	2 878	2 984	3 118	2 940	3 239	3 356
Einfuhr, gesamt	2 586	2 555	2 553	2 639	2 819	2 572	2 423	2 579	2 393	2 656	2 736
Aktivsaldo (+) bzw. Passivsaldo (-) der Handelsbilanz	+ 320	+ 240	+ 401	+ 364	+ 419	+ 306	+ 561	+ 539	+ 547	+ 583	+ 620
Ausfuhr nach Währungsräumen ²⁾ EZU-Raum	2 113	2 059	2 143	2 132	2 285	2 091	2 125	2 146	2 046	2 193	2 261
Abkommensländer außerhalb des EZU-Raums	311	300	322	330	362	317	364	397	385	380	401
Nichtabkommensländer ³⁾	461	418	470	519	570	453	480	557	490	649	678
Einfuhr nach Währungsräumen ²⁾ EZU-Raum	1 576	1 491	1 487	1 599	1 744	1 586	1 529	1 656	1 553	1 727	1 827
Abkommensländer außerhalb des EZU-Raums	314	281	275	287	305	283	259	262	241	255	271
Nichtabkommensländer ³⁾	693	780	789	750	767	701	632	658	596	671	636
Durchschnittswerte (1954 = 100)											
Durchschnittswerte der Ausfuereinheit	104,1	105,1	106,1	105,7	105,8	106,3	105,3	104,7	106,0	103,7	103,3
Durchschnittswerte der Einfuhreinheit	103,1	105,8	106,3	105,4	102,3	99,7	97,2	94,7	94,9	93,4	94,3
Austauschrelation ⁴⁾	101,0	99,3	99,8	100,3	103,5	106,6	108,2	110,5	111,6	111,0	109,6
Zahlungsverkehr											
Monatsdurchschnitte bzw. Monate											
Zahlungssaldo ⁵⁾ gegenüber:											
Allen Ländern	+ 383	+ 310	+ 490	+ 854	+ 75	+ 144	+ 459	+ 387	+ 380	+ 447	+ 406
EZU-Raum	+ 490	+ 574	+ 636	+ 960	+ 218	+ 332	+ 349	+ 333	+ 263	+ 429	+ 437
Abkommensländern außerhalb des EZU-Raums	- 27	+ 5	+ 8	- 32	+ 21	+ 13	+ 49	+ 38	+ 73	- 10	+ 20
Nichtabkommensländern ³⁾	- 80	- 269	- 154	- 74	- 164	- 201	+ 61	+ 16	+ 44	+ 28	- 51
Rechnungsposition in der EZU	+ 461	+ 512	+ 555	+ 977	- 48	- 15	+ 282	+ 123	+ 45	+ 170	+ 212
davon: Kreditgewährung	+ 115	+ 128	+ 139	+ 244	- 12	- 4	+ 71	+ 31	+ 11	+ 42	+ 53
Gold- und Dollarzahlungen	+ 346	+ 384	+ 416	+ 733	- 36	- 11	+ 169	+ 84	+ 18	+ 128	+ 159
DM-Zahlungen ⁶⁾							+ 42	+ 8	+ 16		
Goldbestand und Auslandsforderungen⁷⁾ der Deutschen Bundesbank⁸⁾											
Stand am Ende des Berichtszeitraums											
Goldbestand und uneingeschränkt verwendbare Auslandsforderungen (netto)											
Insgesamt	+14 169	+14 904	+16 012	+17 576	+16 587	+16 674	+17 348	+18 283	+18 136	+18 283	+18 551
darunter:											
Goldbestand	+ 6 275	+ 7 379	+ 8 523	+10 077	+10 674	+10 333	+10 815	+10 907	+10 864	+10 907	+11 057
US-\$ (einschl. can. \$)	+ 7 332	+ 6 823	+ 6 646	+ 6 690	+ 6 148	+ 6 245	+ 6 101	+ 7 265	+ 7 259	+ 7 265	+ 7 281
Befristete oder nur beschränkt verwendbare Auslandsforderungen (netto)											
Insgesamt	+ 3 700	+ 3 810	+ 4 160	+ 5 978	+ 6 403	+ 6 264	+ 6 883	+ 6 923	+ 6 894	+ 6 923	+ 6 906
darunter:											
Guthaben bei der EZU ⁹⁾	+ 2 890	+ 3 218	+ 3 571	+ 4 028	+ 4 242	+ 4 147	+ 4 223	+ 4 034	+ 4 045	+ 4 034	+ 4 057
Sonderkredit an die EZU ¹⁰⁾	—	—	—	—	—	+ 55	+ 224	+ 253	+ 224	+ 253	+ 295
Schuldverschreibungen der Weltbank	+ 74	+ 74	+ 74	+ 494	+ 809	+ 809	+ 1 124	+ 1 324	+ 1 324	+ 1 324	+ 1 240
Zweckgebundene Guthaben bei ausländischen Banken und zweckgebundene Geldmarktanlagen	+ 240	+ 70	+ 171	+ 953	+ 1 032	+ 897	+ 915	+ 1 002	+ 1 002	+ 1 002	+ 1 000
Konsolidierungskredite an ausländische Zentralbanken	+ 403	+ 383	+ 352	+ 327	+ 384	+ 349	+ 303	+ 283	+ 298	+ 283	+ 283
Gesamte Auslandsforderungen nach Währungsräumen (netto)											
Forderungen gegenüber:											
Nichtabkommensländern ¹¹⁾	+ 7 394	+ 6 899	+ 6 714	+ 7 127	+ 6 919	+ 7 045	+ 7 214	+ 8 462	+ 8 434	+ 8 462	+ 8 411
EZU-Raum (einschl. Forderungen gegenüber der EZU)	+ 3 888	+ 4 208	+ 4 679	+ 6 155	+ 5 167	+ 5 277	+ 5 937	+ 5 567	+ 5 458	+ 5 567	+ 5 727
Abkommensländern außerhalb des EZU-Raums	+ 312	+ 228	+ 256	+ 195	+ 230	+ 283	+ 265	+ 270	+ 274	+ 270	+ 262
Angaben für frühere Monate und Erläuterungen: Tabellen Nr. VII, Außenwirtschaft, im Statistischen Teil des vorliegenden Hefes.											
<p>¹⁾ Die Daten sind mit den im Rahmen des Bundesbankausweises angegebenen Zahlen nicht ganz identisch, da der Goldbestand und die Auslandsforderungen hier entsprechend den Vorschriften des Internationalen Währungsfonds für die Aufstellung von Zahlungsbilanzen zum Paritätskurs angegeben sind, während sie im Bundesbankausweis zum Jahresende nach dem Niederwertprinzip und für das laufende Jahr jeweils zum Tageskurs berechnet werden. Darüber hinaus bestehen bei den Verbindlichkeiten gewisse Unterschiede in Bezug auf die Abgrenzung der zu berücksichtigenden Positionen; so können in der Zahlungsbilanz zur Zeit mangels statistischer Unterlagen über die Umsätze noch nicht alle in der Position „Einlagen ausländischer Einleger“ des Bundesbankausweises erfaßten Verbindlichkeiten berücksichtigt werden.</p> <p>²⁾ Einfuhr aus Einkaufsländern, Ausfuhr nach Käuferländern. — ³⁾ Ohne nicht ermittelte Länder. — ⁴⁾ Dollarländer und sonstige Nichtabkommensländer. — ⁵⁾ Durchschnittswerte der Ausfuhr in vH der Durchschnittswerte der Einfuhr. — ⁶⁾ Salden aller einen Währungsraum betreffenden Zahlungen für Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr sowie für unentgeltliche Leistungen ohne Rücksicht auf die gezahlte Währung. — ⁷⁾ DM-Zahlungen der EZU gemäß Beschluß Nr. 19 des EZU-Direktoriums vom 18. 11. 1957. — ⁸⁾ Guthaben auf laufenden Fremdwährungs- und DM-Konten sowie befristete und zweckgebundene Forderungen abzüglich der entsprechenden Verbindlichkeiten. — ⁹⁾ Bis 31. 7. 1957: Bank deutscher Länder. — ¹⁰⁾ Ohne Berücksichtigung der jeweils letzten EZU-Abrechnung. — ¹¹⁾ Sonderkredit der Bundesrepublik an die EZU im Zusammenhang mit dem Sonderkredit der EZU an Frankreich gemäß Ratsbeschluß der OEEC vom 11. 2. 1958. — ¹²⁾ Einschl. US-\$-Guthaben in anderen Ländern. — ¹³⁾ Teilweise vorläufig.</p>											

sprechenden Vorjahrszeitraum, wobei freilich zu berücksichtigen ist, daß hier die Entwicklung vergleichsweise wenig oder gar nicht durch Preis- oder Frachtratenrückgänge beeinträchtigt wurde. Wie aus der vorstehenden Tabelle hervorgeht, hat von den wichtigeren europäischen Ländern allein Schweden einen Rückgang seiner Exporte in die Bundesrepublik zu verzeichnen, was außer auf niedrigere Getreidebezüge vor allem auf den Rückgang der Eisenerzimporte der Bundesrepublik zurückzuführen ist. Die anderen europäischen Länder konnten dagegen ihre Exporte in die Bundesrepublik zum Teil beträchtlich erhöhen. Die Einfuhr aus den Dollarländern, die sich zum weitaus überwiegenden Teil aus Rohstoffen und Halbwaren sowie Nahrungs- und Genußmitteln zusammensetzt, ist dagegen — hauptsächlich infolge der Preisbaisse an den Weltwarenmärkten und der niedrigen Seefrachtraten — gesunken, obwohl auch hier dem Rückgang der Einfuhrwerte zum Teil noch eine Steigerung der eingeführten Mengen gegenübersteht.

Trotz dieser relativ günstigen Entwicklung des Volumens ist die Zunahme des Einfuhrwerts jedoch in den letzten beiden Monaten durchweg von der Steigerung der *Ausfuhr* übertroffen worden. So war die Ausfuhr im Oktober mit 3 356 Mio DM um 117 Mio DM höher als im Vormonat, während die Einfuhr nur um 80 Mio DM zugenommen hat. Daß sich die Ausfuhr in letzter Zeit relativ günstig entwickelte, hängt zweifellos zum Teil mit saisonalen Einflüssen zusammen; in den letzten Monaten des Jahres nimmt die Ausfuhr, ebenso wie die Einfuhr, in der Regel zu. Eine Rolle spielen aber auch sicher die nicht-saisonalen Faktoren, auf die im letzten Monatsbericht ausführlicher eingegangen wurde, also vor allem die Tatsache, daß diejenigen Produkte, die an der deutschen Ausfuhr in besonders starkem Maße beteiligt sind, wie Investitionsgüter, im allgemeinen nach wie vor einen verhältnismäßig guten Markt finden, zumal viele Länder sich für derartige Einfuhren auf nicht unbeträchtliche Kredit-hilfen, und zwar auch von deutscher Seite, stützen können. Immerhin wird die im letzten Monatsbericht geäußerte Ansicht, daß man die seit einiger Zeit zu beobachtende Belebung der Ausfuhr nicht überschätzen sollte, durch die neueren Daten durchaus bestätigt. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahrsmonat war die Ausfuhr im Oktober nur um 2,9 vH höher; ihre „jährliche Zuwachsrate“ blieb damit nicht unbeträchtlich hinter der des dritten Quartals — 3,8 vH — zurück. Auch die letzten Angaben über die Auftrags-eingänge aus dem Ausland — sie beziehen sich auf den September — sind wiederum relativ ungünstig: der Auftragseingang machte in diesem Monat nur 86 vH

des laufenden Umsatzes aus, so daß die Relation für das gesamte dritte Quartal auf 91 vH gegen 100 vH im Vorvierteljahr und 99 vH im dritten Quartal von 1957 gesunken ist. Da die unerledigten Auftragsbestände in



Die Ausfuhr von Fertigwaren nach Währungsräumen
Januar bis September 1958

Ländergruppen und Länder	Ausfuhr ¹⁾	Zunahme gegenüber Jan./Sept. 1957
	Mrd DM	in vH
EZU-Länder	15,2	2,5
davon:		
Europäische Länder	12,7	1,2
Überseeländer	2,5	9,9
Abkommensländer außerhalb des EZU-Raums	2,9	16,7
Nichtabkommensländer	4,0	6,0
davon:		
Vereinigte Staaten von Amerika	1,7	0,2
Übrige Länder	2,3	10,6
Alle Länder	22,1	4,8

¹⁾ Ausfuhr erfaßt nach Käuferländern.

vielen Industriezweigen im Verlauf der letzten Monate bereits erheblich zurückgegangen sind, müßte die Ausfuhr in nächster Zeit also auf wachsende Absatzschwierigkeiten stoßen, wenn sich der Eingang an neuen Aufträgen in den kommenden Monaten nicht wieder hebt.

Im Hinblick auf den *Handelsbilanzüberschuß*, auf dessen neuesten Stand bereits oben eingegangen wurde, verdient vielleicht noch angemerkt zu werden, daß sich die Erhöhung, die er im bisherigen Verlauf des Jahres gegenüber der entsprechenden Zeit des Vorjahres aufweist, im wesentlichen aus der Entwicklung des Handelsverkehrs mit den sogenannten Nichtabkommensländern, also nicht aus dem Verkehr mit den EZU-Ländern und den Bekomark-Ländern, erklärt. Im vorstehenden Schaubild kommt das deutlich zum Ausdruck. Der Ausfuhrüberschuß gegenüber sämtlichen Abkommensländern war in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres mit 5,6 Mrd DM nicht höher als vor einem Jahr, da hier die Zunahme der Ausfuhr, wie schon oben angedeutet, durch eine weitere Zunahme der Einfuhr, und zwar auch der Einfuhrwerte, ausgeglichen wurde. Im Handelsverkehr mit den Nichtabkommensländern, der praktisch immer passiv war, ging dagegen die Einfuhr dem Werte nach unter dem Einfluß der Rohstoff- und Frachtenbaisse so stark zurück, daß die auch hier noch zu verzeichnende weitere Zunahme der Ausfuhr um so stärker zu Buch schlug und der Einfuhrüberschuß im Vergleich zum Vorjahr um 1,2 Mrd DM niedriger war. Bei gleichgebliebenem Ausfuhrüberschuß in dem Verkehr mit den Abkommensländern hat sich also der Aktivsaldo der Gesamtbilanz entsprechend erhöht.

An der Entwicklung des *Dienstleistungsverkehrs* ist bemerkenswert, daß sich die im bisherigen Verlauf des

Jahres zu beobachtende Verminderung des Aktivsaldos fortgesetzt hat. Der Überschuß betrug hier im Oktober 220 Mio DM gegen 230 Mio DM im Vormonat und 260 Mio DM im Monatsdurchschnitt des ersten Halbjahrs. Dabei waren die Deviseneinnahmen von den in der Bundesrepublik stationierten ausländischen Truppen — diese Einnahmen stellen einen der wichtigsten Posten auf der Aktivseite der Dienstleistungsbilanz dar — mit 380 Mio DM im Oktober besonders hoch. Die Zunahme dieses Postens wurde jedoch allein schon dadurch weitgehend kompensiert, daß die Bilanz der Kapitalerträge, die ebenfalls zum Dienstleistungssektor gerechnet wird, auf Grund von Dividendenausschüttungen deutscher Tochterunternehmen zugunsten ihrer ausländischen Muttergesellschaften im Oktober ein Defizit von mehr als 80 Mio DM gegen nur 20 Mio DM im Monatsdurchschnitt des dritten Quartals aufwies. Im übrigen haben sich in diesem Bereich der Zahlungsbilanz keine erwähnenswerten Änderungen ergeben.

Auch in der Bilanz der *unentgeltlichen Leistungen und des Kapitalverkehrs* sind gegenüber der im letzten Monatsbericht gegebenen Darstellung keine wesentlichen neuen Tendenzen zu registrieren. Das Defizit stellte sich hier im Oktober auf 340 Mio DM gegen 370 Mio DM im September und 390 Mio DM im Durchschnitt der ersten acht Monate des Jahres. Der Rückgang hängt in der Hauptsache damit zusammen, daß die staatlichen Kapitalleistungen an das Ausland, die in der Regel sehr starken Schwankungen unterliegen, im Oktober verhältnismäßig niedrig waren. Im Bereich der privaten Kapitaltransaktionen sind dagegen wieder einige Anzeichen für eine allmähliche kontinuierliche Verstärkung des Kapitalexports zu registrieren. Die gesamten längerfristigen privaten Investitionen im Ausland stellten sich im Oktober auf fast 100 Mio DM netto gegen rd. 40 Mio DM im Monatsdurchschnitt des dritten Quartals. Die Zunahme beruhte in erster Linie darauf, daß im Oktober — wie schon im letzten Bericht erwähnt — eine Auslandsanleihe im Betrage von 50 Mio DM (die erste, die seit Jahrzehnten am deutschen Markt begeben wurde) placiert werden konnte, da sich das Zinsniveau des deutschen Kapitalmarkts dem anderer Länder nun so weit angenähert hat, daß die Auflegung von Auslandsanleihen ins Auge gefaßt werden kann. Im übrigen verdient Beachtung, daß im Oktober, wie schon in den vorangegangenen Monaten, wieder in einem für diesen Sektor nicht unbedeutlichen Umfang — nämlich im Betrage von etwa 20 Mio DM — ausländische Dividendenwerte erworben wurden. Alles in allem steht der Wertpapierhandel neuerdings also keineswegs mehr einseitig auf der Aktivseite der deutschen Kapitalbilanz, sondern es hat

Daten zur Entwicklung der Devisenposition und der Zahlungsbilanz
in Mio DM

Zeit	I. Devisenbilanz ¹⁾					II. Leistungs- und Kapitalbilanz								III. Saldo der nicht erfaßbaren Posten und der statistischen Ermittlungsfehler ⁸⁾ (I - II)	
	Zugang bzw. Abgang an Gold und Auslandsforderungen der Deutschen Bundesbank ²⁾	Veränderung der Devisenposition der Geschäftsbanken			Saldo der Devisenbilanz (Überschüsse bzw. Defizite im Zahlungsverkehr mit dem Ausland)	Saldo des Waren- und Dienstleistungsverkehrs			Saldo der unentgeltlichen Leistungen und des Kapitalverkehrs						Saldo der Leistungs- und Kapitalbilanz
		Ins-gesamt	Veränderung der Guthaben bei ausländischen Banken (einschl. Geldmarktanlagen)	Veränderung der DM-Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland ³⁾		Ins-gesamt	Handelsbilanz ⁴⁾	Dienstleistungs-bilanz ^{5) 6)}	Ins-gesamt	Unentgeltliche Leistungen ⁷⁾	Kapitalverkehr				
											Ins-gesamt	Langfristig	Kurzfristig		
1955	+1 852	+ 60	+ 40	+ 20	+1 912	+2 948	+1 245	+1 703	-1 280	- 814	- 466	- 530	+ 64	+1 668	+ 244
1956	+5 087	- 425	+ 40	- 465	+4 662	+5 499	+2 897	+2 602	-1 486	-1 107	- 379	- 557	+ 178	+4 013	+ 649
1957	+5 121	+ 65	+ 413	- 348	+5 186	+7 701	+4 271	+3 430	-4 202	-1 650	-2 552	- 730	-1 822	+3 499	+1 687
1957 1. Vj.	+ 845	+ 84	- 68	+ 152	+ 929	+1 564	+ 718	+ 846	-1 035	- 344	- 691	- 110	- 581	+ 529	+ 400
2. "	+1 458	+ 11	+ 34	- 23	+1 469	+2 040	+1 203	+ 837	-1 264	- 423	- 841	- 136	- 705	+ 776	+ 693
3. "	+3 382	- 820	- 34	- 786	+2 562	+1 959	+1 093	+ 866	- 798	- 464	- 334	- 293	- 41	+1 161	+1 401
4. "	- 564	+ 790	+ 481	+ 309	+ 226	+2 138	+1 257	+ 881	-1 105	- 419	- 686	- 191	- 495	+1 033	- 807
1958 1. Vj.	- 52	+ 485	+ 206	+ 279	+ 433	+1 769	+ 916	+ 853	-1 414	- 477	- 937	- 229	- 708	+ 355	+ 78
2. "	+1 293	+ 83	- 56	+ 139	+1 376	+2 388	+1 683	+ 705	-1 121	- 454	- 667	- 495	- 172	+1 267	+ 109
3. "	+ 975	+ 188	+ 136	+ 52	+1 163	+2 215	+1 616	+ 599	- 965	- 386	- 579	- 430	- 149	+1 250	- 87
1957 Okt.	+ 87	+ 259	+ 45	+ 214	+ 346	+ 629	+ 354	+ 275	- 135	- 116	- 19	- 3	- 16	+ 494	- 148
Nov.	- 269	+ 502	+ 253	+ 249	+ 233	+ 722	+ 410	+ 312	- 386	- 158	- 228	- 35	- 193	+ 336	- 103
Dez.	- 382	+ 29	+ 183	- 154	- 353	+ 787	+ 493	+ 294	- 584	- 145	- 439	- 153	- 286	+ 203	- 556
1958 Jan.	- 64	+ 283	+ 79	+ 204	+ 219	+ 141	- 113	+ 254	- 356	- 161	- 195	- 33	- 162	- 215	+ 434
Febr.	- 209	+ 120	+ 76	+ 44	- 89	+ 841	+ 545	+ 296	- 651	- 153	- 498	- 37	- 461	+ 190	- 279
März	+ 221	+ 82	+ 51	+ 31	+ 303	+ 787	+ 484	+ 303	- 407	- 163	- 244	- 159	- 85	+ 380	- 77
April	+ 370	- 69	- 17	- 52	+ 301	+ 841	+ 573	+ 268	- 445	- 177	- 268	- 146	- 122	+ 396	- 95
Mai	+ 570	+ 80	+ 51	+ 29	+ 650	+ 853	+ 620	+ 233	- 143	- 131	- 12	- 6	- 6	+ 710	- 60
Juni	+ 353	+ 72	- 90	+ 162	+ 425	+ 694	+ 490	+ 204	- 533	- 146	- 387	- 343	- 44	+ 161	+ 264
Juli	+ 490	- 154	- 8	- 146	+ 336	+ 655	+ 486	+ 169	- 173	- 106	- 67	- 6	- 61	+ 482	- 146
Aug.	+ 309	+ 71	- 36	+ 107	+ 380	+ 748	+ 547	+ 201	- 426	- 164	- 262	- 227	- 35	+ 322	+ 58
Sept.	+ 176	+ 271	+ 180	+ 91	+ 447	+ 812	+ 583	+ 229	- 366	- 116	- 250	- 197	- 53	+ 446	+ 1
Okt. ⁸⁾	+ 251	+ 155	+ 195	- 40	+ 406	+ 840	+ 620	+ 220	- 340	- 120	- 220	- 90	- 130	+ 500	- 94

¹⁾ Einschl. der Veränderung der befristeten und nur beschränkt verwendbaren Auslandsforderungen der Deutschen Bundesbank (vgl. dazu Tabelle „Zur Außenwirtschaftslage“ dieses Berichtsteils bzw. Tabelle VII/3 im Statistischen Teil des vorliegenden Heftes). — ²⁾ Bis 31. 7. 1957: Bank deutscher Länder. — ³⁾ Zunahme der Verbindlichkeiten —, Abnahme +. — ⁴⁾ Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik: Einfuhr cif, Ausfuhr fob. — ⁵⁾ Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten. Außerdem wird hier im Gegensatz zu unseren sonstigen Zahlungsbilanzveröffentlichungen die Ausfuhr von Schiffs- und Flugzeugbedarf nicht den Dienstleistungen zugerechnet; die Transithandelspitze und sonstige den Warenverkehr betreffende Ergänzungen sind dagegen zusammen mit den Dienstleistungen erfaßt. — ⁶⁾ Einschl. der Einnahmen aus Warenlieferungen und Dienstleistungen für ausländische Streitkräfte. — ⁷⁾ Hauptsächlich Wiedergutmachungsleistungen. — ⁸⁾ Hauptsächlich Veränderungen in den „terms of payment“. — ⁹⁾ Teilweise geschätzt.

sich auch hier eine stärkere wechselseitige Kapitalverflechtung mit dem Ausland angebahnt.

Die sonstigen Veränderungen in der Kapitalbilanz — sie sind aus der vorstehenden Tabelle zu ersehen — bedürfen dagegen kaum eines Kommentars. Die starke Zunahme des Passivsaldo der kurzfristigen Kapitalbewegungen hängt mit der zumindest zeitweiligen Übernahme bestimmter Schuldverschreibungen durch einen großen öffentlichen Fonds zusammen. Keine wesentliche Änderung hat sich dagegen im Stand der Remboursverschuldung gegenüber dem Ausland ergeben; nachdem diese im September (wohl unter dem Einfluß der veränderten Zinsrelationen) um 120 Mio DM zurückgegangen war, ist sie im Oktober wieder um ein geringes, nämlich um 12 Mio DM, gestiegen. Die Banken waren an dieser Zunahme jedoch nicht beteiligt;

sie entfiel vielmehr ausschließlich auf die Direktverschuldung deutscher Firmen und dürfte mit der saisonbedingten Erhöhung bestimmter Rohstoffeinfuhren zusammenhängen.

Faßt man alle Änderungen in den Einzelpositionen der Leistungs- und Kapitalbilanz zusammen, so kommt man für den Oktober zu einem Überschuf von etwa 500 Mio DM gegen 320 Mio DM im Monatsdurchschnitt der ersten drei Quartale des laufenden Jahres und 290 Mio DM im Monatsdurchschnitt des Jahres 1957. Die Devisenbilanz schloß demgegenüber — wie im einzelnen eingangs dargelegt — mit einem Aktivsaldo von etwas über 400 Mio DM (gegen 330 bzw. 430 Mio DM in den beiden eben erwähnten Vergleichszeiträumen) ab. Die Differenz zwischen dem Saldo der Leistungs- und Kapitalbilanz und dem der Devisenbilanz in Höhe

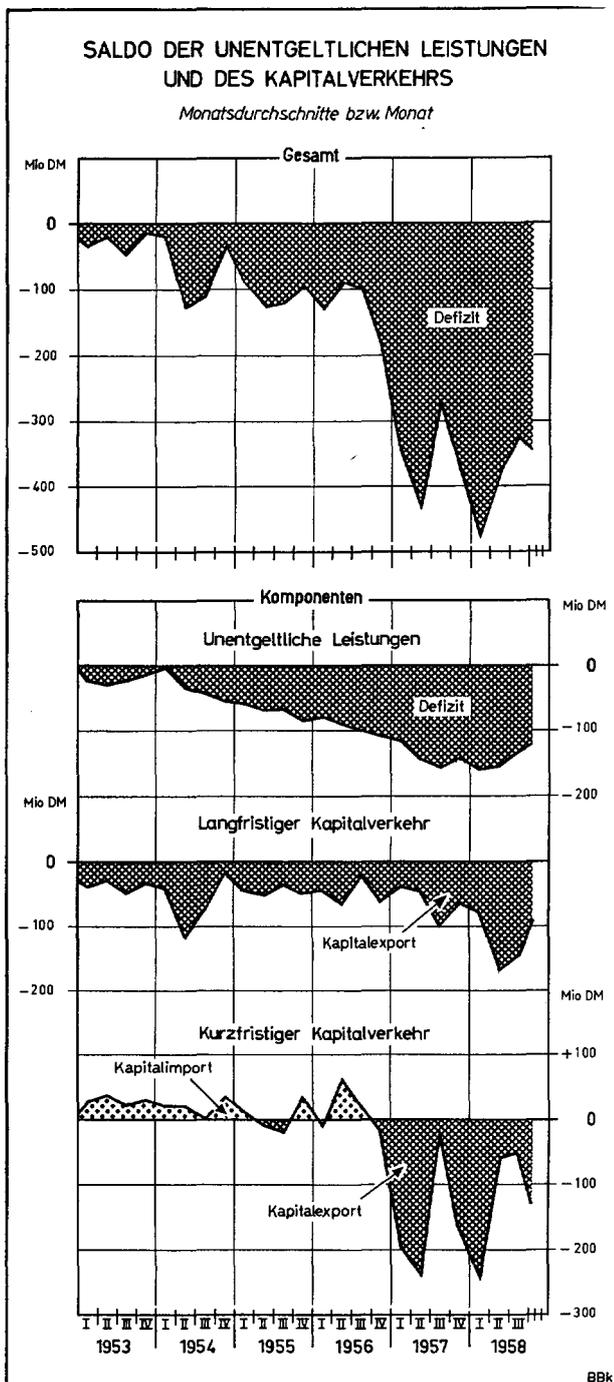
von fast 100 Mio DM ist nicht geklärt. Sie dürfte in der Hauptsache auf Verschiebungen in den *terms of payment* zuungunsten der Bundesrepublik beruhen. Bis zu einem gewissen Grade mag es sich dabei um zufällige Veränderungen handeln, da es ja nicht selten ist, daß die effektiven Leistungen und die korrespondierenden Zahlungsvorgänge zeitlich auseinanderfallen. Wie schon in den letzten Monatsberichten erwähnt, liegt jedoch eine Verschlechterung der Zahlungsbedingungen seit etwa einem Jahr, d. h. seit dem Ende der Spekulation auf eine Aufwertung der DM bzw. eine Abwertung anderer

Währungen, in der allgemeinen Entwicklungslinie des deutschen Zahlungsverkehrs mit dem Ausland, da nunmehr nicht nur die schon früher bezahlten Exporte ausgeliefert werden, sondern auch die Exporteure bei Neuabschlüssen in zunehmendem Maße längere Zahlungsziele einräumen müssen, um Aufträge zu erhalten. Bereits im dritten Quartal d. J. waren infolgedessen die Netto-Deviseneingänge um nahezu 90 Mio DM hinter dem Überschuß der Leistungs- und Kapitalbilanz zurückgeblieben. Bekanntlich handelt es sich dabei um eine versteckte, zu Lasten der betreffenden Lieferfirmen gehende Form des Kapitalexports, die, solange die Firmen liquiditätsmäßig hierzu imstande sind, gewiß nicht bedenklich ist, die aus allgemeinwirtschaftlichen Überlegungen aber doch möglichst bald durch einen regulären, über die Wertpapiermärkte finanzierten Kapitalexport abgelöst werden sollte.

Die Devisenbilanz gegenüber dem EZU-Raum

Wirft man schließlich noch einen Blick auf die Entwicklung der deutschen Zahlungsbilanz gegenüber den einzelnen Währungsräumen, so verdienen besonders die Beziehungen zum EZU-Raum Beachtung. Hier hat sich im Vergleich zum Vorjahr ein geradezu radikaler Wandel in der deutschen Überschußposition vollzogen. Im Jahre 1957 war die deutsche Devisenbilanz gegenüber den EZU-Ländern mit fast 7,2 Mrd DM aktiv. In den ersten zehn Monaten des laufenden Jahres ergab sich dagegen ein Überschuß von nur noch 3,5 Mrd DM; auch wenn man für die letzten Monate noch mit Zugängen in gleicher Höhe wie im Durchschnitt der Monate seit Mitte des Jahres rechnet, d. h. mit zusammen etwa 700 Mio DM, wird der Aktivsaldo im Vergleich zum Vorjahr also beträchtlich sinken. Ausschlaggebend hierfür ist, daß im vergangenen Jahr die Devisenzuflüsse infolge hoher, spekulativ bedingter Vorauszahlungen auf deutsche Warenlieferungen ein ungewöhnliches Ausmaß angenommen hatten, während im laufenden Jahr eher von einer umgekehrten Entwicklung gesprochen werden kann. Daneben ist aber auch der Überschuß im Außenhandel beträchtlich zurückgegangen; er betrug in der Zeit von Januar bis Oktober 5,2 Mrd DM gegenüber 5,8 Mrd DM in der Vergleichsperiode des Vorjahres.

Der Rechnungsüberschuß, den die Bundesrepublik in der EZU-Abrechnung erzielte, ist überdies im bisherigen Verlauf des Jahres mit 1,4 Mrd DM noch hinter dem gesamten Devisenüberschuß im Verkehr mit diesem Währungsraum (3,5 Mrd DM) zurückgeblieben. Hierzu hat erheblich beigetragen, daß sich ein Teil der gesamten Netto-Devisenzugänge im laufenden Jahr nicht bei der Bundesbank, sondern in einer Verbesse-



zung der Devisenposition der Geschäftsbanken, nicht zuletzt in einer Zunahme ihrer Auslandsguthaben, niedergeschlagen hat und daß diese Guthaben nicht in die — auf die Notenbanken beschränkte — Abrechnung über die EZU eingehen.

Von dem Rechnungsüberschuß der ersten zehn Monate d. J. — in Höhe von, wie gesagt, 1,4 Mrd DM — wurden, dem Abrechnungsmodus der EZU entsprechend, 75 vH durch Barzahlungen der EZU an die Bundesrepublik abgedeckt und 25 vH der EZU von der Bundesrepublik kreditiert. Wenn das deutsche EZU-Guthaben trotzdem seit Ende 1957 leicht zurückgegangen ist — nach Durchführung der EZU-Abrechnung für den Oktober d. J. stellte es sich auf 4,1 Mrd DM (977 Mio RE) gegen knapp 4,2 Mrd DM (997 Mio RE) Ende 1957 —, so liegt das einmal daran, daß die Bundesrepublik von einzelnen EZU-Partnerländern auf Grund bilateraler Konsolidierungsvereinbarungen „planmäßige“ Rückzahlungen in Gold und frei konvertierbarer Währung in Höhe von 214 Mio DM erhielt und daß ihr darüber hinaus 216 Mio DM als Anteil an den freiwilligen Kreditrückzahlungen Italiens und Portugals an die

EZU zuflossen. Dieser Zugang an Gold und Devisen, der mit einer entsprechenden Abnahme des deutschen EZU-Guthabens verbunden ist, ging um 84 Mio DM über den Kreditanteil der Rechnungsüberschüsse für die Monate Januar bis Oktober 1958 hinaus.

Dem Rückgang des eigentlichen EZU-Guthabens stand allerdings die Gewährung eines Sonderkredits an die EZU in Höhe von 346 Mio DM gegenüber. Dieser Kredit entspricht der Beteiligung der Bundesrepublik an dem Sonderkredit, der Frankreich von der Europäischen Zahlungsunion zu Beginn dieses Jahres im Rahmen einer internationalen Finanzhilfe eingeräumt worden war. Im ganzen ist eine deutsche Beteiligung an diesem Sonderkredit bis zu 420 Mio DM vorgesehen; die Bundesrepublik wurde also bereits zu mehr als vier Fünftel ihrer ursprünglichen Zusage in Anspruch genommen. Unter Einschluß dieses Sonderkredits beliefen sich die deutschen Forderungen an die EZU am 31. Oktober d. J. auf 4 448 Mio DM (1 059 Mio RE) gegen 4 186 Mio DM (997 Mio RE) am Ende des vergangenen Jahres.

Statistischer Teil

Soweit nicht anders vermerkt, beziehen sich die nachfolgenden statistischen Übersichten auf das Bundesgebiet einschließlich West-Berlin außer Saarland. Auch in den Tabellen des Teils III „Kreditinstitute“, die bis zum Monatsbericht April 1958 einschließlich nicht die West-Berliner Zahlen umfaßten, sind diese nunmehr enthalten.

I. Geldversorgung, Bankkredit, Bankenliquidität	
1. Zusammengefaßte statistische Bilanz der Kreditinstitute einschließlich der Deutschen Bundesbank	46
2. Zur Entwicklung der Bankenliquidität und der Inanspruchnahme des Zentralbankkredits durch die Kreditinstitute	48
3. Bargeldumlauf und Bankeinlagen	50
II. Deutsche Bundesbank	
A. Bargeldumlauf, Kredite, Einlagen	
1. Bargeldumlauf	51
2. Zentralbankkredite an Nichtbanken	51
3. Zentralbankkredite an Kreditinstitute	52
4. Zentralbankeinlagen von Nichtbanken und von Kreditinstituten	52
5. Mindestreservenstatistik	53
B. Ausweis der Deutschen Bundesbank	54
III. Kreditinstitute	
A. Kredite, Wertpapierbestände, Einlagen	
1. Kurz-, mittel- und langfristige Kredite	56
2. Teilzahlungskredite	62
3. Wertpapierbestände und Konsortialbeteiligungen	62
4. Kredite und Einlagen der Ländlichen Kreditgenossenschaften	63
5. Girale Verfügungen von Nichtbanken	63
6. Kredite an Nichtbanken nach Verwendungszwecken	63
7. Einlagen von Nichtbanken	64
8. Umsätze im Sparverkehr	66
9. Kurzfristige Kredite und Einlagen nach der halbmonatlichen Bankenstatistik	67
B. Zwischenbilanzen	
1. Zwischenbilanzen der Kreditinstitute	68
2. Zahl der Kreditinstitute und Gliederung der monatlich berichtenden Kreditinstitute nach Größenklassen	80
IV. Zinssätze	
1. Zinssätze der Deutschen Bundesbank	81
2. Die in den einzelnen Ländern geltenden Soll- und Habenzinsen	82
3. Entwicklung der Soll- und Habenzinsen seit der Währungsreform	84
4. Geldmarktsätze in Frankfurt (Main) nach Monaten	84
5. Tagesgeldsätze in Frankfurt (Main) nach Bankwochen	84
V. Kapitalmarkt	
1. Auflegung und Absatz von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien	85
2. Tilgung und Netto-Absatz von festverzinslichen Wertpapieren	86
3. Umlauf an festverzinslichen Wertpapieren	87
4. Absatz und Umlauf von Aktien	88
5. Umlauf der Wertpapiere aus dem Altgeschäft und der Altsparerwertpapiere	88
6. Wertpapier-Absatz: Nominalwerte, Kurswerte und Durchschnitts-Emissionskurse	88
7. Absatz von Industrie-Obligationen und Aktien	89
8. Zinssätze und Emissionskurse	89
9. Wertpapier-Absatz nach Käufergruppen	90
10. Investment-Gesellschaften	90
11. Durchschnittskurse und -Renditen festverzinslicher DM-Wertpapiere	92
12. Index der Aktienkurse	92
13. Index der Börsenumsätze	92
14. Bausparkassen	93
VI. Öffentliche Finanzen	
1. Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Lastenausgleichsfonds	94
2. Umlauf an verzinslichen Schatzanweisungen und öffentlichen Anleihen	94
3. Umlauf an Schatzwechseln, unverzinslichen Schatzanweisungen und sonstigen Geldmarktpapieren	95
4. Kassenmäßige Entwicklung des Bundeshaushalts	96
5. Die Verschuldung des Bundes	97
6. Finanzergebnisse der Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten	97
7. Ausgleichsforderungen	98
VII. Außenwirtschaft	
1. Warenhandelsbilanz nach Ländergruppen bzw. Ländern	99
2. Zur Entwicklung der Zahlungsbilanz	101
3. Goldbestand und Auslandsforderungen der Deutschen Bundesbank	101
4. DM-Verpflichtungen der Geschäftsbanken	102
5. Die Entwicklung der Position der EZU-Mitgliedsländer	102
VIII. Produktion, Auftragseingang, Arbeitsmarkt, Umsätze und Preise	
1. Index der industriellen Produktion	103
2. Auftragseingang und Umsatz bei der Industrie	103
3. Arbeitsmarkt	104
4. Einzelhandelsumsätze	104
5. Preisindexziffern	104
IX. Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse	105
X. Diskontsätze im Ausland	106

3. Zentralbankkredite an Kreditinstitute
Mio DM

Zeit	Kreditinstitute (ohne KFW)				Kreditanstalt für Wiederaufbau		
	insgesamt ¹⁾	Wechselkredite ¹⁾	Lombardkredite	vorübergehend angekaufte Ausgleichsforderungen ²⁾	insgesamt	Kassenkredite	Wertpapiere
1950 Dez.	5 201.9	4 235.4	360.6	605.9	368.7	368.7	—
1951 Dez.	5 694.0	4 757.2	290.8	646.0	454.0	454.0	—
1952 Dez.	4 083.9	3 389.0	253.5	441.4	468.4	268.5	199.9
1953 Dez.	3 351.1	2 739.1	245.2	366.8	225.6	202.6	23.0
1954 Dez.	3 339.0	2 837.7	265.1	236.2	207.3	195.2	12.1
1955 Dez.	4 683.0	4 130.9	340.5	211.6	145.0	139.5	5.5
1956 Dez.	3 127.1	2 723.7	220.7	182.7	58.6	46.6	12.0
1957 Dez.	1 676.6	1 463.0	52.8	160.8	67.8	66.8	1.0
1956 Mai	4 397.1	4 134.7	66.8	195.6	100.4	94.8	5.6
1956 Juni	4 290.6	3 975.5	120.8	194.3	87.7	82.1	5.6
1956 Juli	3 643.9	3 372.1	80.5	191.3	100.4	95.0	5.4
1956 Aug.	2 931.6	2 667.9	75.1	188.6	84.8	76.3	8.5
1956 Sept.	3 192.7	2 867.4	137.0	188.3	68.3	59.8	8.5
1956 Okt.	2 392.1	2 154.7	49.7	187.7	81.0	72.5	8.5
1956 Nov.	2 202.2	1 934.6	82.5	185.1	71.3	62.9	8.4
1956 Dez.	3 127.1	2 723.7	220.7	182.7	58.6	46.6	12.0
1957 Jan.	2 023.4	1 795.0	46.3	182.1	40.8	28.7	12.1
1957 Febr.	1 916.8	1 638.1	98.9	179.9	34.4	22.3	12.1
1957 März	2 278.7	2 037.4	62.0	179.3	46.6	32.5	14.1
1957 April	2 136.4	1 913.6	44.6	178.2	61.6	46.5	15.1
1957 Mai	2 271.3	2 051.4	45.2	174.7	62.7	47.6	15.1
1957 Juni	3 115.9	2 844.4	96.8	174.7	34.9	25.1	9.8
1957 Juli	2 146.0	1 940.9	31.0	174.1	29.0	27.6	1.4
1957 Aug.	1 435.5	1 241.7	29.7	164.1	21.8	21.4	0.4
1957 Sept.	1 645.6	1 438.2	43.4	164.0	43.6	43.2	0.4
1957 Okt.	1 223.3	1 021.2	39.0	163.1	16.9	16.5	0.4
1957 Nov.	1 121.6	923.3	35.8	162.5	10.7	10.3	0.4
1957 Dez.	1 676.6	1 463.0	52.8	160.8	67.8	66.8	1.0
1958 Jan.	1 328.3	1 139.6	28.9	159.8	10.2	10.2	—
1958 Febr.	1 257.9	1 016.1	82.2	159.6	37.9	37.9	—
1958 März	1 509.2	1 324.7	30.0	154.5	25.1	25.1	—
1958 April	1 451.2	1 242.4	56.5	152.3	12.8	12.8	—
1958 Mai	1 144.4	969.7	23.5	151.2	13.2	13.2	—
1958 Juni	1 594.7	1 397.9	46.5	150.3	12.4	12.4	—
1958 Juli	1 086.5	914.3	23.0	149.2	24.6	24.6	—
1958 Aug.	1 110.8	941.8	20.8	148.2	33.0	33.0	—
1958 Sept.	865.7	701.2	22.4	142.1	30.9	30.9	—
1958 Okt.	708.1	543.8	24.3	140.0	16.2	16.2	—

¹⁾ Einschließlich angekaufter Auslandswechsel und Exporttratten, aber ohne auf dem offenen Markt angekaufte Geldmarkttitel. — ²⁾ Mit Rückkaufverpflichtung der Kreditinstitute.

4. Zentralbankeinlagen von Nichtbanken und von Kreditinstituten
Mio DM

Zeit	Nichtbanken							Kreditinstitute ^{1) 2)}
	insgesamt		öffentliche Stellen		Gegenwertmittel ³⁾	Dienststellen der ehem. Besatzungsmächte	sonstige Einleger	
	mit zeitweilig in Ausgleichsforderungen angelegte(n) Beträge(n) ⁴⁾	ohne	Bund (ohne Sondervermögen), Länder und Lastenausgleichsbehörden ⁵⁾	sonstige öffentliche Stellen ⁶⁾				
1950 Dez.	3 693.3	3 446.0	594.3	396.6	965.0	907.7	829.7	1 887.7
1951 Dez.	3 973.8	2 999.0	1 180.3	211.0	1 312.8	997.3	272.4	2 675.0
1952 Dez.	3 913.3	2 194.1	1 890.6	178.2	825.9	753.4	265.2	2 992.6
1953 Dez.	4 935.3	1 704.2	3 181.4	373.2	496.7	639.3	244.7	3 286.9
1954 Dez.	6 266.5	1 529.9	4 684.7	400.6	352.8	523.4	305.0	4 005.9
1955 Dez.	7 003.5	3 420.7	5 949.7	274.3	272.2	265.5	241.8	4 502.2
1956 Dez.	7 682.3	4 459.3	6 711.8	339.8	192.5	143.8	294.4	5 258.5
1957 Dez.	5 097.3	4 017.1	4 017.1	431.4	167.8	140.6	340.4	7 108.9
1956 Mai	8 097.8	4 995.0	7 332.9	34.1	268.3	186.6	275.9	3 471.9
1956 Juni	8 330.2	4 963.3	7 599.7	53.1	260.6	176.7	240.1	3 682.8
1956 Juli	8 217.3	4 979.5	7 539.3	32.7	259.8	150.0	235.5	3 837.5
1956 Aug.	8 124.7	4 904.7	7 459.8	28.5	234.5	173.4	228.5	3 579.8
1956 Sept.	8 529.0	5 255.2	7 811.0	116.7	208.3	166.2	226.8	3 929.7
1956 Okt.	8 186.0	5 326.1	7 511.5	85.6	239.6	141.3	208.0	3 714.4
1956 Nov.	8 202.5	5 459.1	7 363.4	247.4	209.2	130.8	251.7	3 494.1
1956 Dez.	7 682.3	4 459.3	6 711.8	339.8	192.5	143.8	294.4	5 258.5
1957 Jan.	7 772.9	5 527.2	7 181.1	27.3	217.4	132.6	214.5	3 615.9
1957 Febr.	7 804.6	5 553.8	7 121.9	171.8	168.8	120.4	221.7	3 690.6
1957 März	7 531.1	5 373.8	6 643.2	269.1	174.1	216.5	228.2	4 167.2
1957 April	7 224.2	5 461.7	6 385.2	287.9	174.9	142.9	253.3	3 968.6
1957 Mai	7 140.5	5 815.2	6 323.3	300.3	167.1	120.2	229.6	4 363.8
1957 Juni	7 079.2	5 628.9	6 099.7	256.0	152.1	358.9	212.5	5 278.6
1957 Juli	6 362.9	6 072.9	5 212.4	331.8	181.5	432.0	205.2	4 952.2
1957 Aug.	5 539.7	4 614.2	4 614.2	73.1	172.1	370.4	309.9	4 857.1
1957 Sept.	6 285.6	4 912.8	4 912.8	314.6	246.5	501.4	310.3	5 622.6
1957 Okt.	5 901.4	4 739.9	4 739.9	302.9	177.5	199.3	481.8	5 340.9
1957 Nov.	4 956.7	4 104.3	4 104.3	164.9	161.0	132.0	394.5	5 397.0
1957 Dez.	5 097.3	4 017.1	4 017.1	431.4	167.8	140.6	340.4	7 108.9
1958 Jan.	5 146.3	4 170.3	4 170.3	271.0	190.2	70.8	444.0	5 453.4
1958 Febr.	4 671.3	3 702.2	3 702.2	205.8	218.1	146.3	398.9	5 438.4
1958 März	4 669.5	3 660.8	3 660.8	235.9	299.2	114.4	359.2	5 814.7
1958 April	3 966.9	3 307.4	3 307.4	32.8	248.5	92.5	285.7	5 921.2
1958 Mai	4 397.1	3 265.5	3 265.5	488.0	206.1	54.9	382.6	5 455.3
1958 Juni	5 220.0	3 870.3	3 870.3	603.9	326.7	70.5	348.6	5 989.5
1958 Juli	4 644.4	3 371.2	3 371.2	516.9	422.7	49.1	284.5	5 785.6
1958 Aug.	4 449.6	3 035.7	3 035.7	627.8	410.7	57.8	317.6	6 107.3
1958 Sept.	5 000.4	3 631.6	3 631.6	567.0	450.2	42.8	308.8	5 773.6
1958 Okt.	4 681.9	3 489.2	3 489.2	432.2	417.7	58.1	284.7	5 609.7

¹⁾ Einschließlich der zeitweilig in Ausgleichsforderungen angelegten Beträge. — ²⁾ Ab August 1957 Einlagen des ERP-Sondervermögens. — ³⁾ Einschließlich Postscheck- und Postsparkassenämter. — ⁴⁾ Mit Inkrafttreten des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank am 1. August 1957 ist die Möglichkeit einer Anlage öffentlicher Gelder in Ausgleichsforderungen entfallen. — ⁵⁾ Ab Mai 1958 einschließlich der Mindestreserverguthaben der Bundespost für die Postscheck- und Postsparkassenämter; vgl. Anm. ⁶⁾ in Tab. I, 2. — ⁶⁾ Ab Mai 1958 ohne die Mindestreserverguthaben der Bundespost für die Postscheck- und Postsparkassenämter; vgl. Anm. ⁷⁾ in Tab. I, 2.

langfristige Kredite *)

DM

Kredite an öffentliche Stellen						Kredite an Kreditinstitute							Monats-ende
Kurzfristige Kredite						Kurzfristige Kredite							
insgesamt mit ohne Schatzwechsel(n) und unverzinsliche(n) Schatzanweisungen des Bundes und der Länder	Debitoren (Kassen- kredite)	Wechsel- kredite	Schatz- wechsel und unver- zinsliche Schatz- anwei- sungen des Bundes und der Länder	Mittel- fristige Kredite)	Lang- fristige Kredite)	insgesamt	Debitoren		Wechsel- kredite	Mittel- fristige Kredite)	Lang- fristige Kredite)		
							insgesamt	darunter Akzept- kredite					
Girozentralen													
609.2	52.7	46.6	6.1	556.5	226.4	1 665.3	869.9	255.1	2.0	614.8	55.6	676.3	Dez. 1954
395.3	34.6	28.1	6.5	360.7	142.4	2 363.9	790.8	261.3	2.1	529.5	77.8	862.7	Dez. 1955
611.3	36.7	30.1	6.6	574.6	166.0	2 790.1 ⁶⁾	546.8	219.5	—	327.3	66.3	928.7 ⁶⁾	Dez. 1956
2 001.6	39.9	33.4	6.5	1 961.7	219.5	3 286.9	318.4	129.8	0.6	188.6	76.6	1 114.9	Dez. 1957
2 242.7	59.6	48.7	10.9	2 183.1	276.0	3 664.3	398.1	130.9	0.1	267.2	71.5	1 240.2	Mai 1958
2 118.0	38.7	27.8	10.9	2 079.3	260.0	3 677.3	363.2	142.8	—	220.4	67.4	1 225.6	Dez. 1957
2 095.7	35.5	25.1	10.4	2 060.2	243.7	3 776.4	300.5	116.7	—	183.8	69.8	1 265.2	Juli
2 151.3	86.3	77.1	9.2	2 065.0	232.1	3 856.9	246.3	106.8	—	139.5	79.9	1 270.9	Aug.
2 097.8	37.5	29.6	7.9	2 060.3	224.8	3 913.4	321.5	158.3	—	163.2	86.6	1 264.9	Sept.
Sparkassen													
116.5	63.7	60.3	3.4	52.8	140.1	986.2	43.3	11.7	—	31.6	31.4	232.6	Dez. 1954
135.4	68.9	62.8	6.1	66.5	137.5	1 351.2	90.8	15.6	—	75.2	41.3	300.5	Dez. 1955
207.7	108.4	103.0	5.4	99.3	173.6	1 812.0	94.3	18.6	—	75.7	35.3	319.8	Dez. 1956
237.2	80.6	74.9	5.7	156.6	341.0	2 143.9	110.1	18.1	—	92.0	40.7	426.7	Dez. 1957
235.5	66.3	59.4	6.9	169.2	378.6	2 394.9	130.2	20.7	—	109.5	35.3	537.8	Mai 1958
241.7	76.6	69.8	6.8	165.1	376.7	2 423.2	139.3	19.8	—	119.5	34.5	567.0	Juni
236.8	78.2	71.7	6.5	158.6	381.3	2 476.3	148.7	19.8	—	128.9	34.0	586.1	Juli
225.8	71.1	64.8	6.3	154.7	376.4	2 507.5	154.7	21.6	—	133.1	33.5	607.0	Aug.
228.2	73.3	67.4	5.9	154.9	370.1	2 573.1	148.8	22.6	0.0	126.2	36.9	620.3	Sept.
Zentralkassen +)													
1.3	0.2	0.2	—	1.1	—	0.6	614.2	305.8	6.5	308.4	53.6	213.0	Dez. 1954
15.4	0.4	0.4	—	15.0	0.8	0.5	588.0	306.4	7.3	281.6	45.2	344.2	Dez. 1955
8.3	1.1	1.1	—	7.2	0.1	0.5	561.4	309.8	7.3	251.6	39.8	424.5	Dez. 1956
37.5	0.9	0.9	—	36.6	0.6	0.9	420.6	231.8	0.2	188.8	36.5	546.0	Dez. 1957
70.9	1.3	1.3	—	69.6	0.6	0.9	394.6	216.8	—	177.8	37.1	609.5	Mai 1958
58.8	1.2	1.2	—	57.6	0.6	0.9	414.9	233.5	—	181.4	36.8	612.8	Juni
52.6	1.0	1.0	—	51.6	0.6	0.9	387.3	213.0	—	174.3	37.0	623.7	Juli
52.7	1.1	1.1	—	51.6	0.6	0.9	370.5	210.6	—	159.9	32.9	639.7	Aug.
56.3	1.3	1.3	—	55.0	0.6	0.9	346.7	193.7	—	153.0	31.8	647.9	Sept.
Gewerbliche Zentralkassen													
1.3	0.2	0.2	—	1.1	—	—	334.7	128.7	—	206.0	15.5	102.3	Dez. 1954
15.2	0.2	0.2	—	15.0	—	0.1	307.7	125.4	—	182.3	7.5	162.2	Dez. 1955
7.7	0.5	0.5	—	7.2	0.1	0.0	279.5	124.0	—	155.4	8.8	198.4	Dez. 1956
30.5	0.4	0.4	—	30.1	0.6	0.1	227.3	110.3	—	117.0	3.3	241.3	Dez. 1957
53.6	0.5	0.5	—	53.1	0.6	0.0	190.8	91.2	—	99.6	2.9	281.0	Mai 1958
41.6	0.5	0.5	—	41.1	0.6	0.0	196.6	97.8	—	98.8	2.7	278.2	Juni
41.6	0.5	0.5	—	41.1	0.5	0.1	172.2	78.1	—	94.1	2.7	280.2	Juli
41.6	0.5	0.5	—	41.1	0.5	0.1	157.5	75.9	—	81.6	3.0	283.2	Aug.
45.0	0.5	0.5	—	44.5	0.5	0.1	160.0	77.2	—	82.8	2.9	284.8	Sept.
Ländliche Zentralkassen													
0.0	0.0	0.0	—	0.0	—	0.6	279.5	177.1	6.5	102.4	38.1	110.7	Dez. 1954
0.2	0.2	0.2	—	0.0	0.8	0.4	280.3	181.0	7.3	99.3	37.7	182.1	Dez. 1955
0.6	0.6	0.6	—	—	0.6	0.5	281.9	185.8	7.3	96.1	31.0	226.1	Dez. 1956
7.0	0.5	0.5	—	6.5	0.0	0.8	193.3	121.5	0.2	71.8	33.2	304.7	Dez. 1957
17.3	0.8	0.8	—	16.5	0.0	0.9	203.8	125.6	—	78.2	34.2	328.5	Mai 1958
17.2	0.7	0.7	—	16.5	0.0	0.9	218.3	135.7	—	82.6	34.1	334.6	Juni
11.0	0.5	0.5	—	10.5	0.1	0.8	215.1	134.9	—	80.2	34.3	343.5	Juli
11.1	0.6	0.6	—	10.5	0.1	0.8	213.0	134.7	—	78.3	29.9	356.5	Aug.
11.3	0.8	0.8	—	10.5	0.1	0.8	186.7	116.5	—	70.2	28.9	363.1	Sept.
Kreditgenossenschaften +)													
2.9	2.1	1.6	0.5	0.8	6.4	11.5	17.1	4.6	—	12.5	4.2	0.4	Dez. 1954
3.0	2.1	1.5	0.6	0.9	4.2	21.7	21.5	5.0	—	16.5	2.5	0.3	Dez. 1955
7.8	3.2	2.5	0.7	4.6	3.7	38.3	8.2	5.5	—	2.7	3.4	0.5	Dez. 1956
13.4	4.5	3.6	0.9	8.9	9.3	48.2	9.3	6.8	—	2.5	1.3	1.2	Dez. 1957
10.7	3.6	2.8	0.8	7.1	9.0	52.2	10.2	6.9	—	3.3	1.0	0.9	Mai 1958
9.9	4.0	3.3	0.7	5.9	8.9	52.3	9.8	6.2	—	3.6	1.1	0.9	Juni
9.3	4.5	3.6	0.9	4.8	8.0	48.8	9.9	6.4	—	3.5	1.0	1.4	Juli
9.0	4.3	3.4	0.9	4.7	8.1	50.6	10.8	7.3	—	3.5	1.0	1.4	Aug.
9.2	4.6	3.6	1.0	4.6	8.0	51.0	10.9	7.7	—	3.2	1.0	1.5	Sept.
Gewerbliche Kreditgenossenschaften													
2.9	2.1	1.6	0.5	0.8	6.4	11.5	17.1	4.6	—	12.5	4.2	0.4	Dez. 1954
3.0	2.1	1.5	0.6	0.9	4.2	21.7	21.5	5.0	—	16.5	2.5	0.3	Dez. 1955
7.8	3.2	2.5	0.7	4.6	3.7	38.3	8.2	5.5	—	2.7	3.4	0.5	Dez. 1956
13.4	4.5	3.6	0.9	8.9	9.3	48.2	9.3	6.8	—	2.5	1.3	1.2	Dez. 1957
10.7	3.6	2.8	0.8	7.1	9.0	52.2	10.2	6.9	—	3.3	1.0	0.9	Mai 1958
9.9	4.0	3.3	0.7	5.9	8.9	52.3	9.8	6.2	—	3.6	1.1	0.9	Juni
9.3	4.5	3.6	0.9	4.8	8.0	48.8	9.9	6.4	—	3.5	1.0	1.4	Juli
9.0	4.3	3.4	0.9	4.7	8.1	50.6	10.8	7.3	—	3.5	1.0	1.4	Aug.
9.2	4.6	3.6	1.0	4.6	8.0	51.0	10.9	7.7	—	3.2	1.0	1.5	Sept.
Ländliche Kreditgenossenschaften 5)													
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Dez. 1954
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Dez. 1955
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Dez. 1956
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Dez. 1957
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Mai 1958
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Juni
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Juli
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Aug.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Sept.

stisch bedingte Abnahme durch Ausgliederung von durchlaufenden Krediten (langfristige Kredite an Nichtbanken rd. 560 Mio DM, langfristige Kredite an Wirtschaftsunternehmen Berichtspflicht für die ländlichen Kreditgenossenschaften. Während bis einschließlich Dezember 1954 diejenigen ländlichen Kreditgenossenschaften berichtspflichtig waren, die zum +) Gewerbliche und ländliche.

7. Einlagen von Nichtbanken¹⁾

Mio DM

Table with columns for year/month, total deposits, sight deposits, term deposits, savings deposits, and breakdown by economic sector (business/private, public institutions) and maturity period. Includes sub-sections for 'Alle Bankengruppen', 'Kreditbanken', 'Großbanken', 'Staats-, Regional- und Lokalbanken', 'Privatbankiers', 'Spezial-, Haus- und Branchebanken', and 'Girozentralen'.

8. Umsätze im Sparverkehr

Mio DM

Zeit	Spareinlagenbestand zu Beginn des Berichtszeitraums	Gutschriften	Lastschriften ¹⁾	Saldo der Gutschriften und Lastschriften ²⁾	Zinsen	Sonstige Veränderungen (z. B. Umstellung, Umbuchung, Zu- bzw. Abgang von Instituten usw.)	Spareinlagenbestand am Ende des Berichtszeitraums	
							insgesamt	darunter steuerbegünstigte Spareinlagen
Alle Bankengruppen								
1950	3 076.4	3 546.4	2 627.0	+ 919.4	93.5	+ 21.4	4 110.7	278.5
1951	4 110.7	3 939.8	3 170.7	+ 769.1	132.9	+ 75.0	5 087.7	611.8
1952	5 087.7	6 380.9	4 101.7	+ 2 279.2	180.9	+ 33.5	7 581.3	972.1
1953	7 581.3	9 747.6 ³⁾	6 066.7	+ 3 680.9	273.8	+ 10.5	11 546.5	1 531.5
1954	11 546.5	14 321.5 ³⁾	9 131.4	+ 5 190.1	457.3	+ 10.7	17 224.6	2 318.6
1955	17 224.6	14 709.2 ³⁾	11 135.2	+ 3 574.0	592.2	- 17.3	21 373.5	2 524.7
1956	21 373.5	16 519.1	14 415.7	+ 2 103.4	799.6	- 0.9	24 275.6	2 917.4
1957	24 275.6	19 832.5	15 753.1	+ 4 079.4	1 022.6	+ 10.7	29 388.3	3 785.3
1956 1. Vj.	21 373.5	4 132.2	3 013.1	+ 1 119.1	100.8	+ 1.9	22 595.3	2 482.5
2. Vj.	22 595.3	3 941.9	3 386.7	+ 555.2	7.3	+ 0.5	23 158.3	2 527.4
3. Vj.	23 158.3	3 925.8	3 813.3	+ 112.5	8.8	+ 0.1	23 279.7	2 261.9
4. Vj.	23 279.7	4 519.2	4 202.6	+ 316.6	682.7	+ 3.4	24 275.6	2 917.4
1957 1. Vj.	24 275.6	5 106.0	3 748.8	+ 1 357.2	118.1	+ 3.7	25 754.6	3 416.4
2. Vj.	25 754.6	4 354.4	3 544.7	+ 809.7	6.5	- 0.9	26 569.9	3 535.0
Juli	26 569.9	1 740.6	1 624.7	+ 115.9	4.9	+ 1.6	26 692.3	3 184.0
Aug.	26 692.3	1 602.4	1 248.4	+ 354.0	1.5	- 1.5	27 046.3	3 175.0
Sept.	27 046.3	1 504.9	1 147.7	+ 357.2	1.3	- 0.8	27 404.0	3 189.2
Okt.	27 404.0	1 696.0	1 246.3	+ 449.7	1.6	+ 4.3	27 859.6	3 216.5
Nov.	27 859.6	1 544.6	1 235.4	+ 309.2	7.5	+ 2.4	28 178.7	3 264.7
Dez.	28 178.7	2 283.6	1 957.1	+ 326.5	881.2	+ 1.9	29 388.3	3 785.3
1958 Jan.	29 388.3	2 141.7	1 469.6	+ 672.1	107.6	+ 4.5	30 172.5	3 845.8
Febr.	30 172.5	1 707.8	1 102.9	+ 604.9	10.6	+ 1.1	30 789.1	3 881.8
März	30 789.1	1 867.8	1 352.9	+ 514.9	3.9	+ 0.6	31 308.5	3 926.6
April	31 308.5	1 815.6	1 357.7	+ 457.9	1.1	+ 0.8	31 768.3	3 971.9
Mai	31 768.3	1 745.1	1 354.5	+ 390.6	1.3	+ 1.6	32 161.8	4 017.4
Juni	32 161.8	1 800.1	1 355.1	+ 445.0	2.1	+ 1.2	32 610.1	4 111.5
Juli	32 610.1	2 007.2	1 543.0	+ 464.2	3.4	- 1.1	33 077.7	4 136.7
Aug.	33 077.7	1 833.7	1 374.0	+ 459.7	1.5	-	33 538.9	4 176.7
Sept.	33 538.9	1 926.5	1 424.6	+ 501.9	1.7	-	34 042.5	4 209.0
Okt. ¹⁾	34 042.5	2 083.2	1 473.0	+ 610.2	2.1	-	34 654.8	4 239.7
Kreditbanken⁴⁾								
1957 Juli	3 781.8	3 039.4	2 367.1	+ 672.3	159.2	+ 1.7	4 615.0	1 339.6
1958 Juli	5 160.1	295.2	218.5	+ 76.7	0.5	- 7)	5 237.3	1 475.1
Aug.	5 237.3	260.8	188.0	+ 72.8	0.4	-	5 310.5	1 489.7
Sept.	5 310.5	284.0	202.1	+ 81.9	0.3	-	5 392.7	1 496.6
Großbanken⁵⁾								
1957 Juli	2 054.5	1 721.2	1 357.9	+ 363.3	85.5	+ 1.4	2 504.7	878.1
1958 Juli	2 837.3	174.3	126.3	+ 48.0	0.2	- 7)	2 885.5	973.8
Aug.	2 885.5	149.3	107.7	+ 41.6	0.1	-	2 927.2	981.3
Sept.	2 927.2	153.5	115.1	+ 38.4	0.2	-	2 965.8	986.5
Staats-, Regional- und Lokalbanken⁶⁾								
1957 Juli	1 489.4	1 128.1	860.9	+ 267.2	63.9	+ 1.5	1 822.0	372.8
1958 Juli	2 002.4	105.7	80.2	+ 25.5	0.3	- 7)	2 028.2	406.6
Aug.	2 028.2	96.0	68.6	+ 27.4	0.2	-	2 055.8	413.1
Sept.	2 055.8	113.4	73.7	+ 39.7	0.1	-	2 095.6	414.5
Privatbankiers⁷⁾								
1957 Juli	229.4	183.3	143.8	+ 39.5	9.6	- 1.0	277.5	84.8
1958 Juli	306.6	14.8	11.7	+ 3.1	0.1	- 7)	309.8	90.6
Aug.	309.8	15.0	11.4	+ 3.6	0.0	-	313.4	91.2
Sept.	313.4	16.7	12.4	+ 4.3	0.0	-	317.7	91.5
Sparkassen								
1957 Juli	15 506.1	12 352.1	9 860.4	+ 2 491.7	661.9	+ 5.6	18 665.3	1 922.5
1958 Juli	20 632.8	1 229.1	951.8	+ 277.3	2.3	- 7)	20 912.4	2 099.7
Aug.	20 912.4	1 132.4	828.3	+ 304.1	0.9	-	21 217.4	2 120.5
Sept.	21 217.4	1 194.8	873.7	+ 321.1	1.0	-	21 539.5	2 140.9
Gewerbliche Kreditgenossenschaften								
1957 Juli	1 907.1	1 577.3	1 223.3	+ 354.0	80.4	+ 0.6	2 342.1	343.9
1958 Juli	2 616.7	156.1	115.3	+ 40.8	0.2	- 7)	2 657.7	368.7
Aug.	2 657.7	142.2	104.3	+ 37.9	0.0	-	2 695.6	371.7
Sept.	2 695.6	151.1	106.5	+ 44.6	0.1	-	2 740.3	375.3
Ländliche Kreditgenossenschaften⁸⁾								
1957 Juli	1 510.7	1 058.6	833.9	+ 224.7	60.2	+ 2.3	1 797.9	155.3
1958 Juli	1 961.1	105.0	78.0	+ 27.0	0.2	- 7)	1 988.3	166.6
Aug.	1 988.3	98.6	69.6	+ 29.0	0.1	-	2 017.4	167.9
Sept.	2 017.4	104.5	73.1	+ 31.4	0.1	-	2 048.9	168.9
Postsparkassenämter								
1957 Juli	1 457.0	1 721.3	1 411.9	+ 309.4	55.2	+ 0.8	1 822.4	-
1958 Juli	2 079.0	215.0	174.2	+ 40.8	0.2	- 7)	2 120.0	-
Aug.	2 120.0	194.2	179.6	+ 14.6	0.1	-	2 134.7	-
Sept.	2 134.7	185.1	150.8	+ 34.3	0.2	-	2 169.2	-
Alle übrigen Gruppen⁹⁾								
1957 Juli	112.9	83.6	56.1	+ 27.5	5.2	- 0.0	145.6	23.9
1958 Juli	160.3	6.7	5.1	+ 1.6	0.0	- 7)	161.9	26.6
Aug.	161.9	5.5	4.0	+ 1.5	0.0	-	163.4	27.0
Sept.	163.4	7.2	18.6	- 11.4	0.0	-	152.0	27.2

¹⁾ Einschließlich der nicht gesondert erfassbaren Lastschriften auf Konten von Vertriebenen und Altspargern. — ²⁾ Der Saldo der echten Sparkapitalneubildung läßt sich in den Jahren 1953 und 1954 wegen der Umstellung und Auszahlung der Guthaben von Vertriebenen und Altspargern nicht exakte ermitteln; s. auch Anmerkung ¹⁾. — ³⁾ Entschädigungsgutschriften für Altspargerguthaben und Ausgleichsgutschriften für Sparguthaben Vertriebenen 1953 658,9 Mio DM, 1954 1 200,6 Mio DM, 1955 186,3 Mio DM; in den Folgejahren nur noch geringe Beträge aus dieser Quelle. — ⁴⁾ Die in den Kreditbanken enthaltenen Spezial-, Haus- und Branchebanken werden wegen ihres geringen Spareinlagenbestandes nachstehend nicht gesondert aufgeführt. — ⁵⁾ Teilerhebung bei rd. 1 450 Instituten. Angaben über den Spareinlagenbestand für alle ländlichen Kreditgenossenschaften s. Tabelle III A 4. — ⁶⁾ Girozentralen, Zentralkassen, Hypothekenbanken und öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten, Kreditinstitute mit Sonderaufgaben. — ⁷⁾ Ab Juli 1958 nicht mehr gesondert erfragt. — ⁸⁾ Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG, Commerzbank-Gruppe und deren Berliner Tochterinstitute. — ⁹⁾ Untergruppe der Kreditbanken. — ¹⁰⁾ Vorläufig.

der Kreditinstitute *)

DM

Passiva

Table with columns: Gelder, nachrichtl. in den aufgenommenen Geldern enthaltene Rembourskredite, Eigene Akzepte im Umlauf, Schuldverschreibungen im Umlauf, Aufgenommene langfristige Darlehen (von 4 Jahren und mehr), Durchlaufende Kredite (nur Treuhändgeschäfte), Grund- und Stammkapital bzw. Geschäftsguthaben einschl. Rücklagen nach § 11 KWG, Sonstige Rücklagen, Rückstellungen und Wertberichtigungen, Sonstige Passiva, Sonstige Ziehungen aus Bürgschaften u. a., Eigene Ziehungen im Umlauf, Indossamentsverbindlichkeiten aus rediskontierten Wechseln, Bei der Deutschen Bundesbank aufgenommene Refinanzierungskredite, Kreditanstalt für Wiederaufbau und Berliner Industrie-Bank AG, Kreditinstitute, öffentl. Stellen, Wirtschaftsunternehmen und Private, Jahres- bzw. Monatsende.

Alle Bankengruppen 1)

Kreditbanken

Großbanken 2)

Staats-, Regional- und Lokalbanken 3)

Privatbankiers 4)

Spezial-, Haus- und Branchebanken 5)

land. Vgl.: Statistisches Handbuch der Bank deutscher Länder 1948—1954, Methodische Erläuterungen zu Teil III. — *) Veränderungen sind im allgemeinen auf Fusion, Liquidationen erläut. — *) Ausführliche Aufgliederung s. Tabelle III, A 7 und Tabelle III, A 8. — *) Bei „Alle Bankengruppen“ einschließlich des Gesamtbetrages der Teilzahlungs-Ausland benutzte Kredite. Nur Neugeschäft seit der Währungsreform. — *) Seit Februar 1952 einschließlich Sammelwertberichtigung, die seit dieser Zeit von allen Instituten passiviert Ziehungen im Umlauf. — Indossamentsverbindlichkeiten aus rediskontierten Wechseln. Ferner sind die mit Rückaufnahmeverpflichtung an die Deutsche Bundesbank verkauften Ausgleichszeitlichen Differenz in der Verbuchung der Zentralbankkredite bei den Kreditinstituten einerseits und bei der Deutschen Bundesbank andererseits. — *) Einbezogen sind die in den durchlaufenden Kredite. — *) Ohne ländliche Kreditgenossenschaften. — **) Ohne Einlagen auf Festkonto (Ende 1949 16,9 Mio DM) bzw. Uralkonto (Ende 1950 249,7 Mio DM); Teilzahlungskreditinstitute (September 1950). Bis August 1950 waren sechs Teilzahlungskreditinstitute in der Untergruppe „Spezial-, Haus- und Branchebanken“ erfaßt. — **) Einschließlich Oktober 1951. — **) Rückgang durch Änderung der Berichtspflicht für die ländlichen Kreditgenossenschaften. Während bis einschließlich Dezember 1954 diejenigen ländlichen Kredit-31. 12. 1953 500 Tsd DM und mehr betrug. — **) Enthält statistisch bedingte Abnahme in Höhe von rd. 567 Mio DM durch Ausgliederung von durchlaufenden Krediten. — **) Abnahme bedingte Zunahme in Höhe von rd. 21 Mio DM. — **) Enthält statistisch bedingte Abnahme in Höhe von rd. 270 Mio DM. — **) Enthält statistisch bedingte Zunahme in Höhe bedingte Abnahme in Höhe von rd. 28 Mio DM (vgl. Anmerkung 21)). — **) Enthält statistisch bedingte Abnahme von rd. 81 Mio DM. — **) Enthält statistisch bedingte Zunahme verschreibungen einheitlich mit den „Schuldverschreibungen im Umlauf“ zusammengefaßt. — **) Enthält statistisch bedingte Zunahme in Höhe von rd. 180 Mio DM. — **) Enthält **) Enthält statistisch bedingte Zunahme von rd. 12 Mio DM. — **) Enthält statistisch bedingte Abnahme von rd. 12 Mio DM. — **) Bei den neu (Januar 1956) in die Bericht-Gruppe und deren Berliner Tochterinstitute. — +) Untergruppe der „Kreditbanken“. — +) Vorläufig.

2. Zahl der Kreditinstitute und Gliederung der monatlich berichtenden Kreditinstitute nach Größenklassen

Stand Ende Dezember 1957

Bankengruppe	Gesamtzahl der Kreditinstitute	davon berichten im Rahmen der monatlichen bankstatistischen Erhebungen	Die im Rahmen der monatlichen bankstatistischen Erhebungen berichtenden Kreditinstitute verteilen sich nach ihrer Bilanzsumme ¹⁾ auf folgende Größenklassen:										
			unter 500 Tsd DM	500 Tsd DM bis unter 1 Mio DM	1 Mio DM bis unter 5 Mio DM	5 Mio DM bis unter 10 Mio DM	10 Mio DM bis unter 25 Mio DM	25 Mio DM bis unter 50 Mio DM	50 Mio DM bis unter 100 Mio DM	100 Mio DM bis unter 500 Mio DM	500 Mio DM bis unter 1 Mrd DM	1 Mrd DM und mehr	
Kreditbanken	363	339	25	30	85	47	36	36	31	34	6	9	
Großbanken ²⁾	8	8	—	—	—	—	—	—	—	3	—	5	
Staats-, Regional- und Lokalbanken	87	85	—	1	10	11	12	13	10	18	6	4	
Privatbankiers	238	217	24	27	69	35	19	17	18	8	—	—	
Spezial-, Haus- und Branchebanken	30	29	1	2	6	1	5	6	3	5	—	—	
Girozentralen	11	11	—	—	—	—	—	—	—	1	1	9	
Sparkassen	858	857	—	1	88	153	291	187	75	54	8	—	
Zentralkassen	17	17	—	—	—	—	—	—	4	12	1	—	
Gewerbliche Zentralkassen	5	5	—	—	—	—	—	—	—	5	—	—	
Ländliche Zentralkassen	12	12	—	—	—	—	—	—	4	7	1	—	
Kreditgenossenschaften	11 567	2 188	15	147	1 631	240	116	27	10	2	—	—	
Gewerbliche Kreditgenossenschaften	747	742	15	19	390	176	106	25	9	2	—	—	
Ländliche Kreditgenossenschaften	10 820	1 446	—	128	1 241	64	10	2	1	—	—	—	
Hypothekenbanken und Öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten	47	47	—	—	1	4	5	4	5	16	6	6	
Private Hypothekenbanken	29	29	—	—	1	2	2	1	3	14	6	—	
Öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten	18	18	—	—	—	2	3	3	2	2	—	6	
Kreditinstitute mit Sonderaufgaben	23	23	—	1	1	3	1	2	1	4	2	8	
Teilzahlungskreditinstitute	191	162	25	18	60	18	21	13	4	3	—	—	
Sonstige Kreditinstitute	42	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Postscheck- und Postsparkassenämter	14	14	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
insgesamt³⁾	13 133	3 658	65	197	1 866	465	470	269	130	126	24	32	
					Mio DM								
<i>nachrichtlich:</i> Bilanzsumme ¹⁾ ³⁾	161 016 ³⁾	158 486,7	17,5	164,0	4 331,2	3 329,4	7 491,9	9 586,7	8 818,7	27 255,6	15 943,9	77 465,2	

¹⁾ In der Zwischenbilanz ausgewiesene Bilanzsumme zuzüglich Indossamentsverbindlichkeiten aus rediskontierten Wechseln und eigene Ziehungen im Umlauf. — ²⁾ Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG, Commerzbank-Gruppe und deren Berliner Tochterinstitute. — ³⁾ In den kursiv gedruckten Zahlen sind die Postscheck- und Postsparkassenämter nicht enthalten. — ⁴⁾ Geschätzt.

IV. Zinssätze

1. Zinssätze der Deutschen Bundesbank *)

a) Diskont- und Lombardsätze
sowie Sonderzins bei Unterschreitung des Mindestreservesolls

Gültig ab	Diskont ¹⁾	Lombard	Sonderzins für Kreditinstitute bei Unterschreitung des Mindestreservesolls
	% p. a.	% p. a.	% p. a. über Lombardsatz
1948 1. Juli	5	6	1
1. Dez.			3
1949 27. Mai	4 1/2	5 1/2	
14. Juli	4	5	
1950 27. Okt.	6 ^{2) 3)}	7	
1. Nov.			1
1951 1. Jan.			3
1952 29. Mai	5 ⁴⁾	6	
21. Aug.	4 1/2	5 1/2	
1953 8. Jan.	4	5	
11. Juni	3 1/2	4 1/2	
1954 20. Mai	3	4	
1955 4. Aug.	3 1/2	4 1/2	
1956 8. März	4 1/2	5 1/2	
19. Mai	5 1/2 ⁵⁾	6 1/2	
6. Sept.	5	6	
1957 11. Jan.	4 1/2	5 1/2	
19. Sept.	4	5	
1958 17. Jan.	3 1/2	4 1/2	
27. Juni	3	4	

*) Bis 31. 7. 1957 Sätze der Bank deutscher Länder bzw. der Landeszentralbanken.
 1) Zugleich Zinssatz für Kassenkredite an die öffentliche Hand und an die Kreditanstalt für Wiederaufbau (s. auch Anm. 3) und 4)). Der Diskontsatz für Wechsel, die auf fremde Valuta lauten, wurde gemäß ZBR-Beschluß vom 3. August 1948 zunächst einheitlich auf 3 % festgesetzt. Mit Beschluß vom 9./10. November 1949 ermächtigte der Zentralbankrat das Direktorium, für solche Wechsel unterschiedliche Sätze in Anlehnung an die Diskontsätze der ausländischen Notenbanken festzusetzen. Das gleiche gilt für DM-Wechsel, die im Ausland akzeptiert worden sind (ZBR-Beschluß vom 22./23. März 1950), und für Exporttratten (ZBR-Beschluß vom 15./16. November 1950 und vom 23./24. Mai 1951) (vgl. auch Anm. 5)). — 2) Solawechsel aus der Exportförderungsaktion der Kreditanstalt für Wiederaufbau wurden nach der Diskonterhöhung vom 27. Oktober 1950 weiterhin zum Vorzugsatz von 4 % diskontiert (ZBR-Beschluß vom 29./30. November 1950); diese Zinsvergünstigung wurde durch ZBR-Beschluß vom 7./8. November 1951 aufgehoben und konnte nur noch für Solawechsel aus Krediten in Anspruch genommen werden, die bis einschließlich 7. November 1951 gewährt oder zugesagt waren. — 3) Lt. ZBR-Beschluß vom 20. Dezember 1950 wurde der Zinssatz für Kassenkredite an die Kreditanstalt für Wiederaufbau mit Wirkung vom 27. Oktober 1950, soweit es sich um Kredite an die Landwirtschaft, an die Seeschifffahrt und für den Wohnungsbau handelte, auf 4 %/o, soweit es sich um Kredite für sonstige Verwendungszwecke handelte, auf 5 1/2 %/o festgesetzt. — 4) Seit 29. Mai 1952 besteht nur noch die in Anmerkung 3) erwähnte Sonderregelung für die zur Finanzierung der Landwirtschaft, der Seeschifffahrt und des Wohnungsbau bestimmten Kredite, die weiterhin mit 4 %/o abgerechnet werden. — 5) Ab 19. Mai 1956 auch Diskontsatz für Auslandswechsel, Auslandschecks, DM-Akzente von Ausländern und Exporttratten.

b) Sätze für den Verkauf von Geldmarktpapieren am offenen Markt

% p. a.

Gültig ab	Schatzwechsel des Bundes und der Bundesbahn mit Laufzeit von		Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes, der Bundesbahn und der Bundespost mit Laufzeit von				Vorratsstellen-Wechsel mit Laufzeit von	
	30 bis 59 Tagen	60 bis 90 Tagen	1/2 Jahr	1 Jahr	1 1/2 Jahren	2 Jahren	30 bis 59 Tagen	60 bis 90 Tagen
1956 20. Jan.	3 1/4	3 3/8	4 1/2	4 3/4	5	5 1/4	3 1/2	3 5/8
24. Jan.	3 1/4	3 3/8	4 3/4	5	5 1/4	5 1/2	3 1/2	3 5/8
8. März	4	4 1/8	5 1/4	5 1/2	5 3/4	6	4 1/4	4 3/8
26. März	3 7/8	4	5	5 1/4	5 1/2	5 3/4	4 1/8	4 1/4
27. April	4 1/8	4 1/4	5	5 1/4	5 1/2	5 3/4	4 3/8	4 1/2
22. Mai	5 1/8	5 1/4	5 3/4	6	6 1/4	6 1/2	5 3/8	5 1/2
5. Juni	5 1/4	5 3/8	6	6 1/4	6 1/2	6 3/4	5 1/2	5 3/8
6. Sept.	4 3/4	4 7/8	5 3/4	6	6 1/4	6 1/2	4 7/8	5
23. Nov.	4 3/8	4 3/4	5 3/4	6	6 1/4	6 1/2	4 3/4	4 7/8
28. Nov.	4 1/2	4 3/4	5 3/4	6	6 1/4	6 1/2	4 3/4	4 7/8
4. Dez.	4 5/8	4 3/4	5 3/4	6	6 1/4	6 1/2	4 3/4	4 7/8
1957 3. Jan.	4 1/2	4 3/8	5 1/2	5 3/4	6	6 1/4	4 3/8	4 3/4
4. Jan.	4 3/8	4 1/2	5 3/8	5 3/4	6 1/8	6 1/8	4 1/2	4 3/4
11. Jan.	4 1/8	4 1/4	5 1/8	5 3/4	5 7/8	5 7/8	4 1/4	4 3/4
30. Jan.	4 1/8	4 1/4	5	5 1/4	5 1/2	5 3/4	4 1/4	4 3/4
4. März	4 1/4	4 3/8	5	5 1/4	5 1/2	5 3/4	4 1/4	4 3/4
7. März	4 3/8	4 1/2	5 1/4	5 1/2	5 3/4	6	4 1/2	4 3/4
18. März	4 1/4	4 3/8	5	5 1/4	5 1/2	5 3/4	4 3/8	4 1/2
15. April	4 3/4	4 3/8	5 1/4	5 1/2	5 3/4	6	4 1/2	4 3/4
5. Juli	4 1/8	4 1/4	5	5 1/4	5 1/2	5 3/4	4 1/4	4 3/4
12. Aug.	4	4 1/8	4 3/4	5	5 1/4	5 1/2	4 1/8	4 1/4
22. Aug.	3 7/8	4	4 3/8	4 3/4	5	5 1/4	4	4 1/8
24. Aug.	3 3/4	3 7/8	4 1/2	4 3/8	4 7/8	5 1/8	3 7/8	4
27. Aug.	3 3/8	3 3/4	4 1/8	4 3/8	4 3/4	4 7/8	3 3/4	3 7/8
2. Sept.	3 1/8	3 1/2	4 1/8	4 3/8	4 3/4	4 7/8	3 1/2	3 7/8
6. Sept.	4	4 1/8	4 1/2	4 3/8	4 3/4	4 7/8	4	4 1/8
19. Sept.	3 5/8	3 3/4	4 1/8	4 3/8	4 3/4	4 7/8	3 3/4	3 7/8
27. Sept.	3 3/4	3 7/8	4 1/4	4 3/8	4 3/4	5	3 7/8	4
3. Okt.	3 3/8	3 3/4	4 1/8	4 3/8	4 3/4	4 7/8	3 3/4	3 7/8
18. Okt.	3 1/2	3 5/8	4	4 1/4	4 1/2	4 3/4	3 1/2	3 5/8
24. Okt.	3 3/8	3 1/2	3 7/8	4 1/4	4 1/2	4 3/4	3 3/8	3 1/2
9. Nov.	3 1/4	3 3/8	3 3/4	4 1/8	4 1/2	4 3/4	3 1/4	3 3/8
29. Nov.	3 3/8	3 1/2	3 7/8	4 1/8	4 1/2	4 3/4	3 1/2	3 3/8
4. Dez.	3 1/2	3 3/8	4	4 1/4	4 1/2	4 3/4	3 3/8	3 1/2
27. Dez.	3 3/8	3 3/4	4 1/8	4 1/4	4 1/2	4 3/4	3 3/4	3 3/8
1958 2. Jan.	3 3/8	3 1/2	3 3/4	4	4 1/4	4 1/2	3 1/2	3 3/8
6. Jan.	3 1/4	3 3/8	3 3/8	3 7/8	4 1/8	4 1/8	3 3/8	3 1/2
17. Jan.	3 1/8	3 1/4	3 1/2	3 3/4	4 1/8	4 3/8	3 1/4	3 3/8
30. April	3 1/8	3 1/4	3 1/2	3 3/4	3 7/8	4 1/8	3 1/4	3 3/8
27. Juni	2 3/8	2 3/4	3	3 3/8	3 3/4	4	2 3/4	3 3/8
11. Juli	2 1/2	2 3/4	3	3 1/8	3 1/4	3 1/2	2 3/4	2 3/8
11. Aug.	2 3/8	2 1/2	2 3/4	3	3 1/8	3 3/8	2 1/2	2 3/8
28. Okt.	2 1/4	2 3/8	2 5/8	2 7/8	3	3 1/4	2 3/8	2 1/2

Sollzinsen der Kreditinstitute seit 27. Juni 1958¹¹⁾

	Baden-Württemberg ²⁾	Bayern ²⁾	Berlin ²⁾	Bremen ²⁾
Sollzinsen in % p. a.				
D = Diskontsatz, zur Zeit 3 L = Lombardsatz, zur Zeit 4				
Kreditkosten				
1. Kosten für Kredite in laufender Rechnung ⁴⁾				
a) zugesagte Kredite				
Zinsen	L + 1/2 %	L + 1/2 %	L + 1/2 %	L + 1/2 %
Kreditprovision	1/4 % p. M.	1/4 % p. M.	1/4 % p. M.	1/4 % p. M.
insgesamt	7 1/2	7 1/2	7 1/2	7 1/2
b) Kontoüberziehungen				
Zinsen	L + 1/2 %	L + 1/2 %	L + 1/2 %	L + 1/2 %
Überziehungsprovision	1/8 % p. T.	1/8 % p. T.	1/8 % p. T.	1/8 % p. T.
insgesamt	9	10	9	9
2. Akzeptkredite (Normalbedingungen)				
Zinsen	D + 1/2 %	D + 1/2 %	D + 1/2 %	D + 1/2 %
Akzeptprovision	1/4 % p. M.	1/4 % p. M.	1/4 % p. M.	1/4 % p. M.
insgesamt	6 1/2	6 1/2	6 1/2	6 1/2
3. Kosten für Wechselkredite				
a) Abschnitte von 20 000,— DM und höher				
Zinsen	D + 1/2 %	D + 1 1/2 %	D + 1 %	D + 1/2 % - 1 %
Diskontprovision	1/8 % p. M.	1 % p. M.	1/8 % p. M.	1/8 % p. M.
insgesamt	5	5 7/10	5 1/2	5 - 5 1/2
b) Abschnitte von 5 000,— DM bis unter 20 000,— DM				
Zinsen	D + 1/2 %	D + 1 1/2 %	D + 1 %	D + 1/2 % - 1 %
Diskontprovision	1/8 % p. M.	1 % p. M.	1/8 % p. M.	1/8 % p. M.
insgesamt	5	5 7/10	5 1/2	5 - 5 1/2
c) Abschnitte von 1 000,— DM bis unter 5 000,— DM				
Zinsen	D + 1 %	D + 1 1/2 %	D + 1 %	D + 1/2 % - 1 %
Diskontprovision	1/8 % p. M.	1/8 % p. M.	1/8 % p. M.	1/8 % p. M.
insgesamt	5 1/2	6	6	5 1/2 - 6
d) Abschnitte unter 1 000,— DM				
Zinsen	D + 1 %	D + 1 1/2 %	D + 1 %	D + 1/2 % - 1 %
Diskontprovision	1/8 % p. M.	1/8 % p. M.	1/4 % p. M.	1/4 % p. M.
insgesamt	6	6 1/2	7	6 1/2 - 7
4. Ziehungen auf Kundschaft				
Zinsen	keine Festsetzung	keine Festsetzung	keine Festsetzung	keine Festsetzung
Kreditprovision				
5. Umsatzprovision	keine Angabe	1/8 % pro Semester, mindest. vom 3fachen des Höchst-Soll-Saldos	1/2 - 1 % vom Umsatz der größeren Seite oder mindestens 1 % p. a. vom Kreditbetrag	1/2 % d. größeren Seite abzüglich Saldo vortrag, mindestens 1/2 % pro Semester a. Kreditbetrag
6. Mindestdiskontspesen	2,— DM	2,— DM	2,— DM	2,— DM
7. Domizilprovision	1/2 % mind. —,50 DM	nicht festgesetzt	nicht festgesetzt	1/2 %
Habenzinsen⁷⁾ in % p. a.				
Einlagenzinssätze				
1. für täglich fällige Gelder				
a) in provisionsfreier Rechnung	1/2	1/2	1/2	1/2
b) in provisionspflichtiger Rechnung	1	1	1	1
2. Spareinlagen				
a) mit gesetzlicher Kündigungsfrist	3	3	3	3
b) mit vereinbarter Kündigungsfrist ⁸⁾				
1) von 6 Monaten bis weniger als 12 Monaten	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4
2) von 12 Monaten und darüber	4	4	4	4
3. für Kündigungsgelder mit einer Kündigungsfrist von				
a) 1 bis weniger als 3 Monaten	2	2	2	2
b) 3 bis weniger als 6 Monaten	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2
c) 6 bis weniger als 12 Monaten	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4
d) 12 Monaten und darüber	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2
4. Festgelder mit einer Laufzeit von				
a) 30 bis 89 Tagen	2	2	2	2
b) 90 bis 179 Tagen	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2
c) 180 bis 359 Tagen	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4
d) 360 Tagen und darüber	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2
5. Zinsvoraus ¹⁰⁾	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2

1) Zusammengefasst auf Grund der Bekanntmachungen der Bankaufsichtsbehörden der einzelnen Länder über die Festsetzung von Zins- und Provisionsätzen. Sondersätze oder Verschreitungen in begründeten Fällen mit Genehmigung der zuständigen Bankaufsichtsbehörde zulässig. — 2) Höchstsätze. — 3) Gemäß § 2 des Sollzinsabkommens dürfen die Zinsen Kredite vom Höchstsaldoberechnet werden. Die Kreditkosten insgesamt können daher im Einzelfall von den hier aufgeführten Gesamtkosten abweichen. — 4) Bei Abschnitten unter Wechsel auf Nebenplätze. — 5) Diese Höchstsätze gelten gegenüber der Nichtbankierkundschaft. Als Nichtbankierkundschaft im Sinne des § 3 des Mantelvertrages vom 22. 12. 1936. — 6) Bei Herannahme von Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist darf die Kündigung erst nach Ablauf einer Sperrfrist von 6 Monaten zugelassen werden. Diese Sperrfrist beginnt setzungen dürfen von den Kreditgenossenschaften mit einer Bilanzsumme bis zu 40 Mio DM, Kapitalgesellschaften, Privatbankiers und Personengesellschaften mit einer Bilanzsumme Sondertabelle in: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, September 1955, S. 84. — 11) Die Sollzinsen zu 1. a) und 1. b) gelten in Berlin ab 17. 7. 1958, in Schleswig-Holstein

geltenden Soll- und Habenzinsen ¹⁾)

Habenzinsen der Kreditinstitute seit 20. November 1958

Hamburg ³⁾)		Hessen ²⁾)		Niedersachsen ²⁾)		Nordrhein-Westfalen ²⁾)		Rheinland-Pfalz ²⁾)		Schleswig-Holstein ²⁾)	
Sollzinsen in % p. a.											
D = Diskontsatz, zur Zeit ³ L = Lombardsatz, zur Zeit ⁴											
im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt
L + 1/2 % 1/4 % p. M.	7 1/2	L + 1/2 % 1/4 % p. M.	7 1/2	L + 1/2 % 1/4 % p. M.	7 1/2	L + 1/2 % 1/4 % p. M.	7 1/2	L + 1/2 % 1/4 % p. M.	7 1/2	L + 1/2 % 1/4 % p. M.	7 1/2
L + 1/2 % 1/8 % p. T.	9	L + 1/2 % 1/8 % p. T.	9	L + 1/2 % 1/8 % p. T.	9	L + 1/2 % 1/8 % p. T.	9	L + 1/2 % 1/8 % p. T.	9	L + 1/2 % 1/8 % p. T.	9
D + 1/2 % 1/4 % p. M.	6 1/2	D + 1/2 % 1/4 % p. M.	6 1/2	D + 1/2 % 1/4 % p. M.	6 1/2	D + 1/2 % 1/4 % p. M.	6 1/2	D + 1/2 % 1/4 % p. M.	6 1/2	D + 1/2 % 1/4 % p. M.	6 1/2
D + 1 % 1/8 % p. M.	5 1/2	D + 1/2 % 1/8 % p. M.	5	L + 1/2 % 1/24 % p. M.	5	D + 1 1/2 % 1/24 % p. M.	5	D + 1 1/2 % 1/24 % p. M.	5	D + 1 % 1/8 % p. M.	5 1/2
D + 1 % 1/8 % p. M.	5 1/2	D + 1/2 % 1/8 % p. M.	5 1/2	L + 1/2 % 1/12 % p. M.	5 1/2	D + 1 1/2 % 1/12 % p. M.	5 1/2	D + 1 1/2 % 1/24 - 1/12 % p. M.	5 - 5 1/2	D + 1 % 1/8 % p. M.	5 1/2
D + 1 % 1/8 % p. M.	6	D + 1 1/2 % 1/8 % p. M.	6	L + 1/2 % 1/8 % p. M.	6	D + 1 1/2 % 1/8 % p. M.	6	D + 1 1/2 % 1/8 % p. M.	6	D + 1 % 1/8 % p. M.	6
D + 1 % 1/4 % p. M.	7	D + 1 1/2 % 1/8 % p. M.	6	L + 1/2 % 1/8 % p. M.	6 1/2 ⁶⁾	D + 1 1/2 % 1/8 % p. M.	6 ⁵⁾	D + 1 1/2 % 1/8 % p. M.	6 ⁵⁾	D + 1 % 1/4 % p. M.	7 ⁶⁾
keine Festsetzung Berechnung nach Maßgabe des § 5 des Sollzinsabkommens in Verbindung mit den Richtlinien d. Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen vom 5. 3. 1942 2,— DM nicht festgesetzt		L + 1/2 % 1/4 % p. M.	7 1/2	keine Festsetzung		keine Festsetzung		L + 1/2 % 1/4 % p. M.	7 1/2	keine Festsetzung	
		Berechnung nach Maßgabe des § 5 des Sollzinsabkommens in Verbindung mit den Richtlinien des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen vom 5. 3. 1942 2,— DM 1/2 %/100 mind. —,50 DM				1/8 % pro Semester		Berechnung nach Maßgabe des § 5 des Sollzinsabkommens in Verbindung mit den Richtlinien des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen vom 5. 3. 1942 2,— DM 1/2 %/100 mind. —,50 DM			

Habenzinsen ⁷⁾) in % p. a.

1/2 ⁸⁾)	1/2	1/2	1/2	1/2	1/2	1/2
1	1	1	1	1	1	1
3	3	3	3	3	3	3
3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4
4	4	4	4	4	4	4
2	2	2	2	2	2	2
2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2
2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4
3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2
2	2	2	2	2	2	2
2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2
2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4
3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2
1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2

günstigungen, die in einzelnen Ländern bei verschiedenen Kreditarten vorgesehen und vereinbart sind, sind in der Tabelle nicht berücksichtigt worden. — ²⁾) Normalsätze, Über- nur für den tatsächlich in Anspruch genommenen Kredit erhoben werden. Die Kreditprovision kann dagegen vom fest zugesagten Kredit im voraus oder bei stillschweigend gewährtem 1 000,— DM ist unabhängig von den Diskontspesen je nach Lage des Falles noch eine Bearbeitungsgebühr von 1,— DM bis 2,— DM in Ansatz zu bringen. — ⁶⁾) Auch für gelten z. B. auch öffentliche Kassen und Versicherungsunternehmen. — ⁸⁾) Girokonten bis zum Betrage von 10 000,— DM bei den Hamburger Abrechnungsbanken bleiben zinsfrei. — am Tage der Einzahlung. — ¹⁰⁾) Gemäß Beschluß des Sonderausschusses Bankenaufsicht und den in den Bekanntmachungen der einzelnen Bankaufsichtsbehörden enthaltenen Voraus- bis zu 60 Mio DM ab April 1954 die festgesetzten Höchstsätze für Habenzinsen höchstens um die aufgeführten Sätze überschritten werden; ausführliche Bekanntgabe der Sätze siehe ab 19. 7. 1958 und in allen übrigen Ländern ab 21. 7. 1958.

3. Entwicklung der Soll- und Habenzinsen seit der Währungsreform

a) Höchst-Sollzinsen *)

in % p. a.

Gültig ab	Diskontsatz	Lombardsatz	Kosten für Kredite in laufender Rechnung ¹⁾		Kosten für Akzeptkredite	Kosten für Wechselkredite ²⁾ in Abschnitten von			
			zugesagte Kredite	Kontoüberziehungen		20 000 DM und höher	5 000 DM bis unter 20 000 DM	1 000 DM bis unter 5 000 DM	unter 1 000 DM
1948 1. Juli	5	6	-	10 1/2	8	6 1/2	7	7 1/2	-
15. Dez.			9 1/2	11	8 1/2 — 9 1/2	7	7 1/2	8	8 1/2
1949 27. Mai	4 1/2	5 1/2	9	10 1/2	8	6 1/2	7	7 1/2	8
14. Juli	4	5	8 1/2	10	7 1/2 — 8 1/2 *)	6	6 1/2	7	7 1/2 *)
1950 27. Okt.	6	7	10 1/2	12	8	7	8 1/2	9	9
1952 29. Mai	5	6 1/2	9 1/2	11	8 1/2	7	7 1/2	8	8 1/2
21. Aug.	4 1/2	5 1/2	9	10 1/2	8	6 1/2	7	7 1/2	8
1953 8. Jan.	4	5	8 1/2	10	7 1/2	6 1/2	7	7 1/2	8
11. Juni	3 1/2	4 1/2	8	9 1/2	7	6 1/2	7	7 1/2	8
1954 20. Mai	3	4	8	9 1/2	6 1/2	5 1/2	6	6 1/2	7
1. Juli			7 3/4	9 1/4	6 1/2	5	5 1/2	6	6
1955 4. Aug.	3 1/2	4 1/2	8	9 1/2	7	5 1/2	6	6 1/2	7
1956 8. März	4 1/2	5 1/2	9	10 1/2	8	6 1/2	7	7 1/2	8
19. Mai	5 1/2	6 1/2	10	11 1/2	9	7 1/2	8	8 1/2	9
6. Sept.	5	6	9 1/2	11	8 1/2	7	7 1/2	8	8
1957 11. Jan.	4 1/2	5 1/2	9	10 1/2	8	6 1/2	7	7 1/2	8
19. Sept.	4	5	8 1/2	10	7 1/2	6 1/2	7	7 1/2	8
1958 17. Jan.	3 1/2	4 1/2	8	9 1/2	7	5 1/2	6	6 1/2	7
27. Juni			7 3/4	9 1/4	7	5 1/2	6	6 1/2	7
21. Juli	3	4	7 1/2	9	6 1/2	5	5 1/2	6	6

*) Amtliche Sätze für Kredite an Nichtbanken, die nur in Ausnahmefällen überschritten werden dürfen. Die hier wiedergegebenen Zinssätze sind zusammengestellt auf Grund der Bekanntmachungen der Hessischen Bankaufsichtsbehörde; in den meisten anderen Bundesländern lauten die Sätze gleich. Sie verstehen sich einschließlich Kredit- bzw. Akzept- bzw. Diskontprovision, aber ohne Umsatzprovision. — ¹⁾ Gemäß § 2 des Sollzinsabkommens dürfen die Zinsen nur für den tatsächlich in Anspruch genommenen Kredit erhoben werden. Die Kreditprovision kann dagegen vom fest zugesagten Kredit im voraus oder bei stillschweigend gewährtem Kredit vom Höchstsaldobetrag berechnet werden. Die Kreditkosten insgesamt können daher im Einzelfall von den hier aufgeführten Gesamtkosten abweichen. — ²⁾ Ohne Domizilprovision. — ³⁾ Ab 1. 9. 1949 bis 26. 10. 1950 = 7 1/2 %. — ⁴⁾ Ab 1. 9. 1949 bis 26. 10. 1950 = 7 %.

b) Höchst-Habenzinsen *)

in % p. a.

Gültig ab	Täglich fällige Gelder		Spareinlagen		Kündigungsgelder ¹⁾				Festgelder ¹⁾				Postspareinlagen	
	in provisionsfreier Rechnung	in provisionspflichtiger Rechnung	mit gesetzlicher Kündigungsfrist	mit vereinbarter Kündigungsfrist	1 Monat bis weniger als 3 Monate	3 Monate bis weniger als 6 Monate	6 Monate bis weniger als 12 Monate ²⁾	12 Monate und darüber ²⁾	30 bis 89 Tage	90 bis 179 Tage	180 bis 359 Tage	360 Tage und darüber		
1948 1. Sept.	1	2	2 1/2	3	4	2 1/4	2 3/4	3	3 3/4	2 1/4	2 3/4	3	3 3/4	2 ³⁾
1949 1. Sept.	1	1 1/2	2 1/2	3	4	2 1/4	2 3/4	3	3 3/4	2 1/4	2 3/4	3	3 3/4	2 1/4
1950 1. Juli	1	1 1/2	2 1/2	3	4	2 1/4	2 3/4	3	3 3/4	2 1/4	2 3/4	3	3 3/4	2 1/4
1. Dez.	1	1 1/2	3	3 1/2	4 1/2	3 1/2	3 3/4	4	4 1/4	3 1/2	3 3/4	4	4 1/4	2 1/4
1952 1. Sept.	1	1 1/2	3	3 1/2	4 1/2	3	3 3/4	4	4 1/4	3	3 3/4	4	4 1/4	2 1/4
1953 1. Febr.	1	1 1/2	3	3 1/2	4 1/2	2 1/4	2 3/4	3	3 3/4	2 1/4	2 3/4	3	3 3/4	2 1/4
1. Juli	1	1 1/2	3	3 1/2	4 1/2	2 1/4	2 3/4	3	3 3/4	2 1/4	2 3/4	3	3 3/4	2 1/4
1954 1. Juli	1 1/2	1	3	3 1/2	4	2	2 3/4	3	3 3/4	2	2 3/4	3	3 3/4	2 1/4
1955 4. Aug.	1 1/2	1 1/4	3	3 1/2	4	2 3/4	2 3/4	3	3 3/4	2 3/4	2 3/4	3	3 3/4	2 1/4
1956 16. März	1 1/2	1 1/2	3 1/2	4	5	3 3/4	3 3/4	4	4 1/4	3 3/4	3 3/4	4	4 1/4	2 1/4
19. Mai	1 1/2	2	3 1/2	4 1/2	5 1/2	4 1/4	4 3/4	5	5 1/4	4 1/4	4 3/4	5	5 1/4	2 1/4
1. Okt.	1 1/4	1 1/4	3 1/2	4 1/2	5 1/2	4 1/4	4 3/4	5	5 1/4	4 1/4	4 3/4	5	5 1/4	2 1/4
1957 1. Febr.	1	1 1/2	3 1/2	4 1/2	5 1/2	3 3/4	4 1/4	4 3/4	5 1/4	3 3/4	4 1/4	4 3/4	5 1/4	2 1/4
17. Okt.	1	1 1/4	3 1/2	4 1/4	5 1/4	3 3/4	4 1/4	4 3/4	5 1/4	3 3/4	4 1/4	4 3/4	5 1/4	2 1/4
1958 10. Febr.	1 1/2	1	3 1/4	4	5	2 3/4	3	3 1/4	4 1/4	2 3/4	3 1/4	4	4 1/4	3 1/4
21. Juli	1 1/2	1	3	3 1/4	4 1/4	2 3/4	3	3 1/4	4 1/4	2 3/4	3 1/4	4	4 1/4	3 1/4
20. Nov.	1 1/2	1	3	3 1/4	4 1/4	2	2 1/2	2 3/4	3 1/2	2	2 1/2	3	3 1/2	3

*) Amtliche Sätze für Einlagen von Nichtbanken, die nur in Ausnahmefällen überschritten werden dürfen. Die hier wiedergegebenen Sätze sind zusammengestellt auf Grund der Bekanntmachungen der Hessischen Bankaufsichtsbehörde; in den meisten anderen Bundesländern lauten die Sätze gleich. — ¹⁾ Für größere Einlagenbeträge (ab 50 000,— DM bzw. 1 000 000,— DM) wurden vom 1. 7. 1950 bis zum 19. 11. 1958 höhere Zinssätze vergütet. — ²⁾ Soweit für Kündigungsgelder mit einer Kündigungsfrist von 6 Monaten und mehr höhere Zinssätze als für Festgelder mit der entsprechenden Laufzeit gelten, dürfen die Sätze nur gewährt werden, wenn von der Kündigung bei Einlagen mit Kündigungsfrist von 6 Monaten bis weniger als 12 Monaten mindestens 3 Monate, bei Einlagen mit Kündigungsfrist von 12 Monaten und darüber mindestens 6 Monate — jeweils gerechnet vom Tage der Vereinbarung — kein Gebrauch gemacht wird. Andernfalls dürfen nur die Sätze für Festgelder vergütet werden. — ³⁾ Ab 1. 7. 1949 = 2 1/4 %. — ⁴⁾ Ab 1. 1. 1951 = 2 3/4 %. — ⁵⁾ Ab 1. 7. 1956 = 3 1/4 %. — ⁶⁾ Ab 1. 5. 1957 = 3 1/2 %. — ⁷⁾ Ab 20. 11. 1958 darf bei Hereinnahme von Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist die Kündigung erst nach Ablauf einer Sperrfrist von 6 Monaten zugelassen werden. Diese Sperrfrist beginnt am Tage der Einzahlung.

4. Geldmarktsätze ¹⁾ in Frankfurt (Main) nach Monaten

in % p. a.

Zeit	Diskontsatz	Tagesgeld ²⁾	Monatsgeld ³⁾	Dreimonatsgeld ³⁾
1956 Dez.	5	4 5/8 — 5	6 — 7 1/2	6 1/2 — 7 1/2
1957 Jan.	5 ³⁾	3 — 4 3/4	4 1/4 — 4 3/4	4 1/4 — 5 3/4
Febr.	4 1/2	3 1/2 — 4 1/2	4 3/8 — 4 3/8	4 3/8 — 4 7/8
März	4 1/2	3 3/4 — 4 1/2	4 1/2 — 4 7/8	4 3/4 — 5 1/4
April	4 1/2	3 3/4 — 4 1/2	4 1/2 — 4 3/4	4 3/4 — 5 1/2
Mai	4 1/2	3 3/4 — 4 3/8	4 3/8 — 4 3/4	5 1/8 — 5 1/2
Juni	4 1/2	4 3/8 — 4 3/4	4 3/8 — 5	5 — 5 5/8
Juli	4 1/2	4 1/8 — 4 3/4	4 1/8 — 4 3/4	4 7/8 — 5 1/8
Aug.	4 1/2	2 1/2 — 4 3/8	4 1/8 — 4 1/2	-
Sept.	4 1/2	3 3/8 — 4 3/8	4 1/4 — 4 3/8	4 3/8 — 4 3/8
10. Okt.	4 1/2	3 1/2 — 4	3 3/4 — 4 1/4	-
Nov.	4	3 — 4	3 1/2 — 4 1/4	-
1958 Dez.	4	2 1/2 — 4	3 1/4 — 5	4 1/2
Jan.	4 ⁵⁾	2 3/4 — 3 1/2	3 1/2	3 3/4 — 3 7/8
Febr.	3 1/2	3 1/8 — 4	3 3/8 — 3 3/8	3 3/8 — 3 7/8
März	3 1/2	3 1/8 — 3 1/2	3 3/8 — 3 3/8	3 3/8 — 4
April	3 1/2	3 — 3 1/2	3 3/8 — 3 3/8	3 3/8 — 4
Mai	3 1/2	3 1/8 — 3 5/8	3 3/8 — 3 3/8	3 3/8 — 3 3/4
Juni	3 1/2	3 — 3 7/8	3 3/8 — 4	3 3/8 — 3 3/4
Juli	3	2 5/8 — 3 1/8	3 — 3 1/8	3 1/8 — 3 3/8
Aug.	3	2 1/4 — 2 7/8	2 3/4 — 3	3 — 3 1/8
Sept.	3	2 5/8 — 3 1/8	2 7/8 — 3 1/8	3 — 3 1/4
10. Okt.	3	2 — 3 1/8	2 1/2 — 3	4

¹⁾ Geldmarktsätze werden nicht offiziell festgesetzt oder notiert. Die hier bekanntgegebenen Sätze sind durch Rückfrage am Frankfurter Bankplatz ermittelt worden. Sie können als repräsentativ angesehen werden. — ²⁾ Jeweils niedrigster und höchster Satz während des Monats. — ³⁾ Ab 11. 1. 1957 = 4 1/2 %. — ⁴⁾ Ab 19. 9. 1957 = 4 1/2 %. — ⁵⁾ Ab 17. 1. 1958 = 3 1/2 %. — ⁶⁾ Ab 27. 6. 1958 = 3 %.

5. Tagesgeldsätze ¹⁾ in Frankfurt (Main) nach Bankwochen

in % p. a.

Zeit	Niedrigster Satz	Höchster Satz	
1958 Juni	1. — 7.	3 1/2	3 3/4
	8. — 15.	3 1/2	3 1/2
	16. — 23.	3 3/8	3 3/4
	24. — 30.	3	3 7/8
Juli	1. — 7.	2 7/8	3 1/8
	8. — 15.	2 3/4	2 7/8
	16. — 23.	2 3/4	3
	24. — 31.	2 5/8	3
Aug.	1. — 7.	2 3/4	2 7/8
	8. — 15.	2 1/2	2 3/4
	16. — 23.	2 1/4	2 3/4
	24. — 31.	2 1/4	2 7/8
Sept.	1. — 7.	2 3/4	3
	8. — 15.	2 3/8	3
	16. — 23.	2 5/8	2 7/8
	24. — 30.	2 3/4	3 1/8
Okt.	1. — 7.	3	3 3/8
	8. — 15.	2 3/4	3
	16. — 23.	2 1/4	2 3/4
	24. — 31.	2	2 1/4
Nov.	1. — 7.	2 5/8	2 3/4
	8. — 15.	2 1/2	2 7/8
	16. — 23.	2 1/8	3 1/8

¹⁾ Tagesgeldsätze werden nicht offiziell festgesetzt oder notiert. Die hier bekanntgegebenen Sätze sind durch Rückfrage am Frankfurter Bankplatz ermittelt worden. Sie können als repräsentativ angesehen werden.

2. Tilgung und Netto-Absatz von festverzinslichen Wertpapieren

Mio DM Nominalwert

Zeit	Neugeschäft nach der Währungsreform							Altgeschäft ²⁾	Festverzinsliche Wertpapiere insgesamt
	davon								
	Pfandbriefe (einschl. Schiffs- pfandbriefe)	Kommunal- obligationen	Schuldver- schreibungen von Spezial- kredit- instituten	Industrie- obligationen (einschl. Wandel- schuldver- schreibungen)	Sonstige Schuldver- schreibungen	Anleihen der öffentlichen Hand	insgesamt		
Tilgung									
1948 2. Halbjahr	—	—	—	—	—	—	—	·	·
1949	—	—	—	—	—	—	—	·	·
1950	—	—	—	—	—	—	—	·	·
1951	0.2	0.0	—	—	—	—	0.2	·	·
1952	0.5	0.1	—	—	—	—	8.8	·	·
1953	0.3	0.8	—	0.8	—	—	37.3	·	·
1954	0.7	1.2	30.0	3.0	0.5	—	46.5	·	·
1955	2.0	5.6	0.1	34.5	0.4	—	32.0	·	·
1956	11.5	20.4	53.3	31.1	0.4	—	299.2	·	·
1957	21.8	32.0	53.3	53.2	0.3	—	583.9	133.6	878.1
1956 Jan.	0.1	0.1	20.8	2.3	—	—	187.9	·	·
Febr.	0.2	—	—	2.5	—	—	1.0	·	·
März	1.7	2.0	—	2.3	—	—	—	·	·
April	0.0	0.1	—	2.0	—	—	1.6	·	·
Mai	0.7	1.5	—	0.3	—	—	8.8	·	·
Juni	0.8	1.0	—	4.0	0.1	—	11.5	·	·
Juli	0.3	0.1	0.0	8.7	—	—	10.4	·	·
Aug.	0.3	0.1	—	0.4	—	—	1.7	·	·
Sept.	0.1	1.6	32.5	1.8	—	—	46.5	·	·
Okt.	0.3	0.1	—	2.6	0.1	—	7.2	·	·
Nov.	0.8	—	—	0.2	—	—	3.7	·	·
Dez.	6.2	13.8	—	4.0	0.2	—	18.9	·	·
1957 Jan.	0.6	0.5	53.2	2.9	—	—	2.5	1.4	61.1
Febr.	0.1	0.8	0.0	3.5	—	—	2.1	5.4	11.9
März	0.3	2.5	0.0	—	—	—	12.1	14.9	27.4
April	0.7	0.3	0.0	2.0	—	—	3.1	6.1	18.6
Mai	2.2	0.2	—	—	—	—	8.5	10.9	13.2
Juni	2.6	2.2	0.0	2.9	0.2	—	5.7	13.6	22.2
Juli	1.8	0.1	0.0	27.1	0.0	—	9.0	38.0	42.5
Aug.	1.6	0.3	0.1	6.0	—	—	3.0	11.0	13.2
Sept.	0.9	1.9	0.0	0.9	—	—	26.9	30.6	45.9
Okt.	5.8	2.3	—	3.8	—	—	10.2	22.1	79.4
Nov.	—	0.9	—	0.1	—	—	493.3	494.3	500.3
Dez.	5.2	20.0	—	4.0	0.1	—	7.5	36.8	42.4
1958 Jan.	1.9	1.8	53.2	9.5	0.1	—	14.6	81.1	83.9
Febr.	1.2	2.0	0.0	1.3	—	—	27.3	31.8	32.8
März	4.0	0.9	—	2.5	—	—	10.1	17.5	24.0
April	0.6	1.5	0.0	5.4	—	—	29.0	36.5	51.6
Mai	0.4	0.3	—	0.0	—	—	43.8	44.5	48.0
Juni	0.7	3.0	0.1	0.5	0.1	—	42.9	47.3	51.7
Juli	1.6	10.6	—	8.2	0.0	—	10.2	30.6	44.8
Aug.	0.2	0.6	—	1.1	—	—	1.3	3.2	6.5
Sept.	4.4	45.5	0.0	2.1	—	—	37.8	89.8	96.6
Okt.	1.5	10.5	0.0	59.3	—	—	31.4	102.7	115.3
Netto-Absatz¹⁾									
1948 2. Halbjahr	6.3	2.3	—	10.0	—	—	—	18.6	·
1949	201.1	33.0	19.9	95.7	—	—	420.4	770.1	·
1950	210.7	99.2	96.2	53.2	0.1	—	217.1	676.5	·
1951	467.8	158.9	1.9	61.7	—	—	56.9	747.2	·
1952	627.6	161.2	219.8	129.5	—	—	410.8	1 548.9	·
1953	1 043.1	428.6	224.6	396.2	33.8	—	738.3	2 864.6	·
1954	2 238.1	1 000.2	34.9	788.5	—	3.7	543.7	4 602.1	·
1955	1 379.7	1 020.5	257.6	397.5	—	0.4	551.2	3 606.1	·
1956	1 026.7	595.7	— 39.1	532.6	—	0.4	32.8	2 148.3	·
1957	1 139.3	1 093.2	211.9	877.9	9.7	—	107.0	3 439.0	123.4
1956 Jan.	112.7	46.6	— 20.6	— 2.3	—	—	— 16.1	120.3	·
Febr.	121.5	62.8	1.1	— 2.5	—	—	0.9	183.8	·
März	130.0	61.4	0.2	— 2.3	0.0	—	1.7	191.0	·
April	93.2	75.9	6.3	— 2.0	—	—	0.1	173.5	·
Mai	109.3	29.1	1.1	— 0.3	—	—	7.1	132.1	·
Juni	55.1	121.4	0.2	— 2.6	—	—	9.8	164.2	·
Juli	62.3	68.3	— 0.0	2.6	0.0	—	8.7	124.5	·
Aug.	54.2	26.8	— 0.0	207.7	—	—	— 0.0	288.7	·
Sept.	100.3	30.2	— 30.8	238.2	—	—	— 5.9	332.0	·
Okt.	52.2	13.9	0.3	32.4	—	0.1	83.6	182.3	·
Nov.	48.9	16.6	—	39.5	—	0.0	7.8	112.8	·
Dez.	87.0	42.7	3.1	24.2	—	0.2	— 13.7	143.1	·
1957 Jan.	116.8	21.3	— 22.5	83.2	—	—	140.9	339.7	2.7
Febr.	59.0	27.6	11.1	41.9	—	—	31.6	171.2	1.4
März	60.7	78.9	2.6	99.3	0.0	—	3.5	245.0	8.7
April	79.4	67.6	2.5	23.9	—	—	16.5	189.9	168.7
Mai	73.7	72.0	31.7	67.4	—	—	12.2	257.0	2.7
Juni	37.9	57.8	5.2	83.7	—	0.2	47.0	231.4	0.2
Juli	96.5	79.9	41.9	92.0	—	0.0	63.1	373.4	6.6
Aug.	80.4	108.7	46.1	88.6	—	0.0	24.7	348.5	0.5
Sept.	149.7	157.8	3.6	103.8	—	—	— 1.9	413.0	7.6
Okt.	149.0	159.6	10.0	90.2	—	—	89.3	498.1	49.6
Nov.	129.1	156.5	57.0	55.4	—	0.0	— 396.5	1.5	3.5
Dez.	107.1	105.5	22.7	48.5	—	9.9	76.6	370.3	3.8
1958 Jan.	184.6	165.3	— 49.9	96.4	—	0.1	157.2	553.5	13.0
Febr.	156.9	292.8	6.3	200.7	—	—	59.5	716.2	1.5
März	131.8	246.7	22.5	191.4	—	—	62.4	654.8	1.1
April	109.4	252.8	148.1	55.5	—	—	222.4	788.2	5.4
Mai	80.7	80.7	7.0	306.0	—	—	312.6	787.0	1.3
Juni	71.0	110.4	2.5	158.1	—	0.1	57.5	399.4	72.9
Juli	137.6	296.3	44.8	136.4	—	0.0	236.2	851.3	44.5
Aug.	117.5	248.0	97.1	118.9	—	—	25.1	606.6	67.1
Sept.	126.3	159.7	12.9	32.9	—	—	— 11.4	320.4	62.8
Okt.	158.2	149.5	69.9	100.7	0.0	—	595.0	1 073.3	43.5

¹⁾ Bruttoabsatz minus Tilgung; negatives Vorzeichen bedeutet Überhang der Tilgung über den im Berichtszeitraum neu abgesetzten (bzw. im Altgeschäft nach dem Wertpapierbereinigungsgesetz oder auf Grund von anderen Entschädigungsgesetzen anerkannten) Betrag. — ²⁾ Statistisch erfasst erst ab Januar 1957.

3. Umlauf an festverzinslichen Wertpapieren
Mio DM Nominalwert

Jahres- bzw. Monats- ende	Neugeschäft nach der Währungsreform						insgesamt	Altgeschäft ¹⁾	Festver- zinsliche Wert- papiere insgesamt
	davon								
	Pfandbriefe (einschl. Schiffs- pfandbriefe)	Kommunal- obligationen	Schuldver- schreibungen von Spezial- Kredit- instituten	Industrie- obligationen (einschl. Wandel- schuldver- schreibungen)	Sonstige Schuld- ver- schreibungen	Anleihen der öffentlichen Hand			
1948	6.3	2.3	—	10.0	—	—	18.6	·	·
1949	207.4	35.3	19.9	105.7	—	420.4	788.7	·	·
1950	418.1	134.5	116.1	158.9	0.1	637.5	1 465.2	·	·
1951	885.9	293.4	118.0	220.6	0.1	694.4	2 212.4	·	·
1952	1 513.5	454.6	337.8	350.1	0.1	1 105.2	3 761.3	·	·
1953	2 556.6	883.2	562.4	746.3	33.9	1 843.5	6 625.9	·	·
1954	4 794.7	1 883.4	597.3	1 534.8	37.6	2 387.2	11 235.0	·	·
1955	6 174.4	2 903.9	854.9	1 932.3	36.2	2 938.4	14 841.1	1 407.8	18 397.2
1956	7 201.1	3 499.6	815.8	2 464.9	36.8	2 971.2	16 989.4	1 361.2	21 789.6
1957	8 340.4	4 592.8	1 027.7	3 342.8	46.5	3 078.2	20 428.4	·	·
1955 Jan.	5 003.0	2 015.6	614.7	1 793.3	37.6	2 409.0	11 873.2	·	·
1955 Febr.	5 079.6	2 123.6	629.8	1 812.9	37.6	2 409.7	12 093.2	·	·
1955 März	5 088.1	2 147.5	651.8	1 810.3	37.6	2 412.1	12 147.4	·	·
1955 April	5 222.1	2 205.0	653.2	1 807.4	37.6	2 416.7	12 342.0	·	·
1955 Mai	5 375.0	2 259.1	653.2	1 805.9	37.6	2 416.7	12 547.5	·	·
1955 Juni	5 513.2	2 353.6	812.2	1 863.1	37.4	2 416.6	12 996.1	·	·
1955 Juli	5 606.6	2 464.8	842.1	1 864.8	37.4	2 671.1	13 486.8	·	·
1955 Aug.	5 731.5	2 607.4	842.1	1 884.5	37.4	2 924.4	14 027.3	·	·
1955 Sept.	5 870.0	2 740.2	846.9	1 884.1	37.4	2 923.1	14 301.7	·	·
1955 Okt.	5 988.8	2 827.7	849.9	1 888.3	37.4	2 928.2	14 520.3	·	·
1955 Nov.	6 044.6	2 845.0	852.9	1 896.7	37.4	2 937.1	14 613.7	·	·
1955 Dez.	6 174.4	2 903.9	854.9	1 932.3	37.2	2 938.4	14 841.1	·	·
1956 Jan.	6 287.1	2 950.5	834.3	1 930.0	37.2	2 922.3	14 961.4	·	·
1956 Febr.	6 408.6	3 013.3	835.4	1 927.5	37.2	2 923.2	15 145.2	·	·
1956 März	6 538.6	3 074.7	835.6	1 925.2	37.2	2 924.9	15 336.2	·	·
1956 April	6 631.8	3 150.6	841.9	1 923.2	37.2	2 925.0	15 509.7	·	·
1956 Mai	6 741.1	3 179.7	843.0	1 922.9	37.2	2 917.9	15 641.8	·	·
1956 Juni	6 796.2	3 301.1	843.2	1 920.3	37.1	2 908.1	15 806.0	·	·
1956 Juli	6 858.5	3 369.4	843.2	1 922.9	37.1	2 899.4	15 930.5	·	·
1956 Aug.	6 912.7	3 396.2	843.2	1 920.6	37.1	2 899.4	16 219.2	·	·
1956 Sept.	7 013.0	3 426.4	812.4	2 368.8	37.1	2 893.5	16 551.2	·	·
1956 Okt.	7 065.2	3 440.3	812.7	2 401.2	37.0	2 977.1	16 733.5	·	·
1956 Nov.	7 114.1	3 456.9	817.7	2 440.7	37.0	2 984.9	16 846.3	·	·
1956 Dez.	7 201.1	3 499.6	815.8	2 464.9	36.8	2 971.2	16 989.4	1 407.8	18 397.2
1957 Jan.	7 317.9	3 520.9	793.3	2 548.1	36.8	3 112.1	17 329.1	1 410.5	18 739.6
1957 Febr.	7 376.9	3 548.5	804.4	2 590.0	36.8	3 143.7	17 500.3	1 410.8	18 911.1
1957 März	7 437.6	3 627.4	807.0	2 689.3	36.8	3 147.2	17 745.3	1 401.2	19 146.5
1957 April	7 517.0	3 695.0	809.5	2 713.2	36.8	3 163.7	17 935.2	1 401.9	19 337.1
1957 Mai	7 590.7	3 767.0	841.2	2 780.6	36.8	3 175.9	18 192.2	1 404.6	19 596.8
1957 Juni	7 628.6	3 824.8	846.4	2 864.3	36.8	3 222.9	18 423.6	1 404.4	19 828.0
1957 Juli	7 725.1	3 904.7	888.3	2 956.3	36.6	3 286.0	18 797.0	1 411.0	20 208.0
1957 Aug.	7 805.5	4 013.4	934.4	3 044.9	36.6	3 310.7	19 145.5	1 410.5	20 556.0
1957 Sept.	7 955.2	4 171.2	938.0	3 148.7	36.6	3 308.8	19 558.5	1 418.2	20 976.7
1957 Okt.	8 104.2	4 330.8	948.0	3 238.9	36.6	3 398.1	20 056.6	1 368.6	21 425.2
1957 Nov.	8 233.3	4 487.3	1 005.0	3 294.3	36.6	3 001.6	20 058.1	1 365.1	21 423.2
1957 Dez.	8 340.4	4 592.8	1 027.7	3 342.8	46.5	3 078.2	20 428.4	1 361.2	21 789.6
1958 Jan.	8 525.0	4 758.1	977.8	3 439.2	46.4	3 235.4	20 981.9	1 374.2	22 356.1
1958 Febr.	8 681.9	5 050.9	984.1	3 639.9	46.4	3 294.9	21 698.1	1 375.7	23 073.8
1958 März	8 813.7	5 297.6	1 006.6	3 831.3	46.4	3 357.3	22 352.9	1 374.6	23 727.5
1958 April	8 923.1	5 550.4	1 154.7	3 886.8	46.4	3 579.7	23 141.1	1 369.2	24 510.3
1958 Mai	9 003.8	5 631.1	1 161.7	4 192.8	46.4	3 892.3	23 928.1	1 367.9	25 296.0
1958 Juni	9 074.8	5 741.5	1 164.2	4 350.9	46.3	3 949.8	24 327.5	1 440.8	25 768.3
1958 Juli	9 213.4	6 037.8	1 209.0	4 487.3	46.3	4 186.0	25 178.8	1 485.3	26 664.1
1958 Aug.	9 329.9	6 285.8	1 306.1	4 606.2	46.3	4 211.1	25 785.4	1 522.4	27 307.8
1958 Sept.	9 456.2	6 445.5	1 319.0	4 639.1	46.3	4 199.7	26 105.8	1 615.2	27 721.0
1958 Okt.	9 614.4	6 595.0	1 388.9	4 739.8	46.3	4 794.7	27 179.1	1 658.7	28 837.8

Aufgliederung nach Zinssätzen und Ertragsbesteuerung Stand vom 30. September 1958 ²⁾									
1) steuerfrei	4 725.1	1 754.5	373.8	305.7	36.3	983.5	8 178.8	1 565.6	9 744.4
davon zu %									
3 bis unter 3 1/2	0.7	—	—	—	—	—	0.7	—	0.7
3 1/2 " " 4	—	—	5.6	—	—	—	5.6	3.0	4.6
4 " " 4 1/2	—	—	—	—	0.2	—	0.2	1 521.1	1 521.3
4 1/2 " " 5	—	—	—	—	—	—	—	—	33.1
5 " " 5 1/2	3 359.0	943.2	30.7	3.2	36.0	313.3	4 685.4	3.7	4 689.1
5 1/2 " " 6	1 329.0	811.3	337.5	302.5	—	135.6	2 915.8	0.5	2 916.3
6	36.5	—	—	—	0.1	534.6	571.2	4.2	575.4
2) steuerbegünstigt	368.8	310.4	130.0	1 435.3	—	273.6	2 518.0	41.7	2 559.7
davon zu %									
6 1/2 bis unter 7	72.8	183.3	80.0	185.0	—	—	521.1	39.0	560.1
7 " " 7 1/2	30.1	5.7	20.0	326.6	—	—	382.3	—	382.3
7 1/2 " " 8	251.3	119.4	30.0	452.6	—	273.6	1 126.9	2.7	1 129.6
8	14.6	2.0	—	471.1	—	—	487.6	—	487.6
3) tarifbesteuert	4 362.4	4 380.6	815.2	2 898.1	10.0	2 942.6	15 409.0	7.9	15 416.9
davon zu %									
4 1/2 bis unter 5	—	—	100.0	—	—	—	100.0	—	100.0
5 " " 5 1/2	45.7	119.4	—	43.1	—	228.4	436.7	—	436.7
5 1/2 " " 6	393.3	393.8	—	47.4	—	74.2	908.8	—	908.8
6 " " 6 1/2	2 548.4	1 925.4	231.2	170.3	—	556.0	5 431.2	—	5 431.2
6 1/2 " " 7	228.0	128.9	163.0	180.6	—	195.0	895.5	0.4	895.9
7 " " 7 1/2	366.6	762.2	50.0	668.0	—	1 024.0	2 370.8	—	2 370.8
7 1/2 " " 8	712.8	1 020.9	221.0	616.0	—	500.0	3 070.8	1.5	3 072.3
8	67.6	30.0	50.0	1 172.7	10.0	365.0	1 693.3	6.0	1 701.3

¹⁾ Statistisch erfasst erst ab Dezember 1956. — ²⁾ Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

7. Absatz von Industrie-Obligationen und Aktien

aufgeteilt nach Wirtschaftsgruppen der Emittenten
Mio DM Nominalwert

Wirtschaftsgruppe der Emittenten	Industrie-Obligationen						Aktien					
	1948, 2. Hj. bis 1954	1955	1956	1957	1958 Januar bis Oktober	seit der Währungsreform insgesamt	1948, 2. Hj. bis 1954	1955	1956	1957	1958 Januar bis Oktober	seit der Währungsreform insgesamt
1) Land- und Forstwirtschaft, Binnen- und Hochseefischerei	—	—	—	—	—	—	1.8	—	—	1.0	0.9	3.7
2) Bergbau, Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	394.0	103.1	45.0	112.6	316.0	970.7	22.5	116.1	226.0	330.1	33.6	728.3
3) Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung	161.8	229.9	55.0	272.5	217.5	936.7	38.4	43.8	131.2	62.0	76.8	352.2
4) Energiewirtschaft und Versorgungsbetriebe	546.7	73.0	90.1	324.2	197.0	1 231.0	264.5	165.9	215.1	230.8	72.8	949.1
5) Stahl- und Eisenbau, Maschinen-, Fahrzeug-, Schiffbau, Eisen-, Stahl- und Blechwarengewerbe, Feinmechanik, Optik und Elektrotechnik	189.1	—	114.1	34.8	125.6	463.6	195.1	399.8	377.1	301.9	106.6	1 380.5
6) Chemische Industrie, Mineralölverarbeitung, Kohlenwertstoff- und Gummiindustrie, Kunststoffe	184.9	0.1	197.7	165.0	464.5	1 012.2	75.8	365.5	517.5	464.3	222.8	1 645.9
7) Nahrungs-, Genuß- und Futtermittelgewerbe	4.1	3.0	—	4.0	—	11.1	30.6	41.6	38.8	41.3	30.2	182.5
8) Sonstige verarbeitende Gewerbe (Feinkeramik, Glas, Sägerei, Holz, Papier, Leder, Textil, Bekleidung)	17.1	16.6	41.8	—	22.6	98.1	83.9	63.2	40.9	32.1	16.9	237.0
9) Bau- und Baubhilfsgewerbe	30.9	6.3	—	—	3.7	40.9	20.7	1.9	4.3	1.4	1.2	29.5
10) Wohnungs- und Grundstückswesen	—	—	—	—	—	—	41.5	61.2	24.8	17.1	7.0	151.6
11) Sonstige Dienstleistungen	—	—	—	—	—	—	20.0	1.6	8.8	14.8	2.9	48.1
12) Handel-, Geld- und Versicherungswesen	—	—	20.0 ¹⁾	18.0 ¹⁾	15.0 ¹⁾	53.0	378.2	254.8	204.7	113.8	250.3	1 201.8
13) Verkehrswirtschaft	10.0	—	—	—	75.0	85.0	61.1	39.4	48.3	21.1	77.1	247.0
14) Dienstleistungen im öffentlichen Interesse	—	—	—	—	—	—	4.6	—	—	—	1.7	6.3
15) Ausländische Emittenten	—	—	—	—	50.0	50.0	—	—	—	—	—	—
insgesamt	1 538.6	432.0	563.7	931.1	1 486.9	4 952.3	1 238.7	1 554.8	1 837.5	1 631.7	900.8	7 163.5

¹⁾ Schuldverschreibungen von Handelsunternehmen.

8. Zinssätze und Emissionskurse

Wertpapierart / Emissionskurs	Zinssätze (%)							Zusammen	Zinssätze (%)							Zusammen
	bis unter 5 1/2	5 1/2 bis unter 6	6 bis unter 6 1/2	6 1/2 bis unter 7	7 bis unter 7 1/2	7 1/2 bis unter 8	8		bis unter 5 1/2	5 1/2 bis unter 6	6 bis unter 6 1/2	6 1/2 bis unter 7	7 bis unter 7 1/2	7 1/2 bis unter 8	8	
abgesetzte, tarifbesteuerte Wertpapiere (Mio DM Nominalwert)																
Oktober 1958																
1) Pfandbriefe ¹⁾ und Kommunalobligationen	75.6	163.4	73.8	1.7	2.4	2.7	—	319.6	153.3	102.5	63.1	4.3	12.1	0.5	0.1	335.9
davon zum Emissionskurs unter 94	—	0.0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
von 94 bis unter 95	0.1	0.2	—	—	—	—	—	—	—	—	2.5	—	—	—	—	—
95 - - 96	1.1	1.1	—	—	—	—	—	—	0.1	1.3	—	—	0.5	—	—	—
96 - - 97	9.0	—	2.0	—	—	—	—	—	13.9	0.0	—	—	0.3	—	—	—
97 - - 98	50.8	6.2	1.9	—	—	2.7	—	—	98.5	1.1	5.0	—	—	—	—	—
98 - - 99	0.1	6.6	3.8	—	0.3	—	—	—	0.1	5.1	5.2	—	5.0	—	—	—
99 - - 100	10.5	88.1	7.2	1.0	1.0	—	—	—	26.4	34.5	8.4	—	—	0.2	—	—
100 - - 101	4.0	58.8	30.8	—	0.6	—	—	—	14.3	58.1	17.7	2.0	5.9	0.3	—	—
101 und höher	—	2.4	27.9	0.7	0.5	—	—	—	—	2.4	24.3	2.3	0.4	—	0.1	—
2) Industrie-Obligationen (einschl. Wandelschuldverschreibungen)	—	160.0	—	—	—	—	—	160.0	—	—	35.0	—	—	—	—	35.0
davon zum Emissionskurs unter 96	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
von 96 bis unter 97	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
97 - - 98	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
98 - - 99	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
99 - - 100	—	110.0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
100	—	50.0	—	—	—	—	—	—	—	—	35.0	—	—	—	—	—
3) Anleihen der öffentlichen Hand	1.4	600.0	—	—	25.0	—	—	626.4	1.4	—	—	—	25.0	—	—	26.4
davon zum Emissionskurs unter 96	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
von 96 bis unter 97	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
97 - - 98	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
98 - - 99	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
99 - - 100	—	600.0	—	—	25.0	—	—	—	—	—	—	—	25.0	—	—	—
100	1.4	—	—	—	—	—	—	—	1.4	—	—	—	—	—	—	—
4) Schuldverschreibungen v. Spezialkreditinstituten und sonstige	—	50.0	19.7	—	—	0.2	—	69.9	—	—	12.9	—	—	0.0	—	12.9
davon zum Emissionskurs unter 96	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.0	—	—	—	—	—
von 96 bis unter 97	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
97 - - 98	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
98 - - 99	—	—	3.9	—	—	—	—	—	—	—	0.8	—	—	—	—	—
99 - - 100	—	50.0	—	—	—	—	—	—	—	—	1.0	—	—	—	—	—
100 und höher	—	—	15.8	—	—	0.2	—	—	—	—	10.1	—	—	0.0	—	—
Zusammen	77.0	973.4	93.5	1.7	27.4	2.9	—	1 175.9	154.7	102.5	111.0	4.3	37.1	0.5	0.1	410.2

¹⁾ Einschl. Schiffspfandbriefe.

Zeit	Festverzinsliche Wertpapiere																	
	insgesamt						darunter:											
	Inländische Erwerber				Ausländische Erwerber	Summe des aufteilbaren Absatzes	Pfandbriefe (einschl. Schiffspfandbriefe)				Kommunal-Obligationen							
	Öffentliche Stellen	Kredit-institute	sonstige Wirtschaft-unternehmen	Private			Öffentliche Stellen	Kredit-institute	sonstige Wirtschaft-unternehmen	Private	Ausländische Erwerber	Summe des aufteilbaren Absatzes	Inländische Erwerber				Ausländische Erwerber	Summe des aufteilbaren Absatzes
Mio DM ¹⁾																		
vH ²⁾																		
1958 Juli	93.0	534.8	83.0	139.5	31.6	881.9	22.9	105.3	3.5	7.4	0.1	139.2	46.4	253.1	5.7	1.7	—	306.9
Aus.	66.8	394.9	41.7	88.1	18.4	609.8	30.6	76.3	2.4	8.4	0.0	117.7	24.5	217.5	4.0	2.5	0.0	248.6
Sept.	47.2	319.9	12.8	26.3	4.0	410.2	19.1	102.9	1.7	6.8	0.1	130.7	16.4	182.6	4.2	2.1	0.0	205.2
Okt. ³⁾	86.2	794.5	89.9	115.3	40.0	126.0	16.8	129.9	6.6	6.2	0.1	159.7	13.4	132.2	12.9	1.1	0.5	160.0
1958 Juli	10	61	9	16	4	100	16	76	3	5	0	100	15	82	2	1	—	100
Aus.	11	65	7	14	3	100	26	65	2	7	0	100	10	87	2	1	0	100
Sept.	12	78	3	6	1	100	15	79	1	5	0	100	8	89	2	1	0	100
Okt. ³⁾	8	71	8	10	3	96	11	81	4	4	0	100	8	83	8	1	0	100

¹⁾ Soweit aufteilbar. Erfasst wird nur der erste Verkauf (bei Bankschuldverschreibungen in der Regel der Verkauf durch das Emissionsinstitut selbst, bei Anleihen der Verkauf durch den in Tsd DM gemeldeten Originalzahlen errechnet. Summe des aufteilbaren Absatzes = 100 vH. — ²⁾ Summe des aufteilbaren Absatzes in vH des Gesamtabsatzes. — ³⁾ Vorläufig.

10. Investment-

Jahres- bzw. Monats-ende	Allgemeine Deutsche Investment-Gesellschaft mbH, München												Deutsche Gesellschaft für Wertpapiersparen mbH, Frankfurt/M.		
	Fondra Fonds für Renten und Aktien (ca. 30 Renten- und 80 Aktienwerte)			Fondak Fonds für deutsche Aktien (ca. 130 Aktienwerte)			Fondis Fonds industrieller Spezialwerte (ca. 20 Aktienwerte)			Adifonds der hundert Werte Fonds für deutsche Aktien			Investa Fonds für Renten und Aktien (ca. 10 Renten- und 50 Aktienwerte)		
	Anzahl der ausgegebenen Anteile	Ø Ausgabepreis pro Anteil ¹⁾	Inventarwert des Fonds	Anzahl der ausgegebenen Anteile	Ø Ausgabepreis pro Anteil ¹⁾	Inventarwert des Fonds	Anzahl der ausgegebenen Anteile	Ø Ausgabepreis pro Anteil ¹⁾	Inventarwert des Fonds	Anzahl der ausgegebenen Anteile	Ø Ausgabepreis pro Anteil ¹⁾	Inventarwert des Fonds	Anzahl der ausgegebenen Anteile	Ø Ausgabepreis pro Anteil ¹⁾	Inventarwert des Fonds
	Stück	DM	Tsd DM	Stück	DM	Tsd DM	Stück	DM	Tsd DM	Stück	DM	Tsd DM	Stück	DM	Tsd DM
1950	9 000	104,25	899	9 200	99,75	873	—	—	—	—	—	—	—	—	
1951	10 500	134,00	1 348	22 100	169,50	3 563	—	—	—	—	—	—	—	—	
1952	10 500	125,75	1 265	24 000	153,375	3 500	—	—	—	—	—	—	—	—	
1953	11 000	133,375	1 406	29 000	172,25	4 752	—	—	—	—	—	—	—	—	
1954	12 700	184,625	2 247	30 900	275,625	8 099	—	—	—	—	—	—	—	—	
1955	12 700	206,00	2 513	35 900	321,00	11 014	124 100	126,75	15 032	—	—	—	—	—	
1956	18 001	191,75	3 315	40 763	294,50	11 476	201 533	116,50	22 436	—	—	—	—	—	
1957	28 577	193,12 ²⁾	5 449	317 863 ²⁾	115,22 ²⁾	31 239	262 722	116,42 ²⁾	30 269	—	—	—	817 820	104,02 ²⁾	84 163
1956 Jan.	12 700	203,375	2 481	35 900	315,375	10 820	128 000	122,00	14 927	—	—	—	—	—	
Febr.	12 700	203,00	2 476	35 900	313,50	10 755	131 900	121,125	15 264	—	—	—	—	—	
März	13 000	204,75	2 557	36 100	316,75	10 928	136 620	123,75	16 160	—	—	—	—	—	
April	13 100	206,25	2 595	36 200	320,50	11 087	142 800	125,375	17 110	—	—	—	—	—	
Mai	13 600	200,25	2 615	36 200	308,75	10 680	147 500	120,25	16 941	—	—	—	—	—	
Juni	14 100	200,875	2 721	36 700	307,25	10 780	155 300	120,00	17 822	—	—	—	—	—	
Juli	14 900	200,125	2 864	36 900	304,375	10 734	162 700	118,50	18 422	—	—	—	—	—	
Aug.	15 350	185,50	2 736	37 300	282,50	10 070	169 300	110,125	17 811	—	—	—	—	—	
Sept.	16 300	191,25	2 994	37 900	295,375	10 696	176 300	116,75	19 680	—	—	—	—	—	
Okt.	16 650	190,00	3 038	38 100	290,25	10 569	180 700	112,625	19 446	—	—	—	—	—	
Nov.	17 310	188,125	3 126	39 350	286,25	10 761	192 295	111,75	20 541	—	—	—	—	—	
Dez.	18 001	191,75	3 315	40 763	294,50	11 476	201 533	116,50	22 436	—	—	—	—	—	
1957 Jan.	18 482	191,78 ²⁾	3 381	124 243	295,12 ²⁾	11 521	209 905	115,80 ²⁾	22 790	—	—	—	300 900	101,39 ²⁾	28 855
Febr.	18 928	190,31	3 473	132 329	96,58 ²⁾	12 239	216 185	112,91	23 403	—	—	—	336 500	99,08	32 222
März	19 310	191,99	3 585	141 858	97,31	13 383	220 655	114,29	24 337	—	—	—	390 200	100,47	38 213
April	19 728	194,06	3 679	151 585	99,37	14 399	224 863	116,64	25 030	—	—	—	417 800	102,46	41 196
Mai	19 920	193,45	3 714	158 195	98,40	14 931	228 423	114,71	25 140	—	—	—	441 000	101,40	43 298
Juni	20 634	192,71	3 793	161 575	97,07	14 829	231 953	112,29	24 612	—	—	—	465 150	100,32	44 419
Juli	21 541	196,23	4 145	170 683	100,02	16 832	237 523	117,71	27 908	—	—	—	505 170	103,49	52 177
Aug.	22 809	188,64	4 178	197 026	97,40	18 584	239 192	117,48	27 234	—	—	—	536 970	108,10	56 784
Sept.	24 239	192,80	4 510	233 388	100,04	22 356	250 170	119,86	28 503	—	—	—	601 500	110,85	63 859
Okt.	26 089	192,70	4 833	259 454	98,59	24 570	254 360	117,30	28 383	—	—	—	633 190	108,98	66 361
Nov.	27 529	195,22	5 211	286 794	100,52	27 826	258 668	118,64	29 566	—	—	—	720 620	105,37	73 461
Dez.	28 577	197,55	5 449	317 863	102,28	31 239	262 722	120,11	30 269	—	—	—	817 820	106,37	84 163
1958 Jan.	30 988	203,61	6 266	376 753	105,86	39 787	270 395	123,71	33 434	—	—	—	934 190	109,75	102 981
Febr.	32 317	210,34	6 453	418 475	110,03	43 168	275 072	128,04	32 777	—	—	—	1 001 080	113,39	107 038
März	33 498	210,64	6 896	461 295	109,83	49 479	276 815	126,45	34 070	—	—	—	1 070 340	112,50	117 870
April	41 410	219,07	8 865	508 002	115,75	57 587	279 315	132,74	36 368	—	—	—	1 113 991	117,71	129 868
Mai	43 635	223,08	9 402	546 851	118,56	62 489	280 945	135,17	36 692	—	—	—	1 156 770	120,03	135 043
Juni	109 801 ³⁾	115,72 ³⁾	12 422	591 240	124,31	71 684	283 437	142,24	39 325	—	—	—	1 216 400	126,24	151 709
Juli	136 902	119,61	15 929	652 973	129,71	82 487	288 074	147,67	41 272	—	—	—	1 298 850	131,72	167 682
Aug.	165 087	119,17	19 317	712 088	132,20	92 333	297 396	150,69	43 983	—	—	—	1 397 315	140,64	194 843
Sept.	184 328	124,85	22 990	755 648	139,92	106 276	301 959	159,98	49 090	—	—	—	1 495 120	148,90	226 280
Okt.	196 631	129,83	25 420	780 415	147,04	115 486	306 781	168,54	52 061	538 445	102,53 ³⁾	54 296	1 567 264	156,42	247 968

¹⁾ Bis einschließlich 1956 Jahres- bzw. Monatsendstände. — ²⁾ Außergewöhnliche Änderung gegenüber Vorjahrs- bzw. Vormonatsstand infolge Ausgabe von je zwei Gratisanteilen an herigen Besitzer von Fondra-Zertifikaten (im Juni 1958). — ³⁾ Für den Ø-Ausgabepreis ab 1957 vorläufige Zahlen.

nach Käufergruppen¹⁾

noch: Festverzinsliche Wertpapiere												Aktionen					Zeit	
darunter:																		
Anleihen der öffentlichen Hand					Industrie-Obligationen													
Inländische Erwerber				Ausländische Erwerber	Summe des aufteilbaren Absatzes	Inländische Erwerber				Ausländische Erwerber	Summe des aufteilbaren Absatzes	Inländische Erwerber				Ausländische Erwerber		Summe des aufteilbaren Absatzes
Öffentliche Stellen	Kreditinstitute	sonstige Wirtschaftsunternehmen	Private			Öffentliche Stellen	Kreditinstitute	sonstige Wirtschaftsunternehmen	Private			Öffentliche Stellen	Kreditinstitute	sonstige Wirtschaftsunternehmen	Private			
Mio DM ²⁾																		
19.2	118.5	36.0	61.1	11.7	246.4	2.8	35.1	28.4	58.4	19.9	144.6	45.2	80.9	2.5	0.1	—	128.7	Juli 1958 Aug. Sept. Okt. ³⁾
1.4	25.0	—	—	—	26.4	1.5	25.2	20.1	57.8	15.4	120.0	20.7	14.3	3.0	0.1	—	38.1	
1.4	25.0	—	—	—	26.4	0.3	7.6	5.9	17.4	3.9	35.0	—	27.2	6.7	35.3	29.0	98.3	
54.1	440.5	54.2	60.6	17.0	626.4	2.0	25.2	13.0	47.4	22.4	110.0	1.4	15.1	2.5	0.6	38.0	57.6	
vH ³⁾																		
8	48	14	25	5	100	2	24	20	40	14	100	35	63	2	0	—	100	Juli 1958 Aug. Sept. Okt. ³⁾
5	95	—	—	—	100	1	21	17	48	13	100	54	38	8	0	—	100	
5	95	—	—	—	100	1	22	17	49	11	100	—	28	7	36	29	100	
8	70	9	10	3	100	2	23	12	43	20	69	3	26	4	1	66	99	

das Emissions-Konsortium); Weiterverkäufe bleiben unberücksichtigt. Aufteilung bei Aktien zum Teil geschätzt. — ²⁾ Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. — ³⁾ Aus

Gesellschaften

Deutscher Investment-Trust Gesellschaft für Wertpapieranlagen mbH, Frankfurt/M.			Deutsche Kapitalanlagegesellschaft mbH, Düsseldorf			Union-Investment-Gesellschaft mbH, Frankfurt/Main						Alle Investment-Gesellschaften	Jahres- bzw. Monatsende
Concentra Fonds für Standard-Aktien (ca. 30 Aktienwerte)			Dekafonds I Fonds ausgewählter deutscher Aktien (ca. 40 Aktienwerte)			Unifonds Aktienfonds deutscher Spitzenwerte (ca. 5 Renten- und 60 Aktienwerte)			Uscafonds Wertpapierfonds nordamerikan. Spitzenwerte (USA und Kanada) (ca. 35 Aktienwerte)			Inventarwert aller Fonds	
Anzahl der ausgegebenen Anteile	Ø Ausgabepreis pro Anteil ¹⁾	Inventarwert des Fonds	Anzahl der ausgegebenen Anteile	Ø Ausgabepreis pro Anteil ¹⁾	Inventarwert des Fonds	Anzahl der ausgegebenen Anteile	Ø Ausgabepreis pro Anteil ¹⁾	Inventarwert des Fonds	Anzahl der ausgegebenen Anteile	Ø Ausgabepreis pro Anteil ¹⁾	Inventarwert des Fonds		
Stück	DM	Tsd DM	Stück	DM	Tsd DM	Stück	DM	Tsd DM	Stück	DM	Tsd DM	Tsd DM	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1 772	1950
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4 911	1951
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4 765	1952
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6 158	1953
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10 346	1954
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	28 559	1955
537 000	100,25	51 767	85 792	103,20	8 563	201 549	47,50	9 112	13 609	109,20	1 415	108 084	1956
1 304 000	98,02 ^{P)}	128 970	161 929	106,20 ^{P)}	17 830	384 558	47,39 ^{P)}	17 096	23 831	104,38 ^{P)}	2 130	317 146	1957
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	28 228	Jan. 1956
80 000	104,25	8 045	—	—	—	—	—	—	—	—	—	28 495	Febr.
238 000	105,50	24 231	—	—	—	108 140	49,80	5 129	—	—	—	37 690	März
300 000	101,25	29 268	—	—	—	125 014	47,80	5 680	—	—	—	60 152	April
353 500	99,75	33 954	—	—	—	143 015	47,50	6 466	3 934	110,80	415	65 184	Mai
385 000	98,00	36 375	—	—	—	160 029	46,60	7 088	5 132	113,90	556	72 158	Juni
411 000	96,00	38 039	—	—	—	170 834	45,40	7 380	5 983	110,30	628	76 039	Juli
442 500	101,75	43 368	—	—	—	183 624	47,90	8 376	6 797	106,90	692	76 664	Aug.
464 000	98,25	43 859	—	—	—	188 785	46,60	8 376	9 518	109,60	988	85 806	Sept.
509 000	97,00	47 476	81 403	99,80	7 853	198 280	46,00	8 670	12 970	104,50	1 291	86 276	Okt.
537 000	100,25	51 767	85 792	103,20	8 563	201 549	47,50	9 112	13 609	109,20	1 415	99 718	Nov.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	108 084	Dez.
576 500	99,88 ^{P)}	54 309	93 836	102,60 ^{P)}	9 128	209 906	47,35 ^{P)}	9 266	13 980	108,19 ^{P)}	1 414	140 664	Jan. 1957
630 000	95,33	56 814	99 750	99,91	9 672	216 032	46,14	9 521	14 586	103,64	1 414	148 758	Febr.
679 000	94,39	62 070	104 447	101,13	10 317	222 543	46,84	10 055	15 419	102,71	1 526	163 486	März
718 700	95,80	65 851	109 431	103,40	10 918	229 805	47,79	10 439	16 046	106,39	1 654	173 166	April
764 500	94,38	69 561	113 425	102,51	11 260	233 763	47,09	10 527	18 049	110,85	1 912	180 343	Mai
825 000	92,93	72 510	116 006	101,01	11 160	236 112	46,38	10 276	18 252	111,91	1 936	183 535	Juni
915 000	95,64	87 072	120 856	104,60	12 668	253 304	47,83	11 957	18 339	112,86	1 938	214 697	Juli
1 000 000	100,06	97 697	124 751	109,89	13 461	268 194	50,07	12 968	18 995	107,37	1 872	232 778	Aug.
1 093 500	102,42	107 116	130 625	112,75	14 129	292 870	51,28	14 230	19 520	102,23	1 820	256 523	Sept.
1 174 000	100,77	113 280	138 617	110,75	14 767	320 685	45,58	13 884	20 938	95,39	1 867	267 945	Okt.
1 243 000	101,88	122 736	149 604	112,12	16 353	364 007	46,09	16 086	22 470	95,55	2 085	293 324	Nov.
1 304 000	102,77	128 970	161 929	113,74	17 830	384 558	46,54	17 096	23 831	95,52	2 130	317 146	Dez.
1 403 000	105,05	148 023	177 256	116,36	20 641	442 069	47,85	20 923	25 473	96,41	2 404	374 459	Jan. 1958
1 470 500	104,91	141 528	192 674	113,34	20 676	468 569	49,34	21 516	34 462	98,54	3 210	376 366	Febr.
1 581 500	101,24	156 721	204 273	112,75	22 653	491 275	48,81	23 151	34 583	99,34	3 265	414 105	März
1 630 500	106,21	171 000	225 736	118,38	26 343	515 632	51,05	25 675	35 541	95,43	3 259	458 965	April
1 634 255	107,41	170 634	239 185	120,24	27 995	528 890	51,97	26 376	35 801	97,46	3 361	471 992	Mai
1 657 000	112,34	182 956	257 221	126,08	31 985	563 036	54,51	29 856	36 713	100,28	3 533	523 470	Juni
1 712 887	116,26	194 528	274 475	131,10	35 313	612 584	56,60	33 561	38 457	102,88	3 851	574 623	Juli
1 763 500	124,56	217 448	291 518	133,57	40 318	679 366	60,44	40 110	40 290	105,81	4 080	652 432	Aug.
1 860 000	132,48	251 415	311 656	147,69	46 777	755 642	63,51	48 056	41 747	107,87	4 331	755 215	Sept.
1 991 000	139,65	280 241	331 832	156,39	52 636	832 098	66,76	55 419	44 561	110,37	4 738	888 265	Okt.

die bisherigen Besitzer von Fondak-Zertifikaten (Ende Januar 1957). — ¹⁾ Außergewöhnliche Änderung gegenüber Vormonat infolge Ausgabe von je einem Gratisanteil an die bis-

4. Kassenmäßige Entwicklung des Bundeshaushalts

Mio DM

Zeit	Kassen- einnahmen ¹⁾	Kassen- ausgaben ²⁾	Kassen- überschuß (+) bzw. -fehl- betrag (-) ³⁾	Kumulativer Überschuß (+) bzw. Fehl- betrag (-) ⁴⁾ jeweils vom Beginn des Rechnungs- jahres	Zunahme (+) bzw. Abnahme (-)		Nachrichtlich:		
					der Kassen- mittel ⁵⁾	der Kredit- marktver- schuldung	Einnahmen aus Münz- gutschriften	Überschuß (+) bzw. Fehl- betrag (-) nach Abzug der Münz- gutschriften	
Rechnungsjahre									
1950/51	.	.	- 619	- 619	+ 178	+ 921 ⁴⁾	.	.	
1951/52	16 322	16 757	+ 435	+ 435	+ 198	+ 132 ⁵⁾	234	- 669	
1952/53	20 734	19 879	+ 855	+ 855	+ 1 237	+ 383	312	+ 543	
1953/54	22 042	20 301	+ 1 741	+ 1 741	+ 1 436	+ 304	84	+ 1 657	
1954/55	23 566	22 563	+ 1 003	+ 1 003	+ 1 063	+ 61	35	+ 968	
1955/56	26 726	23 867	+ 2 859	+ 2 859	+ 2 441	+ 418	36	+ 2 823	
1956/57	28 710	28 802	- 92	- 92	- 320	- 217	86	+ 178	
1957/58	29 912	32 705	- 2 793	- 2 793	- 3 084	- 307	76	- 2 869	
1951/52	1. RvJ.	3 218	3 655	- 437	- 437	+ 204	+ 187	114	- 551
2. "	3 901	4 005	- 104	- 541	+ 1	+ 72	69	+ 173	
3. "	4 587	4 303	+ 284	- 257	+ 335	+ 26	8	+ 276	
4. "	4 616	4 794	- 178	- 435	- 330	- 152	43	+ 221	
1952/53	1. RvJ.	4 670	4 532	+ 138	+ 138	+ 237	+ 99	105	+ 33
2. "	5 293	4 867 ⁶⁾	+ 426	+ 564	+ 476	+ 50	98	+ 328	
3. "	5 584	5 313	+ 271	+ 835	+ 61	+ 210	67	+ 204	
4. "	5 187	5 167	+ 20	+ 855	+ 462	+ 442	42	- 22	
1953/54	1. RvJ.	5 204	5 462	- 258	- 258	+ 254	+ 4	36	+ 294
2. "	5 671 ⁷⁾	4 682 ⁸⁾	+ 989	+ 731	+ 912	- 77	26	+ 663	
3. "	5 679 ⁹⁾	4 810	+ 869	+ 1 600	+ 743	- 124	12	+ 857	
4. "	5 488 ¹⁰⁾	5 347	+ 141	+ 1 741	+ 34	- 107	10	+ 131	
1954/55	1. RvJ.	5 375	5 083 ¹¹⁾	+ 292	+ 292	+ 259	- 33	12	+ 280
2. "	5 900	5 729 ¹²⁾	+ 171	+ 463	+ 359	+ 139	9	+ 162	
3. "	6 313	5 682 ¹³⁾	+ 621	+ 1 084	+ 634	+ 13	8	+ 613	
4. "	5 979	6 059	- 80	+ 1 004	- 188	- 108	6	+ 86	
1955/56	1. RvJ.	5 997	5 747	+ 250	+ 250	+ 361	4	+ 246	
2. "	6 720	5 895	+ 825	+ 1 075	+ 825	- 10	10	+ 815	
3. "	7 008	6 014	+ 994	+ 2 069	+ 988	- 6	8	+ 986	
4. "	7 001	6 211	+ 790	+ 2 859	+ 739	- 51	14	+ 776	
1956/57	1. RvJ.	7 006	6 318	+ 688	+ 688	+ 627	- 54	16	+ 672
2. "	7 165	6 874	+ 291	+ 979	+ 627	- 56	20	+ 271	
3. "	7 283	8 184	- 901	+ 78	+ 904	- 11	35	+ 936	
4. "	7 256	7 426	- 170	- 92	- 264	- 96	14	+ 184	
1957/58	1. RvJ.	7 118	7 855	- 737	- 737	- 722	0	16	+ 753
2. "	7 231	8 411	- 1 180	- 1 917	- 1 211	0	23	+ 1 203	
3. "	7 900	8 221	- 321	- 2 238	- 700	+ 399	30	+ 351	
4. "	7 663	8 218	- 555	- 2 793	- 451	+ 92	7	+ 562	
1958/59	1. RvJ.	7 625	7 611	+ 14	+ 14	+ 140	+ 126	9	+ 5
2. "	7 850	7 797	+ 53	+ 67	+ 111	+ 53	13	+ 40	
1955/56	April	1 919	2 093	- 174	- 174	- 216	- 42	1	+ 175
Mai	1 870	1 699	+ 171	- 3	- 148	- 319	1	+ 170	
Juni	2 208	1 955	+ 253	+ 250	+ 253	- 2	2	+ 251	
Juli	2 147	2 008	+ 139	+ 389	+ 139	- 3	3	+ 136	
Aug.	1 956	2 055	- 99	+ 290	+ 99	- 4	4	+ 103	
Sept.	2 617	1 832	+ 785	+ 1 075	+ 785	- 3	3	+ 782	
Okt.	2 231	1 823	+ 408	+ 1 483	+ 408	- 2	2	+ 406	
Nov.	2 072	1 737	+ 335	+ 1 818	+ 329	- 6	3	+ 332	
Dez.	2 705	2 454	+ 251	+ 2 069	+ 251	- 3	3	+ 248	
Jan.	2 612	1 808	+ 804	+ 2 873	+ 754	- 50	4	+ 800	
Febr.	1 990	1 713	+ 277	+ 3 150	+ 277	- 4	4	+ 273	
März	2 399	2 690	- 291	+ 2 859	+ 292	- 1	6	+ 297	
1956/57	April	2 236	2 020	+ 215	+ 215	+ 251	- 5	6	+ 209
Mai	2 115	2 007	+ 108	+ 323	+ 22	- 43	5	+ 103	
Juni	2 655	2 291	+ 365	+ 688	+ 354	- 6	4	+ 361	
Juli	2 339	2 226	+ 113	+ 801	+ 85	- 20	5	+ 108	
Aug.	2 169	2 341	- 172	+ 629	+ 164	- 10	5	+ 177	
Sept.	2 657	2 307	+ 350	+ 979	+ 300	- 26	10	+ 340	
Okt.	2 212	2 269	- 57	+ 922	- 55	- 5	13	- 70	
Nov.	2 109	2 884	- 775	+ 147	- 726	- 2	11	+ 786	
Dez.	2 962	3 030	- 68	+ 78	- 123	- 4	11	+ 79	
Jan.	2 577	2 011	+ 566	+ 644	+ 487	- 95	2	+ 564	
Febr.	2 052	2 335	- 283	+ 361	+ 239	- 0	8	+ 291	
März	2 628	3 081	- 453	- 92	- 511	- 0	4	+ 457	
1957/58	April	2 283	2 526	- 243	- 243	- 233	0	5	+ 248
Mai	2 056	2 366	- 310	- 553	- 281	- 0	5	+ 315	
Juni	2 779	2 963	- 184	- 737	- 208	- 0	6	+ 190	
Juli	2 261	2 878	- 617	- 1 354	- 625	- 0	9	+ 626	
Aug.	2 183	2 826	- 643	- 1 997	- 636	- 0	7	+ 650	
Sept.	2 787	2 707	+ 80	- 1 917	+ 49	- 0	7	+ 73	
Okt.	2 608	2 570	+ 38	- 1 879	+ 56	- 0	10	+ 28	
Nov.	2 280	2 687	- 407	- 2 286	- 755	- 391	8	+ 415	
Dez.	3 012	2 964	+ 48	- 2 238	- 2	- 7	12	+ 36	
Jan.	2 754	2 440 ¹⁴⁾	+ 314	- 1 924	+ 345	+ 29	0	+ 313	
Febr.	2 040	2 689	- 649	- 2 573	+ 619	- 63	4	+ 653	
März	2 870	3 090 ¹⁵⁾	- 220	- 2 793	- 177	+ 63	3	+ 223	
1958/59	April	2 503	2 481	+ 22	+ 22	+ 7	-	2	+ 20
Mai	2 308	2 559	- 251	- 229	+ 213	-	1	+ 252	
Juni	2 815	2 572 ¹⁶⁾	+ 243	+ 14	+ 346	+ 126	6	+ 237	
Juli	2 607	2 502	+ 105	+ 119	+ 62	-	6	+ 99	
Aug.	2 345	2 706 ¹⁷⁾	- 361	+ 242	+ 261	+ 53	4	+ 365	
Sept.	2 898	2 589	+ 309	+ 67	+ 310	-	3	+ 306	
Okt.	2 654	2 598	+ 56	+ 123	+ 41	-	26	+ 30	

¹⁾ Eingänge auf den bei der Deutschen Bundesbank unterhaltenen Konten des Bundes (ohne Gegenwert- und Steg-Konten) abzüglich der Eingänge aus Schuldannahmen mit Ausnahme der in Anm. ⁷⁾ genannten Beträge. — ²⁾ Ausgänge aus den bei der Deutschen Bundesbank unterhaltenen Konten des Bundes (ohne Gegenwert- und Steg-Konten) abzüglich der Aufwendungen für Schuldentilgung (einschl. Rückkauf von Schuldtiteln) mit Ausnahme des in Anm. ⁸⁾ genannten Betrages. — ³⁾ Die seit April 1956 zu beobachtenden Unterschiede zwischen der Veränderung der Kassenmittel und den Kassenüberschüssen bzw. -fehlbeträgen ergeben sich aus der Weiterleitung der Lastenausgleichsabgaben über das Konto der Bundeshauptkasse. — ⁴⁾ Von dem Gesamtbetrag der Kreditaufnahme wurden 124 Mio DM nicht zur Finanzierung des Kassendefizits, sondern für die Abdeckung von Defiziten auf den Gegenwertkonten verwendet. — ⁵⁾ Zur Finanzierung des Kassenfehlbetrags standen außer dem Rückgriff auf Kassenmittel und der Zunahme der Kreditmarktverschuldung 106 Mio DM aus der Rückzahlung des unter ⁴⁾ genannten Betrages zur Verfügung. — ⁶⁾ Einschließlich der Zahlungen an den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank in Höhe von 183 Mio DM (August 1952), 18 Mio DM (August 1953), 175 Mio DM (Mai 1954), 14 Mio DM (Nov. 1954), 29 Mio DM (Jan. 1958), 63 Mio DM (März 1958), 126 Mio DM (Juni 1958) und 53 Mio DM (August 1958). — ⁷⁾ Einschl. der beim ERP-Sondervermögen aufgenommenen Kredite: August 50 Mio DM; Oktober 41 Mio DM; Dezember 125 Mio DM; März 35 Mio DM. — ⁸⁾ Darunter 255 Mio DM für den Rückkauf der im Vorjahr beim ERP-Sondervermögen aufgenommenen Anleihe. — Differenzen in den Summen durch Runden.

5. Die Verschuldung des Bundes

Mio DM

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Inlandsverschuldung										Auslandsverschuldung ⁶⁾	Gesamte Verschuldung (einschl. Auslandsverschuldung)	
	Gesamte Inlandsverschuldung	Verpflichtungen aus Ausgleichsforderungen ¹⁾				Neuverschuldung seit der Währungsreform ²⁾							
		Gesamt	davon für Zwecke der Offenerpolitik umgewandelt in		Gesamt	Kredite der Deutschen Bundesbank ³⁾	Schatzwechsel	Unverzinsliche Schatzanweisungen ⁴⁾	Prämien-Schatzanweisungen	Anleihe von 1952 ⁵⁾			
Schatzwechsel	Unverzinsliche Schatzanweisungen												
1950 Dez.	7 289.8	6 212.7	—	—	1 077.1	578.4	498.7	—	—	—	—	—	—
1951 Dez.	8 220.2	6 880.4	—	—	1 339.8	—	608.2	697.8	33.8	—	—	—	—
1952 Dez.	9 049.7	7 821.5	—	—	1 228.2	183.0	110.6	751.0	37.2	146.4	—	—	—
1953 Dez.	9 342.4	7 867.8	—	—	1 474.6	183.0	78.7	674.9	37.8	500.2	—	—	—
1954 Dez.	9 541.3	8 005.1	—	—	1 536.2	390.7	65.0	542.0	38.3	500.2	7 745.6	17 286.9	—
1955 März	9 515.8	8 087.7	—	—	1 428.1	390.7	7.4	491.5	38.3	500.2	8 004.4	17 520.2	—
1955 Juni	9 156.5	8 089.3	457.0	977.5	1 067.2	390.7	—	138.0	38.3	500.2	8 071.4	17 227.9	—
1955 Sept.	9 172.3	8 105.1	303.0	1 022.5	1 067.2	390.7	—	138.0	38.3	500.2	8 032.2	17 194.5	—
1955 Dez.	9 196.5	8 129.3	264.0	784.3	1 067.2	390.7	—	138.0	38.3	500.2	8 078.9	17 275.4	—
1956 März	9 152.9	8 129.7	282.0	1 293.6	1 023.2	390.7	—	94.0	38.3	500.2	8 138.7	17 291.6	—
1956 Juni	9 089.0	8 065.8	211.0	1 237.6	1 023.2	390.7	—	94.0	38.3	500.2	8 124.6	17 213.6	—
1956 Sept.	9 072.0	8 073.2	382.0	1 139.2	998.8	390.7	—	94.0	13.9	500.2	8 028.7	17 100.7	—
1956 Dez.	9 071.9	8 081.9	366.2	1 062.9	990.0	390.8	—	94.0	5.0	500.2	8 055.8	17 127.7	—
1957 März	11 588.4	10 693.8	328.2	2 309.3	894.6	390.8	—	—	3.6	500.2	8 075.6	19 664.0	—
1957 Juni	11 587.5	10 693.4	313.8	3 135.1	894.1	390.8	—	—	3.1	500.2	8 060.5	19 648.0	—
1957 Juli	—	—	479.0	3 846.7	894.0	390.8	—	—	3.0	500.2	—	—	—
1957 Aug.	—	—	775.3	4 854.9	893.9	390.8	—	—	2.9	500.2	—	—	—
1957 Sept.	11 582.9	10 689.1	609.0	4 638.8	893.8	390.8	—	—	2.8	500.2	7 971.9	19 554.8	—
1957 Okt.	—	—	730.5	4 856.8	893.7	390.8	—	—	2.7	500.2	—	—	—
1957 Nov.	—	—	716.5	4 864.5	400.4	390.8	—	—	2.6	—	7.0	—	—
1957 Dez.	11 089.0	10 698.2	292.5	3 949.1	390.8 ⁷⁾	390.8	—	—	0 ⁷⁾	—	7 981.5	19 070.5	—
1958 Jan.	—	—	505.5	5 034.9	420.2	420.2	—	—	0	—	—	—	—
1958 Febr.	—	—	358.6	5 070.1	420.2	420.2	—	—	0	—	—	—	—
1958 März	11 101.6	10 618.4	294.2	5 237.7	483.2	483.2	—	—	0	—	7 993.3	19 094.9	—
1958 April	—	—	382.7	5 925.6	483.2	483.2	—	—	0	—	—	—	—
1958 Mai	—	—	458.7	6 183.7	483.2	483.2	—	—	0	—	—	—	—
1958 Juni	11 323.5	10 714.3	299.1	5 906.6	609.2	609.2	—	—	0	—	7 981.1	19 304.6	—
1958 Juli	11 323.6	10 714.4	312.3	6 332.1	609.2	609.2	—	—	0	—	—	—	—
1958 Aug.	11 377.7	10 716.0	394.5	6 555.6	661.7	661.7	—	—	0	—	—	—	—
1958 Sept.	11 428.7	10 767.0	494.5	6 181.1	661.7	661.7	—	—	0	—	7 791.7	19 220.4	—
1958 Okt.	11 430.7	10 769.0	761.9	5 948.5	661.7	661.7	—	—	0	—	—	—	—

1) Vgl. hierzu Tab. VI/7. — Die Veränderungen des Gesamtbetrages sind durch Berichtigungen der Umstellungsrechnungen, durch Tilgungen und — ab Januar 1957 — durch den Übergang der Verpflichtungen aus den Ausgleichsforderungen der Landeszentralbanken auf den Bund gemäß § 38 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank bedingt. — 2) Ohne Verschuldung bei öffentlichen Stellen. — 3) Ab Dezember 1952 zinslose Darlehen der Deutschen Bundesbank für die Subskriptionszahlungen der Bundesrepublik an den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank. — 4) Einschließlich der an die Länder für Finanzausgleichszahlungen weitergegebenen unverzinslichen Schatzanweisungen. — 5) Ohne Berücksichtigung der seit November 1955 vorgenommenen Rückkäufe (Betrag bis zum 31. 10. 1957: 101,9 Mio DM). — 6) Gemäß Angaben der Bundesschuldenverwaltung. — 7) Kleinere Beträge an fälligen Prämien-Schatzanweisungen sind noch nicht zur Einlösung vorgelegt.

6. Finanzergebnisse der Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten

Mio DM

Zeit	Einnahmen ²⁾				Ausgaben ³⁾					Rechnungsüberschub (+) bzw. -fehlbetrag (-)	
	Gesamt	Beiträge	Zahlungen d. Bundes ³⁾	Übrige Einnahmen ⁴⁾	Gesamt	Renten	Heilverfahren	Krankenversicherungsbeiträge	Übrige Ausgaben ⁵⁾		
1. Rentenversicherung der Arbeiter											
1950	2 701	2 097	580	24	2 399	1 995	150	160	94	+	302
1951	3 511	2 573	901	37	3 025	2 492	188	240	105	+	486
1952	4 296	2 884	1 340	72	3 748	3 031	218	290	209	+	548
1953 ¹⁾	5 178	3 268	1 805	105	4 241	3 534	248	312	147	+	937
1954	5 503	3 531	1 833	139	4 346	3 613	243	317	173	+	1 157
1955	6 323	4 324	1 814	185	4 867	4 063	269	316	219	+	1 456
1956	7 354	4 974	2 098	282	5 784	4 810	297	414	263	+	1 570
1957	9 870	6 491	3 017	362	8 390	7 137	373	557	323	+	1 480
1957 1. Vi.	2 005	1 249	689	67	1 492	1 231	75	114	72	+	513
2. "	2 565	1 657	820	88	2 529	2 238	93	129	69	+	36
3. "	2 673	1 813	754	106	2 122	1 790	96	154	82	+	551
4. "	2 627	1 772	754	101	2 247	1 878	109	160	100	+	380
1958 1. Vi.	2 600	1 709	790	101	2 477	1 978	92	176	231	+	123
2. "	2 636	1 727	790	119	2 526	1 993	106	182	245	+	110
3. "	2 829	1 921	790	118	2 595	2 033	126	188	248	+	234
2. Rentenversicherung der Angestellten											
1950	1 034	931	74	29	915	780	52	44	39	+	119
1951	1 350	1 116	211	23	1 182	1 011	64	66	41	+	168
1952	1 735	1 316	393	26	1 492	1 251	72	83	86	+	243
1953 ¹⁾	2 295	1 610	630	55	1 774	1 527	82	96	69	+	521
1954	2 410	1 701	619	90	1 851	1 595	87	99	66	+	559
1955	2 898	2 048	705	135	2 212	1 945	81	104	82	+	676
1956	3 273	2 328	785	159	2 531	2 216	101	114	100	+	741
1957	4 275	3 259	846 ⁴⁾	170	3 910	3 503	118	172	117	+	365
1957 1. Vi.	872	693	157	22	647	582	25	16	24	+	225
2. "	1 081	800	231	50	1 219	1 112	29	52	26	—	138
3. "	1 073	836	192	45	1 000	886	31	51	32	+	73
4. "	1 249	930	266 ⁵⁾	53	1 044	923	33	53	35	+	205
1958 1. Vi.	1 260	914	201	145	1 055	966	28	15	46	+	205
2. "	1 240	857	202	181	1 193	1 020	37	80	56	+	47
3. "	1 268	892	200	176	1 255	1 059	38	94	64	+	13

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung. — 1) Ab 1953 einschließlich Berlin. — 2) Rentenvorschüsse und -nachzahlungen sind ebenso wie die Bundeszuschüsse (im Gegensatz zur amtlichen Statistik) im Zeitpunkt ihrer kassenmäßigen Verausgabung bzw. Vereinnahmung erfaßt. — 3) Hauptsächlich gesetzliche Zuschüsse, bis 1956 auch Erstattungen nach dem Bundesversorgungsgesetz. — 4) Hauptsächlich Vermögenserträge, ab 1958 auch Erstattungen für Wanderversichertenrenten. — 5) Hauptsächlich Verwaltungskosten und Anteile an den Wanderversichertenrenten. — 6) Darunter ein einmaliger Zuschuß zur Handwerkerversicherung (75 Mio DM).

7. Ausgleichsforderungen *)

Mio DM

	Alle Gläubiger	Deutsche Bundesbank	Kreditinstitute ¹⁾	Versicherungsunternehmen	Bausparkassen	Fonds zum Ankauf von Ausgleichsforderungen ²⁾
I. Die bisherige Entwicklung						
1. Zugeteilte Ausgleichsforderungen ³⁾	21 092	8 668 ⁴⁾	7 498	4 860	66	—
2. Bestandsminderungen						
a) lineare und vorzeitige Tilgungen	564	—	354	208	2	—
b) Rückkäufe der Schuldner ⁵⁾	84	—	83	1	—	—
3. Saldo 1./1. 2	20 444	8 668	7 061	4 651	64	—
4. Gläubigerwechsel						
a) Verkäufe an den Fonds zum Ankauf von Ausgleichsforderungen	—	—	·/· 178	·/· 26	·/· 5	+ 209
b) vorübergehende Verkäufe an die Deutsche Bundesbank (abzüglich Rückkäufe)	—	+ 141	·/· 140	·/· 1	—	—
c) Saldo der Käufe und Verkäufe zwischen anderen Gläubigergruppen	—	—	+ 52	·/· 50	·/· 2	—
5. Bestand Ende Oktober 1958	20 444	8 809 ⁶⁾	6 795	4 574	57	209
<i>nachrichtlich:</i>						
<i>davon in Geldmarkttitel umgewandelt</i>	6 710	6 710 ⁶⁾	—	—	—	—
II. Der Bestand Ende Oktober 1958 gegliedert nach Zinstypen und Schuldnern						
1. Gliederung nach Zinstypen						
a) unverzinsliche Ausgleichsforderungen	70	—	62	—	—	8
b) 3 %/oige	14 605	8 258	6 220	—	—	127
c) 3 1/2 %/oige	4 707	1	55	4 563	57	31
d) 4 1/2 %/oige	504	3	458	—	—	43
e) 3 %/oige Sonderausgleichsforderungen	11	—	—	11	—	—
f) unverzinsliche Schuldverschreibung ⁷⁾	547	547	—	—	—	—
2. Gliederung nach Schuldnern						
a) Bund	10 769	8 668	425	1 634	—	42
b) Länder	9 675	141	6 370	2 940	57	167
3. Gesamt (1a bis 1f = 2a + 2b)	20 444	8 809 ⁶⁾	6 795	4 574	57	209
<i>nachrichtlich:</i>						
<i>davon in Geldmarkttitel umgewandelt</i>	6 710	6 710	—	—	—	—

¹⁾ Die Zahlen beruhen im wesentlichen auf einer Sondererhebung zum 31. 10. 1957, deren Ergebnisse auf den derzeitigen Stand fortgeschrieben wurden. — ²⁾ Einschließlich Postscheck- und Postsparbankämter, sowie im Gegensatz zur Monatlichen Bilanzstatistik einschließlich der kleineren ländlichen Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme Ende 1953 weniger als 500 000,— DM betrug. — ³⁾ Gemäß § 8 ff. des Gesetzes über die Tilgung von Ausgleichsforderungen vom 14. 6. 1956. — ⁴⁾ Einschließlich der Ausgleichsforderungen, die den Instituten nach dem Stand ihrer Umstellungsrechnungen noch zuzuteilen sind. — ⁵⁾ Einschließlich unverzinslicher Schuldverschreibung; vgl. Anm. ⁷⁾. — ⁶⁾ Rückkäufe durch einige Länder, überwiegend zur Finanzierung von Investitionsprogrammen. — ⁷⁾ Der im Ausweis der Deutschen Bundesbank vom 31. 10. 1958 (Tabelle II B) ausgewiesene Bestand von 2 099 Mio DM ergibt sich aus der Differenz zwischen dem unter I. 5. und II. 3. angegebenen Betrag von 8 809 Mio DM und dem für Zwecke der Offenmarktpolitik in Geldmarkttitel umgewandelten Teil der Ausgleichsforderungen in Höhe von 6 710 Mio DM. — ⁸⁾ Unverzinsliche Schuldverschreibung des Bundes wegen Geldausstattung Berlins.

VII. Außenwirtschaft

1. Warenhandelsbilanz nach Ländergruppen bzw. Ländern *)

Mio DM

Länder		1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958			1957
		insgesamt						September	Okt.	Jan./Okt.	Jan./Okt.
Alle Länder	Einfuhr	16 202,9	16 010,4	19 337,1	24 472,4	27 963,9	31 696,9	2 655,3	2 736,2	25 457,2	26 148,8
	Ausfuhr	16 908,8	18 525,6	22 035,2	25 716,8	30 861,0	35 968,0	3 238,9	3 355,7	30 292,1	29 516,6
	Saldo	+ 705,9	+ 2 515,2	+ 2 698,1	+ 1 244,4	+ 2 897,1	+ 4 271,1	+ 583,6	+ 619,5	+ 4 834,9	+ 3 367,8
I. E Z U - R a u m ¹⁾	Einfuhr	10 127,2	10 556,5	12 260,6	15 465,6	16 809,4	18 273,8	1 652,4	1 751,5	15 476,0	15 002,7
	Ausfuhr	12 176,9	13 223,5	15 767,0	18 537,2	21 972,8	25 235,5	2 162,5	2 199,6	20 905,9	20 809,9
	Saldo	+ 2 049,7	+ 2 667,0	+ 3 506,4	+ 3 071,6	+ 5 163,4	+ 6 961,7	+ 510,1	+ 448,1	+ 5 429,9	+ 5 807,2
davon:											
A. Kontinentale E Z U - L ä n d e r	Einfuhr	7 199,4	7 521,9	8 698,2	11 219,9	12 195,6	13 398,0	1 236,3	1 357,6	11 594,5	10 958,4
	Ausfuhr	9 763,5	10 709,4	12 826,5	14 858,8	17 550,2	19 953,5	1 700,9	1 750,7	16 467,4	16 546,0
	Saldo	+ 2 564,1	+ 3 187,5	+ 4 128,3	+ 3 638,9	+ 5 354,6	+ 6 555,5	+ 464,6	+ 393,1	+ 4 872,9	+ 5 587,6
davon:											
Belgien-Luxemburg ²⁾	Einfuhr	1 155,6	1 036,1	1 028,4	1 530,9	1 500,7	1 476,8	137,0	143,1	1 285,5	1 193,1
	Ausfuhr	1 250,1	1 364,0	1 665,9	1 821,1	2 211,3	2 535,3	225,8	224,6	2 144,4	2 090,1
	Saldo	+ 94,5	+ 327,9	+ 637,5	+ 290,2	+ 710,6	+ 1 058,5	+ 88,8	+ 81,5	+ 858,9	+ 897,0
Dänemark	Einfuhr	480,9	436,8	498,9	723,0	844,1	905,9	86,3	90,1	829,9	719,2
	Ausfuhr	630,3	760,5	923,0	887,3	1 021,5	1 055,5	95,6	114,0	882,1	876,8
	Saldo	+ 149,4	+ 323,7	+ 424,1	+ 164,3	+ 177,4	+ 149,6	+ 9,3	+ 23,9	+ 52,2	+ 157,6
Frankreich ²⁾ mit Saarland	Einfuhr	1 056,6	1 331,4	1 652,6	2 375,4	2 254,1	2 512,4	197,0	225,2	2 088,5	2 058,8
	Ausfuhr	1 362,3	1 387,3	1 558,8	1 910,2	2 561,0	2 971,0	237,1	267,8	2 470,3	2 498,0
	Saldo	+ 305,7	+ 55,9	+ 93,8	- 465,2	+ 306,9	+ 458,6	+ 40,1	+ 42,6	+ 381,8	+ 439,2
darunter:											
Saarland	Einfuhr	(323,0)	(401,4)	(523,8)	(673,4)	(676,4)	(731,7)	(64,8)	(73,4)	(632,3)	(609,3)
	Ausfuhr	(231,6)	(238,2)	(259,4)	(362,9)	(510,0)	(589,7)	(58,5)	(70,2)	(520,4)	(486,6)
	Saldo	(- 91,4)	(+ 163,2)	(- 264,4)	(- 310,5)	(- 166,4)	(- 142,0)	(- 6,3)	(- 3,2)	(- 111,9)	(- 122,7)
Griechenland	Einfuhr	121,5	136,9	150,2	189,4	215,7	252,4	20,9	28,2	190,4	195,1
	Ausfuhr	156,5	155,5	239,9	251,2	335,9	415,2	43,5	38,7	405,1	348,0
	Saldo	+ 35,0	+ 18,6	+ 89,7	+ 61,8	+ 120,2	+ 162,8	+ 22,6	+ 10,5	+ 214,7	+ 152,9
Italien	Einfuhr	643,1	743,8	843,1	1 043,5	1 222,9	1 552,8	145,8	148,6	1 430,3	1 286,9
	Ausfuhr	933,1	1 240,4	1 340,5	1 433,8	1 656,1	1 999,5	142,6	167,8	1 525,0	1 651,7
	Saldo	+ 290,0	+ 496,6	+ 497,4	+ 390,3	+ 433,2	+ 446,7	- 3,2	+ 19,2	+ 94,7	+ 364,8
Niederlande ²⁾	Einfuhr	1 181,2	1 275,4	1 569,1	1 872,3	2 195,4	2 398,3	245,3	275,0	2 138,0	1 972,9
	Ausfuhr	1 356,5	1 670,1	2 076,1	2 443,7	2 906,7	3 280,2	265,9	268,1	2 491,2	2 741,0
	Saldo	+ 175,3	+ 394,7	+ 507,0	+ 571,4	+ 711,3	+ 881,9	+ 20,6	- 6,9	+ 353,2	+ 768,1
Norwegen	Einfuhr	278,2	247,4	313,1	347,7	437,7	453,2	40,4	48,6	405,4	381,2
	Ausfuhr	396,0	572,6	636,2	598,5	827,9	853,3	114,6	77,6	883,5	706,4
	Saldo	+ 117,8	+ 325,2	+ 323,1	+ 250,8	+ 390,2	+ 400,1	+ 74,2	+ 29,0	+ 478,1	+ 325,2
Österreich	Einfuhr	369,3	407,4	565,3	696,8	780,5	902,3	82,4	91,8	760,3	737,9
	Ausfuhr	627,4	667,9	1 034,2	1 359,1	1 416,5	1 761,3	140,8	154,0	1 510,8	1 426,2
	Saldo	+ 258,1	+ 260,5	+ 468,9	+ 662,3	+ 636,0	+ 859,0	+ 58,4	+ 62,2	+ 750,5	+ 688,3
Portugal ²⁾	Einfuhr	130,9	183,6	178,5	208,5	228,5	210,8	20,4	22,5	204,6	165,1
	Ausfuhr	152,1	208,6	294,3	335,8	393,9	440,4	36,7	41,6	375,0	359,3
	Saldo	+ 21,2	+ 25,0	+ 115,8	+ 127,3	+ 165,4	+ 229,6	+ 16,3	+ 19,1	+ 170,4	+ 194,2
Schweden	Einfuhr	926,7	810,8	903,6	1 103,4	1 275,5	1 486,2	135,8	136,6	1 140,8	1 233,4
	Ausfuhr	1 239,1	1 172,8	1 475,6	1 779,3	1 956,4	2 168,7	191,1	195,9	1 849,7	1 790,0
	Saldo	+ 312,4	+ 362,0	+ 572,0	+ 675,9	+ 680,9	+ 682,5	+ 55,3	+ 59,3	+ 708,9	+ 556,6
Schweiz	Einfuhr	462,3	584,9	694,2	846,3	958,6	1 041,6	108,2	120,7	939,7	850,4
	Ausfuhr	1 089,4	1 082,3	1 250,7	1 525,5	1 871,6	2 206,4	180,1	185,6	1 701,3	1 848,1
	Saldo	+ 627,1	+ 497,4	+ 556,5	+ 679,2	+ 913,0	+ 1 164,8	+ 71,9	+ 64,9	+ 761,6	+ 997,7
Türkei	Einfuhr	393,1	327,4	301,2	282,7	281,9	205,3	16,8	27,2	181,1	164,4
	Ausfuhr	570,7	427,4	331,3	513,3	391,4	266,7	27,1	15,0	229,0	210,4
	Saldo	+ 177,6	+ 100,0	+ 30,1	+ 230,6	+ 109,5	+ 61,4	+ 10,3	- 12,2	+ 47,9	+ 46,0
B. Sterling-Länder	Einfuhr	2 426,1	2 563,3	3 044,7	3 684,2	4 071,3	4 321,3	387,0	362,7	3 561,9	3 580,2
	Ausfuhr	2 125,4	2 236,1	2 662,1	3 316,2	3 956,6	4 782,0	427,3	414,7	4 145,4	3 834,4
	Saldo	- 300,7	- 327,2	- 382,6	- 368,0	- 114,7	+ 460,7	+ 40,3	+ 52,0	+ 583,5	+ 254,2
davon:											
Großbritannien ²⁾	Einfuhr	922,7	977,1	1 342,2	1 419,7	1 814,5	1 932,2	218,5	202,9	1 810,1	1 604,5
	Ausfuhr	1 191,3	1 093,1	1 205,3	1 411,8	1 712,3	1 937,6	178,4	168,9	1 681,7	1 543,1
	Saldo	+ 268,6	+ 116,0	- 136,9	- 7,9	- 102,2	+ 5,4	- 40,1	- 34,0	- 128,4	- 61,4
Sonstige Sterling-Länder	Einfuhr	1 503,4	1 586,2	1 702,5	2 264,5	2 256,8	2 389,1	168,5	159,8	1 751,8	1 975,7
	Ausfuhr	934,1	1 143,0	1 456,8	1 904,4	2 244,3	2 844,4	248,9	245,8	2 463,7	2 291,3
	Saldo	- 569,3	- 443,2	- 245,7	- 360,1	- 12,5	+ 455,3	+ 80,4	+ 86,0	+ 711,9	+ 315,6
darunter:											
Südafrikanische Union	Einfuhr	249,3	286,1	237,7	266,9	299,8	348,4	23,7	16,5	231,7	290,1
	Ausfuhr	183,2	303,7	258,7	317,0	350,1	519,7	53,6	53,2	519,7	408,2
	Saldo	- 66,1	+ 17,6	+ 21,0	+ 50,1	+ 50,3	+ 171,3	+ 29,9	+ 36,7	+ 288,0	+ 118,1
Indien	Einfuhr	124,9	166,3	152,7	268,2	189,2	252,2	16,6	15,0	153,7	213,2
	Ausfuhr	227,3	277,0	374,8	589,8	819,0	1 126,4	94,3	91,4	930,6	909,4
	Saldo	+ 102,4	+ 110,7	+ 222,1	+ 321,6	+ 629,8	+ 874,2	+ 77,7	+ 76,4	+ 776,9	+ 696,2
Irak	Einfuhr	169,6	152,4	181,2	239,9	258,7	169,2	25,9	30,9	259,9	118,5
	Ausfuhr	19,6	37,7	66,4	85,3	110,2	124,3	9,1	9,9	127,4	101,9
	Saldo	- 150,0	- 114,7	- 114,8	- 154,6	- 148,5	- 44,9	- 16,8	- 21,0	- 132,5	- 16,6
Australischer Bund	Einfuhr	199,2	275,1	350,6	411,4	508,0	565,6	28,1	18,3	324,5	477,3
	Ausfuhr	162,8	150,6	251,4	290,3	296,1	312,2	32,7	31,2	310,4	256,1
	Saldo	- 36,4	- 124,5	- 99,2	- 121,1	- 211,9	- 253,4	+ 4,6	+ 12,9	- 14,1	- 221,2
C. Sonstige E Z U - L ä n d e r	Einfuhr	501,7	471,3	517,7	561,5	542,5	554,5	29,1	31,2	319,6	464,1
	Ausfuhr	288,0	278,0	278,4	362,2	466,0	500,0	34,3	34,2	293,1	429,5
	Saldo	- 213,7	- 193,3	- 239,3	- 199,3	- 76,5	- 54,5	+ 5,2	+ 3,0	- 26,5	- 34,6

noch: 1. Warenhandelsbilanz nach Ländergruppen bzw. Ländern *)

Mio DM

Länder	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958			1957	
	insgesamt						September	Okt.	Jan./Okt.	Jan./Okt.	
II. Abkommensländer außerhalb des EZU-Raums ¹)	Einfuhr	2 021,3	2 014,2	2 747,6	2 804,7	3 472,9	3 742,3	290,8	315,8	3 082,0	3 047,4
	Ausfuhr	2 610,1	2 480,3	2 683,8	2 789,2	3 569,5	4 303,5	405,9	432,6	3 912,6	3 497,3
	Saldo	+ 588,8	+ 466,1	- 63,8	- 15,5	+ 96,6	+ 561,2	+ 115,1	+ 116,8	+ 830,6	+ 449,9
davon:											
Bulgarien	Einfuhr	14,3	20,8	35,4	17,4	33,0	37,0	7,9	6,8	46,0	31,3
	Ausfuhr	6,2	11,7	17,9	20,6	28,3	60,6	4,6	4,2	46,2	51,1
	Saldo	- 8,1	- 9,1	- 17,5	+ 3,2	- 4,7	+ 23,6	- 3,3	- 2,6	+ 0,2	+ 19,8
Finland	Einfuhr	314,2	196,5	238,7	363,0	327,1	354,6	44,0	39,9	303,7	294,6
	Ausfuhr	397,2	155,9	186,7	311,1	426,5	421,2	48,0	45,7	391,5	315,1
	Saldo	+ 83,0	- 40,6	- 52,0	- 51,9	+ 99,4	+ 66,6	+ 4,0	+ 5,8	+ 87,8	+ 20,5
Jugoslawien	Einfuhr	260,1	146,2	189,1	157,6	210,0	236,4	18,2	18,8	172,5	196,8
	Ausfuhr	319,9	290,1	258,2	233,0	196,7	325,6	25,8	27,1	287,1	264,5
	Saldo	+ 59,8	+ 143,9	+ 69,1	+ 75,4	- 13,3	+ 89,2	+ 7,6	+ 8,3	+ 114,6	+ 67,7
Polen	Einfuhr	58,3	74,4	58,0	117,6	240,6	198,3	27,8	27,8	218,8	155,8
	Ausfuhr	64,7	64,5	78,0	115,8	298,7	275,1	23,7	27,9	269,6	233,6
	Saldo	+ 6,4	- 9,9	+ 20,0	- 1,8	+ 58,1	+ 76,8	- 4,1	+ 0,1	+ 50,8	+ 77,8
Rumänien	Einfuhr	12,8	7,2	44,6	44,7	59,5	98,7	9,1	12,6	101,3	83,1
	Ausfuhr	40,9	41,4	49,3	55,7	50,4	71,3	8,3	5,9	83,1	56,8
	Saldo	+ 28,1	+ 34,2	+ 4,7	+ 11,0	- 9,1	- 27,4	- 0,8	- 6,7	- 18,2	- 26,3
Sowjetunion	Einfuhr	16,6	65,7	93,1	150,9	223,5	409,1	33,8	38,3	299,2	325,9
	Ausfuhr	0,6	7,0	52,8	112,0	288,9	250,1	24,4	23,7	219,6	195,4
	Saldo	- 16,0	- 58,7	- 40,3	- 38,9	+ 65,4	- 159,0	- 9,4	- 14,6	- 79,6	- 130,5
Spanien ²)	Einfuhr	246,5	334,4	315,0	415,7	443,9	481,8	19,0	16,8	417,2	373,5
	Ausfuhr	291,4	338,4	321,2	388,0	463,5	427,0	35,6	48,2	389,9	363,7
	Saldo	+ 44,9	+ 4,0	+ 6,2	- 27,7	+ 19,6	- 54,8	+ 16,6	+ 31,4	- 27,3	- 9,8
Tschechoslowakei	Einfuhr	76,3	65,7	61,6	118,4	193,9	205,2	16,6	14,5	162,2	168,6
	Ausfuhr	33,7	32,6	42,6	63,3	160,0	230,8	22,2	21,3	205,1	182,7
	Saldo	- 42,6	- 33,1	- 19,0	- 55,1	- 33,9	+ 25,6	+ 5,6	+ 6,8	+ 42,9	+ 14,1
Ungarn	Einfuhr	61,1	45,2	66,2	86,8	143,4	105,6	12,7	13,7	97,5	75,9
	Ausfuhr	64,9	68,0	98,7	145,7	98,4	103,2	8,3	8,5	100,0	77,6
	Saldo	+ 3,8	+ 22,8	+ 32,5	+ 58,9	- 45,0	- 2,4	- 4,4	- 5,2	+ 2,5	+ 1,7
Ägypten	Einfuhr	127,9	106,5	141,2	134,4	108,5	110,8	3,8	3,8	74,1	99,1
	Ausfuhr	160,6	227,5	195,9	227,5	265,1	266,2	27,2	21,4	220,9	218,4
	Saldo	+ 32,7	+ 121,0	+ 54,7	+ 93,1	+ 156,6	+ 155,4	+ 23,4	+ 17,6	+ 146,8	+ 119,3
Argentinien	Einfuhr	274,1	208,3	587,2	450,6	614,1	560,5	25,4	41,3	458,4	454,5
	Ausfuhr	331,5	406,7	320,8	383,4	415,2	445,3	48,4	59,6	424,5	365,1
	Saldo	+ 57,4	+ 198,4	- 266,4	- 67,2	- 198,9	- 115,2	+ 23,0	+ 18,3	- 33,9	- 89,4
Brasilien	Einfuhr	312,7	400,4	668,2	469,9	483,4	452,7	29,4	33,3	318,8	368,7
	Ausfuhr	646,6	460,5	588,2	306,0	326,8	528,3	51,8	57,3	538,1	417,0
	Saldo	+ 333,9	+ 60,1	- 80,0	- 163,9	- 156,6	+ 75,6	+ 22,4	+ 24,0	+ 219,3	+ 48,3
Paraguay	Einfuhr	5,4	8,1	5,0	8,4	12,1	5,0	0,9	0,9	7,8	3,9
	Ausfuhr	15,0	13,7	13,3	10,1	8,2	16,5	1,4	1,6	16,2	12,5
	Saldo	+ 9,6	+ 5,6	+ 8,3	+ 1,7	- 3,9	+ 11,5	+ 0,5	+ 0,7	+ 8,4	+ 8,6
Uruguay	Einfuhr	97,5	109,9	79,8	67,6	142,0	94,2	2,7	3,6	46,8	85,9
	Ausfuhr	56,7	92,8	101,4	70,6	62,8	90,6	5,2	3,5	22,1	80,8
	Saldo	- 40,8	- 17,1	+ 21,6	+ 3,0	- 79,2	- 3,6	+ 2,5	- 0,1	- 24,7	- 5,1
Iran	Einfuhr	69,0	102,9	79,9	111,0	118,1	164,1	23,3	26,8	204,3	133,7
	Ausfuhr	87,6	110,9	183,4	176,6	220,6	323,0	47,6	46,2	422,4	263,2
	Saldo	+ 18,6	+ 8,0	+ 103,5	+ 65,6	+ 102,5	+ 158,9	+ 24,3	+ 19,4	+ 218,1	+ 129,5
Japan	Einfuhr	74,5	122,0	84,6	90,7	119,8	228,3	16,2	16,9	153,4	196,1
	Ausfuhr	92,6	158,6	175,4	169,8	259,4	468,7	23,4	30,5	276,3	399,8
	Saldo	+ 18,1	+ 36,6	+ 90,8	+ 79,1	+ 139,6	+ 240,4	+ 7,2	+ 13,6	+ 122,9	+ 203,7
III. Nichtabkommensländer ¹)	Einfuhr	4 054,4	3 419,2	4 307,9	6 177,5	7 642,4	9 647,4	709,3	666,2	6 873,6	8 072,8
	Ausfuhr	2 085,0	2 745,7	3 451,0	4 207,6	5 088,0	6 187,6	653,9	707,1	5 306,3	5 011,9
	Saldo	- 1 969,4	- 673,5	- 856,9	- 1 969,9	- 2 554,4	- 3 459,8	- 55,4	+ 40,9	- 1 567,3	- 3 060,9
davon:											
A. Dollarländer	Einfuhr	3 771,7	2 948,9	3 752,1	5 576,4	6 892,3	9 018,0	638,0	602,8	6 222,0	7 572,6
	Ausfuhr	1 838,7	2 323,8	2 788,2	3 437,3	4 202,1	5 135,7	455,1	491,6	4 087,3	4 158,7
	Saldo	- 1 933,0	- 625,1	- 963,9	- 2 139,1	- 2 690,2	- 3 882,3	- 182,9	- 111,2	- 2 134,7	- 3 413,9
davon:											
Ver. Staaten von Amerika (einschl. abhäng. Gebiete)	Einfuhr	2 506,8	1 658,0	2 236,8	3 209,6	3 997,9	5 671,6	310,0	298,7	3 474,9	4 766,1
	Ausfuhr	1 049,0	1 248,9	1 236,8	1 625,7	2 090,7	2 523,1	243,3	275,6	2 149,7	2 052,7
	Saldo	- 1 457,8	- 409,1	- 1 000,0	- 1 583,9	- 1 907,2	- 3 148,5	- 66,7	- 23,1	- 1 325,2	- 2 713,4
Kanada	Einfuhr	539,2	466,9	395,4	492,7	670,4	759,6	124,5	66,9	742,9	624,0
	Ausfuhr	93,5	126,4	173,2	229,6	361,0	396,0	37,3	50,9	362,4	326,7
	Saldo	- 445,7	- 340,5	- 222,2	- 263,1	- 309,4	- 363,6	- 87,2	- 16,0	- 380,5	- 297,3
Sonstige Dollarländer	Einfuhr	725,7	824,0	1 119,9	1 874,1	2 224,0	2 586,8	203,5	237,2	2 004,2	2 182,5
	Ausfuhr	696,2	948,5	1 378,2	1 582,0	1 750,4	2 216,6	174,5	165,1	1 575,2	1 779,3
	Saldo	- 29,5	+ 124,5	+ 258,3	- 292,1	- 473,6	- 370,2	- 29,0	- 72,1	- 429,0	- 403,2
B. Sonstige Nichtabkommensländer	Einfuhr	282,7	470,3	555,8	601,1	750,1	629,4	71,3	63,4	651,6	500,2
	Ausfuhr	246,3	421,9	662,8	770,0	885,9	1 051,9	198,8	215,5	1 219,0	853,2
	Saldo	- 36,4	- 48,4	+ 107,0	+ 169,2	+ 135,8	+ 422,5	+ 127,5	+ 152,1	+ 567,4	+ 353,0
IV. Schiffsbedarf und nicht ermittelte Länder	Einfuhr	-	20,5	21,0	24,6	39,2	33,4	2,8	2,7	25,6	25,9
	Ausfuhr	36,8	76,1	133,4	182,8	230,7	241,4	16,6	16,4	167,3	197,5
	Saldo	+ 36,8	+ 55,6	+ 112,4	+ 158,2	+ 191,5	+ 208,0	+ 13,8	+ 13,7	+ 141,7	+ 171,4

¹) Spezialhandel: Einfuhr aus Herstellungsländern, Ausfuhr nach Verbrauchsländern. — ²) Zugehörigkeit der Länder zu den Währungsräumen bzw. Ländergruppen nach dem neuesten Stand. — *) Einschl. der Gebiete in Übersee. — Quelle: Statistisches Bundesamt.

4. DM-Verpflichtungen der Geschäftsbanken ¹⁾

Mio DM

Kontengruppen	1953	1954	1955	1956	1957				1958				
					März	Juni	September	Dezember	März	Juni	August	Sept.	Okt. ²⁾
					Stand am Jahres- bzw. Monatsende								
DM-Abkommenskonten	252	361	376	531	382	365	851	649	389	326	441	328	412
Frei konvertierbare DM-Konten ³⁾	3	22	50	74	92	190	226	180	576	453	845	847	761
Beschränkt konvertierbare DM-Konten ⁴⁾	52	219	294	506	467	422	671	518	117	194	275	295	337
Liberalisierte Kapitalkonten	—	480	402	479	497	484	499	591	578	548	—	—	—
DM-Sperrkonten ⁵⁾	774	65	5	2	2	2	2	2	1	1	0	0	0
Insgesamt	1 081	1 147	1 127	1 592	1 440	1 463	2 249	1 940	1 661	1 522	1 561	1 470	1 510

¹⁾ Nach Abzug von Forderungen auf DM-Ausländerkonten. — ²⁾ Bis 31. 3. 1954 DM-Agenten- und DM-Vertreterkonten. — ³⁾ Ab 30. 9. 1954 nur Sperrmark-Termineinlagen und Sperrmark-Kündigungsgelder, die bis zum Ablauf der vorgesehenen Fristen als DM-Sperrkonten weitergeführt werden. — ⁴⁾ Vorläufig.

5. Die Entwicklung der Position der EZU-Mitgliedsländer

von Juli 1950 bis Oktober 1958 in Mio Rechnungseinheiten

Mitgliedsländer	Veränderung der kumulativen Nettoposition ¹⁾										Kumulative Nettoposition ²⁾ Stand Ende Oktober 1958	Quoten ³⁾	Rallongen ⁴⁾	Gewährte Kredite ⁵⁾ (an die EZU +, von der EZU -) Stand Ende Oktober 1958	Kreditfazilitäten ⁶⁾ (Ungenutzte Fazilitäten der Schuldner: D; noch offene Kreditverpflichtung der Gläubiger: C)
	Juli 1950 bis Juni 1953 ⁷⁾	Juli 1953 bis Juni 1954	Juli 1954 bis Juni 1955	Juli 1955 bis Juni 1956	Juli 1956 bis Juni 1957	Juli 1957 bis Juni 1958	1958								
							3. Vj. 1958	August	Sept.	Okt.					
Bundesrepublik Deutschland	+ 565,5	+ 530,2	+ 310,2	+ 599,8	+ 1 356,8	+ 854,4	+ 88,1	+ 10,7	+ 40,5	+ 50,4	+ 4 355,4	1 200,0	— ⁸⁾	+ 976,7	—
Belgien-Luxemburg ⁹⁾	+ 726,5	— 47,9	+ 84,4	+ 226,9	+ 19,2	+ 156,4	+ 27,3	+ 6,6	+ 7,5	+ 14,8	+ 1 207,6	805,3	100,0 C	+ 153,2	73,1 C
Dänemark	— 41,7	— 94,0	— 97,2	+ 1,0	— 46,3	+ 7,9	+ 6,2	+ 2,0	— 1,2	— 8,9	— 273,0	468,0	36,4 D	— 67,7	58,4 D
Frankreich	— 833,0	— 158,2	+ 108,7	— 183,2	— 975,2	— 587,9	— 76,1	— 23,5	— 24,0	— 34,6	— 2 739,5	1 248,0	691,0 D	— 466,3	18,5 D
Griechenland	— 251,3	— 40,2	— 27,3	+ 40,0	+ 4,6	+ 6,9	— 34,9	— 7,0	— 15,0	— 8,5	— 310,7	108,0	—	— 10,5	16,5 D
Großbritannien	— 520,7	+ 89,8	+ 125,7	— 336,9	— 235,8	— 328,2	— 112,0	— 22,5	— 37,5	— 32,4	— 1 350,5	2 544,0	155,0 D	— 351,9	322,9 D
Island	— 17,1	— 5,3	— 1,8	— 4,2	— 3,6	— 2,7	— 4,8	— 1,8	— 2,7	— 0,7	— 40,2	36,0	3,2 D	— 6,5	3,3 D
Italien	— 54,5	— 211,3	— 228,1	— 130,3	— 99,2	+ 215,9	+ 38,2	+ 11,6	+ 7,1	+ 15,0	— 454,3	492,0	328,0 D	— 3,7	201,3 D
Niederlande	+ 348,2	— 35,7	+ 88,2	— 57,7	— 33,0	+ 88,5	+ 79,2	+ 19,9	+ 42,3	+ 29,4	+ 507,1	852,0	—	+ 106,8	106,2 C
Norwegen	— 120,0	— 62,9	— 72,7	— 30,2	+ 37,8	— 80,4	— 17,2	— 5,0	— 0,5	+ 1,0	— 344,6	480,0	29,6 D	— 85,1	42,3 D
Osterreich	— 100,4	+ 106,9	— 101,7	— 5,9	+ 23,2	— 3,9	+ 21,7	+ 10,8	— 3,0	— 5,2	— 65,3	168,0	—	+ 3,8	38,2 C
Portugal	+ 66,0	— 17,7	— 58,6	— 32,7	— 38,5	— 54,1	— 20,9	— 4,1	— 4,9	— 6,3	— 162,8	168,0	—	(— 33,9) ¹²⁾	8,1 D
Schweden	+ 185,0	— 33,3	— 103,4	+ 6,3	+ 110,8	— 30,2	+ 12,4	+ 3,7	— 3,9	— 5,7	+ 141,9	624,0	—	+ 1,9	154,1 C
Schweiz (ab 1. 11. 50)	+ 258,2	+ 77,4	+ 14,6	— 62,7	— 81,0	— 188,1	— 0,8	+ 3,7	— 5,8	— 10,5	+ 7,1	600,0	— ¹³⁾	(— 19,7) ¹²⁾	130,3 D
Türkei	— 212,3	— 95,3	— 39,8	— 28,9	— 38,2	— 51,8	— 6,5	— 5,1	+ 1,1	+ 2,2	— 470,6	120,0	(100,0 D) ¹⁴⁾	— 31,1	23,9 D
Insgesamt	+ 2 149,4 — 2 151,0	+ 804,3 — 801,8	+ 731,8 — 730,6	+ 874,0 — 872,7	+ 1 552,4 — 1 550,8	+ 1 330,0 — 1 327,3	+ 273,1 — 273,2	+ 69,0 — 69,0	+ 98,5 — 98,5	+ 112,8 — 112,8	+ 6 219,1 — 6 211,5				

¹⁾ Saldo zwischen sämtlichen Überschüssen und Defiziten eines Landes (einschl. EZU-Zinsen, ohne Verwendung von „Existing Resources“) im Berichtszeitraum. — ²⁾ Saldo zwischen sämtlichen Überschüssen und Defiziten eines Landes (einschl. EZU-Zinsen, ohne Verwendung von „Existing Resources“) seit Beginn der EZU-Abrechnung. — ³⁾ Am Ende der letzten aufgeführten Abrechnungsperiode gültige Quoten. Die Quote der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion als Schuldner beträgt 864,0 Mio RE. — ⁴⁾ Fazilitäten, die den Schuldner (D) zur Deckung von Defiziten auf der Basis 75 vH Gold und 25 vH Kredit auch über die Quoten hinaus zur Verfügung gestellt werden, bzw. Fazilitäten, die die Gläubiger (C) auf der gleichen Basis über die Quoten hinaus gewähren. — ⁵⁾ Von den Gläubigerländern an die EZU (+) bzw. von der EZU an die Schuldnerländer (—) gewährte Kredite. Die kumulative Rechnungsposition beträgt seit der EZU-Neuregelung vom 1. 8. 1955 (vgl.: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, August 1955, S. 39 ff.) in der Regel das Vierfache des gewährten bzw. in Anspruch genommenen Kreditbetrages. — ⁶⁾ Ohne Berücksichtigung des Sonderkredits der EZU (150 Mio RE), den Frankreich gemäß Ratsbeschluss der OEEC vom 11. 2. 1958 bei Defiziten in der EZU-Abrechnung — anstatt Goldzahlungen zu leisten — in Anspruch nehmen kann. Ebenso sind die damit zusammenhängenden Sonderkredite verschiedener EZU-Länder an die EZU (Bundesrepublik Deutschland: 100 Mio RE) nicht berücksichtigt. — ⁷⁾ Die Kreditfazilitäten entsprechen der Differenz zwischen dem Viertel der Summe von Quote und Rallongen einerseits und den gewährten Krediten andererseits. — ⁸⁾ Einschl. der im Anschluß an die Abrechnung für Juni 1952 durchgeführten Berichtigung (betr. Belgien, Frankreich und Großbritannien). — ⁹⁾ Die Rallonge ist durch Verlängerung der seit November 1956 geltenden Regelung bis zum 30. 6. 1959 unbegrenzt. — ¹⁰⁾ Die Schweiz hat als Gläubiger eine Rallonge von 250 Mio RE. — ¹¹⁾ Der Türkei wurden zur Abdeckung von Defiziten für die Zeit von Juli 1958 bis einschl. Juni 1959 „Verrechnungs-Fazilitäten“ in Höhe von 100 Mio RE auf der Basis 75 vH Gold und 25 vH Kredit gewährt. — ¹²⁾ Portugal und die Schweiz haben bisherige Defizite voll in Gold bzw. US-\$ ausgeglichen; die freiwilligen Zahlungen werden bei Berechnung der ungenutzten Kreditfazilitäten wie eine Kreditanspruchnahme gewertet.

Die Einbanddecken für die Monatsberichte der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1959 können jetzt bestellt werden.

1. Halbjahr 1959 (Januar—Juni)

2. Halbjahr 1959 (Juli—Dezember)

Preis pro Halbjahresdecke einschl. Verpackung DM 7,60 (zuzügl. Porto).

Die Auslieferung erfolgt Anfang des kommenden Jahres.

Die gleichen Decken können auch noch für die Jahre 1958 und 1957 geliefert werden.

Die Einbanddecken sind mit Goldprägung in Ganzleinen gearbeitet und so eingerichtet, daß jeder Bezieher die Hefte selbst ohne jegliche Klebe-, Loch- oder sonstige Hefearbeit einhängen kann (Stabmechanik). Ferner wurde Wert darauf gelegt, die Mappen stabil zu fertigen, um auch bei starker Beanspruchung Gewähr für die Haltbarkeit übernehmen zu können.

Bitte hier abtrennen

DRUCKSACHE

DRUCKEREI UND VERLAG
OTTO LEMBECK

FRANKFURT A. M.
LEERBACHSTRASSE 42

ABSENDER

Bitte Stempel oder deutlich schreiben

Monatsberichte der Deutschen Bundesbank
alle Bezahler der

AN

FRANKFURT A.M., LEHRBACHSTRASSE 42

DRUCKEREI UND VERLAG
 FRANKFURT A.M. + BUTZBACH

Hiermit bestelle ich für die Monatsberichte der Deutschen Bundesbank

..... Stck. Einbanddecken 1. Halbjahr 1959, pro Stck. DM 7,60	} zuzügl. Porto
..... Stck. Einbanddecken 2. Halbjahr 1959, pro Stck. DM 7,60	
..... Stck. Einbanddecken 1. Halbjahr 1958, pro Stck. DM 7,60	
..... Stck. Einbanddecken 2. Halbjahr 1958, pro Stck. DM 7,60	
..... Stck. Einbanddecken 1. Halbjahr 1957, pro Stck. DM 7,60	
..... Stck. Einbanddecken 2. Halbjahr 1957, pro Stck. DM 7,60	

.....
Ort

.....
Datum

.....
Unterschrift